



Aufgaben- und Finanzplan 2013-2015

Botschaft der Regierung mit Beilagen

Aufgaben- und Finanzplan 2013–2015

Botschaft und Entwurf der Regierung vom 20. Dezember 2011

Inhaltsverzeichnis			
Zusammenfassung	3	3.3.4 Bildungsdepartement	28
1 Einleitung	5	3.3.5 Finanzdepartement	29
2 Grundlagen der Planung	6	3.3.6 Baudepartement	30
2.1 Finanzleitbild und finanzpolitische Grundlagen	6	3.3.7 Sicherheits- und Justiz- departement	30
2.2 Finanzielle Grundlagen	7	3.3.8 Gesundheitsdepartement	31
2.2.1 Rechnungsabschlüsse der Vorjahre und mutmassliche Rechnung 2011	7	3.3.9 Gerichte	31
2.2.2 Voranschlag 2012	8	4 Gesetzesvorhaben	32
2.3 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen .	8	4.1 Übersicht	32
2.4 Vorgaben des Kantonsrates	9	4.2 Volkswirtschaftsdepartement	33
2.5 Massnahmen zur Bereinigung des strukturellen Defizits (Sparpaket I) . . .	9	4.2.1 Vereinbarung über ein Forschungs- und Innovations- zentrum	33
2.6 Analyse der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden	11	4.3 Departement des Innern	33
2.7 Investitionsplanung	13	4.3.1 Gesetzgebung für die Ein- gliederung von Menschen mit Behinderung	33
2.8 Sachplanungen	13	4.3.2 Kindes- und Erwachsenen- schutz	35
2.9 Planungs- und Steuerungsinstrumente im Kanton St.Gallen	13	4.4 Bildungsdepartement	35
3 Finanzielle Mehrjahresplanung	16	4.4.1 Sonderpädagogik-Konzept	35
3.1 Gesamtergebnis	16	4.4.2 Trägervereinbarung für die Hochschule Rapperswil	36
3.2 Erläuterungen	18	4.4.3 Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) / Hochschulkonkordat	37
3.2.1 Personalaufwand	18	4.5 Finanzdepartement	38
3.2.2 Sachaufwand (inkl. Informatik- aufwand)	19	4.5.1 Gesetz über die St.Galler Pensionskasse	38
3.2.3 Zinsensaldo	20	4.5.2 Gesetz über die E-Government- Zusammenarbeit	39
3.2.4 Abschreibungen	20	4.6 Baudepartement	39
3.2.5 Innerkantonaler Finanzausgleich	22	4.6.1 Geoinformationsgesetz	39
3.2.6 Staatsbeiträge	23	4.6.2 Revision Baugesetz	40
3.2.7 Steuererträge	24	4.7 Sicherheits- und Justizdepartement .	40
3.2.8 Gebührenerträge	24	4.7.1 Schweizerische Strafprozess- ordnung und kantonales Ein- führungsgesetz	40
3.2.9 Bundesfinanzausgleich	25	4.8 Gesundheitsdepartement	41
3.2.10 Bundesbeiträge	26	4.8.1 Kantonaler Alkohol-Aktionsplan 2010–2014	41
3.2.11 Investitionsrechnung	26	4.8.2 V. Nachtrag zum Einführungs- gesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung .	41
3.3 Ergebnisse der einzelnen Departement- mente	27		
3.3.1 Staatskanzlei	27		
3.3.2 Volkswirtschaftsdepartement . .	27		
3.3.3 Departement des Innern	28		

5 Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite	49	8 Antrag	49
5.1 Baudepartement: Energieförderungsprogramm 2013–2017	49	Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans 2013–2015	50
6 Finanzpolitische Beurteilung und weiteres Vorgehen	44	Anhang zum Kantonsratsbeschluss	51
6.1 Finanzierungslücke	44	Beilage Zahlenteil Laufende Rechnung und Investitionsrechnung	55
6.2 Handlungsbedarf	45	Beilage Begründungen und Erläuterungen	139
6.3 Sparpaket II	45		
6.3.1 Ansatzpunkte	45		
6.3.2 Zeitplan	46		
6.4 Bedeutung der finanziellen Entlastung ..	46		
7 Rechtliches	47		
7.1 Umfang der Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans	47		
7.2 Anträge betreffend Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans	48		

Zusammenfassung

Die Planung für die Jahre 2013 bis 2015 zeigt folgende Ergebnisse:

in Mio. Fr.	Voranschlag 2012	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015
Aufwand der laufenden Rechnung	4'389.5	4'566.7	4'794.2	4'958.4
Ertrag der laufenden Rechnung	4'361.1	4'297.5	4'495.7	4'652.2
Aufwandüberschuss der laufenden Rechnung	28.4	269.3	298.5	306.3

Die Ergebnisse enthalten den gesamten Aufwand und Ertrag der Planjahre inklusive der Aufwendungen und Erträge für die Gesetzesvorhaben und Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite. Im Gegensatz zum Voranschlag 2012, der einen Bezug von freiem Eigenkapital in der Höhe von 200 Millionen Franken enthält, sind in den Planwerten der Jahre 2013 bis 2015 keine Bezüge aus freiem Eigenkapital enthalten. Eingerechnet sind dagegen ein Steuerfuss von 105 Prozent und Gewinnausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) von 40 Mio. Franken pro Jahr.

Die Zahlen des AFP 2013–2015 zeigen weiterhin ein erhebliches Ungleichgewicht zwischen Gesamtaufwand und Gesamtertrag der laufenden Rechnung. Dabei sind in den Planwerten massgebende Sparmassnahmen enthalten: Einerseits sind die vom Kantonsrat im Februar 2011 beschlossenen Massnahmen zur Bereinigung des strukturellen Defizits (33.11.09) umgesetzt, andererseits wurde die kantonsrätliche Vorgabe nach einem zweiten Sparpaket im Umfang von 50 Mio. Franken durch entsprechende Saldovorgaben weitgehend berücksichtigt. Wie beim Voranschlag 2012 haben aber insbesondere die Korrekturen bei den Steuerprognosen und die reduzierten Gewinnausschüttungen der SNB die Entlastungswirkung dieser Massnahmen neutralisiert.

Mit einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme von 4.1 Prozent im Zeitraum 2012 bis 2015 liegt das Aufwandwachstum deutlich über der Zunahme des Ertrages von jährlich 2.2 Prozent. Das bestehende und sich für die nächsten Jahre abzeichnende Haushaltsungleichgewicht ist damit überwiegend struktureller Natur und unabhängig von der Konjunkturlage. Die Kosten steigen in verschiedenen Leistungsbereichen, so im Spitalbereich (steigende Fallzahlen und Fallpauschalen, steigender Vergütungsanteil des Kantons), in der sozialen Wohlfahrt (Ergänzungsleistungen, Staatsbeiträge an die Behinderteneinrichtungen), der tertiären Bildung sowie im öffentlichen Verkehr. Daneben führen die Revision der Versicherungskassen, aber auch der Abschreibungsaufwand infolge der hohen geplanten Investitionen zu bedeutenden Mehraufwendungen.

Als moderat darf der Anstieg des Personalaufwands bezeichnet werden. Die Zunahme von jährlich 2.5 Prozent zwischen 2012 und 2015 ist zum grössten Teil durch das neue Personalgesetz (finanzrelevante Teile), die Revision der Versicherungskasse (höhere Arbeitgeberbeiträge aufgrund demografischer Entwicklung), die allgemeinen Besoldungsanpassungen (Stufenanstieg, Mutationsgewinne, Beförderungsquote) sowie auf eine einmalige Teuerungsanpassung von 1 Prozent bedingt. Auf Stellenschaffungen sind dagegen nur 0.3 Prozent der Personalaufwandzunahme zurückzuführen.

Ohne Gegenmassnahmen würden die Aufwandüberschüsse dazu führen, dass das freie Eigenkapital im Jahr 2013 vollständig aufgebraucht wäre. Für die Regierung steht der dringende Handlungsbedarf daher ausser Frage. Die Regierung wird dem Kantonsrat das Sparpaket II auf die Junisession 2012 vorlegen. Mit diesem Sparpaket soll der Kantonshaushalt so stabilisiert werden, dass sich der erwartete Aufwand und Ertrag dauerhaft die Waage halten.

Im Sparpaket II stehen Kürzungsmassnahmen in allen bedeutenden Aufgabengebieten und Querschnittsbereichen (Personal, Informatik, Immobilien/Infrastruktur) im Vordergrund. Daneben werden auch verschiedene ertragsseitige und temporär wirkende Massnahmen wie der Verkauf von Vermögenswerten, die Umwidmung des besonderen Eigenkapitals oder die Änderung der bisherigen Abschreibungspraxis geprüft. Schliesslich werden auch die finanziellen Schnittstellen zu den Gemeinden einer weiteren Analyse unterzogen. Den Umfang der notwendigen Sparmassnahmen wird die Regierung in Abhängigkeit von aktualisierten Ertragsschätzungen und nach dem Vorliegen der departementalen wie auch der externen Abklärungen zu Beginn des Jahres 2012 festlegen.

Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen mit dieser Vorlage Botschaft und Entwurf des Aufgaben- und Finanzplans 2013–2015.

1 Einleitung

Der gemäss Art. 16d des Staatsverwaltungsgesetzes (sGS 140.1; abgekürzt StVG) jährlich auszuarbeitende Aufgaben- und Finanzplan (AFP) verfolgt insbesondere die nachstehenden Zielsetzungen:

- Konsolidierte Zusammenstellung der zentralen Planungsgrundlagen für die mittelfristige Planung und Steuerung von Aufgaben und Finanzen;
- Übersichtliche Darstellung der mutmasslichen finanziellen Veränderungen in den kommenden Jahren;
- Schaffung der notwendigen Grundlagen für mittelfristig orientierte finanzpolitische Entscheide und Vorhaben.

Zu diesem Zweck werden zunächst die relevanten Planungsgrundlagen und Sachplanungen dargestellt (Kapitel 2). Darauf aufbauend werden für die bestehenden Staatsaufgaben Ertrag und Aufwand der laufenden Rechnung sowie Einnahmen und Ausgaben der Investitionsrechnung aufgezeigt und kommentiert (Kapitel 3). Weiter werden für Gesetzesvorhaben sowie Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite die Folgen auf die laufende Rechnung sowie die Investitionsrechnung aufgezeigt (Kapitel 4 und 5). Anschliessend werden die Ergebnisse aus finanzpolitischer Sicht beurteilt und das weitere Vorgehen erläutert (Kapitel 6).

In den ersten beiden Aufgaben- und Finanzplänen für den Planungshorizont 2011–2013 bzw. 2012–2014 zeigte sich, dass ohne Gegenmassnahmen hohe Haushaltsdefizite zu erwarten gewesen wären. Die Regierung legte im Rahmen des AFP 2012–2014 deshalb ein Massnahmenpaket vor, um die zu erwartenden Ungleichgewichte zwischen Einnahmen und Ausgaben zu reduzieren. In der Februarsession 2011 verabschiedete der Kantonsrat, neben dem AFP 2012–2014, auch die Massnahmen zur Bereinigung des strukturellen Defizits (33.11.09, nachfolgend Sparpaket I).

Der vorliegende AFP 2013–2015 enthält wiederum Haushaltsdefizite in der Grössenordnung von jährlich 270 bis 300 Mio. Franken. Diese Werte ergeben sich trotz der Umsetzung der Massnahmen zur Bereinigung des strukturellen Defizits (33.11.09; Sparpaket I) und der Berücksichtigung der Vorgabe des Kantonsrates nach einem weiteren Sparpaket II im Umfang von 50 Mio. Franken. Wie beim Voranschlag 2012 haben insbesondere die Korrekturen bei den Steuerprognosen und die wegfallenden Gewinnanteile der SNB die Entlastungswirkung dieser Massnahmen gerade neutralisiert.

Trotz des zweifellos dringenden weiteren Handlungsbedarfs enthält die vorliegende Botschaft indes noch keine konkreten weiteren Sparvorschläge wie dies im letztjährigen AFP der Fall war, sondern sie beschränkt sich auf Ausführungen wie diese Sparvorschläge derzeit erarbeitet werden (vgl. Kapitel 6.3). Die Regierung wird dem Kantonsrat das Sparpaket II mit den konkreten Massnahmen in einer separaten Vorlage auf die Junisession 2012 vorlegen.

2 Grundlagen der Planung

2.1 Finanzleitbild und finanzpolitische Grundlagen

Den allgemeinen Rahmen des AFP bilden das Finanzleitbild und die darin festgehaltenen finanzpolitischen Ziele, die im Jahr 2002 für den Kanton verabschiedet wurden (vgl. Anhang 1 zum Finanzplan 2003–2005, 33.02.04). Die Ziele betreffen die Bereiche Ausgaben- und Einnahmenpolitik, Aufrechterhaltung der finanziellen Handlungsfähigkeit sowie Aufgabenteilung. Besonders zu erwähnen sind:

Ausgabenpolitik: Die Gesamtausgaben des Kantons werden so gesteuert, dass die Staatsquote nicht weiter ansteigt. Deshalb sind bei neuen Aufgaben deren finanzielle Auswirkungen abzuklären und mögliche Kompensationen der Mehrausgaben für neue Aufgaben durch Einsparungen bei bisherigen Aufgaben zu prüfen.

Einnahmenpolitik: Die Steuerquote des Kantons steigt nicht weiter an; mittelfristig wird eine Senkung angestrebt. Erhöhungen des Staatssteuerfusses sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Der Kanton weist sowohl für natürliche Personen als auch für Unternehmungen im interkantonalen Vergleich eine konkurrenzfähige Steuerbelastung aus. Gezielte, tarifarische Steuerentlastungen haben gegenüber allgemeinen Senkungen des Steuerfusses Vorrang.

Begrenzung der Verschuldung und Erhalt der finanziellen Handlungsfähigkeit: Der Kanton verschuldet sich nicht für laufende Ausgaben. Die laufende Rechnung muss ausgeglichen sein. Der Voranschlag darf maximal einen Aufwandüberschuss in der Höhe des Ertrags von 3 Prozent der einfachen Steuer vorsehen.¹ Ein allfälliger Aufwandüberschuss in der laufenden Rechnung ist dem Voranschlag des übernächsten Jahres zu belasten, soweit er nicht durch Eigenkapital gedeckt werden kann.²

Die Verschuldung für Investitionen wird auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten gering gehalten. Zu diesem Zweck werden Investitionen innerhalb von fünf bzw. zehn Jahren abgeschrieben.³ Grosse Schwankungen des jährlichen Investitionsvolumens werden vermieden. Das Eigenkapitalvolumen wird konjunkturgerecht gesteuert; in wirtschaftlich günstigen Phasen ist freies Eigenkapital aufzubauen.

Ausgleich des Voranschlags: Der Staatssteuerfuss wird so festgesetzt, dass der Aufwandüberschuss im Voranschlag der laufenden Rechnung den geschätzten Ertrag von 3 Prozent der einfachen Steuer nicht übersteigt. Er kann gesenkt werden, wenn das freie Eigenkapital den geschätzten Ertrag von 20 Prozent der einfachen Steuer übersteigt.⁴

Aufgabenteilung: Der Kanton beachtet im Verhältnis zu den Gemeinden das Subsidiaritätsprinzip und respektiert die Gemeindeautonomie. Der Kanton sorgt dafür, dass zwischen den Gemeinden keine zu grossen Unterschiede im kommunalen Leistungsangebot und in der Steuerbelastung bestehen.

¹ Dies entspricht heute einem Betrag von 30.2 Mio. Franken (vgl. Botschaft zum Voranschlag 2012, S. 101).

² Vgl. Art. 61 StVG.

³ Vgl. Art. 50 StVG und Art. 10 FHV, sGS 831.1.

⁴ Vgl. Art. 61 StVG.

2.2 Finanzielle Grundlagen

2.2.1 Rechnungsabschlüsse der Vorjahre und mutmassliche Rechnung 2011

in Mio. Fr.	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Mutmasslich 2011
Laufende Rechnung				
Aufwand	4'008.7	4'158.1	4'330.6	4'408.6
Ertrag	4'320.6	4'215.3	4'395.3	4'318.3
Ertrag vor Bezug freies Eigenkapital	4'320.6	4'200.3	4'170.3	4'193.3
<hr/>				
Aufwandüberschuss vor Bezug freies Eigenkapital	-311.9	-42.2	160.3	215.3
Bezug freies Eigenkapital	0.0	15.0	225.0	125.0
<hr/>				
Aufwandüberschuss				90.3
Ertragsüberschuss	311.9	57.2	64.7	
<hr/>				
Investitionsrechnung				
Ausgaben	188.2	160.1	191.5	254.0
Einnahmen	73.7	38.7	51.8	37.9
<hr/>				
Nettoinvestition	114.5	121.4	139.7	216.2
<hr/>				
Finanzierung				
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	62.4	74.3	85.8	98.8
Saldo der laufende Rechnung	311.9	57.2	64.7	-90.3
<hr/>				
Selbstfinanzierung	374.3	131.6	150.6	8.5
Nettoinvestition	114.5	121.4	139.7	216.2
<hr/>				
Finanzierungsüberschuss/-fehlbetrag (-)	259.7	10.1	10.9	-207.7
<hr/>				
Selbstfinanzierungsgrad	327%	108%	108%	4%
<hr/>				
Eigenkapital (Bestand Stand Ende Jahr)				
Freies Eigenkapital	836.2	878.4	718.2	502.9
Besonderes Eigenkapital	588.7	552.4	521.8	467.0
<hr/>				
Gesamtes Eigenkapital	1'424.9	1'430.8	1'240.0	969.9
<hr/>				

Bis im Jahr 2009 konnten positive Abschlüsse erzielt und freies Eigenkapital aufgebaut werden. Im Jahr 2010 ist effektiv, d.h. ohne Bezug aus dem freien Eigenkapital ein Aufwandüberschuss von 160.3 Mio. Franken eingetreten. In der Folge nahm der Bestand an Eigenkapital vom Höchststand von 1.4 Milliarden Franken auf 1.2 Milliarden Franken Ende 2010 ab. Im Jahr 2011 wird sich das Eigenkapital weiter reduzieren.

Für das Jahr 2011 ist ein Aufwandüberschuss von 22.6 Mio. Franken budgetiert. Die mutmassliche Rechnung 2011 lässt allerdings einen deutlich höheren Aufwandüberschuss von rund 90 Mio. Franken erwarten. Diese Verschlechterung ist auf tiefere Steuer- und Vermögenseinnahmen sowie Mehrkosten im Gesundheitsbereich (Individuelle Prämienverbilligung, neue Spitalfinanzierung, Vergleichslösung im Zuge der Lohngleichheitsklage des Pflegepersonals und der Hebammen) zurückzuführen.

Im Bereich der Investitionsrechnung ist gegenüber den Vorjahren ein weiterer Anstieg zu erwarten. Auch gemäss mutmasslicher Rechnung dürften im Jahr 2011 die Nettoinvestitionen die 200-Millionen-Grenze klar überschreiten.

2.2.2 Voranschlag 2012

in Mio. Fr.	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012
Laufende Rechnung		
Aufwand	4'372.9	4'389.5
Ertrag	4'350.3	4'361.1
Ertrag vor Bezug freies Eigenkapital	4'225.3	4'161.1
Aufwandüberschuss vor Bezug freies Eigenkapital	147.6	228.4
Bezug freies Eigenkapital	125.0	200.0
Aufwandüberschuss	22.6	28.4

Der Voranschlag 2012 sieht einen Aufwandüberschuss von 28.4 Mio. Franken vor. In diesem Wert enthalten sind Bezüge aus dem freien Eigenkapital von 200 Mio. Franken und dem besonderen Eigenkapital von 25.6 Mio. Franken sowie eine Anhebung des Steuerfusses um 10 Prozentpunkte auf neu 105 Prozent.

Das bereinigte Aufwandwachstum beträgt im Jahr 2012 1.8 Prozent. Werden die Gesundheitseinrichtungen (Spitalverbunde, nichtstaatliche Spitäler und Kliniken, Psychiatrie-Dienste Süd und Nord [= innerkantonale Hospitalisation]; ausserkantonale Hospitalisation; ambulante Versorgung), deren Kosten durch die ab dem 1. Januar 2012 geltende neue Spitalfinanzierung weitgehend exogen gesteuert werden, ausgeklammert, resultiert ein bereinigtes Aufwandwachstum von 0.8 Prozent.

2.3 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Konjunkturaussichten für die Schweiz haben sich in den letzten Monaten weiter eingetrübt. Ausschlaggebend hierfür sind die ungünstigen aussenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, namentlich der – auch nach Einführung der Wechselkursuntergrenze zum Euro – hoch bewertete Schweizer Franken sowie die erwartete weitere Abkühlung der Weltkonjunktur. Die negativen Auswirkungen auf Exporte und Unternehmensinvestitionen dürften das wirtschaftliche Wachstum in der Schweiz vorübergehend bremsen. Die Expertengruppe des Bundes erwartet für das Jahr 2011 noch ein BIP-Wachstum von 1.9 Prozent, für das Jahr 2012 prognostiziert sie ein BIP-Wachstum von 0.9 Prozent (Herbstprognose 2011).

Am Arbeitsmarkt dürfte als Folge der konjunkturellen Schwächephase die Arbeitslosigkeit 2012 erstmals seit 2009 wieder zunehmen. Die Expertengruppe erwartet im Jahresdurchschnitt Arbeitslosenquoten von 3.1 Prozent für 2011 und 3.4 Prozent für 2012. Demgegenüber bleibt die Inflationsgefahr trotz der, in der Schweiz und in vielen OECD-Ländern, expansiven Geldpolitik äusserst gering. Die Expertengruppe rechnet daher sowohl 2011 (0.4 Prozent) als auch 2012 (0.3 Prozent) mit sehr tiefen Inflationsraten.

Vor dem Hintergrund der sich abkühlenden Konjunktur ist im Kanton St.Gallen weiterhin mit einer gedämpften Entwicklung der Steuererträge zu rechnen. Insbesondere ist – wie bereits im Voranschlag 2012 – davon auszugehen, dass die im AFP 2012–2014 eingestellten Steuererträge, die auf optimistischeren Wachstumsannahmen basierten, nicht erreicht werden können.

Unsicherheiten bestehen ferner bei der Gewinnausschüttung der SNB. Das Eidgenössische Finanzdepartement und die SNB haben im November 2011 eine neue Vereinbarung über die Gewinnausschüttung der SNB unterzeichnet. Diese gilt für die Geschäftsjahre 2011 bis 2015 und sieht vor, dass die SNB künftig jährlich 1 Mrd. Franken an den Bund und die Kantone auszahlt, sofern die Ausschüttungsreserve wieder einen positiven Betrag aufweist. Für den Kanton St.Gallen resultiert dabei ein Anteil von maximal rund 40 Mio. Franken pro Jahr. Es hängt von der weiteren Entwicklung an den Finanzmärkten ab, ob und wann erstmals wieder eine Gewinnausschüttung ausgerichtet werden kann. Aufgrund der derzeit negativen Ausschüttungsreserven ist kurzfristig nicht mit Ausschüttungen zu rechnen, weshalb im Voranschlag 2012 auch keine entsprechenden Erträge enthalten sind. Mittelfristig allerdings darf wieder von Gewinnausschüttungen ausgegangen werden, so dass im vorliegenden AFP ab dem Jahr 2013 Erträge von 40 Mio. Franken pro Jahr eingestellt sind.

2.4 Vorgaben des Kantonsrates

Mit dem Kantonsratsbeschluss über die Massnahmen zur Bereinigung des strukturellen Defizits (33.11.09; Sparpaket I) erteilte der Kantonsrat im Februar 2011 der Regierung verschiedene Aufträge. Namentlich wurde die Regierung eingeladen:

- im AFP 2013–2015 Bericht über die Umsetzung der Massnahmen zu erstatten;
- mit dem AFP 2013–2015 ein priorisiertes Investitionsprogramm vorzulegen, in dem das Investitionsvolumen im 5-Jahres-Durchschnitt ab dem Jahr 2012 von 135 Mio. Franken auf 180 Mio. Franken je Jahr ansteigt;
- im AFP 2013–2015 weitere Massnahmen, ohne Überwälzungen auf Gemeinden und ohne Gebührenerhöhungen, mit einer Sparwirkung bis Ende 2015 von mindestens 50 Mio. Franken vorzuschlagen;
- in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, die dem Kanton und den Gemeinden zugeordneten Aufgaben (einschliesslich Verbundaufgaben zwischen Kanton und Gemeinden) systematisch zu erfassen, zu analysieren und zu bewerten.

2.5 Massnahmen zur Bereinigung des strukturellen Defizits (Sparpaket I)

Nachstehende Tabelle zeigt die Massnahmen des Sparpakets I und die darin erzielten Entlastungen (Werte in Klammern zeigen die ursprüngliche Entlastungswirkung gemäss Beschluss Kantonsrat vom Februar 2011):

Nr.	Massnahme	2012	2013	2014	Umsetzung
1	Kantonsrat: Reduktion der Zahl der Sessionen	0	150'000 (170'000)	100'000 (170'000)	ja, geringere Entlastung
2	Kantonsrat: Abschaffung des Sicherheitsdienstes	63'000	63'000	63'000	ja
3	Kommunikation: Einsparungen bei der Marke «St Gallen kann es.»	0	50'000	50'000	ja
4	Aussenbeziehungen: Streichung der Kofinanzierung der Bodensee Agenda 21	22'800	22'800	22'800	ja
5	Drucksachen: Verzicht auf Druck diverser Berichte	59'000	59'000	59'000	ja
6	Erhöhung der Gemeindebeiträge an den regionalen Personenverkehr ..	11'980'000	12'770'000	15'770'000	ja
7	Verzicht auf Angebotsausbau an Abenden und Wochenenden sowie in der Grundversorgung im Rahmen des 4. öV-Programms	750'000	750'000	750'000	ja
8	Anpassung der öV-Tarife an das verbesserte Angebot	0	0	2'000'000 (4'000'000)	ja, volle Wirkung ab 2015
9	Stabilisierung der Beiträge nach dem Gesetz über die Abgeltung ökologischer Leistungen	100'000	150'000	200'000	ja
10	Reduktion Beiträge für Projekte Bodenverbesserung	240'000	240'000	240'000	ja
11	Erhöhung Tarife Landwirtschaftliches Zentrum SG	75'000	75'000	75'000	ja
12	Reduktion NRP-Bundesdarlehen, Zinskostenbeiträge und Standortförderung	200'000	200'000	200'000	ja
12a	Zusammenlegung Amt für Arbeit und Amt für Wirtschaft	0 (300'000)	300'000	300'000	ja, volle Wirkung ab 2013
13	Anpassungen bei den Ergänzungsleistungen	4'350'000 (4'000'000)	4'350'000 (4'000'000)	4'350'000 (4'000'000)	ja, höhere Entlastung
14	Reduktion Finanzausgleich	0	10'000'000	10'000'000	ja
15	Reduktion Beitragssatz für Baubeiträge an Behinderteneinrichtungen ..	0	1'480'000	1'480'000	ja
18	Kulturförderung: Verschiebung und Verzicht einzelner Projekte	750'000	750'000	750'000	ja
19	Aufgabenteilung Volksschule/Kinder- und Jugendheime: Anpassung Kostenteiler Kinder- und Jugendheime	3'300'000 (1'600'000)	4'200'000 (2'100'000)	4'200'000 (2'100'000)	ja, höhere Entlastung
20	Kostenpflicht für Kurse für Ausbilderinnen und Ausbilder («Lehrmeisterkurse»)	0 (500'000)	0 (500'000)	0 (500'000)	nein
21	Kostenpflicht für Laufbahnberatung Erwachsener	50'000	50'000	50'000	ja
24	Erhöhung Teilnahmegebühren für Brückenangebote	850'000	850'000	850'000	ja

Nr.	Massnahme	2012	2013	2014	Umsetzung
25	Reduktion Beiträge an Weiterbildung	0	300'000	300'000	ja
27	Mittelschulen: Erhöhung Elternbeiträge für Instrumentalunterricht	130'000	130'000	130'000	ja
28	Mittelschulen: Klassenzusammenlegungen in höheren Klassen forcieren	400'000	400'000	400'000	ja
29	Kürzung des Staatsbeitrages an die drei nichtstaatlichen Mittelschulen	250'000 (500'000)	500'000	500'000	ja, volle Wirkung ab 2013
30	Mittelschulen: Reduktion des Freifachangebots	260'000	260'000	260'000	ja
31	Schulpsychologischer Dienst des Kantons St.Gallen (SPD): Anpassung der Besoldungsgrundlagen und Konzentration auf Kernauftrag	300'000	300'000	300'000	ja
33	Aufgabenteilung Volksschule / Sonderschulen bzw. Kinder- und Jugendeinrichtungen (Internat): Erhöhung der Gemeindebeiträge an die Sonderschulung und Finanzierung übergeordneter Aufgaben durch den Kanton	0	10'000'000	10'000'000	ja
34	Beratungsdienst Schule: Beitrag der Leistungsbezüglerinnen und -bezügler	150'000	150'000	150'000	ja
35	Lehrmittelverlag: Einstellung des Medienverleihs	76'000	76'000	76'000	ja
36	Universität: Erhöhung der Studiengebühren	2'000'000 (1'900'000)	2'000'000 (1'900'000)	2'000'000 (1'900'000)	ja, höhere Entlastung
36a	Entlastung GBS SG Einsparung netto	330'000 (380'000)	380'000	380'000	ja, volle Wirkung ab 2013
37	Steuererhebung: Reduktion der Entschädigung an die Gemeinden	2'500'000	2'500'000	2'500'000	ja
38	Verzicht auf Massnahmen der St.Galler Agenda für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie	257'000	257'000	257'000	ja
39	Kürzung der Informatik-Betriebskosten	500'000	1'000'000	1'500'000	ja
40	Verschiebung der Sanierung von Altlasten	150'000	150'000	150'000	ja
41	Verzicht auf die Förderung der angewandten Energieforschung und -entwicklung	300'000	500'000	500'000	ja
42	Energieförderprogramme: Verschieben von Massnahmen im Jahr 2012 und Verzicht auf Bauherrenbegleitung	2'260'000	1'500'000	1'500'000	ja
42a	Plafonierung Bauten + Renovationen auf 27 Mio. Franken	3'000'000	3'000'000	3'000'000	ja
43	Übertragung kantonspolizeilicher Aufgaben an die Stadtpolizei St.Gallen: Reduktion der Entschädigung auf tatsächliche Kosten oder Kündigung der Vereinbarung über die Erfüllung polizeilicher Aufgaben mit der Stadt	0	0	4'400'000	ja
44	Verzicht auf die Eröffnung regionaler Erfassungszentren für Biometriedaten	600'000	600'000	600'000	ja
45	Aufhebung des Standortbeitrags an den Betrieb der Jugendstätte Bellevue	100'000	100'000	100'000	ja
46	Verzicht auf Stellenschaffungen im Massnahmenzentrum Bitzi	222'000	224'000	226'000	ja
47	Verzicht auf Ausbau der Personalressourcen im Gesundheitswesen	700'000	600'000	500'000	ja
48	Streichung des Projekts «smartconnection»	0	100'000	100'000	ja
49	Verzicht auf zusätzliche Personalressourcen bei der koordinierten Umsetzung der «Strategie E-Health Schweiz»	150'000	150'000	150'000	ja
50	Reduktion der Staatsbeiträge an die Spitäler	6'000'000	6'000'000	6'000'000	ja
51	Individuelle Prämienverbilligungen: Streichung der Staatsbeiträge an die Gemeinden	5'050'000 (5'500'000)	5'700'000	5'900'000	ja, volle Wirkung ab 2013
52	Kürzung der Staatsbeiträge an die Suchtberatungsstellen	400'000	400'000	400'000	ja
53	Übergangsregelung zur Neuen Spitalfinanzierung und teilweise Kompensation des Prämienanstiegs als Folge der Massnahme	25'349'000 (29'500'000)	13'244'000 (23'600'000)	7'150'000 (17'700'000)	teilweise
54	Verschiebung des Ausbau teilstationärer Strukturen in der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung	600'000	300'000	-300'000	ja
	Total	74'824'000	87'331'000	90'639'000	
	Ursprüngliche Entlastungswirkung gemäss Beschluss Kantonsrat vom Februar 2011	(78'375'000)	(95'657'000)	(101'209'000)	

Der Kantonsrat hat in der Septembersession 2011 dem XIII. Nachtrag zum Geschäftsreglement des Kantonsrates (27.11.02) zugestimmt, womit die Massnahme 1 umgesetzt werden kann.

In der Novembersession 2011 hat der Kantonsrat die Sammelvorlage I zur Umsetzung der Massnahmen zur Bereinigung des strukturellen Defizits des Staatshaushalts (22.11.07) durch Gesetzesänderungen verabschiedet. Darin enthalten sind die Massnahmen 6, 13, 19, 24, 36, 51 und 53.

Die verbleibenden Massnahmen, welche eine Gesetzesanpassung erfordern, werden dem Kantonsrat in einer weiteren Sammelbotschaft bzw. im Rahmen von separaten Vorlagen unterbreitet. Entgegen der ursprünglichen Absicht beschränkt sich die Sammelvorlage II auf Anpassungen der Gesetzgebung über die Volksschule und die Sonderschulen (Massnahme 33). Weitere Massnahmen, die der gesetzlichen Umsetzung bedürfen, werden dem Kantonsrat in separaten Vorlagen unterbreitet. Es betrifft dies Anpassungen in der Behindertengesetzgebung (Massnahme 15) und im Polizeigesetz (Massnahme 43). Für die Korrekturen im Bereich des Finanzausgleichs (Massnahme 14) sind keine gesetzlichen Anpassungen erforderlich.

Die restlichen Massnahmen erfordern keine Gesetzesanpassung. Die Haushaltsentlastung wurde im Voranschlag 2012 sowie in den Planjahren 2013 und 2014 gemäss vorgehender Übersicht eingestellt. Für das Jahr 2015 wurden die Entlastungen integral weitergeführt.

Abweichungen vom ursprünglich vom Kantonsrat beschlossenen Massnahmenpaket zeigen folgende Bereiche:

- *Massnahme 12a, Zusammenlegung Amt für Arbeit und Amt für Wirtschaft:* Die Entlastung wird erst ab dem Jahr 2013 wirksam und nicht schon im Jahr 2012. Das Volkswirtschaftsdepartement hat den Fehlbetrag im Voranschlag 2012 anderweitig kompensiert.
- *Massnahme 8, Anpassung der ÖV-Tarife an das verbesserte Angebot:* Die Entlastungswirkung von 4.0 Mio. Franken wird erst ab 2015 voll wirksam, wenn insbesondere Pendlerabonnemente und Mehrfahrkarten zu günstigeren Tarifen abgelaufen sind. Das Volkswirtschaftsdepartement hat den Fehlbetrag im Planjahr 2014 anderweitig kompensiert.
- *Massnahme 20, Kostenpflicht für Kurse für Ausbilderinnen und Ausbilder («Lehrmeisterkurse»):* Ablehnung der Massnahme durch den Kantonsrat (22.11.07 D).
- *Massnahme 29, Kürzung des Staatsbeitrages an die drei nichtstaatlichen Mittelschulen:* Um einen kurzfristigen und einmaligen Liquiditätsengpass der beiden Mittelschulen Friedberg Gossau und Untere Waid Mörschwil zu vermeiden und dem Gymnasium Marienburg einen geordneten Abschluss des letzten Schuljahres zu ermöglichen, hat die Regierung entschieden, die Umsetzung der Massnahme nicht auf den 1. Januar 2012, sondern erst auf den 1. August 2012, d.h. den Beginn des Schuljahres 2012/13 festzusetzen.
- *Massnahme 51, Individuelle Prämienverbilligungen:* Streichung der Staatsbeiträge an die Gemeinden: Im Jahr 2012 können die Gemeinden noch Aufwendungen für die nicht anrechenbaren Ersatzleistungen aus dem Jahr 2011 abrechnen, was die Rechnung 2012 noch mit rund 0.5 Mio. Franken belasten wird.
- *Massnahme 53, Übergangsregelung zur Neuen Spitalfinanzierung und teilweise Kompensation des Prämienanstiegs als Folge der Massnahme:* Reduktion des Kantonsanteils an den Abgeltungen der stationären Leistungen auf 52 (2013) / 54 (2014) / 55 (ab 2015) Prozent durch den Kantonsrat (22.11.07 G). Von der Regierung beantragt waren 51 (2013) / 52 (2014) / 53 (2015) / 54 (2016) Prozent.

2.6 Analyse der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden

Im Nachgang zur Neugestaltung des innerkantonalen Finanzausgleichs wurde im Jahr 2008 das Projekt Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden (AT) lanciert. Ziel dieses Projekts ist, die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden unter Berücksichtigung der Kompetenzen und der finanziellen Verantwortung umfassend neu zu definieren. Dafür wurde eine Projektorganisation mit Vertretern aller Departemente und einem Lenkungsausschuss mit Mitgliedern der Regierung und der Gemeinden geschaffen. Das Projekt AT steht kurz vor dem Abschluss. Der Schlussbericht wird im Frühjahr 2012 dem Lenkungsausschuss unterbreitet.

Im Februar 2011 hat der Kantonsrat die Regierung beauftragt, die dem Kanton und den Gemeinden zugeordneten Aufgaben (einschliesslich Verbundaufgaben zwischen Kanton und Gemeinden) in Zusammenarbeit mit den Gemeinden systematisch zu erfassen, zu analysieren und zu bewerten. Um diesem Auftrag nachzukommen, hat die Regierung das laufende Projekt AT um den Zusatzauftrag Aufgabenerfüllung (AE) ergänzt. Ziel dieses Zusatzauftrags ist einerseits die erneute Überprüfung der Verbundaufgaben zwischen Kanton und Gemeinden. Andererseits sollen Verbesserungspotenziale – Vermeidung von Doppelspurigkeiten, Vereinfachung der Prozesse usw. – bei Gemeinde- und Kantonsaufgaben aufgezeigt werden. Im Weiteren umfasst der Auftrag die Erarbeitung einer Zusammenstellung über die Verschiebung von Aufgaben und deren Finanzierung bzw. über die Verschiebung von finanziellen Mittel zwischen Kanton und Gemeinden. Die Regierung betraute mit diesem Auftrag eine Arbeitsgruppe mit Vertretern des Kantons und der Gemeinden.

Während rund drei Monaten hat die Arbeitsgruppe an der Erfüllung des Zusatzauftrags AE gearbeitet. In dieser Zeit wurden 79 Themenfelder näher analysiert und Empfehlungen dazu erarbeitet, die Verschiebung von Aufgaben und Finanzen aufgearbeitet sowie ein Schema für die Bewertung und Berechnung eines Kostenteilers bei Verbundaufgaben geprüft. Aufgrund der knapp bemessenen Zeit für die Erarbeitung des Auftrags konnten verschiedene Themenfelder nur grundsätzlich überprüft werden. Diese grundsätzliche Überprüfung wirkt sich auf die Empfehlung zum weiteren Vorgehen aus. Es konnten nicht in jedem Fall abschliessende Lösungen aufgezeigt werden. Die Weiterbearbeitung der Themen liegt in diesen Fällen beim zuständigen Departement bzw. bei den Gemeinden.

Die erarbeiteten Massnahmen zeigen auf, dass bei der Aufgabenerfüllung durchaus noch Verbesserungspotenzial besteht. Entscheidend für die Realisierung dieses Potenzials ist, Prozesse und Strukturen kritisch zu hinterfragen und vermeidlich Bewährtes loszulassen bzw. zu ändern. Im Weiteren sollte wenn immer möglich eine klare Zuordnung für die Erfüllung und Finanzierung von Aufgaben gefunden werden. Verbundaufgaben sollten die Ausnahme darstellen. Bei der Finanzierung von Verbundaufgaben zeigt sich, dass ein Kostenteiler zwischen Kanton und Gemeinden von 50:50 ungünstig ist. Die Mitsprache bzw. die Verantwortlichkeiten für Verbundaufgaben entsprechen in der Realität kaum diesem Verhältnis.

Anlässlich des 1. St.Galler Gemeindetags im September 2011 wurden die 79 Themenbereiche durch die Gemeinden priorisiert. Gestützt darauf hat die Regierung eine Priorisierung der Themenbereiche beschlossen und, unter Einsetzung einer Arbeitsgruppe mit Vertretern des Departements des Innern und des Finanzdepartementes, das weitere Vorgehen festgelegt. Vorgesehen ist, bis im März 2012 die Themenbereiche mit hoher Priorität und kurzfristig realisierbaren Veränderungsmöglichkeiten detailliert zu überprüfen. Es betrifft dies die Bereiche:

Departement des Innern:

- Regionaler Kinderschutz

Bildungsdepartement:

- Sonderpädagogik
- Klassengrössen und Bandbreite

Finanzdepartement:

- Zusammenarbeit IT-Bereich

Baudepartement:

- Sondernutzungs- und Zonenpläne

Sicherheits- und Justizdepartement:

- Zentren für Asylsuchende

Gesundheitsdepartement:

- Koordination Übergang Akutpflege-Pflegeheime-Spitäler-Spitex
- ZEPRA

Departementsübergreifend:

- Allgemeine Beratungen
- Strassenfonds

Projekte mit hoher Priorität aber nur mittelfristigen Handlungsmöglichkeiten werden in einer zweiten Phase analysiert.

2.7 Investitionsplanung

Die Regierung nahm im Jahr 2010 eine Priorisierung der Investitionen unter Berücksichtigung bestehender Sachplanungen vor. In diesem Jahr wurde darauf verzichtet, die Investitionsplanung grundlegend zu überarbeiten. Die Arbeiten haben sich im diesjährigen AFP-Prozess darauf beschränkt, die letztjährige Investitionsplanung im Sinn einer rollenden Planung nachzuführen und zu aktualisieren. Die Regierung beabsichtigt, eine grundlegende Überarbeitung der Investitionspriorisierung im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Schwerpunktplanung 2013–2017 vorzunehmen.

Der Kantonsrat hat mit seiner Vorgabe, das Investitionsvolumen für Investitionen, Investitionsbeiträge und Finanzierungen (ohne Strassenbau) ab dem Jahr 2012 von bisher 135 Mio. Franken auf 180 Mio. Franken im 5-Jahres-Durchschnitt anzuheben, den Spielraum im Bereich der Investitionen erhöht. Mit dem vorliegenden Investitionsprogramm 2012–2015 wird diese Vorgabe eingehalten. Nachfolgende Übersicht zeigt für die einzelnen Jahre des Abschreibungsbegins die Investitionsvolumen (Abschreibungsaufwand zu Lasten des Kantons) sowie die 5-Jahres-Mittel:

in Mio. Fr.	Investitionsvolumen (ohne Strassenbau)	5-Jahres-Mittel (vorlaufend)
Rechnung 2008	125.7	
Rechnung 2009	143.6	
Rechnung 2010	113.8	
Voranschlag 2011	40.8	
Voranschlag 2012	71.7	99.1
AFP 2013	164.7	106.9
AFP 2014	250.7	128.3
AFP 2015	264.3	158.4

2.8 Sachplanungen

Für die Erstellung des AFP sind auch Sachplanungen relevant. Dazu gehören insbesondere:

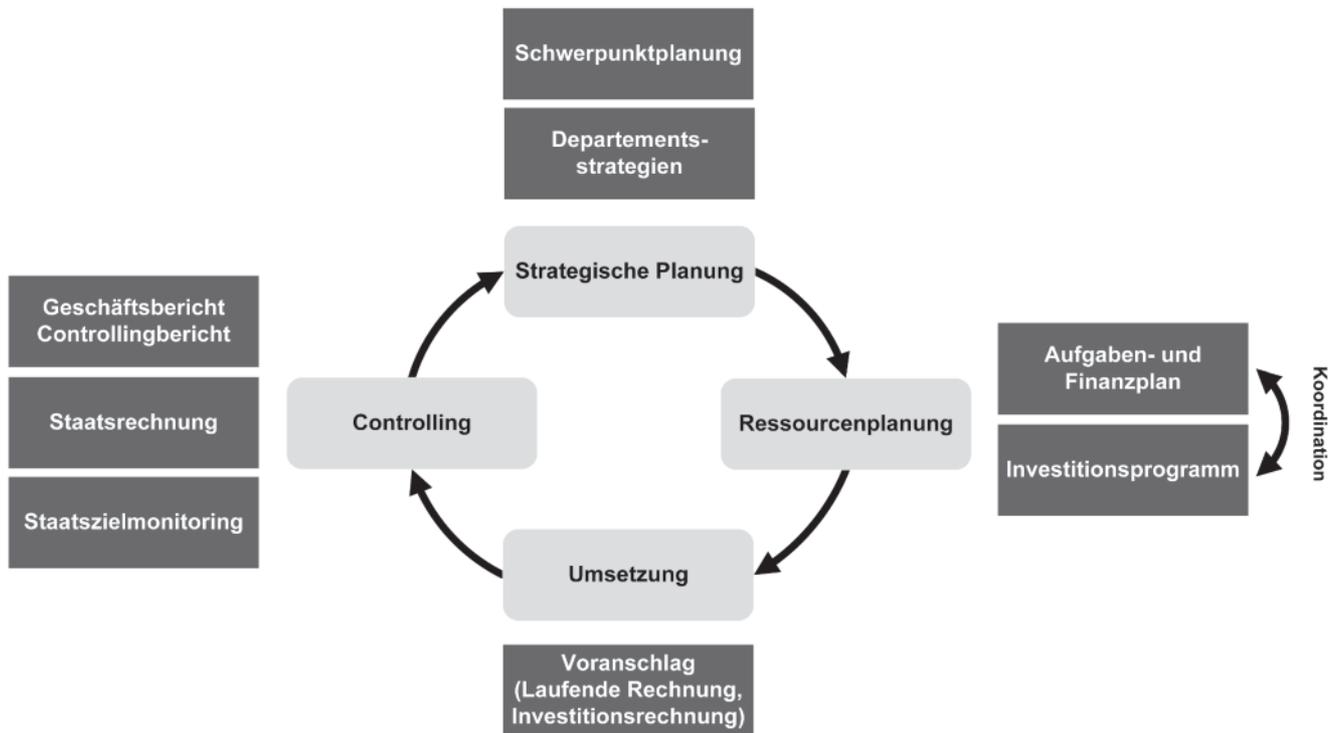
- 4. ÖV-Programm (36.08.03)
- Mehrjahresprogramm der Standortförderung für die Jahre 2011 bis 2014 (36.10.01)
- Förderung Kulturinfrastruktur (40.08.01)
- 15. Strassenbauprogramm (36.08.01)
- Energiekonzept (40.07.07)
- Innere Sicherheit des Kantons St.Gallen (40.09.01)

Da sich bei diesen Sachplanungen im Jahr 2011 keine wesentlichen Neuerungen ergeben haben und es sich dabei um rollende Planungen handelt, wird an dieser Stelle auf die diesbezüglichen Ausführungen im AFP 2012–2014 (33.11.04, S. 20ff.) verwiesen.

2.9 Planungs- und Steuerungsinstrumente im Kanton St.Gallen

Gemäss VI. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz vom 16. November 2010 (nGS 46–1) legt die Regierung zukünftig bis Ende des ersten Jahres der Amtsdauer die Schwerpunktplanung fest, welche die strategischen Ziele der Staatstätigkeit während der nächsten vier Jahre enthält. Um diesem Auftrag nachzukommen, hat die Regierung die Inhalte und das Zusammenwirken der bestehenden Instrumente der politischen Planung und Steuerung überprüft und in ein umfassendes Konzept zur Erarbeitung der Schwerpunktplanung integriert. Danach sollen die strategischen Planungstätigkeiten im 4-Jahres-Rhythmus und die kurz- und mittelfristige Ressourcenplanung und Umsetzung sowie das Controlling der Staatstätigkeit im 1-Jahres-Rhythmus stattfinden.

Abbildung 1: Steuerungskreislauf



Die zur Anwendung kommenden Planungs- und Steuerungsinstrumente sind:

Departementsstrategien:

Mit den Departementsstrategien werden Strategien zu den einzelnen Leistungsbereichen festgelegt. Ausgangslage bilden die rechtlichen Grundlagen, Sach- und Mehrjahresplanungen, das Finanzleitbild, die strategische Investitionsplanung und die Finanzlage des Staatshaushaltes. Zu berücksichtigen sind weiter Herausforderungen, die sich aus relevanten Entwicklungen im Kanton und im nationalen oder internationalen Umfeld oder aus der politischen Aktualität ergeben. Als übergeordneter Orientierungsrahmen dienen die Staatsziele der Kantonsverfassung und andere verfassungsmässige Aufträge sowie die Schwerpunktplanung.

Schwerpunktplanung:

Die Regierung beschliesst bis Ende des ersten Jahres der Amtsdauer die Schwerpunktplanung, welche die strategischen Ziele der Regierung für die nächsten vier Jahre enthält. Bei der nachfolgenden Planung und Koordination der Staatstätigkeit, der Erstellung des AFP sowie des Investitionsprogramms orientiert sich die Regierung an den strategischen Zielen der Schwerpunktplanung. Die Umsetzung erfolgt durch priorisierte Leistungsbereiche, deren Stossrichtung und Ressourcenausstattung bei der Anpassung der Departementsstrategien übernommen werden.

Aufgaben- und Finanzplan:

Im AFP werden die Schwerpunkte und Ziele der Regierung, die Vision und die Ziele der Departemente sowie das Investitionsprogramm abgebildet. Im Zahlenteil des AFP werden die Investitionsvorhaben der nächsten vier Jahre abgebildet. Die darüber hinausgehenden Investitionsvorhaben sind nur zusammengefasst dargestellt. Die entsprechenden mittelfristig nötigen Ressourcen werden im Zahlenteil des AFP eingestellt. Mit dem Voranschlag beantragt die Regierung schliesslich die Kredite zur Erbringung staatlicher Leistungen.

Investitionsplanung:

Mit der strategischen Investitionsplanung wird, basierend auf dem gültigen Investitionsprogramm und auf der Bedarfsplanung der Departemente und der Staatskanzlei, der Investitionsbedarf für die kommenden 20 Jahre dargestellt. Das Baudepartement setzt die nutzerorientierte Bedarfsplanung der Departemente und der Staatskanzlei in Grobprojekte um und fügt sie zu einem abgestimmten gesamtheitlichen Investitionsprogramm zusammen. Eine umfassende Priorisierung der Investitionen erfolgt alle vier Jahre parallel zur Überarbeitung der Departementsstrategien. Die Regierung entscheidet über die Aufnahme neuer bzw. die Rückstellung bereits priorisierter Investitionsvorhaben. Ergänzend dazu ist wie bisher eine jährliche Aktualisierung des Investitionsprogramms durch das Baudepartement vorgesehen.

Regierungscontrolling:

Das Regierungscontrolling unterstützt die Regierung bei der Umsetzung der Schwerpunktplanung und dient ihr als strategisches Steuerungsinstrument. Dazu werden die Controllingergebnisse ausgewählter Leistungsbereiche konsolidiert und somit die Erreichung der in der Schwerpunktplanung festgelegten Ziele überprüft. Weiter umfasst das Regierungscontrolling die Umsetzung der Gesetzesvorhaben und die Umsetzung der Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite. Die Regierung unterbreitet dem Kantonsrat jährlich den Geschäftsbericht, der Ausführungen insbesondere über die Staatstätigkeit sowie deren Planung und Steuerung und die Ergebnisse des Regierungscontrollings enthält.

Departementscontrolling:

Die Überprüfung der Umsetzung der Departementsstrategien erfolgt im Rahmen des Departementscontrollings. Die Departemente und die Staatskanzlei überprüfen, ob die Staatsaufgaben notwendig und finanzierbar sind sowie wirtschaftlich und wirksam erfüllt werden. Die Überprüfung erstreckt sich auf die Arbeitsweise der Dienststellen sowie die Durchführung der Projekte. Departemente und Staatskanzlei berichten jährlich über die Ergebnisse im Controllingbericht.

3 Finanzielle Mehrjahresplanung

3.1 Gesamtergebnis

Auf Basis der vorgängig genannten Planungsgrundlagen weist der AFP 2013–2015 nachstehende Gesamtergebnisse aus:

in Mio. Fr.	Voranschlag 2012	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015
Aufgaben- und Finanzplan				
Aufwand der laufenden Rechnung	4'389.5	4'566.7	4'794.2	4'958.4
Ertrag der laufenden Rechnung	4'361.1	4'297.5	4'495.7	4'652.2
Aufwandüberschuss der laufenden Rechnung	28.4	269.3	298.5	306.3
Entwicklung des bereinigten Aufwands (Laufende Rechnung)				
Gesamtaufwand	4'389.5	4'566.7	4'794.2	4'958.4
– Ertragsanteile Dritter	327.7	331.6	345.1	362.0
– Durchlaufende Beiträge	267.6	268.0	268.2	268.5
– Fondierungen	17.0	17.7	9.3	8.4
– Interne Verrechnungen	408.4	427.5	502.7	554.8
– Globalkredite (Erträge)	4.3	4.3	4.3	4.3
Bereinigter Aufwand	3'364.5	3'517.6	3'664.6	3'760.4
Bereinigtes Aufwandwachstum		4.6%	4.2%	2.6%

Der Voranschlag 2012 konnte nur dank eines Eigenkapitalbezugs von 225.6 Mio. Franken (freies Eigenkapital: 200 Mio. Franken, besonderes Eigenkapital: 25.6 Mio. Franken) sowie einer Steuerfusserhöhung um 10 Prozentpunkte auf 105 Prozent im gesetzlichen Rahmen gehalten werden.

In den Jahren 2013 bis 2015 steigt der Aufwandüberschuss der laufenden Rechnung auf 269.3 bis 306.9 Mio. Franken an. Die Planwerte enthalten neben den Aufwendungen und Erträgen für die bestehenden Staatsausgaben auch die finanziellen Folgen der geplanten Gesetzesvorhaben und Vorhaben von grosser Tragweite. Des Weiteren basieren die Steuererträge auf einem Staatssteuerfuss von 105 Prozent. Schliesslich sind auch Gewinnausschüttungen der SNB von jährlich 40 Mio. Franken sowie ein jährlicher Bezug von besonderem Eigenkapital in der Höhe von 25.6 Mio. Franken Bestandteil des Zahlenwerks.

Die Zahlen des AFP 2013–2015 weisen weiterhin auf ein erhebliches Ungleichgewicht zwischen Gesamtaufwand und Gesamtertrag der laufenden Rechnung hin. Die strukturellen Probleme des St.Galler Kantons Haushaltes zeigen sich darin, dass in den Jahren 2012 bis 2015 die Zunahme des Gesamtaufwandes deutlich höher ist als diejenige des Gesamtertrages. Sowohl das hohe Aufwandwachstum wie auch die beträchtlichen Steuerentlastungen tragen zur Entstehung dieses Ungleichgewichts bei.

in Mio. Fr.	Voranschlag 2012	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015
Investitionsrechnung				
Ausgaben	242.8	259.5	307.5	430.5
Einnahmen	48.6	98.7	24.3	30.8
Nettoinvestition	194.2	160.8	283.2	399.7
Finanzierung				
Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen ...	114.2	127.3	175.7	212.9
Saldo der laufenden Rechnung	-28.4	-269.3	-298.5	-306.3
Selbstfinanzierung	85.8	-142.0	-122.8	-93.3
Nettoinvestition	194.2	160.8	283.2	399.7
Finanzierungsfehlbetrag	108.4	302.8	406.0	493.0
Selbstfinanzierungsgrad	44.2%	negativ	negativ	negativ
Entwicklung Eigenkapital (Stand Ende Jahr)				
Freies Eigenkapital	274.5	5.2	-293.3	-599.6
Besonderes Eigenkapital	441.4	415.8	390.2	364.6
Gesamtes Eigenkapital	715.9	421.0	96.9	-235.0

Die Investitionsrechnung zeigt, dass die Nettoinvestitionen im Finanzplanjahr 2015 auf knapp 400 Mio. Franken ansteigen. Als Folge der ansteigenden Nettoinvestitionen steigt – bei Weiterführung der heutigen Abschreibungsregeln – einerseits der Abschreibungsbedarf auf dem Verwaltungsvermögen bis 2015 auf jährlich über 210 Mio. Franken. Zudem führt die hohe Investitionstätigkeit zusammen mit den defizitären Rechnungsabschlüssen zu hohen Finanzierungsfehlbeträgen.

Die Eigenkapitaldecke schmilzt unter diesen Voraussetzungen rasch dahin. Ohne Gegenmassnahmen ist damit zu rechnen, dass das freie Eigenkapital per Ende 2013 praktisch vollständig aufgebraucht sein wird. Damit steigt auch die Wahrscheinlichkeit, dass der Kanton zwecks Sicherstellung der Liquidität Kapital aufnehmen muss. Dies wiederum würde die laufende Rechnung mit höherem Zinsaufwand belasten. Zudem wären spätestens ab dem Jahr 2014 die Aufwandüberschüsse – da sie nicht mehr durch freies Eigenkapital gedeckt werden könnten – auf die laufende Rechnung des übernächsten Jahres zu übertragen und dort zu kompensieren. Würde es dannzumal nicht gelingen, den Aufwandüberschuss der laufenden Rechnung auf maximal 3 Prozent des geschätzten Ertrags der einfachen Steuer zu begrenzen, müsste der Staatssteuerfuss automatisch nach oben angepasst werden, bis die Ausgleichsregel wieder eingehalten wäre.

3.2 Erläuterungen

Das Gesamtergebnis lässt sich weiter in folgende Aufwand- und Ertragsarten untergliedern:

in Mio. Fr.		Voranschlag 2012	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015
30	Personalaufwand	697.3	731.4	746.3	751.6
31	Sachaufwand (inkl. Informatikaufwand)	439.0	455.3	461.2	457.2
32	Passivzinsen	23.8	22.1	41.3	51.5
33	Abschreibungen	133.8	147.3	195.9	233.3
34	Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung	567.7	572.6	587.4	605.7
35	Entschädigungen Gemeinwesen	59.6	60.5	56.1	56.3
36	Staatsbeiträge	1'775.2	1'864.3	1'925.8	1'971.0
37	Durchlaufende Beiträge	267.6	268.0	268.2	268.5
38	Fondierungen	17.0	17.7	9.3	8.4
39	Interne Verrechnungen	408.4	427.5	502.7	554.8
	Gesamtaufwand	4'389.5	4'566.7	4'794.2	4'958.4
40	Steuern	1'763.4	1'813.1	1'877.9	1'948.6
41	Regalien/Konzessionen	15.0	15.1	15.2	15.8
42	Vermögenserträge	140.8	187.7	196.5	200.2
43	Entgelte	267.6	264.5	264.9	265.3
44	Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung	619.8	621.7	638.3	655.7
45	Rückerstattung Gemeinwesen	143.3	130.1	129.6	129.6
46	Beiträge eigene Rechnung	503.5	529.9	545.8	551.7
47	Durchlaufende Beiträge	267.6	268.0	268.2	268.5
48	Defondierungen	231.8	39.8	56.5	62.0
49	Interne Verrechnungen	408.4	427.5	502.7	554.8
	Gesamtertrag	4'361.1	4'297.5	4'495.7	4'652.2
	Gesamtsaldo (Aufwandüberschuss)	28.4	269.3	298.5	306.3

3.2.1 Personalaufwand

Der Personalaufwand weist in der Zeitspanne 2012 bis 2015 ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 2.5 Prozent pro Jahr aus, was einer absoluten Zunahme von 54.3 Mio. Franken entspricht. Für knapp die Hälfte des Anstiegs sind Mehrkosten aufgrund des neuen Personalgesetzes (finanzrelevante Teile) und der Revision der Versicherungskasse (höhere Arbeitgeberbeiträge aufgrund demografischer Entwicklung) verantwortlich. Weiter sind jährliche Mehrausgaben im Zusammenhang mit dem Stufenanstieg, den Mutationsgewinnen und der Beförderungsquote berücksichtigt. In den Planwerten ist zudem im Jahr 2014 eine Anpassung der Löhne an die Jahreststeuerung von 1 Prozent enthalten (9.1 Mio. Franken).

Wird der gesamte Personalaufwand um die aufgeführten Komponenten bereinigt, resultiert ein Wachstum zwischen 2012 und 2015 von 0.3 Prozent (+6.6 Mio. Franken). Dieses ist einerseits auf die departementalen Stellenbegehren zurückzuführen, welche im Rahmen der Erarbeitung des Voranschlages 2012 von der Regierung aus finanzpolitischen Gründen sistiert wurden (insgesamt 26 Stellen, vgl. hierzu die Ausführungen in der Voranschlagsbotschaft 2012, Kapitel 3.3.3). Daneben werden zusätzliche neue Stellen beantragt, auf welche im nachfolgenden Kapitel 3.3 bei den einzelnen Departementen detailliert eingegangen wird.

in Mio. Fr.	Voranschlag 2012	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015	jährliches Wachstum
Personalaufwand	697.3	731.4	746.3	751.6	2.5%
Aufwand Revision Versicherungskasse . . .		-11.4	-11.4	-11.4	
Aufwand Revision Personalgesetz (finanzwirksame Teile)		-13.5	-13.5	-13.5	
Mutationsgewinne	-0.7	-1.5	-2.4	-3.3	
Aufwand Beförderungsquote	-2.2	-6.1	-9.6	-13.3	
Aufwand Teuerungskorrektur			-9.1	-9.1	
Personalaufwand bereinigt	694.4	698.9	700.3	701.0	0.3%

3.2.2 Sachaufwand (inkl. Informatikaufwand)

in Mio. Fr.	Voranschlag 2012	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015	jährliches Wachstum
Sachaufwand	439.0	455.3	461.2	457.2	1.4%
Dienstleistungen und Honorare	152.7	166.8	169.5	163.8	2.4%
Informatikaufwand	60.9	67.5	68.6	68.9	4.2%
– Investitionskosten	5.1	10.5	10.5	10.5	27.2%
– Betriebskosten	55.7	57.0	58.1	58.4	1.6%
Anteil Informatik am Sachaufwand	13.9%	14.8%	14.9%	15.1%	

Der Sachaufwand weist im Zeitraum 2012 bis 2015 ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 1.4 Prozent auf, was einer Zunahme von insgesamt gut 18 Mio. Franken entspricht. Bei den beiden grössten Positionen innerhalb des Sachaufwandes, den Dienstleistungen und Honoraren sowie dem Informatikaufwand, resultiert mit Wachstumsraten von 2.4 bzw. 4.2 Prozent ein überdurchschnittliches Wachstum.

Der Anstieg bei den Dienstleistungen und Honoraren ist über die Hälfte auf die Zunahme der Projektierungskosten für Investitionsvorhaben im Amt für öffentlichen Verkehr (5.2 Mio. Franken) sowie im Hochbauamt (1.5 Mio. Franken) zurückzuführen, welche jedoch über das Konto 489 (Bevorschussungen Projektierungskosten) refinanziert sind. Je rund 0.8 bis 1.0 Mio. Franken steigen zudem die Aufwendungen für Entschädigungen (v.a. Entschädigungen an die Sozialversicherungsanstalt), Provisionen (Bezugsprovision Quellensteuer) und Vollzugskosten (Massnahmen Jugend). Die Aufwendungen für Aufträge an Dritte steigen um 0.7 Mio. Franken.

Im Bereich der Informatik ist zu berücksichtigen, dass das in den letzten Jahren übliche Investitionsniveau in der Grössenordnung von 10 bis 11 Mio. Franken im Voranschlag 2012 vorübergehend deutlich gekürzt wurde, um entsprechende Haushaltsentlastungen zu erreichen. Das hohe Aufwandwachstum in der Informatik ist deshalb in erster Linie auf die Wiedererreichung des üblichen Investitionsniveaus zurückzuführen. Zudem erfolgten pauschale Korrekturen in den Planwerten, einerseits um ein stabiles und realistisches Investitionsvolumen zu erreichen sowie andererseits um die noch ausstehenden Entlastungen beim Informatikaufwand zu berücksichtigen. Letztere werden aufgrund von noch laufenden Abklärungen zwischen den Nutzern und den Leistungserbringern im Informatikbereich erwartet, zum Beispiel durch die Nutzung von Synergien, die Reduktion von Standards oder den Verzicht auf einzelne Leistungen. Diese Abklärungen sind Bestandteil eines Projektes unter der zentralen Leitung des Dienstes für Informatikplanung.

3.2.3 Zinsensaldo

Der Zinsensaldo ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Passivzinsen und der Vermögenserträge, korrigiert um den Saldo der internen Verzinsung.

in Mio. Fr.	Voranschlag 2012	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015
Passivzinsen	20.3	18.6	37.7	48.0
Interne Verzinsung	0.6	1.2	1.8	1.9
Vermögenserträge	-81.7	-79.0	-81.0	-81.8
Zinsensaldo (Nettozinsenertrag)	-60.8	-59.2	-41.5	-31.9

Der Nettozinsenertrag reduziert sich um praktisch die Hälfte von 60.8 Mio. Franken im Jahr 2012 auf 31.9 Mio. Franken im Jahr 2015. Diese Verschlechterung ist einerseits auf die notwendige Aufnahme neuer Fremdkapitalien zurückzuführen, welche einen Anstieg der Schuldzinsen zur Folge haben. Zudem ist ab 2014 für die bundesgesetzlich vorgegebene Verzinsung des voraussichtlichen Deckungsfehlbetrages der Versicherungskasse des Staatspersonales und der Lehrerversicherungskasse ein Zinsaufwand von 14 Mio. Franken eingestellt, was die Passivzinsen entsprechend erhöht (vgl. Kapitel 4.5.1).

3.2.4 Abschreibungen

in Mio. Fr.	Voranschlag 2012	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015	jährliches Wachstum
Bisherige Objekte	78.37	68.26	63.81	58.92	-9.1%
Neue Objekte		21.00	48.90	78.00	-
Studiendarlehen	0.01	0.01	0.01	0.01	0.0%
Finanzierung aus allgemeinen Mitteln	78.38	89.27	112.72	136.93	20.4%
Strassen (Finanzierung aus Strassenfonds)	35.79	38.00	63.00	76.00	28.5%
Total Abschreibungen	114.17	127.27	175.72	212.93	23.1%

Aus allgemeinen Mitteln werden die planmässigen Abschreibungen auf Hochbauten, technischen Einrichtungen und Investitionsbeiträgen sowie die nach kaufmännischen Grundsätzen vorzunehmenden Abschreibungen auf Studiendarlehen finanziert. Aus zweckgebundenen Mitteln des Strassenverkehrs (Strassenfonds) werden dagegen die Abschreibungen auf Strassenbauten gedeckt.

Die aus allgemeinen Mitteln zu finanzierenden Abschreibungen steigen von 78.4 Mio. Franken im Jahr 2012 um 58.6 Mio. Franken auf 136.9 Mio. Franken im Jahr 2015. Der Abschreibungsaufwand für bisherige Objekte nimmt um gut 9 Prozent respektive knapp 20 Mio. Franken jährlich ab, während neue Objekte zu einem Anstieg der Abschreibungen um 78 Mio. Franken im Jahr 2015 führen. Die folgende Abbildung liefert eine Übersicht über die neuen Objekte (ohne Strassen) nach dem Jahr des Abschreibungsbegins, der Abschreibungsdauer, der Höhe der Investitionskosten sowie den resultierenden Abschreibungstranchen.

in Mio. Fr.

	Abschreibungs- dauer	Investitions- kosten	Jährl. Abschrei- bungsquote
Abschreibungsbeginn 2013			
<i>Hochbauten:</i>			
Kantonsspital St.Gallen, Sanierung und Erweiterung Haus 02	2013–2017	5.0	1.0
Kantonsspital St.Gallen, Sanierung Haus 54 Lernhaus	2013–2017	4.0	0.8
Fischzuchtanlage Bodensee, Neubau	2013–2022	10.0	1.0
KS Sargans, Ausbau und Sanierung	2013–2022	56.0	5.6
Hochschule für Technik Rapperswil, Neubau Forschungszentrum . .	2013–2022	23.0	2.3
KBZS St.Gallen, Unterhaltmassnahmen	2013–2022	11.0	1.1
<i>Baubeiträge:</i>			
Südostbahn, technische Verbesserungen 2012	2013–2017	8.7	1.7
Bahnhofplatz St.Gallen, Bushof	2013–2017	5.0	1.0
Naturmuseum St.Gallen, Neubau	2013–2017	7.0	1.4
Sprachheilschule St.Gallen	2013–2017	6.4	1.3
HPV Gossau-Untertoggenburg-Wil, Neubau Werkstätten und Sanierung Buechenwäldli	2013–2022	9.0	0.9
Hochschule für Technik Buchs (NTB), Erneuerungsinvestitionen . .	2013–2022	9.4	0.9
<i>Technische Einrichtungen:</i>			
Schulverwaltungssoftware Nachfolge Educ, Sek. II	2013–2017	4.1	0.8
E-Government 2013–2017	2013–2017	6.0	1.2
Total Abschreibungen mit Beginn 2013		<u>164.7</u>	<u>21.0</u>
Abschreibungsbeginn 2014			
<i>Hochbauten:</i>			
Kantonsspital St.Gallen, Notstromversorgung	2014–2018	7.0	1.4
Landwirtschaftliches Zentrum Salez, Umbau und Erweiterung	2014–2023	40.0	4.0
Klanghaus Toggenburg, Neubau	2014–2023	29.0	2.9
Regionalgefängnis Altstätten, Erweiterung	2014–2023	30.0	3.0
Spitäler Altstätten, Grabs, Linth und Wattwil, Erneuerung und Erweiterung (1. Teilkredit)	2014–2023	100.0	10.0
Kantonsspital St.Gallen, Sanierung Energiezentrale	2014–2023	14.0	1.4
<i>Baubeiträge:</i>			
Südostbahn, Investitionsvereinbarung 2013	2014–2018	6.7	1.3
Appenzellerbahnen, Durchmesserlinien	2014–2018	5.0	1.0
Heilpädagogische Vereinigung Gossau-Untertoggenburg-Wil, Erweiterung Schule und Neubau Internat	2014–2018	6.0	1.2
Verein Landscheide Wald-Schönengrund, Neubau Wohngebäude / Erweiterung Wohnheim	2014–2018	4.0	0.8
Valida St.Gallen	2014–2023	9.0	0.9
Total Abschreibungen mit Beginn 2014		<u>250.7</u>	<u>27.9</u>

in Mio. Fr.

	Abschreibungs- dauer	Investitions- kosten	Jährl. Abschrei- bungsquote
Abschreibungsbeginn 2015			
<i>Hochbauten:</i>			
Polizeiposten Wil, Neubau	2015–2019	5.0	1.0
Psychiatrische Klinik Wil, Teilsanierung Haus A01	2015–2019	6.0	1.2
KS Wattwil, Ausbau und Sanierung	2015–2024	60.0	6.0
Davidstrasse 31 St.Gallen, Erwerb	2015–2024	25.0	2.5
Spitäler Altstätten, Grabs, Linth und Wattwil, Erneuerung und Erweiterung (2. Teilkredit)	2015–2024	100.0	10.0
Kantonsspital St.Gallen, Sanierung Gebärsaal und Neonatologie Haus 06	2015–2024	10.0	1.0
Psychiatrische Klinik Pfäfers, Sanierung Klostergebäude	2015–2024	16.0	1.6
Heimstätten Wil, Neubau Werkstattgebäude	2015–2024	9.0	0.9
<i>Baubeiträge:</i>			
Südostbahn, Investitionsvereinbarung 2014	2015–2019	5.3	1.1
Kunstmuseum St.Gallen, Um- und Neubau	2015–2024	13.0	1.3
<i>Technische Einrichtungen:</i>			
Strategische Basisinfrastruktur (SBI) 2015	2015–2020	15.0	2.5
Total Abschreibungen mit Beginn 2015		264.3	29.1

Mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 29 Prozent nimmt der Abschreibungsaufwand im Strassenbereich in den Jahren 2012–2015 stark zu. Dieses Wachstum ist schwergewichtig auf die Grossprojekte Brücke Pfäfers-Valens und die Ortsumfahrungen Bütschwil und Wattwil zurückzuführen, für welche ab 2013 mit ansteigendem Investitionsausgaben und entsprechenden Abschreibungen zulasten des Strassenfonds zu rechnen ist.

3.2.5 Innerkantonaler Finanzausgleich

in Mio. Fr.	Voranschlag 2012	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015	jährliches Wachstum
Finanzausgleichsbeiträge an Gemeinden	231.6	232.5	233.9	235.3	0.5%
– <i>Ressourcenausgleich</i>	101.2	99.2	99.2	99.2	–0.7%
– <i>Allgemeiner Sonderlastenausgleich</i>	98.8	100.3	100.3	100.3	0.5%
– <i>Individueller Sonderlastenausgleich</i>	18.4	18.4	18.4	18.4	0.0%
– <i>Partieller Steuerfussausgleich</i>	12.6	14.0	15.4	16.8	10.1%
– <i>Übergangsausgleich</i>	0.6	0.6	0.6	0.6	0.0%
– Nachzahlungen	0.7	0.8	0.8	0.8	4.6%
– Rückzahlungen	–12.0	–3.0	–3.0	–3.0	–37.0%

Das kantonale Finanzausgleichsgesetz (sGS 813.1) ist seit 2008 in Vollzug. Durch die Umsetzung der Massnahme 14 des Sparpaketes I reduziert sich das jährliche Wachstum der Finanzausgleichsbeiträge zuhanden der Gemeinden von ursprünglich 2.8 Prozent gemäss AFP 2012–2014 auf neu 0.5 Prozent (ohne Nach- und Rückzahlungen). Die entsprechende Kürzung der Kantonsbeiträge um jährlich 10 Mio. Franken wurde schwergewichtig beim Ressourcenausgleich und beim Sonderlastenausgleich Schule umgesetzt.⁵ Gestützt auf Schätzungen zu den Rechnungsabschlüssen der Gemeinden wurde zudem ein Mitteltransfer vom partiellen Steuerfussausgleich zum individuellen Sonderlastenausgleich vorgenommen.

⁵ Im Vergleich zum AFP 2012–2014 sind im vorliegenden AFP 2013–2015 folgende Änderungen vorgenommen worden (Planjahr 2013): Ressourcenausgleich (–8.8 Mio. Fr.), Sonderlastenausgleich Schule (–4.0 Mio. Fr.), partieller Steuerfussausgleich (–7.8 Mio. Fr.), Übergangsausgleich (–0.5 Mio. Fr.), Individueller Sonderlastenausgleich (+11.1 Mio. Fr.).

3.2.6 Staatsbeiträge

in Mio. Fr.	Voranschlag 2012	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015	jährliches Wachstum
Laufende Beiträge	1'775.2	1'864.3	1'925.8	1'971.0	3.5%
<i>davon</i>					
an Kantone und interkant. Organisationen .	208.5	219.1	227.7	232.2	3.7%
– Ausserkantonale Hochschulen ⁶	39.5	41.2	43.4	44.1	3.7%
– Konkordats-Fachhochschulen ⁶	45.8	50.4	51.7	52.3	4.5%
– Ausserkantonale Fachhochschulen ⁶	31.9	32.4	32.8	33.3	1.4%
an eigene Anstalten	794.1	833.7	873.2	906.5	4.5%
– Hochschulen (Universität St.Gallen) ⁶	108.6	115.4	118.5	121.3	3.8%
– Fachhochschulen (PHSG) ⁶	33.4	34.0	34.0	34.3	0.9%
– Spitäler	270.7	288.6	310.3	327.7	6.6%
– Ergänzungsleistungen AHV und IV	268.2	278.5	289.0	300.4	3.9%
an private Institutionen	359.1	398.4	397.0	402.5	3.9%
– Sonderschulen	126.2	124.8	130.8	130.8	1.2%
– Invalidität	110.3	140.7	129.2	132.6	6.3%
an private Haushalte	222.9	224.4	225.2	228.6	0.8%
– Individuelle Prämienverbilligung	205.8	201.5	202.7	205.7	0.0%
Investitionsbeiträge	56.3	49.7	49.1	48.2	–5.0%

Die Staatsbeiträge steigen mit einer jährlichen Wachstumsrate von durchschnittlich 3.5 Prozent um fast 200 Millionen Franken auf neu gegen 2'000 Mio. Franken im Jahr 2015. Dieser Anstieg erklärt sich durch Mehrbelastungen insbesondere in der neuen Spitalfinanzierung (+83.1 Mio. Franken) und den zunehmenden Aufwendungen bei den Ergänzungsleistungen (+33.5 Mio. Franken) sowie der Tertiärbildung (+26.0 Mio. Franken), den Aufgabenbereichen Invalidität (+22.3 Mio. Franken) und öffentlicher Verkehr (+15.2 Mio. Franken).

Die Beiträge an eigene Anstalten machen knapp die Hälfte der Staatsbeiträge aus und entfallen vor allem auf die Bereiche Bildung, Gesundheit und Soziales. Auch die Beiträge an private Institutionen werden grossmehrheitlich für Bildung (Sonderschulen) und Soziales (Behinderteneinrichtungen) eingesetzt, während sich die Beiträge an die privaten Haushalte grossmehrheitlich aus dem Beitrag zur Verbilligung der Krankenkassenprämien zusammensetzen.

⁶ Die unterschiedliche Bedeutung der Bundes- und Kantonsbeiträge im Universitäts- bzw. Fachhochschulumfeld (Interkantonale Universitätsvereinbarung IUUV vs. Interkantonale Fachhochschulvereinbarung) führt dazu, dass der Universitätsbereich einen höheren Bruttoaufwand aufweist als der Fachhochschulbereich (Voranschlag 2012: 148.2 Mio. Fr. vs. 137.0 Mio. Fr.), aber der Nettoaufwand zulasten des Kantons im Universitätsbereich niedriger ist (Voranschlag 2012: 85.5 Mio. Fr. vs. 111.1 Mio. Fr.).

3.2.7 Steuererträge

in Mio. Fr.	Voranschlag 2012	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015	jährliches Wachstum
Einkommens- und Vermögenssteuern	946.4	985.4	1'020.7	1'057.3	3.8%
Gewinn- und Kapitalsteuern	159.4	169.1	177.6	186.5	5.4%
Spezialsteuern	172.2	179.6	185.6	192.5	3.8%
– <i>Quellensteuer</i>	53.0	55.1	57.3	60.2	4.3%
– <i>Grundstückgewinnsteuer</i>	70.0	75.3	79.1	83.1	5.9%
– <i>Erbschafts- und Schenkungssteuern</i>	45.2	45.2	45.2	45.2	0.0%
– <i>Steuerstrafen</i>	4.0	4.0	4.0	4.0	0.0%
Total Kantonale Steuern	1'278.0	1'334.1	1'383.9	1'436.3	4.0%
Anteil Direkte Bundessteuern	116.8	119.8	125.4	132.0	4.2%
Steuerertrag (Saldo)	1'394.8	1'453.9	1'509.3	1'568.3	4.0%

Vor dem Hintergrund der sich abkühlenden Konjunktur ist im Kanton St.Gallen auch mittelfristig nur mit einer gedämpften Entwicklung der Steuererträge zu rechnen. Obige Zahlen zu den kantonalen Steuererträgen basieren für die Jahre 2012 bis 2015 auf einem unveränderten Staatssteuerfuss von 105 Prozent.

Aufgrund der aktuellen Schätzungen ist davon auszugehen, dass die im AFP 2012–2014 angenommenen Steuererträge zu optimistisch waren und die Ertragsschätzungen entsprechend nach unten zu korrigieren sind. Verglichen mit den im AFP 2012–2014 eingestellten Steuererträgen und hochgerechnet auf einen Staatssteuerfuss von 105 Prozent, liegen die im AFP 2013–2015 insgesamt eingestellten Steuererträge jährlich um rund 33 bis 41 Mio. Franken tiefer.

Bei den Einkommens- und Vermögenssteuern, der wichtigsten Einkommenskomponente des Kantons, wird in den Jahren 2012 bis 2015 mit einem jährlichen Wachstum von 3.8 Prozent gerechnet. Diesen Berechnungen liegen Annahmen zugrunde, wonach die massgebenden Einkommen jährlich um 2.5 Prozent (progressionsbereinigt um 3.75 Prozent) und die Vermögen um 2 Prozent zunehmen werden. Die Entwicklung der Erträge aus den Gewinn- und Kapitalsteuern basieren auf der Annahme, dass sich die massgebenden Gewinne in den Planjahren 2014 und 2015 um jährlich 5 Prozent erhöhen. Im Planjahr 2013 wird hingegen von keiner Gewinnzunahme bei den juristischen Personen ausgegangen. Bei der Quellensteuer wird von einer Zunahme der massgebenden Einkommen um 4 Prozent in den Jahren 2013 und 2014 bzw. 5 Prozent im Jahr 2015 ausgegangen. Die Schätzung Grundstückgewinnsteuer schliesslich basiert auf einer Zunahme der steuerbaren Gewinne um jährlich 5 Prozent.

3.2.8 Gebührenerträge

in Mio. Fr.	Voranschlag 2012	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015	jährliches Wachstum
Gebühren für Amtshandlungen	76.9	76.4	76.7	76.8	0.0%
– <i>Staatsgebühren</i>	24.0	23.6	23.8	23.8	–0.2%
– <i>Gerichtsgebühren</i>	9.9	9.9	9.9	9.9	0.0%
– <i>Verkehrsgebühren</i>	28.0	28.0	28.2	28.2	0.2%
– <i>Andere Gebühren</i>	15.0	14.9	14.9	14.9	–0.2%

Bei den Gebühren für Amtshandlungen ergeben sich sowohl beim Gesamttotal als auch bei den einzelnen Bereichen nur geringe Veränderungen.

Die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) hat im Herbst 2011 erstmals einen Index der Gebührenfinanzierung veröffentlicht, der die Gebührenbelastung durch Kanton und Gemeinden in den verschiedenen Kantonen vergleicht. Der Gebührenindex ist definiert als Quotient aus Gebührenertrag und Kosten und misst

damit die Kostendeckung gebührenfinanzierter Verwaltungsbereiche.⁷ Erhoben wird der Gebührenindex für die Bereiche Strassen- und Schiffsverkehr, allgemeines Rechtswesen, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sowie Abfallwirtschaft. Die vier Teilindizes werden zu einem Gesamtindex zusammengefasst.

Der Gesamtindex, der im gesamtschweizerischen Durchschnitt 77 Prozent beträgt, liegt im Kanton St.Gallen bei 85 Prozent (Jahr 2009). Eine leichte Kostenüberdeckung zeichnet sich im Bereich des Strassen- und Schiffsverkehrs ab. Dort erreicht der Kanton St.Gallen einen Indexwert von 105 Prozent, was allerdings immer noch weniger ist als der gesamtschweizerische Durchschnitt von 113 Prozent. Über dem schweizerischen Durchschnitt (76 Prozent) und auch über der Kostendeckungsgrenze von 100 Prozent liegen dagegen die Bereiche des allgemeinen Rechtswesens. Der st.gallische Indexwert beträgt dort 110 Prozent. Da in diesem Bereich allerdings sehr unterschiedliche Bereiche anfallen – u.a. Betreuungswesen, Einwohnerkontrolle, Grundbuchamt, Konkursamt, Zivilstandsamt – ist ohne vertiefte Analyse unklar, wo der Kanton St.Gallen konkret von den anderen Kantonen abweicht. In den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, wo die Gebühren in erster Linie durch die Gemeinden erhoben werden, sind die st.gallischen Gebühren deutlich unter der 100-Prozent-Grenze (SG: 68 Prozent; CH: 77 Prozent). Gleiches gilt für den Bereich Abfallwirtschaft (SG: 71 Prozent; CH: 70 Prozent).

Der Bericht der EFV weist darauf hin, dass der Kanton St.Gallen das Gebührenpotenzial insgesamt gut ausschöpft und die Kosten von Verwaltungshandlungen, die von Einzelpersonen veranlasst werden, abgedeckt sind. Das Finanzdepartement erarbeitet derzeit den Bericht zum Postulat «Gesamtbelastung mit Abgaben und Gebühren» (43.09.09). Darin wird die Situation im Kanton St.Gallen vertieft untersucht und eine weitere Grundlage erarbeitet, um über die Angemessenheit der Gebühren und allfällig notwendige Gebührenanpassungen zu entscheiden.

3.2.9 Bundesfinanzausgleich

in Mio. Fr.	Voranschlag 2012	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015	jährliches Wachstum
Nettoertrag aus dem Bundesfinanzausgleich	410.9	414.5	424.5	434.5	1.9%
– <i>Ressourcenausgleich</i>	416.4	420.0	430.0	440.0	1.9%
– <i>Geografisch-topografischer Lastenausgleich</i>	2.1	2.1	2.1	2.1	0.0%
– <i>Härtea Ausgleich</i>	–7.6	–7.6	–7.6	–7.6	0.0%

Die Beiträge des Ressourcenausgleichs, welche vom Bund sowie den ressourcenstarken Kantonen alimentiert werden, können sich von Jahr zu Jahr erheblich verändern. Eine Veränderung kann sich einerseits aufgrund Anpassungen bei der kantonseigenen Ressourcenstärke oder andererseits aufgrund Veränderungen des gesamten Ressourcenpotentials aller Kantone ergeben. Besonders sensitiv reagiert der Ressourcenausgleich auf Veränderungen der Finanzkraft grosser Kantone wie beispielsweise Zürich oder Waadt. Daher muss damit gerechnet werden, dass die effektiven Beiträge des Kantons St.Gallen erheblich von den im AFP 2013–2015 veranschlagten Zahlen abweichen können. Aufgrund dieser Unsicherheiten wird in den Planjahren 2013–2015 von einem moderaten Wachstum um jährlich 10 Mio. Franken ab 2013 ausgegangen. Die Basis der Schätzungen stellen Berechnungen des Wirtschaftsberatungsinstitutes BAK Basel dar, welche davon ausgehen, dass sich das gesamte Ressourcenpotential aller Kantone geringfügig erhöhen wird. Die Entwicklung des Ressourcenpotentials des Kantons St.Gallen dürfte dabei unterdurchschnittlich erfolgen. Diese beiden Faktoren haben zur Folge, dass dem Kanton St.Gallen voraussichtlich per Saldo mehr Mittel aus dem Ressourcenausgleich zufließen werden. Der geografisch-topografische Lastenausgleich wird jeweils um die Teuerung bereinigt weitergezogen. Die Aufwendungen zur Alimentierung des Härtea Ausgleichs werden bis acht Jahre nach Inkraftsetzung der NFA, sprich bis Ende 2015, stabil bleiben.

⁷ Ein Indexwert von (deutlich) über 100 Prozent ist ein Hinweis darauf, dass die durch eine Gebühr zu entschädigende staatliche Leistung überbezahlt ist, d.h., dass die Kosten der staatlichen Leistung geringer sind als die erhobene Gebühr. Umgekehrt deutet ein Indexwert von unter 100 Prozent darauf hin, dass die Inanspruchnahme einer staatlichen Leistung nicht kostendeckend ist.

3.2.10 Bundesbeiträge

in Mio. Fr.	Voranschlag 2012	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015	jährliches Wachstum
Beiträge vom Bund	351.2	354.3	362.1	368.4	1.6%
– Laufende Beiträge	341.7	345.4	354.3	361.2	1.9%
– Investitionsbeiträge	9.5	8.9	7.8	7.3	–8.4%

Die Beiträge des Bundes (ohne Mittel aus dem Bundesfinanzausgleich) dürften im Zeitraum 2012 bis 2015 mit durchschnittlich 1.6 Prozent pro Jahr wachsen. Massgeblich verantwortlich für die absolute Zunahme von rund 18.6 Mio. Franken ist der Zuwachs der laufenden Beiträge für die individuelle Prämienverbilligung (+10.0 Mio. Franken) sowie die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV (+7.4 Mio. Franken).

3.2.11 Investitionsrechnung

in Mio. Fr.	Voranschlag 2012	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015	jährliches Wachstum
Investitionen und Investitionsbeiträge (Netto)	154.4	42.4	215.4	318.9	27.4%
Ausgaben	178.4	124.0	220.2	329.2	
Einnahmen	24.0	81.6	4.8	10.3	
– davon Bildung (Netto)	50.6	–57.4	41.3	63.8	8.0%
– davon Gesundheit (Netto)	23.7	47.0	103.5	163.0	90.2%
– davon Öffentlicher Verkehr (Netto)	25.0	30.9	12.7	5.5	–39.6%
Strassenbau (Netto)	35.8	38.0	63.0	76.0	28.5%
Ausgaben	58.6	51.5	77.0	91.0	
Einnahmen	22.8	13.5	14.0	15.0	
Finanzierungen (Netto)	4.0	80.4	4.8	4.8	6.0%
Ausgaben	5.8	84.0	10.4	10.4	
Einnahmen	1.8	3.6	5.6	5.6	
Nettoinvestitionen insgesamt	194.2	160.8	283.2	399.7	27.2%

In den Jahren 2012 bis 2015 ist ein Anstieg der Nettoinvestitionen von 194.2 Mio. Franken auf 399.7 Mio. Franken vorgesehen. In diesen Zahlen enthalten sind alle drei Bereiche der Investitionsrechnung: die Investitionen und Investitionsbeiträge, der Strassenbau sowie die Finanzierungen. Die faktische Verdoppelung der gesamten Nettoinvestitionen und die starke Zunahmen der Ausgaben gegenüber dem letztjährigen AFP 2012–2014 sind schwergewichtig auf den hohen Investitionsbedarf beim Kantonsspital St.Gallen (Gesamterneuerung bis 2035) und bei den Regionalspitälern zurückzuführen, welche Bestandteil der Planzahlen sind.

Die im Jahr 2013 stark ansteigende Nettobelastung im Bereich der Finanzierungen respektive die sich entsprechend reduzierende Nettobelastung bei den Bildungsinvestitionen ergibt sich aufgrund der per 1. September 2013 geplanten Eigentumsübertragung des Gebäudes «Bahnhof Nord» an die Fachhochschule St.Gallen. Dadurch wird das bisher investierte Kapital in ein Darlehen des Verwaltungsvermögens umgewandelt und somit unter den Finanzierungen geführt.

Im Bereich des Strassenbaus ist in der Zeitspanne 2012–2015 mehr als eine Verdoppelung des Nettoaufwandes vorgesehen. Dieser starke Anstieg ist schwergewichtig auf die ab 2013 ansteigenden Ausgaben im Zusammenhang mit den Grossprojekten Brücke Pfäfers-Valens und den Ortsumfahrungen Bütschwil und Wattwil zurückzuführen, welche im Rahmen des 15. Strassenbauprogramms beschlossen wurden. Die Finanzierung dieser Investitionen erfolgt ausschliesslich über den Strassenfonds und hat keine Auswirkungen auf die Staatsrechnung.

3.3 Ergebnisse der einzelnen Departemente

Nachfolgend werden für jedes Departement die Ergebnisse des AFP dargestellt und die wesentlichen Faktoren kommentiert, welche den ausgabenrelevanten Aufwand der laufenden Rechnung verändern. Die detaillierten Differenzbegründungen zur gesamten laufenden Rechnung sind im Anhang aufgeführt. Vertiefte Angaben zur Belastung der laufenden Rechnung durch Gesetzesvorhaben und Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite finden sich in den Kapiteln 4 und 5.

3.3.1 Staatskanzlei

in Mio. Fr.	Voranschlag 2012	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015	jährliches Wachstum
Aufwand der laufenden Rechnung	18.0	17.6	17.6	17.5	-0.9%
– Personalaufwand	5.6	5.6	5.5	5.5	-0.7%
– Sachaufwand	12.1	11.8	11.8	11.7	-1.0%
– Staatsbeiträge	–	–	–	–	
Ertrag der laufenden Rechnung	11.8	11.5	11.5	11.4	-1.0%
Aufwandüberschuss laufende Rechnung .	6.3	6.1	6.1	6.1	-0.8%

Der Aufwandüberschuss der Staatskanzlei sinkt von 6.3 Mio. Franken im Jahr 2012 auf 6.1 Mio. Franken im Jahr 2015. Das entspricht einem durchschnittlichen Rückgang des Aufwandüberschusses von 0.8 Prozent pro Jahr.

Die Reduktion beim Personalaufwand ist auf die Reduktion von 1.3 Vollzeitstellen zurückzuführen, davon je 0.5 Stellen beim Ratsdienst und bei der Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen.

3.3.2 Volkswirtschaftsdepartement

in Mio. Fr.	Voranschlag 2012	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015	jährliches Wachstum
Aufwand der laufenden Rechnung	449.9	460.4	479.9	474.0	1.8%
– Personalaufwand	56.0	55.8	55.8	55.8	-0.1%
– Sachaufwand	27.7	31.3	34.7	32.4	5.4%
– Staatsbeiträge	121.1	126.6	138.2	135.0	3.7%
Ertrag der laufenden Rechnung	345.7	350.3	360.1	355.7	1.0%
Aufwandüberschuss laufende Rechnung .	104.2	110.1	119.8	118.3	4.3%

Im Volkswirtschaftsdepartement steigt der Aufwandüberschuss von gesamthaft 104.2 Mio. Franken im Jahr 2012 auf 118.3 Mio. Franken im Jahr 2015. Das entspricht einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 4.3 Prozent pro Jahr.

Der Anstieg beim Sachaufwand ist auf die höheren Projektierungskosten für Ausbauten der Bahninfrastruktur (Konzepte S-Bahn Zürich 4. Teilergänzungen, Angebotsplanung Ost 1. Teilergänzung und Obersee) im Amt für öffentlichen Verkehr zurückzuführen.

Der Anstieg bei den Staatsbeiträgen ist ebenfalls auf den Bereich des öffentlichen Verkehrs zurückzuführen. Dort steigen infolge des geplanten Angebotsausbaus gemäss 4. öV-Programm 2009–2013 und S-Bahn St.Gallen zum einen die Abgeltungen für den bestellten Regionalverkehr. Zum anderen führt die Inbetriebnahme der erneuerten Infrastrukturanlagen der Privatbahnen zu höheren Abschreibungen und damit zu einem Anstieg der Infrastrukturabgeltungen. Daneben steigt der Mittelbedarf für die Tarifverbunde.

3.3.3 Departement des Innern

in Mio. Fr.	Voranschlag 2012	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015	jährliches Wachstum
Aufwand der laufenden Rechnung	819.3	860.8	868.2	888.1	2.7%
– <i>Personalaufwand</i>	27.3	27.3	27.3	27.3	0.0%
– <i>Sachaufwand</i>	20.4	22.9	22.9	23.0	4.1%
– <i>Staatsbeiträge</i>	492.4	530.1	531.4	548.4	3.7%
Ertrag der laufenden Rechnung	219.9	212.5	215.5	218.9	–0.2%
Aufwandüberschuss laufende Rechnung .	599.4	648.3	652.7	669.3	3.7%

Im Departement des Innern steigt der Aufwandüberschuss von gesamthaft 599.4 Mio. Franken im Jahr 2012 auf 669.3 Mio. Franken im Jahr 2015. Das entspricht einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 3.7 Prozent pro Jahr.

Der Aufwandzuwachs ist hauptsächlich durch den Anstieg der Staatsbeiträge in den Bereichen Ergänzungsleistungen und Behinderteneinrichtungen bedingt. Bei den Ergänzungsleistungen ist weiterhin mit einer Zunahme der Anzahl Leistungsbeziehenden zu rechnen. Im Amt für Soziales steigen die Betriebsbeiträge an die Behinderteneinrichtungen infolge Taxanpassungen und Neuankennungen von Einrichtungen sowie zunehmender Inanspruchnahme von inner- und ausserkantonalen Einrichtungen. Ferner führt der Übergang zu einer stärkeren Gegenwartsfinanzierung zu einmaligen Mehrkosten im Jahr 2013.

Der Zuwachs beim Sachaufwand fällt im Wesentlichen im Amt für Kultur sowie bei den Ergänzungsleistungen an. Im Amt für Kultur steigt der Sachaufwand aufgrund von Informatikinvestitionen in die Bereiche Langzeitarchivierung und Bibliothekswesen. Daneben steigt der Aufwand für Dienstleistungen und Honorare insbesondere für die weitere Digitalisierung des Staatsarchivs sowie die Finanzierung von bisher aus dem Lotteriefonds finanzierten archäologischen Ausgrabungen. Bei den Ergänzungsleistungen steigen die Entschädigungen an die Sozialversicherungsanstalt für die infolge der Fallzunahme höheren Durchführungskosten.

3.3.4 Bildungsdepartement

in Mio. Fr.	Voranschlag 2012	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015	jährliches Wachstum
Aufwand der laufenden Rechnung	849.7	874.8	888.6	898.0	1.9%
– <i>Personalaufwand</i>	251.2	251.5	251.1	250.2	–0.1%
– <i>Sachaufwand</i>	71.5	73.1	72.5	72.7	0.6%
– <i>Staatsbeiträge</i>	460.2	477.7	490.6	495.6	2.5%
Ertrag der laufenden Rechnung	282.9	301.0	303.6	305.0	2.5%
Aufwandüberschuss laufende Rechnung .	566.8	573.8	585.0	593.0	1.5%

Im Bildungsdepartement steigt der Aufwandüberschuss von gesamthaft 566.8 Mio. Franken im Jahr 2012 auf 593.0 Mio. Franken im Jahr 2015. Das entspricht einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 1.5 Prozent pro Jahr.

Der Anstieg bei den Staatsbeiträgen ist zu einem grossen Teil auf die Bereiche Universität und Fachhochschulen zurückzuführen. An der Universität St.Gallen werden zwecks Verbesserung des Betreuungsverhältnisses neue Professuren geschaffen und der Lehrkörper vergrössert. Damit geht auch ein Anstieg der Infrastruktur- und Verwaltungskosten einher. Im Fachhochschulbereich steigt der Mehraufwand aufgrund der höheren Studierendenzahlen. An der Fachhochschule St.Gallen fallen zudem ab dem Herbst 2013 die Aufwendungen für Amortisation und Verzinsung des Darlehens für die Finanzierung des Neubaus «Bahnhof Nord» an. Sowohl im Universitäts- als auch im Fachhochschulbereich steigen ferner die Beiträge an ausserkantonale Bildungsinstitutionen aufgrund der dort weiterhin steigenden Anzahl St.Galler Studierende.

Die Staatsbeiträge steigen des Weiteren bei den Sonderschulen, wo mit der Umsetzung des neuen Sonderschulkonzeptes aufgeschobene Massnahmen in den Sonderschulen umgesetzt werden. Auch im Amt für Volksschule steigen die Staatsbeiträge, da die Schulpsychologischen Angebote künftig vom Kanton finanziert werden.

3.3.5 Finanzdepartement

in Mio. Fr.	Voranschlag 2012	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015	jährliches Wachstum
Aufwand der laufenden Rechnung	597.2	643.5	744.6	817.5	11.0%
– Personalaufwand	44.6	74.0	87.6	92.2	27.4%
– Sachaufwand	48.5	47.0	52.9	54.5	4.0%
– Staatsbeiträge	0.3	0.3	0.3	0.3	0.0%
Ertrag der laufenden Rechnung	2'654.1	2'554.4	2'684.8	2'809.5	1.9%
– Steuern	1'622.1	1'670.6	1'734.2	1'803.7	3.6%
– Vermögenserträge	85.4	122.7	124.7	125.5	13.7%
– Entnahme aus Eigenkapital	225.6	25.6	25.6	25.6	-51.6%
Ertragsüberschuss laufende Rechnung . .	2'056.9	1'910.8	1'940.2	1'992.0	-1.1%

Im Finanzdepartement sinkt der Ertragsüberschuss zwischen dem Jahr 2012 und dem Jahr 2015 um rund 65 Mio. Franken auf 1'992.0 Mio. Franken. Das entspricht einer durchschnittlichen Abnahme von 1.1 Prozent pro Jahr. Der Aufwand der laufenden Rechnung steigt von 597.2 Mio. Franken im Jahr 2012 auf 817.5 Mio. Franken im Jahr 2015. Dies entspricht einer jährlichen Zunahme um durchschnittlich 11.0 Prozent.

Der Aufwandanstieg gründet rund zur Hälfte im Abschreibungsaufwand, der infolge der im AFP eingerechneten Investitionsvorhaben gesamthaft von 114.2 Mio. Franken auf 212.9 Mio. Franken steigt. Ein höherer Aufwand ergibt sich auch durch den höheren Anteil von Gemeinden, Bund und Kantonen am Steuerertrag, welcher in der Planperiode zunimmt. Ebenso führen zusätzliche Zinsen für Fremdkapital, welches in den Jahren 2014 und 2015 aufgenommen werden muss, zu Aufwandsteigerungen.

Die Aufwandszunahme ist des Weiteren auf den Bereich Personal zurückzuführen. Im Finanzdepartement ist der allgemeine Personalaufwand, der die gesamte Verwaltung betrifft, eingestellt. Im allgemeinen Personalaufwand enthalten sind die Aufwände für das neue Personalgesetz, die höheren Arbeitgeberbeiträge als Folge der Revision der Versicherungskassen, der Teuerungsausgleich von 1 Prozent im Jahr 2014 sowie die seit 2012 zentral verbuchten allgemeinen Besoldungsanpassungen Stufenanstieg, Beförderungquote, Mutationsgewinne. Bereinigt man den oben ausgewiesenen Personalaufwand um diese Aufwandkategorien, resultiert noch ein Anstieg von 37.8 Mio. Franken im Jahr 2012 auf 37.9 Mio. Franken im Jahr 2015, was einem jährlichen Anstieg von durchschnittlich 0.1 Prozent entspricht. Dieser Anstieg ist darauf zurückzuführen, dass das Finanzdepartement in den Finanzplanjahren wieder die volle Quote der im Jahr 2012 vorübergehend halbierten Quote für ausserordentliche Leistungsprämien ausschöpfen wird. Der Personalbestand des Finanzdepartementes bleibt im Zeitraum 2012 bis 2015 unverändert.

Die Aufwandszunahme beim Sachaufwand ist verbuchungstechnisch auf die Informatik zurückzuführen, wo pauschale (positive und negative) Korrekturen zur Erreichung des jährlichen Investitionsvolumens von rund 10.5 Mio. Franken zentral im Finanzdepartement eingestellt werden. Unter Ausklammerung der Informatik ist der Sachaufwand im Finanzdepartement rückläufig.

Beim Ertrag ist in den Jahren 2013 bis 2015 mit einem Wachstum zu rechnen. Dabei ist zu beachten, dass nur in den Werten für das Jahr 2012 ein Bezug aus dem freien Eigenkapital enthalten ist. In den Finanzplanjahren ist lediglich der Bezug von 25.6 Mio. Franken aus dem besonderen Eigenkapital vorgesehen. Dieser ergibt sich aus der zulässigen Jahrestranche von 30.6 Mio. Franken abzüglich eines voraussichtlichen Bedarfs für Beiträge zur Förderung von Gemeindevereinigungen von 5 Mio. Franken pro Jahr. Umgekehrt sind im Jahr 2012 keine Gewinnausschüttungen der SNB eingestellt, während ab 2013 jährliche Erträge von 40 Mio. Franken eingestellt sind.

3.3.6 Baudepartement

in Mio. Fr.	Voranschlag 2012	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015	jährliches Wachstum
Aufwand der laufenden Rechnung	349.1	374.9	411.5	435.8	7.7%
– Personalaufwand	66.5	67.6	67.6	67.5	0.5%
– Sachaufwand	130.9	136.1	136.5	132.9	0.5%
– Staatsbeiträge	39.2	40.1	41.3	41.5	1.9%
Ertrag der laufenden Rechnung	273.9	289.0	319.7	333.5	6.8%
Aufwandüberschuss laufende Rechnung	75.3	85.9	91.8	102.4	10.8%

Im Baudepartement steigt der Aufwandüberschuss von gesamthaft 75.3 Mio. Franken im Jahr 2012 auf 102.4 Mio. Franken im Jahr 2015. Das entspricht einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 10.8 Prozent pro Jahr.

Der Personalaufwand steigt trotz Auslagerung der Energieagentur (minus 9 Stellen, davon 2.25 bereits im Voranschlag 2012 enthalten) aufgrund diverser Stellenschaffungen. Im Jahr 2013 sind vorgesehen: 4 Stellen im Amt für Raumentwicklung und Geoinformation (Umsetzung Geoinformationsgesetz, Ortsplanung), 9 Stellen im Hochbauamt (Projektleitung und -entwicklung, Betriebsoptimierung Energie), 1 Stelle im Tiefbauamt (Wasserbaugesetz), 1 Stelle im Amt für Umwelt (Bereich Altlasten). Zu beachten ist, dass von diesen Stellen 6 bereits für das Jahr 2012 vorgesehen waren, diese im Verlauf des Budgetprozesses 2012 aber wieder gestrichen wurden. Im Jahr 2014 sollen 2 weitere Stellen im Hochbauamt (Bereich Betriebsoptimierung Energie) geschaffen werden; 2015 fällt eine befristete Aushilfsstelle im Hochbauamt weg.

Der Anstieg beim Sachaufwand sowie bei den Staatsbeiträgen ist massgeblich auf den Bereich Gewässer zurückzuführen, wo durch das neue Wasserbaugesetz Projektierungs- und Baukosten für den Ausbau von Kantonsgewässern sowie Beiträge für Gewässerbauten und Unterhalt anfallen. Der Sachaufwand steigt ferner im Hochbauamt aufgrund der Projektierung der anstehenden Investitionsvorhaben.

3.3.7 Sicherheits- und Justizdepartement

in Mio. Fr.	Voranschlag 2012	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015	jährliches Wachstum
Aufwand der laufenden Rechnung	539.8	541.9	557.4	574.1	2.1%
– Personalaufwand	179.8	182.3	183.9	185.6	1.1%
– Sachaufwand	100.2	104.2	101.7	101.8	0.5%
– Staatsbeiträge	2.1	2.2	2.3	2.3	3.0%
Ertrag der laufenden Rechnung	394.9	397.4	415.9	430.1	2.9%
Aufwandüberschuss laufende Rechnung	145.0	144.5	141.5	144.0	-0.2%

Im Sicherheits- und Justizdepartement sinkt der Aufwandüberschuss von gesamthaft 145.0 Mio. Franken im Jahr 2012 auf 144.0 Mio. Franken im Jahr 2015. Das entspricht einer durchschnittlichen Aufwandreduktion von 0.2 Prozent pro Jahr.

Der Anstieg beim Personalaufwand ist auf die Erhöhung des Polizeikorps um zehn Mitarbeiter pro Jahr zurückzuführen. Ferner sind ab dem Jahr 2013 im Amt für Justizvollzug 3 Stellen für die neue geschlossene Übergangsabteilung in der Strafanstalt Saxerriet sowie 2 Stellen für die Umsetzung des Risikoorientierten Sanktionenvollzugs eingestellt.

Der Sachaufwand nimmt bis zum Jahr 2015 nur wenig zu. Der Anstieg in den Finanzplanjahren ist im Wesentlichen auf die Staatsanwaltschaft zurückzuführen, wo aufgrund der steigenden Anzahl Verfahren die Kosten für die amtliche Verteidigung zunehmen und die Ausgaben im Bereich des Straf- und Massnahmenvollzugs bei Jugendlichen ansteigen. Die Staatsbeiträge verändern sich auf tiefem Niveau.

Im Übrigen ist das Aufwandwachstum vor allem auf die zunehmenden Verrechnungen aus dem Strassenfonds an den Kantonsstrassenbau zurückzuführen. Umgekehrt erklärt die Entnahme aus der Strassenspezialfinanzierung zwecks Ausgleichs der Unterdeckung des Strassenfonds für die Jahre 2014 und 2015 im Wesentlichen den Zuwachs auf der Ertragsseite.

3.3.8 Gesundheitsdepartement

in Mio. Fr.	Voranschlag 2012	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015	jährliches Wachstum
Aufwand der laufenden Rechnung	717.3	743.9	777.5	804.5	3.9%
– Personalaufwand	30.2	31.4	31.4	31.3	1.2%
– Sachaufwand	18.5	20.0	19.0	18.9	0.6%
– Staatsbeiträge	659.4	686.9	721.4	747.6	4.3%
Ertrag der laufenden Rechnung	164.5	167.8	171.1	174.5	2.0%
Aufwandüberschuss laufende Rechnung .	552.9	576.1	606.4	629.9	4.4%

Im Gesundheitsdepartement steigt der Aufwandüberschuss von gesamthaft 552.9 Mio. Franken im Jahr 2012 auf 629.9 Mio. Franken im Jahr 2015. Das entspricht einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 4.4 Prozent pro Jahr.

Beim Personal sind ab dem Jahr 2013 zwei Stellen für die Bewältigung der ausserkantonalen Hospitalisation in Zusammenhang mit der der neuen Spitalfinanzierung eingestellt. Eine weitere Stelle ist für einen zusätzlichen Amtstierarzt vorgesehen. Diese Stelle wird notwendig, da aufgrund der Bundesgesetzgebung die Kontrollen im Bereich der Fleischhygiene nur noch durch Tierärztinnen und Tierärzte mit entsprechendem Fähigkeitszeugnis erfolgen können. Schliesslich erfolgt ein Stellenausbau bei den Heimstätten Wil, wo zusätzliche Betreuungsplätze benötigt werden. Diese Stellen sind für den Kanton indes kostenneutral, da entsprechende Mehrerträge bei den Pauschaltaxen zu erwarten sind.

Der Anstieg bei den Staatsbeiträgen geht neben der individuellen Prämienverbilligung im Wesentlichen auf die Finanzierung der inner- und ausserkantonalen Hospitalisationen zurück. Dort steigt einerseits der Vergütungsanteil des Kantons von 50 Prozent im Voranschlag 2012 auf 55 Prozent im Jahr 2015. Andererseits steigt der Aufwand durch die mutmassliche Erhöhung der Fallpauschalen, bei der eine jährliche Wachstumsrate von 3 Prozent angenommen wird (ausserkantonale Hospitalisationen: 2 Prozent). Eine weitere Erhöhung ergibt sich durch den sukzessiven Anstieg des Investitionskostenzuschlags für innerkantonale Hospitalisationen (ausgehend von 10 Prozent im Jahr 2012 auf 12 Prozent im Jahr 2014).

3.3.9 Gerichte

in Mio. Fr.	Voranschlag 2012	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015	jährliches Wachstum
Aufwand der laufenden Rechnung	43.3	43.5	43.5	43.5	0.1%
– Personalaufwand	32.1	32.3	32.3	32.3	0.3%
– Sachaufwand	7.9	7.9	7.9	7.9	0.1%
– Staatsbeiträge	–	–	–	–	–
Ertrag der laufenden Rechnung	13.4	13.4	13.4	13.4	0.0%
Aufwandüberschuss laufende Rechnung .	29.8	30.0	30.0	30.0	0.2%

Bei den Gerichten steigt der Aufwandüberschuss von gesamthaft 29.8 Mio. Franken im Jahr 2012 auf 30.0 Mio. Franken im Jahr 2015. Das entspricht einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 0.2 Prozent pro Jahr.

Das Aufwandwachstum ist auf 1.5 zusätzliche Stellen in der Verwaltungsrekurskommission und 0.5 Stellen beim Kantonsgericht zurückzuführen. Begründet werden diese Stellenschaffungen mit dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, das die Rechtsprechung in diesem Bereich vom Vormundschaftsdienst auf die Gerichte verlagert.

4 Gesetzesvorhaben

4.1 Übersicht

In diesem Kapitel werden die in den kommenden Jahren geplanten Gesetzesvorhaben und deren mutmassliche finanziellen Auswirkungen dargestellt. Die nachstehende Tabelle zeigt die in Vorbereitung stehenden Vorhaben im Überblick.

in Fr. n.v. steht für nicht verfügbar bzw. nicht vollständig verfügbar	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015
Volkswirtschaftsdepartement			
Forschungs- und Innovationszentrum	n.v.	n.v.	n.v.
Departement des Innern			
Gesetzgebung für die Eingliederung von Menschen mit Behinderung	-4'050'000	-3'600'000	-3'150'000
Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (Teil Departement des Innern)	90'000	90'000	90'000
Bildungsdepartement			
Sonderpädagogik-Konzept	n.v.	n.v.	n.v.
Trägervereinbarung Hochschule Rapperswil	0	0	0
Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) / Hochschulkonkordat	0	0	0
Finanzdepartement			
Gesetz über die St.Galler Pensionskasse	11'400'000	25'400'000	25'400'000
Gesetz über die E-Government-Zusammenarbeit	n.v.	n.v.	n.v.
Baudepartement			
Geoinformationsgesetz	n.v.	n.v.	n.v.
Revision Baugesetz	n.v.	n.v.	n.v.
Sicherheits- und Justizdepartement			
Schweizerische Strafprozessordnung und kantonales Einführungsgesetz	500'000	790'000	790'000
Gesundheitsdepartement			
Umsetzung Kantonalen Alkohol-Aktionsplan 2010–2014	n.v.	n.v.	n.v.
V. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung	600'000	400'000	400'000
Gerichte			
Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (Teil Gerichte)	300'000	300'000	300'000
Total	8'750'000	23'290'000	23'740'000

4.2 Volkswirtschaftsdepartement

4.2.1 Vereinbarung über ein Forschungs- und Innovationszentrum

In Buchs soll ein Forschungs- und Innovationszentrum in Form einer öffentlich-rechtlichen Anstalt aufgebaut werden. Die Anstalt bezweckt die Förderung der Hightech-Forschung und des Innovationstransfers im Rheintal. Gründungsträger sind das Fürstentum Liechtenstein und der Kanton St.Gallen. Die Anstalt bietet interdisziplinäre Forschung im internationalen Umfeld. Die Unterstützung zu Gunsten der Unternehmen reicht von der Produktentwicklungsphase bis hin zur Erlangung der Marktreife. Durch die Integration der Kompetenzen aus der Empa, der ETH Zürich, des CSEM SA, der Universität Liechtenstein und der NTB werden neue Anwendungsmöglichkeiten für die Industrie geschaffen. Während grössere Unternehmen schon heute einen vergleichsweise leichten Zugang zu den grossen Hochschulen geniessen, bietet das Forschungs- und Innovationszentrum namentlich für KMU interessante Perspektiven, die in der Deutschschweiz einmalig sind.

Rechtsgrundlage der Anstalt wird eine Vereinbarung zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und dem Kanton St.Gallen sein, die gestützt auf Art. 74 Abs. 2 Bst. a KV von der Regierung abgeschlossen wird und nach Art. 65 Bst. c KV vom Kantonsrat zu genehmigen ist.

In den ordentlichen Finanzplanzahlen des vorliegenden AFP bereits integriert sind Betriebsbeiträge von 2.0 Mio. Franken (2013) bzw. 2.5 Mio. Franken (2014 und 2015) für das Forschungs- und Innovationszentrum. Noch nicht eingerechnet sind dagegen Investitions- und Abschreibungskosten für spätere bauliche Massnahmen. Für die Startphase wird davon ausgegangen, dass das Forschungs- und Innovationszentrum in den bestehenden Räumlichkeiten der NTB Buchs aufgebaut werden kann.

4.3 Departement des Innern

4.3.1 Gesetzgebung für die Eingliederung von Menschen mit Behinderung

Mit der NFA ging die Zuständigkeit für die Finanzierung der Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderung vom Bund an die Kantone über. Seit dem 1. Januar 2008 haben demgemäss die Kantone die Eingliederung von erwachsenen Menschen mit Behinderung durch Beiträge an den Bau und den Betrieb von Wohnheimen, Werk- und Tagesstätten zu fördern. Vorerst waren, um die verfassungsmässig verankerte dreijährige Übergangsfrist zu gewährleisten, die bisherigen Bundesbeiträge zusätzlich zu den bisherigen kantonalen Leistungen unverändert zu übernehmen. Dafür wurde im Rahmen des NFA-Mantelerlasses das Gesetz über die Staatsbeiträge an die Invalidenhilfe (sGS 353.7; abgekürzt InvHG) geringfügig angepasst.

Zwischenzeitlich mussten die Kantone als Folge der NFA gestützt auf Art. 10 des Bundesgesetzes über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (SR 831.26; abgekürzt IFEG) kantonale Konzepte für die Eingliederung von Menschen mit Behinderung erarbeiten. Das St.Galler Konzept vom 23. März 2010 wurde am 24. September 2010 vom Bundesrat genehmigt. Damit lief Ende des Jahres 2010 die NFA-Übergangsfrist aus und der Kanton kann die Aufgaben in diesem Bereich auf eine neue rechtliche Basis stellen.

Das neue Gesetz hat zum Ziel, nach Ablauf der NFA-Übergangsfrist die kantonalen Gesetzesgrundlagen zu bereinigen. Dabei muss das kantonale Recht an das neue Bundesrecht (insbesondere IFEG) und weitere Vorhaben (Ratifizierung UN-Behindertenkonvention) angepasst werden. Die Resultate der interkantonalen Zusammenarbeit insbesondere der Ostschweizer Kantone und des Kantons Zürich auf Basis der interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE (sGS 381.31) sind ebenfalls zu berücksichtigen. So werden im Wesentlichen bisherige Leistungen und bereits eingeleitete Systemanpassungen und Entwicklungsprozesse auf Basis des übergeordneten Rechts fortgeführt.

Der Kantonsrat hat mit dem Kantonsratsbeschluss über Massnahmen zur Bereinigung des strukturellen Defizits des Staatshaushalts (33.11.09) der Regierung den Auftrag erteilt, ihm eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, damit die in der entsprechenden Botschaft der Regierung vom 4. Januar 2011 erwähnte Massnahme 15 «Reduktion Beitragssatz für Baubeiträge an Behinderteneinrichtungen» umgesetzt werden kann. Dieser Auftrag ist mit dem neuen Gesetz umzusetzen.

Die gemäss IFEG neu zu schaffende Ombudsstelle, die bei Betreuungsfragen zwischen Einrichtungen und Menschen mit Behinderung vermittelt, wird geringfügige Mehraufwendungen für den Kanton zur Folge haben, da sich die Einrichtungen und die Menschen mit Behinderung an den Kosten im Einzelfall beteiligen. Bei rund 1'500 Menschen mit Behinderung, die in Einrichtungen betreut und / oder beschäftigt werden, ist von wenigen Prozent an Vermittlungsfällen auszugehen. Gesamthaft dürften die Kosten deshalb nicht wesentlich höher als Fr. 30'000.– ausfallen.

Die ebenfalls neu zu bezeichnende kantonale Koordinationsstelle im Departement des Innern wird mit den bestehenden Ressourcen geschaffen, da zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden kann, in welchem Umfang koordinative Leistungen erbracht werden müssen.

Die bisherigen Aufwendungen des Kantons sind Aufwendungen nach IFEG und IVSE, die durch Aufenthalte in Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderung entstehen. Sie sind gebunden und weiterhin zu leisten. Die ambulanten Leistungen wurden bereits bisher mit Kantonsbeiträgen gefördert. Die bisherigen Aufwendungen im ambulanten Bereich bewegen sich unter 1 Mio. Franken jährlich (weniger als 1 Prozent der Aufwendungen). Der mit dem neuen Gesetz angestrebte Ausbau der ambulanten Angebote ist grundsätzlich durch eine Verlagerung der Mittel aus dem stationären Bereich kostenneutral finanzierbar, da die Förderung der Durchlässigkeit zwischen stationärem und ambulanten Angebot mittelfristig zu einer Eindämmung der Kostenentwicklung im stationären Bereich führt.

Künftig sollen keine à-fonds-perdu-Beiträge an Investitionen der Einrichtungen für Menschen mit Behinderung mehr ausgerichtet werden. Neu soll der Kanton Investitionsdarlehen gewähren, die im Rahmen einer Nutzungsfrist von den Einrichtungen zurück zu zahlen sind (inkl. Zinsen). Es handelt sich dabei aber um keine Darlehen des Finanzvermögens, sondern des Verwaltungsvermögens, da die Darlehen unmittelbar der Erfüllung einer staatlichen Aufgabe dienen (Art. 45 Staatsverwaltungsgesetz, sGS 140.1). Die Darlehen sind künftig Gegenstand der Investitionsrechnung, welche um das bisherige Investitionsbeitragsvolumen der laufenden Rechnung (jährlich rund 4.52 Mio. Franken) erhöht wird, sofern von einer einigermaßen gleichmässigen Projektanmeldung und Darlehensgewährung wie bisher ausgegangen wird. Dieser Betrag entspricht den prognostizierten Aufwendungen für Investitionsbeiträge in den Jahren 2013 bis 2015 abzüglich der Einsparungen aufgrund einer Senkung des Beitragssatzes von 66.33 auf 50 Prozent. Die Senkung des Beitragssatzes hatte der Kantonsrat bereits mit dem Kantonsratsbeschluss über Massnahmen zur Bereinigung des strukturellen Defizits des Staatshaushalts vom 15./16. Februar 2011 (33.11.09) mit Massnahme 15 in Aussicht genommen. Damit die Aufenthaltskosten neu den Vollkosten entsprechen, fliessen die Aufwendungen der Einrichtungen für Investitionen (inkl. Zinsen) sodann in die Betriebsrechnung der Einrichtungen und damit in die Leistungsabgeltung nach IVSE ein. Die Kantone, aus denen die Leistungsnutzenden stammen, werden sich demnach über die vereinbarte Nutzungsdauer im Einzelfall an den Investitionskosten beteiligen. Neu ist dabei, dass Investitionsbeiträge der Kantone verzinst zurück zu zahlen sind und zu Taxerhöhungen (Wohnangebote) und höheren Kantonsbeiträgen (Tagesstrukturen) für die Kantone führen, aus denen die Leistungsnutzenden stammen. Die Mehraufwendungen für den Kanton St.Gallen werden jedoch wiederum durch die Zinserträge für Darlehen des Kantons an St.Galler Einrichtungen aufgefangen.

Zusammenfassend erfolgt damit eine temporäre Minderbelastung der laufenden Rechnung in den Jahren 2013 bis 2015. Diese Minderbelastung reduziert sich jährlich um die durch den Kanton im Rahmen der Leistungsabgeltung nach IVSE zusätzlich zu leistenden Investitionskostenanteile im Einzelfall. Unter Annahme einer gleichmässigen Investitionstätigkeit wie bisher werden die jährlichen Investitionskostenanteile, die im Einzelfall via Leistungsabgeltung nach IVSE gedeckt sein werden, nach einer gewissen Zeit in einer ähnlichen Höhe wie die bisher geleisteten A-fonds-perdu-Investitionsbeiträge liegen. Damit sind die Minderaufwendungen in der laufenden Rechnung von temporärer Natur und entsprechen einer groben Schätzung, da

sie von der Investitionstätigkeit und -art und damit der vorzusehenden Nutzungsdauer (Immobilien, Mobilien, Informatik) abhängig sind.

Weitere Kostenveränderungen sind keine Folge des Gesetzes. So führen Neuankennungen von Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderung zu keinen Mehrkosten für den Kanton, sondern zu Kostenverschiebungen (von der Finanzierung über EL neu zur Finanzierung über Kantonsbeiträge in Form von Pauschalen). Die Anpassung der Periodengerechtigkeit, welche eine einmalige Bereinigung der aufgelaufenen Defizitbeiträge seit Inkrafttreten der NFA umfasst, ist Folge des IVSE-Methodenwechsels (Pauschalmethode ab dem Jahr 2011) und nicht des Gesetzes. Der Zeitpunkt des Vollzugs des neuen Gesetzes soll jedoch zum Anlass für diese Bereinigungen genommen werden, da damit die Steuerbarkeit für den Kanton verbessert werden kann.

Sollten dereinst auf Basis des neuen kantonalen Gesetzes Pilotprojekte zur Förderung der Selbstbestimmung, Gleichstellung und des Schutzes von Menschen mit Behinderung durchgeführt werden, so würden die anfallenden Kosten einmalig anfallen und über den ordentlichen Finanzplanungs- und Voranschlagsprozess beantragt.

Die Vorlage wird dem Kantonsrat voraussichtlich auf die Februarsession 2012 zugeleitet. Das neue Recht soll ab 1. Januar 2013 angewendet werden.

4.3.2 Kindes- und Erwachsenenschutz

Das revidierte Bundesrecht im Bereich Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht tritt am 1. Januar 2013 in Kraft. Der Kantonsrat hat das Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, das gleichzeitig in Kraft treten muss, in der Novembersession 2011 in erster Lesung beraten (22.11.12). Das Gesetz sieht insbesondere vor, dass die heutigen Vormundschaftsbehörden durch regionale und professionelle Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden abgelöst werden.

4.4 Bildungsdepartement

4.4.1 Sonderpädagogik-Konzept

Die NFA führte im Bereich der Sonderschulung zu einschneidenden Veränderungen. Seit dem 1. Januar 2008 sind ausschliesslich die Kantone für die Finanzierung zuständig. Somit wurde die Sonderschulung auch im Kanton St.Gallen noch stärker als bisher zu einem festen Bestandteil des öffentlichen Bildungsauftrags. Die Übergangsbestimmungen zur NFA halten fest, dass die Kantone die bisherigen Leistungen der IV weiterführen müssen, bis sie über ein kantonal genehmigtes Sonderschulkonzept verfügen, mindestens aber während drei Jahren (Art. 197 Ziff. 2 der Bundesverfassung SR 101; abgekürzt BV).

Der Erziehungsrat hat am 10. März 2008 einen Auftrag zur Erstellung eines Sonderpädagogik-Konzeptes erteilt. Das Konzept soll einen umfassenden Überblick über sämtliche sonderpädagogischen Massnahmen (Stützunterricht, Therapien, Kleinklassen, Integrierte schulische Förderung ISF etc.) geben und nicht nur die Sonderschulmassnahmen beinhalten, wie dies die Übergangsbestimmungen zur NFA verlangen. Der Auftrag des Erziehungsrates stimmt insoweit auch mit der Spannweite des Sonderpädagogik-Konkordats der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) überein. Das bestehende Konzept Fördernde Massnahmen aus dem Jahr 2006 kann in das neue Sonderpädagogik-Konzept integriert werden. Das im Jahr 1994 erlassene Sonderschulkonzept ist die Grundlage für die Führung der Sonderschulung (Tagessonderschulen, Sonderschulen mit Internat, behinderungsspezifische Dienste für seh-, hör- und körperbehinderte Kinder in der Volksschule, Heilpädagogische Frühförderung). Die Rahmenbedingungen für die Sonderschulen sind seither ohne substanzielle Anpassungen in Kraft. Eine Überarbeitung oder Aktualisierung ist unumgänglich.

Das Sonderpädagogik-Konzept verschafft einen umfassenden Überblick über die künftigen sonderpädagogischen Massnahmen im Kanton St.Gallen. Es definiert die sonderpädagogischen Angebote in der Regelschule und Sonderschulangebote für Kinder mit einer Behinderung (qualitativ und quantitativ), das Zuweisungsverfahren (Abklärungen, Verfügung der Massnahmen und die Kostengutsprachen), sowie das Controlling. Die Angebote werden soweit wie möglich regionalisiert und die Organisation optimiert. Zudem wird in Zusammenarbeit mit der Universität St.Gallen ein neues Finanzierungs- und Steuerungsmodell für die Sonderschulen erarbeitet und geprüft.

Zur Schaffung der rechtlichen Basis für das Sonderpädagogik-Konzept ist das Volksschulgesetz (sGS 213.1; abgekürzt VSG) mittels eines Nachtrags anzupassen. Parallel zum Sonderpädagogik-Konzept ist im Gesetz auch der Beitrag der Gemeinden an den grundsätzlich vom Kanton finanzierten Besuch der Sonderschulen zu verankern. Dabei ist – was den Zeitplan der Vorlage beeinflusst – das Ergebnis der Umsetzung des Kantonsratsbeschlusses über Massnahmen zur Bereinigung des strukturellen Defizits des Staatshaushaltes (33.11.09) im Winter 2011/2012 zu adaptieren.

Mit dem Sonderpädagogik-Konzept werden für die Sonderschulen Leistungsaufträge eingeführt. Diese bilden die Grundlage für die Finanzierung der Sonderschulen. In den Leistungsaufträgen sind enthalten:

- Die Zielgruppe der Sonderschule und deren Einzugsgebiet.
- Die Art der Leistungen, z.B. Sonderschulunterricht, medizinisch-therapeutische Versorgung, Internat, Mittagsbetreuung, Entlastungsaufenthalte.
- Die Menge der Leistungen, z.B. Anzahl der Plätze, Lektionenzahl, Öffnungszeiten Internat.
- Die Qualitätsstandards der Leistungen.

Zur Sicherstellung, dass die Leistungsaufträge qualitativ und quantitativ den ausgerichteten Pauschalen im Umfang von rund 100 Millionen Franken entsprechen, ist eine zielorientierte Anpassung des Controllings und eine Vernetzung mit der Fachaufsicht unumgänglich.

Der Mehraufwand für die Überführung der Sonderschulangebote, für die Einführung des neuen Finanzierungsmodells und für das Controlling (Personalressourcen, Controlling-Programm) sind noch nicht bezifferbar. Für die Einführung (ohne Support) ist indes mit Sachkosten von 200'000 Franken (Einführungskosten für das standardisierte Abklärungsverfahren (SAV), Druck Sonderpädagogikkonzept) zu rechnen.

Die Inkraftsetzung des Nachtrages zum Volksschulgesetz und die Einführung des Sonderpädagogik-Konzeptes sind für das Schuljahr 2013/2014 geplant.

4.4.2 Trägervereinbarung für die Hochschule Rapperswil

Die Vereinbarung über die Hochschule Rapperswil vom 19. September 2000 (sGS 234.211; im Folgenden: Trägervereinbarung) wurde unter den damaligen vier Trägerkantonen Zürich, St.Gallen, Schwyz und Glarus abgeschlossen und regelt Bestand und Zweck, Organisation, Finanzhaushalt sowie weitere Fragen betreffend der selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt «Hochschule für Technik Rapperswil» (HSR). Träger der HSR sind seit dem 1. Oktober 2008 die Kantone St.Gallen, Schwyz und Glarus. Der Kanton Zürich hatte seine Mitträgerschaft an der HSR auf Ende des Studienjahres 2007/08 gekündigt. Der Kantonsrat St.Gallen hat mit Beschluss vom 5. Juni 2007⁸ zugestimmt, bis längstens 30. September 2016 die durch den Austritt des Kantons Zürich verursachten Mehrkosten in der Trägerfinanzierung alleine zu tragen (Übergangsfinanzierung). Dabei wurde in Aussicht gestellt, die Trägervereinbarung auf das Jahr 2016 hin zu überarbeiten.

Die heutige Trägervereinbarung der HSR sieht keine Regelung für die Kostentragung der Investitionen vor. Die Kantone St.Gallen, Schwyz und Glarus führten in Bezug auf die Finanzierung des Forschungszentrums, dessen Bau für alle drei Träger eine unbestrittene Notwendigkeit darstellt, verschiedene Verhandlungen.

⁸ Kantonsratsbeschluss über die Übernahme der zusätzlichen Anteile der Kantone Schwyz und Glarus beim Vollzug der Vereinbarung über die Hochschule Rapperswil nach der Kündigung der Mitgliedschaft des Kantons Zürich (Geschäft 33.07.09).

Die Regierung des Kantons St.Gallen hat am 31. Mai 2011 (RRB 2011/404) nach eingehender Prüfung beschlossen, dem Kantonsrat St.Gallen die alleinige Finanzierung des Forschungszentrums durch den Kanton St.Gallen zu beantragen. Im Beschluss wurde auch festgehalten, dass mit den Kantonen Schwyz und Glarus Verhandlungen über die Neufassung der Trägervereinbarung aufgenommen werden sollen. Die Vorsteher bzw. die Vorsteherin der Bildungsdepartemente der Träger haben am 4. Juli 2011 eine Absichtserklärung betreffend Verhandlungen einer neuen Trägervereinbarung abgesprochen und damit bestätigt:

1. ihr grosses Interesse, die gemeinsame Trägerschaft der HSR längerfristig zu sichern;
2. Verhandlungen zur Neufassung der Trägervereinbarung aufzunehmen;
3. für die Verhandlungen zur Neufassung der Trägervereinbarung eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der drei Trägerkantone einzusetzen sowie in einem Lenkungsausschuss Einsitz zu nehmen;
4. im Rahmen der Neufassung der Trägervereinbarung auch die gemeinsame Kostentragung betreffend Neubau Forschungszentrum zu verhandeln;
5. die Neufassung der Trägervereinbarung – unter Vorbehalt der jeweiligen Verfahren in den einzelnen Kantonen – auf spätestens 1. Oktober 2016 (Ende der Übergangsfinanzierung) in Kraft zu setzen.

Es muss in Betracht gezogen werden, dass Nichtsitzkantone bei Anwendung der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (sGS 234.031; FHV) mit Ausnahme des fehlenden Mitspracherechts keine Nachteile zu gewärtigen haben, wenn sie aus der Trägerschaft einer Hochschule austreten. Dank der auf Hochschulebene herrschenden Freizügigkeit haben Studierende unabhängig von einer Mitträgerschaft ihres Wohnsitzkantons uneingeschränkten Zugang zu den Hochschulen. Die beiden Kantone Schwyz und Glarus hätten bei einem Austritt aus der Trägervereinbarung keine Nachteile zu gewärtigen. Mit einem Austritt würde jedoch die jährliche Restkostenfinanzierung im Rahmen der Betriebsrechnung durch die Kantone Schwyz und Glarus entfallen.

Eine Revision der Trägervereinbarung lässt sich nicht auf die Neuregelung der Trägerfinanzierung beschränken, sondern hätte eine Vielzahl von zum Teil umstrittenen Themen zum Gegenstand wie:

- Neuregelung der Betriebskosten durch die Träger;
- Finanzierung des geplanten Forschungszentrums;
- spätere Handhabe für allfällig weitere Bauvorhaben;
- Personalrecht und Pensionskassenlösung (Übernahme Personalrecht des Kantons St.Gallen und Wechsel von der Pensionskasse des Kantons Zürich zur Pensionskasse des Kantons St.Gallen).

Für diese umfassende Neuverhandlung der Trägervereinbarung wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt, bestehend aus Vertretern der Bildungs- und Finanzdepartemente der drei Trägerkantone und der HSR.

Die Kostenfolgen sind ausdrücklich Gegenstand der Neuverhandlungen. Es lässt sich heute nicht abschätzen, ob und in welchem Umfang aus Sicht des Kantons St.Gallen Mehr- oder Minderkosten resultieren.

4.4.3 Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) / Hochschulkonkordat

Gemäss Artikel 63a der Bundesverfassung (SR 101) sorgen Bund und Kantone gemeinsam für einen wettbewerbsfähigen und qualitativ hochstehenden Hochschulraum. Ein gemeinsamer Hochschulraum Schweiz ist nur möglich, wenn Bund und Kantone gemeinsame Ziele verfolgen. Hauptziel der gemeinsamen Koordination ist die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für einen wettbewerbsfähigen, durchlässigen und hohen Qualitätsansprüchen genügenden Hochschulraum Schweiz. Die Grundlagen dazu sind im Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) festgelegt. Das HFKG wird die bisherigen unterschiedlichen Erlasse des Bundes für die kantonalen Universitäten und Fachhochschulen ablösen und sorgt damit für eine wesentliche Vereinfachung und Vereinheitlichung der Koordination des schweizerischen Hochschulbereichs.

Das HFKG setzt diese Verfassungsbestimmungen auf der gesetzlichen Ebene um. Zusätzlich müssen Bund und Kantone eine Zusammenarbeitsvereinbarung abschliessen, um gemeinsame Organe einzurichten und ihnen die entsprechenden Kompetenzen zu übertragen. Das Gesetz regelt die Zuständigkeiten, die diesen übertragen werden können und legt die Grundsätze von Organisationen und Verfahren der Koordi-

nation fest. Kantonsseitig ist für den Abschluss der Zusammenarbeitsvereinbarung mit dem Bund und zur Übertragung der Befugnisse auf die gemeinsamen Organe ein interkantonales Hochschulkonkordat erforderlich.

Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) wird dieses neue Konkordat voraussichtlich bis Mitte 2012 erarbeiten. Danach beginnen die innerkantonalen Vernehmlassungsverfahren, die ungefähr von 2012 bis 2013 dauern. Die Ratifikation ist in den Kantonen voraussichtlich zwischen den Jahren 2013 und 2014 möglich. Kann dieser Fahrplan eingehalten werden, ist ein Inkrafttreten im Jahr 2015 vorgesehen.

Es lässt sich heute nicht abschätzen, ob und in welchem Umfang aus Sicht des Kantons St.Gallen Mehr- oder Minderkosten resultieren. Ebenso wenig klar ist es, ob und in welchem Umfang aus Sicht des Kantons St.Gallen personelle Konsequenzen resultieren. Zur Beurteilung der rechtlichen Auswirkungen auf die Fachhochschulen im Kanton St.Gallen wurde ein Rechtsgutachten erstellt, das gegenwärtig diskutiert wird.

4.5 Finanzdepartement

4.5.1 Gesetz über die St.Galler Pensionskasse

Das Gesetzgebungsprojekt «Revision Versicherungskassen» enthielt ursprünglich die Verselbständigung und Fusion der beiden Versicherungskassen (Versicherungskasse für das Staatspersonal und kantonale Lehrerversicherungskasse), eine Anpassung des Versicherungsmodells (an die demografischen Entwicklungen) sowie den Übergang vom Leistungs- zum Beitragsprimat. Eine entsprechende Vernehmlassungsvorlage wurde indessen sehr kritisch aufgenommen. Im Rahmen des Projektes wurden in der Folge verschiedene Varianten geprüft. Dabei galt es auch, die veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene zu berücksichtigen (BVG-Strukturreform).

Die Regierung sprach sich im Rahmen einer Gesamtbeurteilung dafür aus, an den vier ursprünglichen Hauptzielsetzungen der Revision festzuhalten. Die beiden Versicherungskassen sollen erstens in eine neue St.Galler Pensionskasse überführt und zweitens verselbständigt werden. Zudem sind drittens die erforderlichen Anpassungen der versicherungstechnischen Grundlagen an die Demografie vorzunehmen. Schliesslich ist viertens am Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat bei den Altersleistungen festzuhalten. Die Regierung folgt indessen der Empfehlung des Lenkungsausschusses und will diese Zielsetzungen nicht mehr in einem Gesamtprojekt, sondern etappenweise umsetzen und in einer ersten Phase die Verselbständigung und Zusammenlegung der beiden Versicherungskassen sowie die aus versicherungstechnischer Sicht notwendigen Anpassungen an die Demografie angehen.

Gemäss aktuellem Stand des Projektes ist in finanzieller Hinsicht einerseits (ab dem Jahr 2014) eine Verzinsung der Unterdeckung durch den Kanton vorzunehmen, wobei die Details der Regelung noch offen sind. Der dafür notwendige Betrag hängt von der Entwicklung der Unterdeckung und von der Festlegung des technischen Zinssatzes ab. Aufgrund der heutigen Kenntnisse kann von jährlichen Aufwendungen von rund 14 Mio. Franken ausgegangen werden. Sodann entstehen aus der Anpassung des Versicherungsmodells an die demografischen Entwicklungen höhere Beiträge des Arbeitgebers an die Pensionskasse. Dies wird (ab dem Jahr 2013) zu jährlichen Mehrkosten von schätzungsweise 11.4 Mio. Franken führen. Mit der Verselbständigung wird das Personal der Abteilung Versicherungskassen im Personalamt ausgegliedert, das heisst von der neuen Pensionskasse übernommen. Dies hat für den Kantonshaushalt keine Folgen, da die Personalkosten schon bisher der Sonderrechnung der Versicherungskassen belastet wurden.

4.5.2 Gesetz über die E-Government-Zusammenarbeit

Der Austausch von Personen- und Objektdaten zwischen Behörden aller Staatsebenen erfolgt zunehmend nicht mehr in der herkömmlichen Form von schriftlichen Dokumenten, sondern über Datenbanken, das heisst über Sammlungen von Daten, deren Speicherung und Bearbeitung unter Zuhilfenahme von Informatiksystemen und Informatikanwendungen erfolgen. Die solcherart gespeicherten Daten werden vielfach nicht mehr nur von einer einzigen Behörde erstellt und genutzt; vielmehr sind öfters mehrere Behörden beteiligt. Einsatz und Betrieb von Datenbanken dienen der wirtschaftlichen und wirksamen Erfüllung von öffentlichen Aufgaben. Sie bilden die Basis für den elektronischen Verkehr nicht nur zwischen den Behörden, sondern ebenso zwischen Einwohnerinnen und Einwohnern und Behörden. Dabei werden die Datenbanken in vielen Bereichen nicht nur von Behörden derselben Staatsebene, also etwa der Behörden der Gemeinde oder des Kantons, genutzt; die Datenbanken stehen vielfach den Behörden unterschiedlicher Staatsebenen zur Verfügung. Auch werden Datenbanken nicht ausschliesslich von einer einzigen Behörde errichtet und betrieben, sondern sie sind als gemeinsame oder zentrale Datenbanken für mehrere beteiligte Behörden im Einsatz.

Diese auf Errichtung, Betrieb und Nutzung von Datenbanken bezogene Zusammenarbeit der Behörden, d.h. die E-Government-Zusammenarbeit, darf sich nicht in einem rechtsfreien Raum abspielen. Die Rechte und Pflichten der Behörden bedürfen einer gesetzlichen Normierung. Mit einem Gesetz über die E-Government-Zusammenarbeit soll das rechtliche Fundament in diesem an Bedeutung gewinnenden Bereich gestärkt werden. Aus diesem Vorhaben sind keine direkten Kostenfolgen zu erwarten. Hingegen läuft im Jahr 2012 der erste E-Government-Sonderkredit aus. Es ist deshalb vorgesehen, im Jahr 2012 dem Kantonsrat den Antrag für einen E-Government-Sonderkredit 2013–2017 mit Abschreibungsbeginn 2013 zu unterbreiten.

4.6 Baudepartement

4.6.1 Geoinformationsgesetz

Am 1. Juli 2008 ist das Bundesgesetz über Geoinformation (SR 510.62; abgekürzt GeoIG) zusammen mit zehn neuen bzw. revidierten Verordnungen in Kraft getreten. Gesetz und Verordnungen sehen zahlreiche Neuerungen und Anpassungen im Geoinformationsrecht des Bundes vor, für deren Umsetzung die Kantone und Gemeinden in ihrem Zuständigkeitsbereich verantwortlich sind. Dies erfordert eine Revision der kantonalen Gesetzgebung im Bereich Geoinformation, die bis 1. Juli 2011 abzuschliessen gewesen wäre.

Mit dem Erlass eines kantonalen Geoinformationsgesetzes kann die Erlassstruktur des Bundes berücksichtigt werden; bisher nicht geregelte Themen können integriert und neue Formulierungen können einfach eingeführt werden. Zudem können dadurch die Komplexität der Materie mit einfachen Strukturen verringert und künftige Revisionen vereinfacht werden (RRB 2008/684, RRB 2009/79).

Nach dem Verzicht auf einen gemeinsamen GIS-Verbund zwischen Kanton und Gemeinden wurden die Gesetzgebungsarbeiten im Spätherbst 2011 wieder aufgenommen. Einzelne Teilprojekte wurden bereits in Angriff genommen (2011 Geobasisdatenkatalog, 2012 GeoGoV-Bus).

Für die Umsetzung des Geoinformationsgesetzes (inkl. Umsetzung der Verordnung über den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen, SR 510.622.4) muss mit finanziellen Auswirkungen im Millionenbereich (Personal, Drittaufträge, Beiträge) gerechnet werden.

Die beantragten zwei Stellen (Geoinformatiker, vgl. 3.3.6) werden für die Vorbereitung bzw. die Umsetzung der im Gesetz geregelten Tatbestände benötigt. Dabei werden die Einführung des Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen und damit der Geoportal-Bereich grosse Ressourcen beanspruchen.

Die Entwürfe von Gesetz und Botschaft sollen im Kantonsrat im Frühjahr 2013 beraten werden.

4.6.2 Revision Baugesetz

Das bestehende Baugesetz stammt aus dem Jahr 1972. Im Verlauf der Zeit wurde der Erlass verschiedenen Teilrevisionen unterzogen. Heute besteht erneut ein erheblicher Revisionsbedarf, weshalb die Regierung mit der Motion «Revision Baugesetz» (42.05.05) eingeladen wurde, dem Kantonsrat ein neues, schlankes und zeitgemässes Baugesetz zu unterbreiten. Die Vorphase zur Totalrevision wurde, mit der zustimmenden Kenntnisnahme der Hauptziele durch den Kantonsrat, im Dezember 2010 beendet. Die Hauptphase der Revisionsarbeiten, d.h. die eigentliche Gesetzeserarbeitung, ist momentan im Gange.

Die Anliegen und Ansprüche an das neue Gesetz sind vielfältig. Das Baugesetz soll insbesondere:

- das Bauen im Kanton St.Gallen vereinfachen und beschleunigen;
- einen verlässlichen Rahmen für die Bauwilligen setzen;
- die Steuerung der räumlichen Entwicklung des Kantons verbessern;
- den Kanton St.Gallen als Wirtschaftsstandort fördern;
- den funktionalen Räumen vermehrt Rechnung tragen;
- den Verwaltungsaufwand durch einfache Gesetzgebung reduzieren;
- die Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden klarer regeln;
- das Erhaltenswerte aus dem bestehenden Baugesetz übernehmen;
- mit Regelungen ergänzt werden, die im geltenden Baugesetz nicht oder nur mangelhaft geregelt wurden;
- das Schützenswerte verlässlicher schützen.

Die Kostenfolgen und die personellen Konsequenzen des Gesetzesvorhabens lassen sich zurzeit nicht bestimmen.

Anfang 2012 soll eine breite Vernehmlassung zum Entwurf des neuen Baugesetzes durchgeführt werden. Gestützt auf die in der Vernehmlassungsfrist eingehenden Rückmeldungen wird in der zweiten Jahreshälfte 2012 der Gesetzesentwurf sowie die Botschaft ausgearbeitet. Die parlamentarische Beratung soll alsdann in den Jahren 2013/2014 erfolgen. Das neue Baugesetz soll voraussichtlich – insbesondere unter der Bedingung, dass keine Volksabstimmung durchgeführt werden muss – anfangs 2015 in Kraft treten.

4.7 Sicherheits- und Justizdepartement

4.7.1 Schweizerische Strafprozessordnung und kantonales Einführungsgesetz

Die Schweizerische Strafprozessordnung (StPO) und die Schweizerische Jugendstrafprozessordnung (JStPO) ersetzen die bisherigen 29 verschiedenen Strafprozessordnungen des Bundes und der Kantone. Damit wurde für die ganze Schweiz ein einheitliches Strafprozessrecht geschaffen. Straftaten werden damit schweizweit nach denselben prozessualen Regeln verfolgt und beurteilt. Die StPO und die JStPO traten am 1. Januar 2011 in Kraft. Der Kantonsrat hat am 8. Juni 2010 das Einführungsgesetz zur Schweizerischen Straf- und Jugendstrafprozessordnung erlassen.

Für die Staatsanwaltschaft ergibt sich aufgrund der teils neuen Verfahrens- und Zuständigkeitsregeln Mehrarbeit, welche zusätzliche personelle Ressourcen erfordert. Mehraufwand wird z.B. in den Bereichen Privatstrafklageverfahren, Strafbefehlsverfahren anstelle Bussenverfügung, Zwangsmassnahmen, Verfahrensleitung (z.B. Entscheid über notwendige/amtliche Verteidigung) und Gerichtsverfahren erwartet.

Zur Deckung des voraussichtlichen Mehrbedarfs war im AFP 2012–2014 für das Jahr 2012 ein Ausbau um vier neue Stellen und im Jahr 2013 um zwei neue Stellen vorgesehen. Für 2014 war der zusätzliche Stellenausbau noch nicht absehbar. Aufgrund der angespannten Budgetsituation und der Sparmassnahmen im Personalbereich, verbunden mit einer pauschalen Kürzung von 1 Prozent des Personalaufwands, wurde im Voranschlag 2012 darauf verzichtet, die vier neuen Stellen zu beantragen. Es hat sich gezeigt, dass sich die neuen Abläufe aufgrund der neuen StPO zuerst einspielen müssen und deshalb ein Teil der Mehrarbeit erst mit einer zeitlichen Verzögerung anfällt. Die mit dem AFP 2012–2014 zusätzlich beantragten Stellen werden

deshalb um je ein Jahr verschoben. Für 2013 sind somit vier neue Stellen mit einem Aufwand von total Fr. 500'000.– und im Jahr 2014 zwei weitere Stellen mit einem Aufwand von Fr. 292'000.– vorzusehen. Der Stellenbedarf für das Jahr 2015 ist noch nicht abschätzbar.

Die Gesetzesänderungen im Strafrecht auf Bundesebene folgen sich in kurzen Abständen. Diese führen bei der Staatsanwaltschaft allesamt zu Mehraufwand und teilweise zu Mindereinnahmen, welche zurzeit noch nicht abgeschätzt werden können.

4.8 Gesundheitsdepartement

4.8.1 Kantonaler Alkohol-Aktionsplan 2010–2014

Für 20 Prozent der in der Schweiz lebenden Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren ist der Alkoholkonsum ein Problem: Sie belasten sich, ihre Familien und die Gesellschaft. Übermässiger Alkoholkonsum ist nicht nur ein Problem der Erwachsenen, sondern zunehmend auch von Kindern und Jugendlichen.

Vor diesem Hintergrund hat die St.Galler Regierung im Mai 2010 ein durch das Gesundheitsdepartement erarbeitetes Massnahmenpaket verabschiedet. Übergeordnete Zielsetzung dieses kantonalen Alkohol-Aktionsplans 2010–2014 ist eine Reduktion des Anteils der risikoreich Alkoholkonsumierenden auf deutlich weniger als 20 Prozent der St.Galler Bevölkerung. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Reduktion des Alkoholkonsums bei Kindern und Jugendlichen. Zur Erreichung dieses Ziels wird die Schaffung folgender gesetzlicher Grundlagen angestrebt:

- Verkaufsverbot für vergorene Getränke (Bier, Wein, Most) im Kleinhandel;
- Verbot des Verkaufs von alkoholischen Getränken an Jugendliche unter 18 Jahren im Kleinhandel zwischen 22.00 Uhr und 07.00 Uhr;
- Verbot der privaten Weitergabe von alkoholischen Getränken an Jugendliche unter 16-jährige und von Spirituosen an unter 18-jährige Jugendliche;
- Alkohol-Konsumverbot für Jugendliche unter 16 Jahren in der Öffentlichkeit;
- Einschränkung der Alkoholwerbung auf öffentlichem Grund oder auf privatem, von öffentlichem Grund her einsehbarem Grund.

Nähere Informationen zu den Kostenfolgen und zu den personellen Auswirkungen werden erst zum Zeitpunkt der Erarbeitung der gesetzlichen Grundlagen vorliegen.

Die Regierung unterbreitet dem Kantonsrat eine Gesetzesvorlage bis zum Jahr 2014.

4.8.2 V. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung

Mit der Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (SR 832.10; abgekürzt KVG) vom 19. März 2010, werden die Kantone verpflichtet, die individuelle Prämienverbilligung (IPV) bis spätestens zum 1. Januar 2014 über die Krankenversicherer auszuzahlen. Gleichzeitig wird die Übernahme von ausstehenden Prämien und Kostenbeteiligungen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) ab dem 1. Januar 2012 schweizweit einheitlich geregelt. Die Kantone werden verpflichtet, 85 Prozent der mit Verlustscheinen oder gleichwertigen Rechtstiteln ausgewiesenen OKP-Ausstände zu übernehmen. Im Gegenzug sehen die Krankenversicherer von einer Leistungssistierung ab. Der Kanton hat jedoch die Möglichkeit, auf den Wegfall des Systems der Leistungssistierung zu verzichten und Versicherte, die ihrer Prämienpflicht trotz Betreibung nicht nachkommen auf einer Liste zu erfassen. Im Kanton St.Gallen hat sich der Kantonsrat am 26. April 2011 mit der Erheblicherklärung der Motion 42.11.02 (Liste von säumigen Zahlern und Zahlerinnen von Krankenkassenprämien) für die Einführung einer kantonalen Liste der betriebenen Versicherten ausgesprochen.

Mit dem V. Nachtrag zum kantonalen Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung (sGS 31.11; abgekürzt EG-KVG) werden die Bestimmungen EG-KVG an die KVG-Teilrevision vom 19. März 2010 angepasst und die gesetzlichen Grundlagen für die Führung einer kantonalen Liste der betriebenen Versicherten geschaffen.

Für die Einführung einer Liste der betriebenen Versicherten ist mit einmaligen Kosten für die Informatik-Applikation von rund Fr. 200'000.– zu rechnen. Die jährlich wiederkehrenden Durchführungskosten dürften sich auf rund Fr. 400'000.– belaufen. Personelle Auswirkungen auf Ebene der kantonalen Verwaltung sind nicht zu erwarten. Die Aufgaben im Zusammenhang mit der Übernahme der uneinbringlichen OKP-Ausstände und der Führung der Liste der betriebenen Versicherten sollen an die Sozialversicherungsanstalt der Kantons St.Gallen übertragen werden.

Die Vorlage soll dem Kantonsrat im Jahr 2012 vorgelegt werden.

5 Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite

5.1 Baudepartement: Energieförderungsprogramm 2013–2017

Im Februar 2008 hat der Kantonsrat das «Energiekonzept Kanton St.Gallen» (40.07.07) zur Kenntnis genommen und die Regierung zur Umsetzung eingeladen. Hauptziele des kantonalen Energiekonzepts sind bis zum Jahr 2020 die Erhöhung der Energieeffizienz im Gebäudebereich und die Verdoppelung der Produktion neuer erneuerbarer Energien.

Das Förderungsprogramm Energie 2008–2012 wurde mit einem Sonderkredit von 10.0 Mio. Franken ausgestattet. Zusammen mit den erwarteten Globalbeiträgen des Bundes stehen für die Jahre 2008 bis 2012 rund 14.0 Mio. Franken bzw. rund 2.5 bis 3.0 Mio. Franken je Jahr zur Verfügung. In den Jahren 2008 bis Mitte 2011 wurden rund 8.9 Mio. Franken zugesichert. Für den Rest des Jahres 2011 und für das Jahr 2012 stehen inklusive erwarteter Globalbeiträge des Bundes noch rund 5.1 Mio. Franken zur Verfügung, was aus heutiger Sicht für die zurzeit geförderten Bereiche (Wärmeerzeugung mit Sonnenkollektoren, Wärmenetze, Biogasproduktion, Vorgehensberatung, Information und Beratung) ausreichen sollte.

Der Bundesrat hat nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima im Frühjahr 2011 einen geordneten schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen und dem Parlament eine entsprechende Vorlage unterbreitet. Die Regierung unterstützt grundsätzlich diesen Entscheid des Bundesrates. Dementsprechend ist sie entschlossen, im Kanton St.Gallen die Energieeffizienz und die Stromproduktion aus erneuerbarer Energie mit Nachdruck weiter zu erhöhen und dadurch einen Beitrag zur künftigen Versorgungssicherheit zu leisten. Konkret soll zum einen das kantonale Energiekonzept um einen Bericht zur künftigen Strompolitik zusammen mit Umsetzungsmassnahmen ergänzt werden. Im Weiteren wurde im Voranschlag 2012 zur punktuellen Ergänzung des Energieförderungsprogramms 2008–2012 zusätzlich 2.0 Mio. Franken an Kantonsbeiträgen eingestellt. Die Programmergänzung ermöglicht für ein Jahr, Beiträge an grössere Energieproduktionsanlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien sowie an Massnahmen zur Verstärkung der Stromeffizienz zu leisten.

Das laufende Förderungsprogramm 2008–2012 soll lückenlos durch ein neues Förderungsprogramm Energie für die Jahre 2013 bis 2017 abgelöst werden. Damit soll insbesondere die Kontinuität der Energieförderung im Kanton St.Gallen gewährleistet sein. Im Weiteren lösen die eingesetzten kantonalen Mittel Investitionsaufträge in fünf- bis zehnfacher Höhe aus. Das Programm 2013–2017 soll mit den bestehenden personellen Ressourcen bewältigt werden.

Für die Jahre 2013 bis 2017 sind Kantonsbeiträge von insgesamt 12.0 Mio. Franken vorgesehen. Nach heutigem Kenntnisstand wird dies dannzumal Bundesbeiträge von schätzungsweise 6.0 Mio. Franken auslösen. Für die Dauer von fünf Jahren kann so mit gegen 18.0 Mio. Franken an Kantons- und Bundesbeiträgen für das Energieförderungsprogramm des Kantons St.Gallen gerechnet werden. Im Weiteren stehen die Mittel des nationalen Gebäudeprogramms für die energetische Modernisierung von Gebäuden zur Verfügung.

Im Kanton St.Gallen hat sich das Instrument des Sonderkredits grundsätzlich bewährt. Mit Laufzeiten von mehreren Jahren und der flexiblen Verwendung der Jahrestanchen kann auf Nachfrageschwankungen reagiert werden. Zudem ergibt sich für die Investoren eine hohe Planungssicherheit.

Der Sonderkredit soll dem Kantonsrat im Frühjahr 2012 als Kantonsratsbeschluss unterbreitet werden.

6 Finanzpolitische Beurteilung und weiteres Vorgehen

6.1 Finanzierungslücke

Der vorliegende AFP weist einen Aufwandüberschuss in der Grössenordnung von über 300 Mio. Franken im Jahr 2015 aus:

in Mio. Fr.	Voranschlag 2012	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015	jährliches Wachstum
Total Aufwand	4'389.5	4'566.7	4'794.2	4'958.4	4.1%
Total Ertrag	4'361.1	4'297.5	4'495.7	4'652.2	2.2%
Aufwandüberschuss	28.4	269.3	298.5	306.3	

Das erhebliche Ungleichgewicht zwischen Gesamtaufwand und -ertrag der laufenden Rechnung ist hauptsächlich struktureller Natur. Ein strukturelles Defizit weist auf ein systematisches Ungleichgewicht von Aufwand und Ertrag hin, wobei der Aufwandüberschuss unabhängig von der konjunkturellen Lage auftritt. Die strukturellen Probleme zeigen sich auch darin, dass das durchschnittliche jährliche Aufwandwachstum in den Jahren 2012 bis 2015 mit 4.1 Prozent deutlich über den Wachstumsraten des Ertrages von 2.2 Prozent wie auch des Bruttoinlandproduktes liegt. Das strukturelle Defizit gründet damit primär auf der Aufwandseite, doch haben auch die beträchtlichen Steuerentlastungen der letzten Jahre zu seiner Entstehung beigetragen.

Das Aufwandwachstum von rund 600 Mio. Franken im Zeitraum 2012 bis 2015 ist schwergewichtig auf Mehraufwendungen im Bereich der Staatsbeiträge (200 Mio. Franken), der Abschreibungen (100 Mio. Franken), des Personalaufwandes (50 Mio. Franken) sowie der internen Verrechnungen (150 Mio. Franken) zurückzuführen, wobei letztere aufgrund entsprechender Mehrerträge per Saldo keine Mehrbelastung für den Haushalt darstellen. Im Detail ist das Aufwandwachstum insbesondere auf folgende Faktoren zurückzuführen (Vergleich Planjahr 2015 mit dem VA 2012):

	in Mio. Fr.
<i>Staatsbeiträge:</i>	
Inner- und ausserkantonale Hospitalisation (inkl. steigender Vergütungsanteil des Kantons)	83.1
Ergänzungsleistungen	33.5
Behinderteneinrichtungen: Beiträge	22.3
Universität: Beitrag	12.7
Universität und Fachhochschulen: Beitrag an Konkordats-Fachhochschulen und an andere Kantone	12.5
Öffentlicher Verkehr: Beiträge an Transportunternehmen	15.2
<i>Personal:</i>	
Revision Versicherungskasse (Arbeitgeberbeiträge, Verzinsung Unterdeckung)	25.4
Umsetzung Personalverordnung	13.5
Teuerungszulage von 1% im Jahr 2014	9.1
Abschreibungen	99.4
Zinsaufwand	15.0

Wesentliche Aufwandsteigerungen finden im Spitalbereich statt, wo neben dem eigentlichen Kostenanstieg, bedingt durch die erwartete Entwicklung bei den Fallzahlen und Fallpauschalen, auch der steigende Vergütungsanteil des Kantons im Zusammenhang mit der neuen Spitalfinanzierung ins Gewicht fällt. Weitere gewichtige Mehraufwendungen weisen die Bereiche der sozialen Wohlfahrt (Ergänzungsleistungen, Staatsbeiträge an die Behinderteneinrichtungen), der tertiären Bildung und des öffentlichen Verkehrs auf.

Daneben führen die Revision der Versicherungskassen sowie die Umsetzung des finanzwirksamen Teils der Personalverordnung zu bedeutenden Mehrkosten. Der Abschreibungsaufwand liegt infolge der hohen geplanten Investitionen (teilweise auch als Folge von aufgeschobenen Vorhaben) um rund 100 Mio. Franken über dem Niveau von 2012. Schliesslich ist aufgrund der schwindenden Vermögensbestände und der Notwendigkeit von Kapitalbeschaffungen mit höheren Zinslasten zu rechnen.

6.2 Handlungsbedarf

Ein strukturelles Defizit kann nur vorübergehend durch den Bezug von freiem Eigenkapital aufgefangen werden. Werden im Planungshorizont des AFP 2013–2015 weder einnahmen- noch ausgabenseitige Verbesserungen vorgenommen, wäre das per Ende 2012 voraussichtlich vorhandene freie Eigenkapital von knapp 275 Mio. Franken bereits im Jahr 2013 praktisch vollständig aufgebraucht.

in Mio. Fr.	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015
Freies Eigenkapital zu Jahresbeginn	274.5	5.2	–293.3
Notwendiger Bezug freies Eigenkapital für eine ausgeglichene Rechnung	269.3	298.5	306.3
Bestand freies Eigenkapital Ende Jahr	5.2	–293.3	–599.6

Aufgrund des rückläufigen Bestands des freien Eigenkapitals auf knapp 275 Mio. Franken per Ende 2012 ist der finanzpolitische Spielraum in der Zukunft stark eingeschränkt – dies verstärkt durch die Aussicht, dass zukünftige Gewinnausschüttungen der SNB schwerer prognostizierbar und Steuererträge sich weniger dynamisch entwickeln werden. Das erhebliche strukturelle Defizit wird durch nachhaltige Massnahmen zu korrigieren sein, welche den Aufwand des Kantons dauerhaft reduzieren und/oder die Erträge dauerhaft steigern. Nebst der integralen Umsetzung des im Februar 2011 beschlossenen ersten Sparpaketes (vgl. hierzu Kapitel 2.2.4), welches Bestandteil des Zahlenwerkes AFP 2013–2015 ist, werden weitere Sparanstrengungen unumgänglich sein (siehe nachfolgendes Kapitel 6.3 Sparpaket II).

6.3 Sparpaket II

Die Regierung ist gegenwärtig daran, das Sparpaket II auszuarbeiten. Gestützt auf den AFP 2013–2015, der eine Finanzierungslücke von jährlich rund 269 bis 306 Mio. Franken ausweist, wird der Umfang von 50 Mio. Franken, wie er vom Kantonsrat am 15./16. Februar 2011 beschlossenen wurde, dafür nicht ausreichen.

6.3.1 Ansatzpunkte

Mit dem Sparpaket II verfolgt die Regierung das Ziel, den Kantonshaushalt so zu stabilisieren, dass sich der erwartete Aufwand und Ertrag dauerhaft die Waage halten. Dabei soll das Ziel der Erreichung des Haushaltsgleichgewichtes durch verschiedene Massnahmen erreicht werden.

Aufwandseitige Massnahmen:

Im Vordergrund steht die Überprüfung von Kürzungsmassnahmen in allen bedeutenden Aufgabengebieten und Querschnittsbereichen (Personal, Informatik, Immobilien/Infrastruktur). Leistungen und Aufgaben werden dabei grundsätzlich hinterfragt und es sind sowohl die Auswirkungen auf die Laufende Rechnung (Nettoaufwand) als auch die Investitionsrechnung zu berücksichtigen. Die Regierung hat den Departementen entsprechende Aufträge mit hohen Volumenvorgaben erteilt. In grossen Aufgabengebieten erachtet es die Regierung zudem als angebracht, externe Unterstützung beizuziehen, um eine Aussensicht im Sinn einer Zweitmeinung einzuholen und somit umfassende Entscheidungsgrundlagen zum weiteren Vorgehen zu erstellen. Dieses Vorgehen wurde vom Kantonsrat auch durch die Motion «Externe Prüfung und Vergleich von kantonalen Aufgaben und Ausgaben» (42.11.27) unterstützt.

Ertragsseitige Massnahmen:

Neben den Massnahmen auf der Ausgabenseite werden verschiedene ertragsseitige Massnahmen geprüft, um das strukturelle Ungleichgewicht zu beheben. Dazu gehören neben der Weiterführung des Steuerfusses von 105 Prozent, die bereits im vorliegenden AFP 2013–2015 berücksichtigt ist, auch Möglichkeiten für den Abstoss von Vermögenswerten oder die Umwidmung von besonderem Eigenkapital.

Übergangsmassnahmen:

Die Regierung ist sich im Klaren, dass gerade grundlegende Korrekturen und Leistungsabbau in vielen Fällen nicht umgehend umgesetzt werden können und in verschiedenen Bereichen nur ein schrittweises Vorgehen möglich ist. Da Handlungsbedarf aber bereits für das Jahr 2013 besteht, sind zwecks Sicherstellung

des kurzfristigen Haushaltsgleichgewichts auch Übergangslösungen vorzusehen. Dazu gehört u.a. die Überprüfung der derzeitigen Abschreibungspraxis.

Finanzielle Schnittstellen zu den Gemeinden:

Ein weiterer Ansatzpunkt ist die Analyse der finanziellen Schnittstellen zu den Gemeinden. Die Regierung ist sich bewusst, dass sich der Kantonsrat Mitte Februar 2011 grundsätzlich gegen Entlastungsmassnahmen mit Überwälzungen auf die Gemeinden ausgesprochen hat. Angesichts der Dimension des zu erwartenden strukturellen Ungleichgewichts auf Kantonsebene kann aus Sicht der Regierung dieser Bereich aber nicht vollständig von allfälligen Massnahmen ausgenommen werden. In diesem Zusammenhang werden Massnahmen aus dem Projekt Aufgabenerfüllung (zum Beispiel Aufgabenentflechtungen) geprüft. Zu analysieren sind auch die Ergebnisse und Folgerungen aus dem Wirksamkeitsbericht 2012 zum innerkantonalen Finanzausgleich sowie aus dem Postulatsbericht zur Entwicklung der Gebühren und Abgaben.

Den Umfang der notwendigen Sparmassnahmen wird die Regierung in Abhängigkeit von aktualisierten Ertragsschätzungen und nach dem Vorliegen der departementalen wie auch der externen Abklärungen zu Beginn des Jahres 2012 festlegen. In diesem Zusammenhang ist wichtig festzuhalten, dass sich die finanzielle Situation des Kantonshaushaltes in den kommenden Jahren gegenüber den aktuellen Schätzungen verbessern, aber auch weiter verschlechtern kann. Aus diesen Unsicherheiten darf nicht geschlossen werden, dass kein bzw. nur geringer Handlungsspielraum besteht. Vielmehr sind die aus heutiger Sicht erforderlichen Massnahmen vorzubereiten und aufzugleisen. Bei wesentlichen Abweichungen gegenüber den heutigen Planannahmen sind zu gegebenem Zeitpunkt entsprechende Korrekturen am Massnahmenportfolio vorzunehmen.

6.3.2 Zeitplan

Der grobe Zeitplan für die Erarbeitung des Sparpakets II sieht folgendermassen aus:

Januar 2012:

- Grundsatzentscheide der Regierung zu möglichen Entlastungsmassnahmen
- Orientierung der Finanzkommission über den Projektfortschritt
- Orientierung der Gemeinden

Februar/März 2012:

- Konkretisierung der Entlastungsmassnahmen

April 2012:

- Verabschiedung der Botschaft zum Sparpaket II
- Beratung des Sparpaketes II in der Junisession des Kantonsrates

6.4 Bedeutung der finanziellen Entlastung

Die haushaltsrechtlichen Regelungen verhindern, dass der Kanton sich zur Finanzierung der laufenden Aufwendungen verschuldet. Der Staatssteuerfuss ist aufgrund von Art. 61 StVG so festzusetzen, dass der Aufwandüberschuss im Voranschlag der laufenden Rechnung den geschätzten Ertrag von 3 Prozent der einfachen Steuer nicht übersteigt. Eine kurze Abschreibungsdauer verhindert zudem eine grössere Verschuldung aufgrund der Investitionstätigkeit. Die Begrenzung der Verschuldung ist kein Selbstzweck. Die jährliche Bewertung der Bonität des Kantons St.Gallen durch die Ratinggesellschaft Standard & Poor's zeigt, dass das gute Rating für den Kanton St.Gallen massgeblich auf die niedrige Verschuldung und den ausgeglichenen Haushalt zurückzuführen ist. Ohne die Weiterverfolgung einer konsequenten Haushaltspolitik wäre das Rating «AA+» (Maximum «AAA») angesichts der tiefen Ressourcenstärke des Kantons gefährdet. Eine schlechtere Bonität würde sich insbesondere in höheren Zinsen äussern. Zur Verhinderung höherer Refinanzierungskosten aufgrund einer schlechteren Bonität ist die Beseitigung des strukturellen Defizits notwendig. Dadurch wird der Kanton auch in Zukunft in finanzieller Hinsicht handlungsfähig bleiben.

7 Rechtliches

7.1 Umfang der Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans

Nach Art. 65 Bst. h KV in Verbindung mit Art. 16d Abs. 2 StVG genehmigt der Kantonsrat den AFP. Gegenstand der Genehmigung bilden die mit der Vorlage verbundenen Anträge (Art. 104 Abs. 2 GeschRK), nachdem der AFP vom Kantonsrat abschnittsweise durchberaten worden ist (Art. 104 Abs. 1 GeschRK).

In Bezug auf das Instrument der Genehmigung gilt, dass dieses – wie auch alle anderen Beschlussfassungsformen – nur wirksam sein kann, wenn im Rahmen der Beschlussfassung Entscheidungsfreiheit besteht beziehungsweise Ermessensspielraum gegeben ist. Wo weder Entscheidungsfreiheit (Frage nach dem «Ob überhaupt») besteht, noch Ermessensspielraum (Frage nach dem «Wie») gegeben ist, bliebe eine Genehmigung oder eine Nichtgenehmigung ohne Wirkung. Dies bedeutet, dass der AFP soweit der Genehmigung zugänglich ist, als dem Kantonsrat Entscheidungsfreiheit beziehungsweise Ermessensspielraum zukommt. Dieser Sachverhalt bedeutet im Wesentlichen, dass die Genehmigung auf jene Elemente des AFP ausgerichtet ist, die Ausgaben zur Folge haben, welche nicht gebunden sind.⁹ Dem ist sowohl bei der abschnittswisen Durchberatung des AFP wie auch bei Anträgen aus der Mitte des Rates Rechnung zu tragen. In Bezug auf die einzelnen Elemente des AFP ergibt sich Folgendes:

- Nach Art. 16e Bst. a StVG bilden Ertrag und Aufwand der laufenden Rechnung sowie Einnahmen und Ausgaben der Investitionsrechnung «für die bestehenden Staatsaufgaben» das erste Element des AFP. Es handelt sich dabei – wie in der Botschaft der Regierung zum IV. Nachtrag zum Staatsverwaltungs-gesetz (Politische Planung und Steuerung) vom 23. Oktober 2007 (ABI 2007, 3095 ff.; im Folgenden abgekürzt Botschaft IV. NT zum StVG) festgehalten wird – um den sogenannten «finanziellen Mehrjahresplan» (Botschaft IV. NT zum StVG, Ziff. 4.2.3., 3106). Soweit der finanzielle Mehrjahresplan auf die gesetzlich geregelte Staatstätigkeit abgestützt ist oder auf genehmigten Investitionsvorhaben beruht, kommt dem AFP deklaratorischer Charakter zu, es sei denn, dass für die Planwerte Ermessensspielraum besteht, so dass Änderungen möglich sind. Gleiches gilt für die vom Bund zwingend vorgegebenen Staatsaufgaben.
- Art. 16e Bst. c und d StVG legen als weitere Elemente des AFP die Folgen für die laufende Rechnung und die Investitionsrechnung aus den Gesetzesvorhaben sowie aus den Vorhaben mit grosser finanzieller Tragweite fest. Es geht darum, dass diese Vorhaben eine «Quantifizierung der Auswirkungen» (Botschaft IV. NT zum StVG, Ziff. 4.2.5., 3107) erfahren. Hier liegt in der Regel ebenfalls Entscheidungsfreiheit beziehungsweise Ermessensspielraum vor, weshalb Beschlüsse über die Genehmigung möglich sind.

Aus den vier Elementen des AFP nach Art. 16e Bst. a bis d StVG resultieren die aggregierten finanziellen Ergebnisse für die drei Planjahre (vgl. Botschaft IV. NT zum StVG, Ziff. 4.2.2., 3106).

⁹ Zum Begriff der gebundenen in Abgrenzung zu den neuen Ausgaben vgl. Urteil des Bundesgerichtes vom 12. März 2009 (1C_467/2008, 1C_529/2008): «Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts ... gelten Ausgaben dann als gebunden, wenn sie durch einen Rechts-satz prinzipiell und dem Umfang nach vorgeschrieben oder zur Erfüllung der gesetzlich geordneten Verwaltungsaufgaben unbedingt erforderlich sind. Gebunden ist eine Ausgabe ferner, wenn anzunehmen ist, die Stimmberechtigten hätten mit einem vorausgehenden Grunderlass auch die aus ihm folgenden Aufwendungen gebilligt, falls ein entsprechendes Bedürfnis voraussehbar war oder falls es gleichgültig ist, welche Sachmittel zur Erfüllung der vom Gemeinwesen mit dem Grunderlass übernommenen Aufgaben gewählt werden. Es kann aber selbst dann, wenn das «Ob» weitgehend durch den Grunderlass präjudiziert ist, das «Wie» wichtig genug sein, um die Mit-sprache des Volkes zu rechtfertigen. Immer dann, wenn der entscheidenden Behörde in Bezug auf den Umfang der Ausgabe, den Zeit-punkt ihrer Vornahme oder andere Modalitäten eine verhältnismässig grosse Handlungsfreiheit zusteht, ist eine neue Ausgabe anzuneh-men (BGE 125 I 87 E. 3b S. 90 f.; 117 Ia 59 E. 4c S. 62; 115 Ia 139 E. 2c S. 142; 113 Ia 390 E. 4 S. 396 f.; 112 Ia 50 E. 4a S. 51, mit Hin-weisen). Letztlich ausschlaggebend ist, ob eine Ausgabe durch einen Grunderlass so stark vorherbestimmt ist, dass für ihre Vornahme in sachlicher, örtlicher und zeitlicher Hinsicht kein erheblicher Handlungsspielraum mehr besteht. Ist dies der Fall, liegt eine gebundene Aus-gabe vor (BGE 123 I 78 E. 3b S. 81).»

7.2 Anträge betreffend Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans

Die Beschlussfassung des Kantonsrates in Form der Genehmigung ist im GeschRK für Erlasse, die der Genehmigung bedürfen, näher geregelt (Art. 2 Bst. f in Verbindung mit Art. 105 GeschRK). Hingegen bestehen keine ausdrücklichen Verfahrensregeln für die Genehmigung des AFP. Es ist indessen angezeigt, Art. 105 GeschRK auf das Genehmigungsverfahren beim AFP sachgemäss anzuwenden. Nach Art. 105 Abs. 2 GeschRK «können Anträge auf Genehmigung unter Vorbehalt der Aufhebung oder Änderung einzelner Bestimmungen gestellt werden». Wird diese Regelung auf die Beratung des AFP sachgemäss übertragen, bedeutet dies, dass im Kantonsrat unter Berücksichtigung der Voraussetzung, dass Entscheidungsfreiheit beziehungsweise Ermessensspielraum besteht, in Bezug auf die drei Elemente folgende Anträge möglich sind:

- Finanzieller Mehrjahresplan:
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Änderung eines einzelnen Planwertes
- Gesetzesvorhaben:
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Aufhebung eines einzelnen Vorhabens
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Änderung eines einzelnen Vorhabens
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Änderung des Planwertes eines einzelnen Vorhabens
- Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite:
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Aufhebung eines einzelnen Vorhabens
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Änderung eines einzelnen Vorhabens
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Änderung des Planwertes eines einzelnen Vorhabens

Ergänzend sind folgende zwei Bemerkungen anzuführen:

Zunächst ist festzuhalten, dass die Aufhebung eines einzelnen Planwertes ausser Betracht fällt, weil eine solche für sich allein keinen Sinn macht; soll ein Planwert gestrichen werden, setze dies nämlich die Aufhebung des ihn bewirkenden Vorhabens oder – im Rahmen des finanziellen Mehrjahresplans, der sich auf die bestehenden Staatsaufgaben bezieht – das Wegfallen der entsprechenden Staatsaufgabe voraus. Letzteres kann indessen nicht Gegenstand des AFP sein.

Schliesslich ist ein Hinweis auf die Folge bei Gutheissung eines Antrags auf Aufhebung eines Vorhabens zu machen. Stimmt der Kantonsrat einem solchen Antrag zu, bedeutet dies, dass das Vorhaben im AFP nicht mehr enthalten ist. Die Streichung kann jedoch nicht bedeuten, dass das Vorhaben, das auf einem früheren Beschluss des Kantonsrates, zum Beispiel einer gutgeheissenen Motion, basiert, nicht mehr weiter verfolgt wird. Ohne Aufhebung des früheren Beschlusses, beispielsweise der entsprechenden Motion, bleibt das Vorhaben pendent; es soll jedoch in der Planperiode, die sich aufgrund des in Art. 16d Abs. 1 StVG festgeschriebenen Umstandes, dass der AFP jährlich erstellt wird und damit eine «rollende Planung» darstellt, auf ein Jahr erstreckt, nicht realisiert oder weiter verfolgt werden. Solange ein vom Kantonsrat gefasster «Basisbeschluss» oder ein vom ihm erteilter Auftrag besteht, ist die Regierung verpflichtet, diesen im Rahmen der weiteren Aufgaben- und Finanzpläne zu berücksichtigen.

8 Antrag

Wir beantragen Ihnen, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Aufgaben- und Finanzplan 2013–2015 zu genehmigen.

Im Namen der Regierung

Karin Keller-Sutter
Präsidentin

Canisius Braun
Staatssekretär

Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans 2013–2015

Entwurf der Regierung vom 20. Dezember 2011

Der Kantonsrat

hat von der Botschaft der Regierung vom 20. Dezember 2011 Kenntnis genommen und

erlässt

gestützt auf Art. 65 Bst. h der Kantonsverfassung vom 10. Juni 2001¹⁰ und Art. 16d Abs. 2 des Staatsverwaltungsgesetzes vom 16. Juni 1994¹¹

als Beschluss:

I.

Die Planwerte für die Jahre 2013 bis 2015 von laufender Rechnung und Investitionsrechnung gemäss Anhang 1 zu diesem Beschluss werden genehmigt.

II.

Dieser Beschluss gilt bis zur Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans 2014–2016.

¹⁰ sGS 111.1

¹¹ sGS 140.1.

Anhang zum Kantonsratsbeschluss

1. Gesamtergebnis

	2013			2014			2015		
	Aufwand	Ertrag	Aufwand-überschuss	Aufwand	Ertrag	Aufwand-überschuss	Aufwand	Ertrag	Aufwand-überschuss
Laufende Rechnung Mio. Fr.	4'566.7	4'297.5	269.3	4'794.2	4'495.7	298.5	4'958.4	4'652.2	306.3
Investitionsrechnung Mio. Fr.	Ausgaben 259.5	Einnahmen 98.7	Netto- investitionen 160.8	Ausgaben 307.5	Einnahmen 24.3	Netto- investitionen 283.2	Ausgaben 430.5	Einnahmen 30.8	Netto- investitionen 399.7

2. Liste der Gesetzesvorhaben

in Fr. n.v. steht für nicht verfügbar bzw. nicht vollständig verfügbar	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015
Volkswirtschaftsdepartement			
Forschungs- und Innovationszentrum	n.v.	n.v.	n.v.
Departement des Innern			
Gesetzgebung für die Eingliederung von Menschen mit Behinderung	-4'050'000	-3'600'000	-3'150'000
Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (Teil Departement des Innern)	90'000	90'000	90'000
Bildungsdepartement			
Sonderpädagogik-Konzept	n.v.	n.v.	n.v.
Trägervereinbarung Hochschule Rapperswil	0	0	0
Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) / Hochschulkonkordat	0	0	0
Finanzdepartement			
Gesetz über die St.Galler Pensionskasse	11'400'000	25'400'000	25'400'000
Gesetz über die E-Government-Zusammenarbeit	n.v.	n.v.	n.v.
Baudepartement			
Geoinformationsgesetz	n.v.	n.v.	n.v.
Revision Baugesetz	n.v.	n.v.	n.v.
Sicherheits- und Justizdepartement			
Schweizerische Strafprozessordnung und kantonales Einführungs- gesetz	500'000	790'000	790'000
Gesundheitsdepartement			
Umsetzung Kantonalen Alkohol-Aktionsplan 2010–2014	n.v.	n.v.	n.v.
V. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung	600'000	400'000	400'000
Gerichte			
Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (Teil Gerichte)	300'000	300'000	300'000
Total	8'750'000	23'290'000	23'740'000

3. Liste der Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite

in Fr.	AFP 2013	AFP 2014	AFP 2015
Baudepartement			
Energieförderungsprogramm	2'400'000	2'400'000	2'400'000
Total	2'400'000	2'400'000	2'400'000

Beilage
Zahlenteil Laufende Rechnung
und Investitionsrechnung

Inhaltsverzeichnis

Finanzierungsausweis	61	3251	Stiftsarchiv	83
Laufende Rechnung	65	3259	Lotteriefonds (SF)	83
0 Räte	67	340 Konkursamt	83	
010 Räte	67	3400	Konkursamt	84
0100 Kantonsrat	67	345 Handelsregisteramt	84	
0102 Regierung	67	3450	Handelsregisteramt	84
1 Staatskanzlei	68	350 Amtsnotariate	84	
100 Staatskanzlei	68	3500	Amtsnotariate	85
1000 Staatskanzlei	68	4 Bildungsdepartement	86	
1001 Fachstelle für Datenschutz	68	400 Generalsekretariat BLD	86	
105 Materialzentrale	68	4000	Generalsekretariat BLD	86
1050 Materialzentrale	69	4003	Ausbildungsbeihilfen	86
2 Volkswirtschaftsdepartement	70	405 Amt für Volksschule	86	
200 Generalsekretariat VD	70	4050	Amtsleitung AVS	87
2000 Generalsekretariat VD	70	4051	Lehrmittelverlag	87
205 Amt für öffentlichen Verkehr	70	4052	Lehrerweiterbildung	87
2050 Amt für öffentlichen Verkehr	70	4053	Sonderschulen	88
210 Kantonsforstamt	71	415 Amt für Berufsbildung	88	
2100 Kantonsforstamt	71	4150	Amtsleitung ABB	88
2101 Staatswaldungen	71	4151	Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung	88
2109 Walderhaltungsmassnahmen (SF)	72	4152	Berufliche Grundbildung	89
212 Waldregionen	72	4153	Höhere Berufs- und Weiterbildung	89
2120 Zentrale Kosten Waldregionen	72	4156	Berufsfachschulen	89
2121 Waldregion 1	72	420 Amt für Mittelschulen	90	
2122 Waldregion 2	73	4200	Amtsleitung AMS	90
2123 Waldregion 3	73	4205	Mittelschulen	90
2124 Waldregion 4	74	423 Amt für Hochschulen	91	
2125 Waldregion 5	74	4230	Amtsleitung AHS	91
215 Landwirtschaftsamt	74	4231	Universitäre Hochschulen	92
2150 Landwirtschaftsamt	75	4232	Fachhochschulen	92
2156 Landwirtschaftliches Zentrum SG	75	430 Amt für Sport	92	
230 Amt für Arbeit	76	4300	Amt für Sport	92
2300 Amt für Arbeit	76	4309	Sport-Toto-Fonds (SF)	93
2301 Arbeitslosenkasse	76	5 Finanzdepartement	94	
2303 Einsatzprogramme/Bildung und Coaching	77	500 Generalsekretariat FD	94	
2308 Arbeitsmarktfonds (SF)	77	5000	Generalsekretariat FD	94
235 Amt für Wirtschaft	77	5009	Kantonshilfskasse (SF)	94
2350 Amt für Wirtschaft	77	505 Zentrale Dienste	94	
2358 Tourismusrechnung (SF)	78	5050	Personalamt	94
240 Amt für Natur, Jagd und Fischerei	78	5051	Amt für Finanzdienstleistungen	95
2400 Amt für Natur, Jagd und Fischerei	78	5052	Risk Management	95
2409 Jagdrechnung (SF)	79	5054	Dienst für Informatikplanung	96
3 Departement des Innern	80	5055	Finanzkontrolle	96
300 Generalsekretariat DI	80	5056	Amt für Vermögensverwaltung	96
3000 Generalsekretariat DI	80	510 Kantonales Steueramt	97	
305 Sozialwerke	80	5100	Amtsleitung KStA	97
3050 Sozialwerke des Bundes	80	5105	Kantonale Steuern	97
3051 Ergänzungsleistungen	80	5106	Bundessteuern	98
3052 Pflegefinanzierung	81	550 Allgemeiner Finanzaufwand und -ertrag	98	
310 Amt für Bürgerrecht und Zivilstand	81	5500	Vermögenserträge	98
3100 Amt für Bürgerrecht und Zivilstand	81	5501	Passivzinsen	98
315 Amt für Gemeinden	81	5502	Interne Verzinsung	98
3150 Amt für Gemeinden	81	5505	Abschreibungen	98
320 Amt für Soziales	82	5509	Verschiedene Aufwendungen und Erträge	99
3200 Amt für Soziales	82	560 Allgemeiner Personalaufwand	99	
325 Amt für Kultur	82	5600	Allgemeiner Personalaufwand	99
3250 Amt für Kultur	82	6 Baudepartement	100	
		600 Generalsekretariat BD	100	
		6000	Generalsekretariat BD	100
		6001	Wohnbauförderung	100
		6009	Mietwohnungsfonds (SF)	101

605	Amt für Raumentwicklung und Geoinformation	101
6050	Amt für Raumentwicklung und Geoinformation	101
610	Hochbauamt	101
6100	Amtsleitung HBA	102
6105	Verwaltung der Staatsliegenschaften	102
6106	Bauten und Renovationen	102
615	Tiefbauamt	103
6150	Amtsleitung TBA	103
6152	Gemeindestrassen	103
6153	Kantonsstrassen	103
6154	Nationalstrassen	104
6156	Gewässer	104
6159	Steinbruch Starkenbach	105
620	Amt für Umwelt und Energie	106
6200	Amt für Umwelt und Energie	106
7	Sicherheits- und Justizdepartement	107
700	Generalsekretariat SJD	107
7000	Generalsekretariat SJD	107
715	Migrationsamt	107
7150	Migrationsamt	107
7151	Asylwesen	108
7152	Ausweisstelle	108
720	Amt für Justizvollzug	109
7200	Amt für Justizvollzug	109
725	Kantonspolizei	109
7250	Kantonspolizei	109
730	Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt	110
7300	Strassenverkehr	110
7301	Schifffahrt	111
7309	Strassenfonds (SF)	111
735	Strafuntersuchung	112
7352	Staatsanwaltschaft	112
740	Amt für Militär und Zivildienst	112
7400	Amt für Militär und Zivildienst	112
8	Gesundheitsdepartement	114
800	Generalsekretariat GD	114
8000	Generalsekretariat GD	114
8009	Suchtbekämpfungsfonds (SF)	114
805	Amt für Gesundheitsvorsorge	114
8050	Amt für Gesundheitsvorsorge	115
810	Aus- und Weiterbildung	115
8109	Andere Aus- und Weiterbildung	115
812	Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen	115
8120	Lebensmittelkontrolle	115
8121	Tiergesundheit	116
8129	Tierseuchenkasse (SF)	116
820	Heimstätten Wil	116
8221	Heimstätten Wil	116
830	Amt für Gesundheitsversorgung	117
8300	Amtsleitung AfGVE	117
8301	Individuelle Prämienverbilligung	117
8302	Zentrale Kosten für Spitäler/Kliniken	117
8303	Innerkantonale Hospitalisation	118
8304	Ausserkantonale Hospitalisation	118
8305	Ambulante Versorgung	118
8309	Zentrum für Labormedizin	118
9	Gerichte	119
900	Zivil- und Strafrechtspflege	119
9001	Kreisgerichte	119
9002	Kantonsgericht	119

9004	Anklagekammer	120
9005	Schlichtungsstellen	120
9006	Rechtsaufsicht	120
905	Verwaltungsrechtspflege	120
9050	Versicherungsgericht	120
9051	Verwaltungsrekurskommission	121
9052	Verwaltungsgericht	121

Investitionsrechnung

A	Investitionen und Investitionsbeiträge	125
A00	Allgemeine Verwaltung	125
	Verwaltungszentrum Oberer Graben St.Gallen	125
	Davidstrasse 31, St.Gallen, Erwerb	125
A01	Öffentliche Sicherheit	125
	Polizeiposten Wil, Neubau	125
	Regionalgefängnis Altstätten, Erweiterung	125
A02	Bildung	126
	BWZ Rorschach-Rheintal Erweiterung/Sanierung	
	Altstätten	126
	Landw. Zentrum SG Umbau und Erweiterung	126
	Kaufm. BWZ St.Gallen Unterhaltsmassnahmen	126
	KS Sargans/BWZ Sarganserland Erwerb/Erweiterung	
	Sporthallen	126
	KS Heerbrugg Sanierung/Erweiterung	126
	KS Sargans, Ausbau	126
	KS Wattwil, Ausbau	127
	Pädagogische Hochschule Umbau Mensa Gossau	127
	Fachhochschulzentrum St.Gallen, Neubau	127
	Hochschule für Technik Rapperswil Forschungszentrum	127
A03	Kultur, Freizeit, Kirche	127
	Klanghaus Toggenburg	127
A04	Gesundheit	127
	Kantonsspital St.Gallen, Erweiterung Haus 24	128
	Kantonsspital St.Gallen, Pathologie/Rechtsmedizin	128
	Kantonsspital St.Gallen, Sanierung/Umnutzung Haus 57	128
	Kantonsspital St.Gallen, Sanierung/Erweiterung Haus 02	128
	Kantonsspital St.Gallen, Sanierung Haus 54, Lernhaus	128
	Kantonsspital St.Gallen, Erweiterung Notaufnahme	128
	Kantonsspital St.Gallen, Haus 06, Gebärsaal/Neonatologie	128
	Kantonsspital St.Gallen, Ersatz Notstromversorgung	129
	Kantonsspital St.Gallen, Sanierung Energiezentrale	129
	Kantonsspital St.Gallen Haus 07A, Neubau	129
	Landspitäler Erneuerung/Erweiterung, 1. Teilkredit	129
	Psychiatrische Klinik Pfäfers, Sanierung Klostergebäude	129
	Psychiatrische Klinik Wil, Teilsanierung Haus A01	129
A05	Soziale Wohlfahrt	129
	Heimstätte Wil, Neubau Werkstattgebäude	130
A08	Volkswirtschaft	130
	Fischzuchtanlage Rorschach	130
A10	Allgemeine Verwaltung	130
	E-Government	130
	E-Government, 2. Teilkredit	130
	Strategische Basisinfrastruktur 2015 (SBI)	130
A11	Öffentliche Sicherheit	130
	Sicherheitsfunknetz POLYCOM	131
A12	Bildung	131
	EDUC, Sek. II	131
	Informatik-Bildungsoffensive	131
A21	Öffentliche Sicherheit	131
	Bundesverwaltungsgericht St.Gallen, Standortbeitrag	131
A22	Bildung	131
	HPV Gossau-Untertoggenburg-Wil, Erweiterung/ Erneuerung	132

	Sprachheilschule St.Gallen	132		C05 Soziale Wohlfahrt	136
	Hochschule für Technik Buchs Erneuerungsinvestitionen .	132		Darlehen Behinderteneinrichtungen	136
A23	Kultur, Freizeit, Kirche	132	C06	Verkehr	136
	Naturmuseum St.Gallen	132		Schweiz. Südostbahn	137
	Kunstmuseum St.Gallen	132	C07	Umwelt, Raumordnung	137
A25	Soziale Wohlfahrt	132		NRP-Darlehen	137
	Landscheide Wald-Schönengrund Erweiterung/ Erneuerung	133	C08	Volkswirtschaft	137
	HPV Gossau-Untertoggenburg-Wil Neubau Werkstätte ...	133		Landwirtschaftliche Kreditgenossenschaft	137
	Valida St.Gallen	133		OLMA Messen St.Gallen	137
A26	Verkehr	133		Begründungen und Erläuterungen	139
	Bahnhofplatz St.Gallen Bushof	133	Laufende Rechnung		
	S-Bahn St.Gallen 2013	133	0	Räte	141
	Schweiz. Südostbahn Technische Verbesserungen 2012 ...	133	1	Staatskanzlei	142
	S-Bahn Zürich Teilergänzung	134	2	Volkswirtschaftsdepartement	143
	Schweiz. Südostbahn Technische Verbesserungen 2013 ...	134	3	Departement des Innern	148
	Appenzeller Bahnen Durchmesserlinie	134	4	Bildungsdepartement	155
	Schweiz. Südostbahn Technische Verbesserungen 2014 ...	134	5	Finanzdepartement	159
	Schweiz. Südostbahn Technische Verbesserungen 2015 ...	134	6	Baudepartement	168
A27	Umwelt, Raumordnung	134	7	Sicherheits- und Justizdepartement	172
	Hochwasserschutzkonzept Linth 2000	134	8	Gesundheitsdepartement	176
B	Strassenbau	135	9	Gerichte	180
B06	Verkehr	135		Investitionsrechnung	181
	Kantonsstrassenbau	135			
C	Finanzierungen	136			
C02	Bildung	136			
	Fachhochschule St.Gallen	136			
	Studiendarlehen	136			

Finanzierungsausweis

Finanzierungsausweis

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
Laufende Rechnung				
Aufwand	4 389 489 800	4 566 749 400	4 794 227 800	4 958 419 500
Ertrag	4 361 078 600 –	4 297 471 200 –	4 495 692 200 –	4 652 166 400 –
Aufwandüberschuss	28 411 200 –	269 278 200 –	298 535 600 –	306 253 100 –
Investitionsrechnung				
Ausgaben	242 802 900	259 482 800	307 535 900	430 519 400
Einnahmen	48 589 600 –	98 714 600 –	24 339 800 –	30 839 800 –
Nettoinvestition	194 213 300	160 768 200	283 196 100	399 679 600
Finanzierung				
Nettoinvestition	194 213 300	160 768 200	283 196 100	399 679 600
Abschreibungen	114 173 400 –	127 268 700 –	175 716 600 –	212 928 200 –
Saldo Laufende Rechnung	28 411 200	269 278 200	298 535 600	306 253 100
Finanzierungsfehlbetrag	108 451 100	302 777 700	406 015 100	493 004 500

Laufende Rechnung

Laufende Rechnung

Räte

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
Kanton St.Gallen				
Aufwand	4 389 489 800	4 566 749 400	4 794 227 800	4 958 419 500
Ertrag	4 361 078 600 –	4 297 471 200 –	4 495 692 200 –	4 652 166 400 –
Aufwandüberschuss	28 411 200 –	269 278 200 –	298 535 600 –	306 253 100 –
0 Räte				
Aufwand	5 825 800	5 425 500	5 506 600	5 430 000
Ertrag	110 000 –	110 000 –	110 000 –	110 000 –
Aufwandüberschuss	5 715 800 –	5 315 500 –	5 396 600 –	5 320 000 –
010 Räte				
Aufwand	5 825 800	5 425 500	5 506 600	5 430 000
Ertrag	110 000 –	110 000 –	110 000 –	110 000 –
Aufwandüberschuss	5 715 800 –	5 315 500 –	5 396 600 –	5 320 000 –
0100 Kantonsrat				
Aufwand	2 450 700	2 128 700	2 183 700	2 128 700
Ertrag				
Aufwandüberschuss	2 450 700 –	2 128 700 –	2 183 700 –	2 128 700 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	1 169 800	1 034 500	1 034 500	1 034 500
301 Besoldungen	30 000	24 000	24 000	24 000
303 Arbeitgeberbeiträge	53 700	48 400	48 400	48 400
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	1 500	1 500	1 500	1 500
309 Anderer Personalaufwand		146 600 –	146 600 –	146 600 –
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	10 000	10 000	10 000	10 000
312 Informatik	142 100	222 100	222 100	222 100
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	120 000	120 000	120 000	120 000
317 Spesenentschädigungen	260 300	239 200	239 200	239 200
318 Dienstleistungen und Honorare	8 800	8 000	8 000	8 000
319 Anderer Sachaufwand	170 500	83 600	138 600	83 600
360 Staatsbeiträge	439 000	439 000	439 000	439 000
390 Interne Verrechnungen	45 000	45 000	45 000	45 000
0102 Regierung				
Aufwand	3 375 100	3 296 800	3 322 900	3 301 300
Ertrag	110 000 –	110 000 –	110 000 –	110 000 –
Aufwandüberschuss	3 265 100 –	3 186 800 –	3 212 900 –	3 191 300 –
301 Besoldungen	2 304 800	2 302 000	2 323 000	2 299 000
303 Arbeitgeberbeiträge	352 600	357 100	362 200	364 600
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	1 000	1 000	1 000	1 000
317 Spesenentschädigungen	130 000	130 000	130 000	130 000
318 Dienstleistungen und Honorare	131 700	131 700	131 700	131 700
319 Anderer Sachaufwand	350 000	270 000	270 000	270 000
390 Interne Verrechnungen	105 000	105 000	105 000	105 000
439 Andere Entgelte	110 000 –	110 000 –	110 000 –	110 000 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
1 Staatskanzlei				
Aufwand	18 025 000	17 633 600	17 620 100	17 530 100
Ertrag	11 752 100 –	11 525 600 –	11 485 600 –	11 400 600 –
Aufwandüberschuss	6 272 900 –	6 108 000 –	6 134 500 –	6 129 500 –
100 Staatskanzlei				
Aufwand	7 888 300	7 595 900	7 557 000	7 633 400
Ertrag	1 738 200 –	1 696 700 –	1 696 700 –	1 696 700 –
Aufwandüberschuss	6 150 100 –	5 899 200 –	5 860 300 –	5 936 700 –
1000 Staatskanzlei				
Aufwand	7 713 000	7 416 300	7 381 700	7 458 100
Ertrag	1 738 200 –	1 696 700 –	1 696 700 –	1 696 700 –
Aufwandüberschuss	5 974 800 –	5 719 600 –	5 685 000 –	5 761 400 –
301 Besoldungen	3 950 600	3 883 700	3 870 000	3 868 000
303 Arbeitgeberbeiträge	562 500	553 400	556 000	549 400
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	1 000	1 000	1 000	1 000
309 Anderer Personalaufwand	54 500	54 500	42 000	42 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	1 218 600	1 054 600	1 052 600	1 152 600
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	6 000	2 000	2 000	2 000
312 Informatik	426 600	416 600	416 600	416 600
317 Spesenentschädigungen	111 600	71 600	86 600	71 600
318 Dienstleistungen und Honorare	335 100	332 100	313 100	313 100
319 Anderer Sachaufwand	737 500	737 800	732 800	732 800
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	500	500	500	500
390 Interne Verrechnungen	308 500	308 500	308 500	308 500
431 Gebühren für Amtshandlungen	159 000 –	159 000 –	159 000 –	159 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	240 000 –	240 000 –	240 000 –	240 000 –
435 Verkaufserlöse	891 500 –	850 000 –	850 000 –	850 000 –
436 Kostenrückerstattungen	442 700 –	442 700 –	442 700 –	442 700 –
439 Andere Entgelte	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
1001 Fachstelle für Datenschutz				
Aufwand	175 300	179 600	175 300	175 300
Ertrag				
Aufwandüberschuss	175 300 –	179 600 –	175 300 –	175 300 –
301 Besoldungen	125 700	128 800	125 700	125 700
303 Arbeitgeberbeiträge	16 600	17 800	16 600	16 600
309 Anderer Personalaufwand	200	200	200	200
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	3 000	3 000	3 000	3 000
312 Informatik	10 200	10 200	10 200	10 200
317 Spesenentschädigungen	1 500	1 500	1 500	1 500
318 Dienstleistungen und Honorare	11 600	11 600	11 600	11 600
319 Anderer Sachaufwand	6 500	6 500	6 500	6 500
105 Materialzentrale				
Aufwand	10 136 700	10 037 700	10 063 100	9 896 700
Ertrag	10 013 900 –	9 828 900 –	9 788 900 –	9 703 900 –
Aufwandüberschuss	122 800 –	208 800 –	274 200 –	192 800 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
1050 Materialzentrale				
Aufwand	10 136 700	10 037 700	10 063 100	9 896 700
Ertrag	10 013 900 –	9 828 900 –	9 788 900 –	9 703 900 –
Aufwandüberschuss	122 800 –	208 800 –	274 200 –	192 800 –
301 Besoldungen	808 100	798 100	806 500	798 100
303 Arbeitgeberbeiträge	118 400	116 300	116 300	116 300
309 Anderer Personalaufwand	900	900	900	900
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	4 042 500	3 977 500	3 937 500	3 867 500
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	60 000	35 000	90 000	
312 Informatik	61 300	61 300	61 300	61 300
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	16 000	16 000	16 000	16 000
317 Spesenentschädigungen	1 200	1 200	1 200	1 200
318 Dienstleistungen und Honorare	5 025 000	5 028 100	5 030 100	5 032 100
319 Anderer Sachaufwand	500	500	500	500
390 Interne Verrechnungen	2 800	2 800	2 800	2 800
435 Verkaufserlöse	5 125 000 –	4 940 000 –	4 900 000 –	4 815 000 –
436 Kostenrückerstattungen	102 000 –	102 000 –	102 000 –	102 000 –
490 Interne Verrechnungen	4 786 900 –	4 786 900 –	4 786 900 –	4 786 900 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
2 Volkswirtschaftsdepartement				
Aufwand	449 871 100	460 358 700	479 865 500	473 959 500
Ertrag	345 680 200 –	350 269 500 –	360 069 300 –	355 708 400 –
Aufwandüberschuss	104 190 900 –	110 089 200 –	119 796 200 –	118 251 100 –
200 Generalsekretariat VD				
Aufwand	3 493 700	3 419 900	3 421 900	3 437 900
Ertrag	296 900 –	296 900 –	296 900 –	296 900 –
Aufwandüberschuss	3 196 800 –	3 123 000 –	3 125 000 –	3 141 000 –
2000 Generalsekretariat VD				
Aufwand	3 493 700	3 419 900	3 421 900	3 437 900
Ertrag	296 900 –	296 900 –	296 900 –	296 900 –
Aufwandüberschuss	3 196 800 –	3 123 000 –	3 125 000 –	3 141 000 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	2 400	2 400	2 400	2 400
301 Besoldungen	2 597 900	2 597 900	2 597 900	2 597 900
303 Arbeitgeberbeiträge	369 900	369 900	369 900	369 900
309 Anderer Personalaufwand	2 700	2 700	2 700	2 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	39 200	39 200	39 200	45 200
312 Informatik	283 200	303 100	303 100	303 100
317 Spesenentschädigungen	33 800	33 800	33 800	33 800
318 Dienstleistungen und Honorare	125 500	31 800	33 800	36 800
319 Anderer Sachaufwand	33 000	33 000	33 000	40 000
390 Interne Verrechnungen	6 100	6 100	6 100	6 100
431 Gebühren für Amtshandlungen	13 000 –	13 000 –	13 000 –	13 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	30 000 –	30 000 –	30 000 –	30 000 –
451 Rückerstattungen der Kantone	158 900 –	158 900 –	158 900 –	158 900 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	95 000 –	95 000 –	95 000 –	95 000 –
205 Amt für öffentlichen Verkehr				
Aufwand	103 464 500	111 141 600	129 903 400	124 728 600
Ertrag	45 742 100 –	50 954 500 –	62 531 500 –	58 867 700 –
Aufwandüberschuss	57 722 400 –	60 187 100 –	67 371 900 –	65 860 900 –
2050 Amt für öffentlichen Verkehr				
Aufwand	103 464 500	111 141 600	129 903 400	124 728 600
Ertrag	45 742 100 –	50 954 500 –	62 531 500 –	58 867 700 –
Aufwandüberschuss	57 722 400 –	60 187 100 –	67 371 900 –	65 860 900 –
301 Besoldungen	771 400	771 400	771 400	771 400
303 Arbeitgeberbeiträge	110 700	110 700	110 700	110 700
309 Anderer Personalaufwand	700	700	700	700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	8 000	8 000	8 000	8 000
312 Informatik	32 300	57 300	32 300	32 300
317 Spesenentschädigungen	18 000	18 000	18 000	18 000
318 Dienstleistungen und Honorare	483 900	3 058 900	8 178 100	5 603 100
319 Anderer Sachaufwand	42 000	118 000	43 000	43 000
360 Staatsbeiträge	88 058 300	92 676 900	105 493 000	103 299 200
390 Interne Verrechnungen	13 939 200	14 321 700	15 248 200	14 842 200
421 Vermögenserträge aus Guthaben	2 422 300 –	2 408 500 –	2 408 500 –	2 159 700 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	43 319 800 –	45 971 000 –	52 398 000 –	51 558 000 –
489 Bevorschussungen		2 575 000 –	7 725 000 –	5 150 000 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
210 Kantonsforstamt				
Aufwand	14 479 400	16 136 600	14 549 800	14 108 800
Ertrag	7 492 400 –	8 050 100 –	7 580 800 –	7 108 300 –
Aufwandüberschuss	6 987 000 –	8 086 500 –	6 969 000 –	7 000 500 –
2100 Kantonsforstamt				
Aufwand	12 398 800	14 043 300	12 443 800	11 994 300
Ertrag	5 468 800 –	5 979 800 –	5 468 800 –	4 957 800 –
Aufwandüberschuss	6 930 000 –	8 063 500 –	6 975 000 –	7 036 500 –
301 Besoldungen	1 276 700	1 276 700	1 276 700	1 276 700
303 Arbeitgeberbeiträge	183 700	183 700	183 700	183 700
309 Anderer Personalaufwand	1 500	1 500	1 500	1 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	35 000	35 000	35 000	35 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	3 000	3 000	3 000	3 000
312 Informatik	98 300	746 800	108 300	619 800
317 Spesenentschädigungen	30 000	30 000	30 000	30 000
318 Dienstleistungen und Honorare	426 200	391 200	391 200	391 200
319 Anderer Sachaufwand	54 000	54 000	54 000	54 000
320 Zins auf laufenden Verpflichtungen	1 000	1 000	1 000	1 000
360 Staatsbeiträge	10 279 400	11 310 400	10 349 400	9 388 400
390 Interne Verrechnungen	10 000	10 000	10 000	10 000
431 Gebühren für Amtshandlungen	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
436 Kostenrückerstattungen	3 000 –	3 000 –	3 000 –	3 000 –
439 Andere Entgelte	110 000 –	110 000 –	110 000 –	110 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	5 198 000 –	5 709 000 –	5 198 000 –	4 687 000 –
490 Interne Verrechnungen	127 800 –	127 800 –	127 800 –	127 800 –
2101 Staatswaldungen				
Aufwand	1 963 700	1 963 700	1 963 700	1 963 700
Ertrag	1 906 700 –	1 940 700 –	1 969 700 –	1 999 700 –
Ertragsüberschuss			6 000	36 000
Aufwandüberschuss	57 000 –	23 000 –		
301 Besoldungen	900 700	900 700	900 700	900 700
303 Arbeitgeberbeiträge	99 500	99 500	99 500	99 500
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	20 000	20 000	20 000	20 000
309 Anderer Personalaufwand	1 700	1 700	1 700	1 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	1 000	1 000	1 000	1 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	72 000	72 000	72 000	72 000
313 Verbrauchsmaterialien	112 500	112 500	112 500	112 500
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	73 500	73 500	73 500	73 500
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	89 500	89 500	89 500	89 500
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	45 000	45 000	45 000	45 000
317 Spesenentschädigungen	20 000	20 000	20 000	20 000
318 Dienstleistungen und Honorare	302 800	302 800	302 800	302 800
319 Anderer Sachaufwand	155 500	155 500	155 500	155 500
329 Andere Passivzinsen	5 000	5 000	5 000	5 000
390 Interne Verrechnungen	65 000	65 000	65 000	65 000
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	8 700 –	8 700 –	8 700 –	8 700 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	945 000 –	974 000 –	998 000 –	1 023 000 –
435 Verkaufserlöse	595 000 –	600 000 –	605 000 –	610 000 –
436 Kostenrückerstattungen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
439 Andere Entgelte	25 000 –	25 000 –	25 000 –	25 000 –
450 Rückerstattungen des Bundes	7 000 –	7 000 –	7 000 –	7 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	321 000 –	321 000 –	321 000 –	321 000 –
2109 Walderhaltungsmassnahmen (SF)				
Aufwand	116 900	129 600	142 300	150 800
Ertrag	116 900 –	129 600 –	142 300 –	150 800 –
382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen	113 600	126 300	138 700	147 100
390 Interne Verrechnungen	3 300	3 300	3 600	3 700
439 Andere Entgelte	100 000 –	100 000 –	100 000 –	100 000 –
490 Interne Verrechnungen	16 900 –	29 600 –	42 300 –	50 800 –
212 Waldregionen				
Aufwand	8 847 000	8 814 500	8 839 400	8 839 400
Ertrag	4 370 900 –	4 349 400 –	4 361 100 –	4 361 100 –
Aufwandüberschuss	4 476 100 –	4 465 100 –	4 478 300 –	4 478 300 –
2120 Zentrale Kosten Waldregionen				
Aufwand				
Ertrag	2 828 900 –	2 821 900 –	2 830 200 –	2 830 200 –
Ertragsüberschuss	2 828 900	2 821 900	2 830 200	2 830 200
460 Beiträge für eigene Rechnung	2 828 900 –	2 821 900 –	2 830 200 –	2 830 200 –
2121 Waldregion 1				
Aufwand	1 831 700	1 825 500	1 831 300	1 831 300
Ertrag	189 600 –	188 000 –	188 400 –	188 400 –
Aufwandüberschuss	1 642 100 –	1 637 500 –	1 642 900 –	1 642 900 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	16 000	16 000	16 000	16 000
301 Besoldungen	948 700	948 700	948 700	948 700
303 Arbeitgeberbeiträge	137 100	137 100	137 100	137 100
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	4 600	4 600	4 600	4 600
309 Anderer Personalaufwand	9 100	9 100	9 100	9 100
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	14 000	14 000	14 000	14 000
312 Informatik	64 400	58 200	64 000	64 000
313 Verbrauchsmaterialien	38 000	38 000	38 000	38 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	21 000	21 000	21 000	21 000
317 Spesenentschädigungen	65 900	65 900	65 900	65 900
318 Dienstleistungen und Honorare	499 200	499 200	499 200	499 200
319 Anderer Sachaufwand	5 400	5 400	5 400	5 400
390 Interne Verrechnungen	8 300	8 300	8 300	8 300
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	130 900 –	129 300 –	129 700 –	129 700 –
435 Verkaufserlöse	35 000 –	35 000 –	35 000 –	35 000 –
436 Kostenrückerstattungen	2 900 –	2 900 –	2 900 –	2 900 –
439 Andere Entgelte	20 200 –	20 200 –	20 200 –	20 200 –
490 Interne Verrechnungen	600 –	600 –	600 –	600 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
2122 Waldregion 2				
Aufwand	1 800 200	1 792 100	1 797 700	1 797 700
Ertrag	601 500 –	597 900 –	599 600 –	599 600 –
Aufwandüberschuss	1 198 700 –	1 194 200 –	1 198 100 –	1 198 100 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	16 000	16 000	16 000	16 000
301 Besoldungen	1 304 600	1 304 600	1 304 600	1 304 600
303 Arbeitgeberbeiträge	193 100	193 100	193 100	193 100
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	6 400	6 400	6 400	6 400
309 Anderer Personalaufwand	5 700	5 700	5 700	5 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	12 500	12 500	12 500	12 500
312 Informatik	60 000	51 900	57 500	57 500
313 Verbrauchsmaterialien	3 000	3 000	3 000	3 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	31 800	31 800	31 800	31 800
317 Spesenentschädigungen	87 000	87 000	87 000	87 000
318 Dienstleistungen und Honorare	67 500	67 500	67 500	67 500
319 Anderer Sachaufwand	1 500	1 500	1 500	1 500
390 Interne Verrechnungen	11 100	11 100	11 100	11 100
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	583 400 –	579 800 –	581 500 –	581 500 –
439 Andere Entgelte	1 800 –	1 800 –	1 800 –	1 800 –
483 Ertragsposten Globalkredit- system	15 500 –	15 500 –	15 500 –	15 500 –
490 Interne Verrechnungen	800 –	800 –	800 –	800 –
2123 Waldregion 3				
Aufwand	1 947 400	1 940 500	1 946 500	1 946 500
Ertrag	420 600 –	418 400 –	419 300 –	419 300 –
Aufwandüberschuss	1 526 800 –	1 522 100 –	1 527 200 –	1 527 200 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	14 200	14 200	14 200	14 200
301 Besoldungen	1 296 000	1 296 000	1 296 000	1 296 000
303 Arbeitgeberbeiträge	186 300	186 300	186 300	186 300
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	8 000	8 000	8 000	8 000
309 Anderer Personalaufwand	10 500	10 500	10 500	10 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	14 000	14 000	14 000	14 000
312 Informatik	76 200	69 300	75 300	75 300
313 Verbrauchsmaterialien	4 000	4 000	4 000	4 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	35 000	35 000	35 000	35 000
317 Spesenentschädigungen	81 800	81 800	81 800	81 800
318 Dienstleistungen und Honorare	197 500	197 500	197 500	197 500
319 Anderer Sachaufwand	11 500	11 500	11 500	11 500
390 Interne Verrechnungen	12 400	12 400	12 400	12 400
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	398 300 –	396 100 –	397 000 –	397 000 –
483 Ertragsposten Globalkredit- system	21 500 –	21 500 –	21 500 –	21 500 –
490 Interne Verrechnungen	800 –	800 –	800 –	800 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
2124 Waldregion 4				
Aufwand	1 204 700	1 197 900	1 202 100	1 202 100
Ertrag	129 300 –	125 200 –	125 400 –	125 400 –
Aufwandüberschuss	1 075 400 –	1 072 700 –	1 076 700 –	1 076 700 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	16 000	16 000	16 000	16 000
301 Besoldungen	804 200	804 200	804 200	804 200
303 Arbeitgeberbeiträge	118 100	118 100	118 100	118 100
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	4 000	4 000	4 000	4 000
309 Anderer Personalaufwand	5 100	5 100	5 100	5 100
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	11 000	11 000	11 000	11 000
312 Informatik	47 400	40 600	44 800	44 800
313 Verbrauchsmaterialien	2 500	2 500	2 500	2 500
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	22 000	22 000	22 000	22 000
317 Spesenentschädigungen	58 500	58 500	58 500	58 500
318 Dienstleistungen und Honorare	105 500	105 500	105 500	105 500
319 Anderer Sachaufwand	1 800	1 800	1 800	1 800
390 Interne Verrechnungen	8 600	8 600	8 600	8 600
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	127 800 –	123 700 –	123 900 –	123 900 –
436 Kostenrückerstattungen	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
490 Interne Verrechnungen	500 –	500 –	500 –	500 –
2125 Waldregion 5				
Aufwand	2 063 000	2 058 500	2 061 800	2 061 800
Ertrag	201 000 –	198 000 –	198 200 –	198 200 –
Aufwandüberschuss	1 862 000 –	1 860 500 –	1 863 600 –	1 863 600 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	16 000	16 000	16 000	16 000
301 Besoldungen	1 490 000	1 490 000	1 490 000	1 490 000
303 Arbeitgeberbeiträge	221 300	221 300	221 300	221 300
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	7 600	7 600	7 600	7 600
309 Anderer Personalaufwand	11 400	11 400	11 400	11 400
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	15 000	15 000	15 000	15 000
312 Informatik	83 400	78 900	82 200	82 200
313 Verbrauchsmaterialien	6 000	6 000	6 000	6 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	50 000	50 000	50 000	50 000
317 Spesenentschädigungen	96 000	96 000	96 000	96 000
318 Dienstleistungen und Honorare	40 200	40 200	40 200	40 200
319 Anderer Sachaufwand	9 500	9 500	9 500	9 500
390 Interne Verrechnungen	16 600	16 600	16 600	16 600
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	189 400 –	186 400 –	186 600 –	186 600 –
436 Kostenrückerstattungen	500 –	500 –	500 –	500 –
439 Andere Entgelte	500 –	500 –	500 –	500 –
483 Ertragsposten Globalkredit- system	9 700 –	9 700 –	9 700 –	9 700 –
490 Interne Verrechnungen	900 –	900 –	900 –	900 –
215 Landwirtschaftsamt				
Aufwand	228 775 900	229 722 900	232 891 400	232 917 100
Ertrag	216 447 700 –	216 541 800 –	215 837 800 –	215 897 800 –
Aufwandüberschuss	12 328 200 –	13 181 100 –	17 053 600 –	17 019 300 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
2150 Landwirtschaftsamt				
Aufwand	219 547 900	220 620 900	219 784 400	219 870 100
Ertrag	212 702 000 –	212 797 100 –	212 093 100 –	212 153 100 –
Aufwandüberschuss	6 845 900 –	7 823 800 –	7 691 300 –	7 717 000 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	1 500	1 500	1 500	1 500
301 Besoldungen	1 344 100	1 344 100	1 414 100	1 414 100
303 Arbeitgeberbeiträge	203 400	204 800	206 700	206 700
309 Anderer Personalaufwand	1 700	1 700	1 700	1 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	35 000	35 000	29 000	35 000
312 Informatik	168 900	752 800	267 800	167 800
317 Spesenentschädigungen	38 600	38 600	38 600	38 600
318 Dienstleistungen und Honorare	52 600	50 600	50 600	32 600
319 Anderer Sachaufwand	35 300	34 000	34 000	34 000
322 Zins auf mittel- und lang- fristigen Schulden	5 000	5 000	5 000	5 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	20 000	20 000	20 000	20 000
340 Ertragsanteile des Bundes	15 000	15 000	15 000	15 000
360 Staatsbeiträge	9 825 800	10 316 800	9 899 400	10 097 100
370 Durchlaufende Beiträge	207 780 000	207 780 000	207 780 000	207 780 000
390 Interne Verrechnungen	21 000	21 000	21 000	21 000
421 Vermögenserträge aus Guthaben	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	150 000 –	150 000 –	150 000 –	150 000 –
436 Kostenrückerstattungen	172 000 –	172 100 –	173 100 –	173 100 –
438 Eigenleistungen für Investitionen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
439 Andere Entgelte	50 000 –	50 000 –	50 000 –	50 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	300 000 –	300 000 –	300 000 –	300 000 –
470 Durchlaufende Beiträge	207 780 000 –	207 780 000 –	207 780 000 –	207 780 000 –
490 Interne Verrechnungen	4 225 000 –	4 320 000 –	3 615 000 –	3 675 000 –
2156 Landwirtschaftliches Zentrum SG				
Aufwand	9 228 000	9 102 000	13 107 000	13 047 000
Ertrag	3 745 700 –	3 744 700 –	3 744 700 –	3 744 700 –
Aufwandüberschuss	5 482 300 –	5 357 300 –	9 362 300 –	9 302 300 –
301 Besoldungen	6 047 700	6 047 700	6 047 700	6 047 700
303 Arbeitgeberbeiträge	862 700	862 700	862 700	862 700
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	1 500	500	500	500
309 Anderer Personalaufwand	11 000	11 000	11 000	11 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	157 500	158 000	158 000	158 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	218 300	85 000	145 000	85 000
312 Informatik	106 900	62 500	62 500	62 500
313 Verbrauchsmaterialien	705 700	688 700	688 700	688 700
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	34 800	50 500	50 500	50 500
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	184 500	239 500	184 500	184 500
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	21 000	21 000	21 000	21 000
317 Spesenentschädigungen	228 000	225 000	225 000	225 000
318 Dienstleistungen und Honorare	350 900	352 400	352 400	352 400
319 Anderer Sachaufwand	28 500	28 500	28 500	28 500
352 Entschädigungen an Gemeinden	10 000	10 000	10 000	10 000
390 Interne Verrechnungen	259 000	259 000	4 259 000	4 259 000
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	33 500 –	33 500 –	33 500 –	33 500 –
432 Spitaltaxen und Kostgelder	327 000 –	327 000 –	327 000 –	327 000 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
433 Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren	104 000 –	104 000 –	104 000 –	104 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	854 000 –	854 000 –	854 000 –	854 000 –
435 Verkaufserlöse	610 100 –	610 100 –	610 100 –	610 100 –
436 Kostenrückerstattungen	1 412 100 –	1 411 100 –	1 411 100 –	1 411 100 –
439 Andere Entgelte	46 000 –	46 000 –	46 000 –	46 000 –
490 Interne Verrechnungen	359 000 –	359 000 –	359 000 –	359 000 –
230 Amt für Arbeit				
Aufwand	56 168 900	56 338 800	56 038 800	56 138 700
Ertrag	48 034 800 –	48 054 700 –	47 654 700 –	47 654 600 –
Aufwandüberschuss	8 134 100 –	8 284 100 –	8 384 100 –	8 484 100 –
2300 Amt für Arbeit				
Aufwand	33 886 400	34 156 400	33 856 400	33 956 400
Ertrag	25 252 300 –	25 272 300 –	24 872 300 –	24 872 300 –
Aufwandüberschuss	8 634 100 –	8 884 100 –	8 984 100 –	9 084 100 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	400	400	400	400
301 Besoldungen	17 454 100	17 454 100	17 454 100	17 454 100
303 Arbeitgeberbeiträge	2 465 700	2 465 700	2 465 700	2 465 700
309 Anderer Personalaufwand	303 800	303 800	303 800	303 800
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	320 000	320 000	320 000	320 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	470 000	490 000	90 000	90 000
312 Informatik	845 000	845 000	845 000	845 000
313 Verbrauchsmaterialien	75 000	75 000	75 000	75 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	65 700	65 700	65 700	65 700
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	400	400	400	400
317 Spesenentschädigungen	185 500	185 500	185 500	185 500
318 Dienstleistungen und Honorare	1 078 100	1 078 100	1 078 100	1 078 100
319 Anderer Sachaufwand	113 500	113 500	113 500	113 500
350 Entschädigungen an Bund	8 600 000	8 850 000	8 950 000	9 050 000
390 Interne Verrechnungen	1 909 200	1 909 200	1 909 200	1 909 200
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	1 700 –	1 700 –	1 700 –	1 700 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	60 000 –	60 000 –	60 000 –	60 000 –
436 Kostenrückerstattungen	48 000 –	48 000 –	48 000 –	48 000 –
439 Andere Entgelte	150 000 –	150 000 –	150 000 –	150 000 –
450 Rückerstattungen des Bundes	24 882 300 –	24 902 300 –	24 502 300 –	24 502 300 –
490 Interne Verrechnungen	110 300 –	110 300 –	110 300 –	110 300 –
2301 Arbeitslosenkasse				
Aufwand	5 840 300	5 740 300	5 740 300	5 740 300
Ertrag	6 340 300 –	6 340 300 –	6 340 300 –	6 340 300 –
Ertragsüberschuss	500 000	600 000	600 000	600 000
301 Besoldungen	4 202 700	4 112 700	4 112 700	4 112 700
303 Arbeitgeberbeiträge	552 600	542 600	542 600	542 600
309 Anderer Personalaufwand	39 600	39 600	39 600	39 600
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	70 000	70 000	70 000	70 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	19 000	19 000	19 000	19 000
312 Informatik	194 000	194 000	194 000	194 000
313 Verbrauchsmaterialien	18 000	18 000	18 000	18 000

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	10 000	10 000	10 000	10 000
317 Spesenentschädigungen	25 000	25 000	25 000	25 000
318 Dienstleistungen und Honorare	124 800	124 800	124 800	124 800
319 Anderer Sachaufwand	14 000	14 000	14 000	14 000
390 Interne Verrechnungen	570 600	570 600	570 600	570 600
436 Kostenrückerstattungen	48 000 –	48 000 –	48 000 –	48 000 –
439 Andere Entgelte	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
450 Rückerstattungen des Bundes	6 269 300 –	6 269 300 –	6 269 300 –	6 269 300 –
490 Interne Verrechnungen	3 000 –	3 000 –	3 000 –	3 000 –
2303 Einsatzprogramme/Bildung und Coaching				
Aufwand	16 349 000	16 349 000	16 349 000	16 349 000
Ertrag	16 349 000 –	16 349 000 –	16 349 000 –	16 349 000 –
301 Besoldungen	1 891 000	1 891 000	1 891 000	1 891 000
303 Arbeitgeberbeiträge	264 700	264 700	264 700	264 700
309 Anderer Personalaufwand	35 000	35 000	35 000	35 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	27 500	27 500	27 500	27 500
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	7 000	7 000	7 000	7 000
312 Informatik	53 000	53 000	53 000	53 000
313 Verbrauchsmaterialien	1 700	1 700	1 700	1 700
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	1 000	1 000	1 000	1 000
317 Spesenentschädigungen	48 000	48 000	48 000	48 000
318 Dienstleistungen und Honorare	13 598 600	13 598 600	13 598 600	13 598 600
319 Anderer Sachaufwand	13 000	13 000	13 000	13 000
390 Interne Verrechnungen	408 500	408 500	408 500	408 500
436 Kostenrückerstattungen	4 000 –	4 000 –	4 000 –	4 000 –
439 Andere Entgelte	5 500 –	5 500 –	5 500 –	5 500 –
450 Rückerstattungen des Bundes	16 338 300 –	16 338 300 –	16 338 300 –	16 338 300 –
490 Interne Verrechnungen	1 200 –	1 200 –	1 200 –	1 200 –
2308 Arbeitsmarktfonds (SF)				
Aufwand	93 200	93 100	93 100	93 000
Ertrag	93 200 –	93 100 –	93 100 –	93 000 –
318 Dienstleistungen und Honorare	65 000	65 000	65 000	65 000
319 Anderer Sachaufwand	25 000	25 000	25 000	25 000
390 Interne Verrechnungen	3 200	3 100	3 100	3 000
482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen	77 800 –	66 200 –	54 700 –	46 900 –
490 Interne Verrechnungen	15 400 –	26 900 –	38 400 –	46 100 –
235 Amt für Wirtschaft				
Aufwand	22 320 400	21 326 900	21 528 800	21 108 800
Ertrag	14 178 400 –	12 579 200 –	12 777 200 –	12 583 000 –
Aufwandüberschuss	8 142 000 –	8 747 700 –	8 751 600 –	8 525 800 –
2350 Amt für Wirtschaft				
Aufwand	17 958 400	17 113 300	17 266 800	16 886 800
Ertrag	9 816 400 –	8 365 600 –	8 515 200 –	8 361 000 –
Aufwandüberschuss	8 142 000 –	8 747 700 –	8 751 600 –	8 525 800 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	10 200	10 200	10 200	10 200
301 Besoldungen	3 949 300	3 799 300	3 799 300	3 799 300

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
303	Arbeitgeberbeiträge	557 600	557 600	557 600
309	Anderer Personalaufwand	3 900	3 900	3 900
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	130 000	125 000	135 000
311	Möbilien, Maschinen und Fahrzeuge	22 000	22 000	22 000
312	Informatik	267 700	267 700	367 700
313	Verbrauchsmaterialien	6 000	6 000	6 000
315	Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	9 500	9 500	9 500
317	Spesenentschädigungen	164 600	164 600	164 600
318	Dienstleistungen und Honorare	1 406 000	1 565 500	1 396 000
319	Anderer Sachaufwand	90 300	64 700 -	64 700 -
330	Abschreibungen auf Finanzvermögen	8 300	8 300	8 300
360	Staatsbeiträge	11 309 700	10 615 100	10 793 100
390	Interne Verrechnungen	23 300	23 300	23 300
411	Patente	22 000 -	22 000 -	22 000 -
431	Gebühren für Amtshandlungen	415 000 -	415 000 -	415 000 -
437	Bussen	25 000 -	25 000 -	25 000 -
439	Andere Entgelte	31 500 -	31 500 -	31 500 -
450	Rückerstattungen des Bundes	765 000 -	748 000 -	748 000 -
451	Rückerstattungen der Kantone	11 000 -		
460	Beiträge für eigene Rechnung	4 110 500 -	2 835 000 -	2 935 500 -
490	Interne Verrechnungen	4 436 400 -	4 289 100 -	4 338 200 -
2358 Tourismusrechnung (SF)				
	Aufwand	4 362 000	4 213 600	4 262 000
	Ertrag	4 362 000 -	4 213 600 -	4 262 000 -
390	Interne Verrechnungen	4 362 000	4 213 600	4 262 000
460	Beiträge für eigene Rechnung	1 200 000 -	1 200 000 -	1 200 000 -
482	Entnahme aus Spezialfinanzierungen	1 125 300 -	949 400 -	970 300 -
490	Interne Verrechnungen	2 036 700 -	2 064 200 -	2 091 700 -
240 Amt für Natur, Jagd und Fischerei				
	Aufwand	12 321 300	13 457 500	12 692 000
	Ertrag	9 117 000 -	9 442 900 -	9 029 300 -
	Aufwandüberschuss	3 204 300 -	4 014 600 -	3 662 700 -
2400 Amt für Natur, Jagd und Fischerei				
	Aufwand	9 920 900	11 118 900	10 354 500
	Ertrag	6 716 600 -	7 104 300 -	6 691 800 -
	Aufwandüberschuss	3 204 300 -	4 014 600 -	3 662 700 -
300	Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	40 000	40 000	40 000
301	Besoldungen	2 226 600	2 226 600	2 226 600
303	Arbeitgeberbeiträge	313 200	313 200	313 200
306	Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	19 000	34 000	44 000
309	Anderer Personalaufwand	2 200	2 300	2 300
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	41 500	47 000	45 500
311	Möbilien, Maschinen und Fahrzeuge	89 000	35 500	35 500
312	Informatik	63 100	196 000	154 300
313	Verbrauchsmaterialien	131 000	139 000	144 000

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	65 000	47 500	48 000	51 500
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	12 600	15 000	15 000	15 000
317 Spesenentschädigungen	162 000	164 000	164 000	164 000
318 Dienstleistungen und Honorare	460 800	336 000	346 000	316 000
319 Anderer Sachaufwand	147 800	147 800	147 800	147 800
351 Entschädigungen an Kantone	53 000	53 000	53 000	53 000
352 Entschädigungen an Gemeinden	16 000	16 000	16 000	16 000
360 Staatsbeiträge	1 645 000	1 645 000	1 645 000	1 645 000
390 Interne Verrechnungen	4 433 100	5 661 000	4 914 300	4 974 300
410 Regalien	750 000 –	775 000 –	775 000 –	775 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	3 500 –	3 500 –	3 500 –	3 500 –
433 Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren	82 000 –	82 000 –	82 000 –	82 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgeldern	30 000 –	30 000 –	30 000 –	30 000 –
435 Verkaufserlöse	80 000 –	80 000 –	80 000 –	80 000 –
436 Kostenrückerstattungen	7 000 –	7 000 –	7 000 –	7 000 –
437 Bussen	500 –	500 –	500 –	500 –
439 Andere Entgelte	47 100 –	377 100 –	377 100 –	377 100 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	2 830 300 –	2 891 400 –	2 521 400 –	2 531 400 –
481 Entnahme aus Rückstellungen	100 000 –			
490 Interne Verrechnungen	2 786 200 –	2 857 800 –	2 815 300 –	2 765 300 –
2409 Jagdrechnung (SF)				
Aufwand	2 400 400	2 338 600	2 337 500	2 287 200
Ertrag	2 400 400 –	2 338 600 –	2 337 500 –	2 287 200 –
342 Ertragsanteile der Gemeinden	330 000	330 000	330 000	330 000
390 Interne Verrechnungen	2 070 400	2 008 600	2 007 500	1 957 200
410 Regalien	1 960 000 –	1 960 000 –	1 960 000 –	1 960 000 –
482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen	433 000 –	365 600 –	358 900 –	304 900 –
490 Interne Verrechnungen	7 400 –	13 000 –	18 600 –	22 300 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
3 Departement des Innern				
Aufwand	819 265 900	860 821 500	868 174 000	888 105 600
Ertrag	219 910 000 –	212 536 900 –	215 489 400 –	218 850 200 –
Aufwandüberschuss	599 355 900 –	648 284 600 –	652 684 600 –	669 255 400 –
300 Generalsekretariat DI				
Aufwand	20 057 900	20 443 500	20 477 700	20 608 100
Ertrag	13 351 500 –	13 346 500 –	13 346 500 –	13 346 500 –
Aufwandüberschuss	6 706 400 –	7 097 000 –	7 131 200 –	7 261 600 –
3000 Generalsekretariat DI				
Aufwand	20 057 900	20 443 500	20 477 700	20 608 100
Ertrag	13 351 500 –	13 346 500 –	13 346 500 –	13 346 500 –
Aufwandüberschuss	6 706 400 –	7 097 000 –	7 131 200 –	7 261 600 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	11 000	6 000	6 000	11 000
301 Besoldungen	3 378 900	3 377 200	3 377 200	3 377 200
303 Arbeitgeberbeiträge	478 200	484 500	484 500	484 500
309 Anderer Personalaufwand	28 500	28 500	28 500	28 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	183 300	154 500	155 700	176 900
312 Informatik	374 300	295 100	295 100	394 300
317 Spesenentschädigungen	56 500	43 500	43 500	43 500
318 Dienstleistungen und Honorare	1 033 300	1 165 300	1 198 300	1 203 300
319 Anderer Sachaufwand	130 000	120 000	120 000	120 000
360 Staatsbeiträge	1 800 000	2 360 000	2 360 000	2 360 000
370 Durchlaufende Beiträge	11 400 000	11 400 000	11 400 000	11 400 000
390 Interne Verrechnungen	1 183 900	1 008 900	1 008 900	1 008 900
431 Gebühren für Amtshandlungen	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
436 Kostenrückerstattungen	7 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	1 934 500 –	1 934 500 –	1 934 500 –	1 934 500 –
470 Durchlaufende Beiträge	11 400 000 –	11 400 000 –	11 400 000 –	11 400 000 –
305 Sozialwerke				
Aufwand	340 459 800	351 912 000	363 364 000	375 565 000
Ertrag	91 497 500 –	93 329 300 –	96 100 600 –	99 167 200 –
Aufwandüberschuss	248 962 300 –	258 582 700 –	267 263 400 –	276 397 800 –
3050 Sozialwerke des Bundes				
Aufwand	8 459 800	8 712 000	8 964 000	9 215 000
Ertrag				
Aufwandüberschuss	8 459 800 –	8 712 000 –	8 964 000 –	9 215 000 –
318 Dienstleistungen und Honorare	25 000	27 000	29 000	30 000
360 Staatsbeiträge	8 434 800	8 685 000	8 935 000	9 185 000
3051 Ergänzungsleistungen				
Aufwand	281 000 000	292 200 000	303 400 000	315 350 000
Ertrag	75 164 100 –	76 995 900 –	79 767 200 –	82 833 800 –
Aufwandüberschuss	205 835 900 –	215 204 100 –	223 632 800 –	232 516 200 –
318 Dienstleistungen und Honorare	7 500 000	7 850 000	8 100 000	8 300 000
360 Staatsbeiträge	273 500 000	284 350 000	295 300 000	307 050 000
450 Rückerstattungen des Bundes	2 300 000 –	2 400 000 –	2 500 000 –	2 600 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	72 864 100 –	74 595 900 –	77 267 200 –	80 233 800 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
3052 Pflegefinanzierung				
Aufwand	51 000 000	51 000 000	51 000 000	51 000 000
Ertrag	16 333 400 –	16 333 400 –	16 333 400 –	16 333 400 –
Aufwandüberschuss	34 666 600 –	34 666 600 –	34 666 600 –	34 666 600 –
318 Dienstleistungen und Honorare	2 000 000	2 000 000	2 000 000	2 000 000
360 Staatsbeiträge	49 000 000	49 000 000	49 000 000	49 000 000
460 Beiträge für eigene Rechnung	16 333 400 –	16 333 400 –	16 333 400 –	16 333 400 –
310 Amt für Bürgerrecht und Zivilstand				
Aufwand	1 887 900	2 402 800	1 882 800	1 883 500
Ertrag	995 000 –	948 500 –	948 500 –	948 500 –
Aufwandüberschuss	892 900 –	1 454 300 –	934 300 –	935 000 –
3100 Amt für Bürgerrecht und Zivilstand				
Aufwand	1 887 900	2 402 800	1 882 800	1 883 500
Ertrag	995 000 –	948 500 –	948 500 –	948 500 –
Aufwandüberschuss	892 900 –	1 454 300 –	934 300 –	935 000 –
301 Besoldungen	1 325 300	1 325 300	1 325 300	1 325 300
303 Arbeitgeberbeiträge	190 900	190 900	190 900	190 900
309 Anderer Personalaufwand	1 600	1 600	1 600	1 600
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	16 000	16 000	16 000	16 200
312 Informatik	194 300	694 300	194 300	194 300
317 Spesenentschädigungen	5 000	5 000	5 000	5 100
318 Dienstleistungen und Honorare	17 600	12 300	12 300	12 300
319 Anderer Sachaufwand	127 300	147 500	127 500	127 900
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	2 000	2 000	2 000	2 000
390 Interne Verrechnungen	7 900	7 900	7 900	7 900
431 Gebühren für Amtshandlungen	895 500 –	852 500 –	852 500 –	852 500 –
436 Kostenrückerstattungen	9 500 –	6 000 –	6 000 –	6 000 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	90 000 –	90 000 –	90 000 –	90 000 –
315 Amt für Gemeinden				
Aufwand	236 016 600	236 878 200	237 750 200	239 150 200
Ertrag	55 424 500 –	46 455 000 –	46 377 000 –	46 377 000 –
Aufwandüberschuss	180 592 100 –	190 423 200 –	191 373 200 –	192 773 200 –
3150 Amt für Gemeinden				
Aufwand	236 016 600	236 878 200	237 750 200	239 150 200
Ertrag	55 424 500 –	46 455 000 –	46 377 000 –	46 377 000 –
Aufwandüberschuss	180 592 100 –	190 423 200 –	191 373 200 –	192 773 200 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	8 000	8 000	8 000	8 000
301 Besoldungen	2 104 100	2 104 100	2 104 100	2 104 100
303 Arbeitgeberbeiträge	297 500	297 500	297 500	297 500
309 Anderer Personalaufwand	1 800	1 800	1 800	1 800
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	17 000	17 000	17 000	17 000
312 Informatik	96 800	547 000	197 000	197 000
317 Spesenentschädigungen	56 200	56 200	56 200	56 200
318 Dienstleistungen und Honorare	166 700	125 100	47 100	47 100
319 Anderer Sachaufwand	2 000	2 000	2 000	2 000
347 Finanz- und Lastenausgleich	232 416 300	233 364 700	234 764 700	236 164 700

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
360 Staatsbeiträge	845 400	350 000	250 000	250 000
390 Interne Verrechnungen	4 800	4 800	4 800	4 800
431 Gebühren für Amtshandlungen	649 000 –	527 500 –	527 500 –	527 500 –
435 Verkaufserlöse	500 –	500 –	500 –	500 –
436 Kostenrückerstattungen	130 000 –	108 000 –	30 000 –	30 000 –
439 Andere Entgelte	2 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	12 000 000 –	3 000 000 –	3 000 000 –	3 000 000 –
490 Interne Verrechnungen	42 643 000 –	42 817 000 –	42 817 000 –	42 817 000 –
320 Amt für Soziales				
Aufwand	148 195 500	175 650 700	167 152 600	171 926 800
Ertrag	12 231 400 –	11 935 400 –	11 940 500 –	11 945 500 –
Aufwandüberschuss	135 964 100 –	163 715 300 –	155 212 100 –	159 981 300 –
3200 Amt für Soziales				
Aufwand	148 195 500	175 650 700	167 152 600	171 926 800
Ertrag	12 231 400 –	11 935 400 –	11 940 500 –	11 945 500 –
Aufwandüberschuss	135 964 100 –	163 715 300 –	155 212 100 –	159 981 300 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	8 000	8 000	8 000	8 000
301 Besoldungen	3 583 900	3 583 900	3 583 900	3 583 900
303 Arbeitgeberbeiträge	531 000	531 000	531 000	531 000
309 Anderer Personalaufwand	7 200	7 200	7 200	7 200
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	57 000	77 000	57 000	57 000
312 Informatik	326 700	416 700	416 700	416 700
317 Spesenentschädigungen	59 300	59 300	59 300	59 300
318 Dienstleistungen und Honorare	737 900	946 000	931 000	936 000
319 Anderer Sachaufwand	29 000	119 000	119 000	119 000
360 Staatsbeiträge	132 026 000	158 173 100	148 010 000	152 779 200
370 Durchlaufende Beiträge	9 655 600	9 655 600	9 655 600	9 655 600
390 Interne Verrechnungen	1 173 900	2 073 900	3 773 900	3 773 900
431 Gebühren für Amtshandlungen	9 000 –	8 000 –	8 000 –	8 000 –
436 Kostenrückerstattungen	619 000 –	319 000 –	319 000 –	319 000 –
439 Andere Entgelte	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	230 000 –	230 000 –	230 000 –	230 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	1 716 800 –	1 721 800 –	1 726 900 –	1 731 900 –
470 Durchlaufende Beiträge	9 655 600 –	9 655 600 –	9 655 600 –	9 655 600 –
325 Amt für Kultur				
Aufwand	62 380 400	63 345 100	67 359 400	68 777 800
Ertrag	35 827 800 –	36 177 200 –	36 417 800 –	36 693 500 –
Aufwandüberschuss	26 552 600 –	27 167 900 –	30 941 600 –	32 084 300 –
3250 Amt für Kultur				
Aufwand	43 567 500	44 462 000	48 401 300	49 769 700
Ertrag	17 432 800 –	17 707 200 –	17 872 800 –	18 098 500 –
Aufwandüberschuss	26 134 700 –	26 754 800 –	30 528 500 –	31 671 200 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	32 000	34 000	34 000	34 000
301 Besoldungen	6 292 300	6 292 300	6 292 300	6 292 300
303 Arbeitgeberbeiträge	886 000	886 000	886 000	886 000
309 Anderer Personalaufwand	9 000	9 000	9 000	9 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	1 308 100	1 343 100	1 451 100	1 473 500
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	386 000	186 200	289 300	189 300
312 Informatik	1 457 000	2 309 100	2 121 000	1 956 000

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
313 Verbrauchsmaterialien	11 000	11 000	15 000	15 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	27 200	27 200	28 000	28 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	35 500	35 500	35 500	35 500
317 Spesenentschädigungen	155 500	155 500	167 500	168 500
318 Dienstleistungen und Honorare	1 906 500	2 046 700	2 752 700	2 757 700
319 Anderer Sachaufwand	101 500	106 500	125 000	125 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	2 000	2 000	2 000	2 000
360 Staatsbeiträge	26 826 900	27 226 900	27 501 900	27 806 900
390 Interne Verrechnungen	4 131 000	3 791 000	6 691 000	7 991 000
431 Gebühren für Amtshandlungen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	982 100 –	1 007 500 –	1 087 500 –	1 087 500 –
435 Verkaufserlöse	12 000 –	15 000 –	15 000 –	15 000 –
436 Kostenrückerstattungen	99 400 –	79 400 –	79 400 –	79 400 –
439 Andere Entgelte	81 600 –	81 600 –	81 600 –	81 600 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	3 625 200 –	3 650 400 –	3 676 000 –	3 701 700 –
490 Interne Verrechnungen	12 627 500 –	12 868 300 –	12 928 300 –	13 128 300 –
3251 Stiftsarchiv				
Aufwand	675 900	671 100	671 100	671 100
Ertrag	258 000 –	258 000 –	258 000 –	258 000 –
Aufwandüberschuss	417 900 –	413 100 –	413 100 –	413 100 –
301 Besoldungen	504 300	504 300	504 300	504 300
303 Arbeitgeberbeiträge	67 200	67 200	67 200	67 200
309 Anderer Personalaufwand	500	500	500	500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	27 000	27 000	27 000	27 000
312 Informatik	57 400	52 400	52 400	52 400
317 Spesenentschädigungen	8 000	8 000	8 000	8 000
318 Dienstleistungen und Honorare	9 500	9 700	9 700	9 700
390 Interne Verrechnungen	2 000	2 000	2 000	2 000
436 Kostenrückerstattungen	251 000 –	251 000 –	251 000 –	251 000 –
439 Andere Entgelte	7 000 –	7 000 –	7 000 –	7 000 –
3259 Lotteriefonds (SF)				
Aufwand	18 137 000	18 212 000	18 287 000	18 337 000
Ertrag	18 137 000 –	18 212 000 –	18 287 000 –	18 337 000 –
382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen	5 499 900	5 334 600	5 349 100	5 198 600
390 Interne Verrechnungen	12 637 100	12 877 400	12 937 900	13 138 400
435 Verkaufserlöse	7 000 –	7 000 –	7 000 –	7 000 –
439 Andere Entgelte	30 000 –	30 000 –	30 000 –	30 000 –
446 Anteil am Ertrag selbständiger Unternehmen	18 000 000 –	18 000 000 –	18 000 000 –	18 000 000 –
490 Interne Verrechnungen	100 000 –	175 000 –	250 000 –	300 000 –
340 Konkursamt				
Aufwand	3 127 700	3 129 400	3 129 400	3 129 400
Ertrag	1 952 000 –	1 952 000 –	1 952 000 –	1 952 000 –
Aufwandüberschuss	1 175 700 –	1 177 400 –	1 177 400 –	1 177 400 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
3400 Konkursamt				
Aufwand	3 127 700	3 129 400	3 129 400	3 129 400
Ertrag	1 952 000 –	1 952 000 –	1 952 000 –	1 952 000 –
Aufwandüberschuss	1 175 700 –	1 177 400 –	1 177 400 –	1 177 400 –
301 Besoldungen	2 163 000	2 163 000	2 163 000	2 163 000
303 Arbeitgeberbeiträge	306 200	306 200	306 200	306 200
309 Anderer Personalaufwand	2 500	2 500	2 500	2 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	66 300	66 000	66 000	66 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	500	500	500	500
312 Informatik	181 300	181 300	181 300	181 300
317 Spesenentschädigungen	32 000	34 000	34 000	34 000
318 Dienstleistungen und Honorare	35 400	35 400	35 400	35 400
319 Anderer Sachaufwand	2 000	2 000	2 000	2 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	285 000	285 000	285 000	285 000
390 Interne Verrechnungen	53 500	53 500	53 500	53 500
431 Gebühren für Amtshandlungen	1 950 000 –	1 950 000 –	1 950 000 –	1 950 000 –
436 Kostenrückerstattungen	2 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
345 Handelsregisteramt				
Aufwand	2 786 000	2 759 700	2 764 700	2 769 600
Ertrag	4 137 900 –	3 920 600 –	3 928 000 –	3 935 400 –
Ertragsüberschuss	1 351 900	1 160 900	1 163 300	1 165 800
3450 Handelsregisteramt				
Aufwand	2 786 000	2 759 700	2 764 700	2 769 600
Ertrag	4 137 900 –	3 920 600 –	3 928 000 –	3 935 400 –
Ertragsüberschuss	1 351 900	1 160 900	1 163 300	1 165 800
301 Besoldungen	1 689 100	1 689 100	1 689 100	1 689 100
303 Arbeitgeberbeiträge	234 700	234 700	234 700	234 700
309 Anderer Personalaufwand	2 000	2 000	2 000	2 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	40 000	40 400	40 800	41 200
312 Informatik	330 200	323 100	326 500	329 800
317 Spesenentschädigungen	3 500	3 600	3 700	3 800
318 Dienstleistungen und Honorare	54 500	22 800	23 200	23 600
319 Anderer Sachaufwand	5 000	5 100	5 200	5 300
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	20 000	20 600	21 200	21 800
340 Ertragsanteile des Bundes	363 700	375 000	375 000	375 000
390 Interne Verrechnungen	43 300	43 300	43 300	43 300
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	100 –			
431 Gebühren für Amtshandlungen	4 137 600 –	3 920 400 –	3 927 800 –	3 935 200 –
436 Kostenrückerstattungen	200 –	200 –	200 –	200 –
350 Amtsnotariate				
Aufwand	4 354 100	4 300 100	4 293 200	4 295 200
Ertrag	4 492 400 –	4 472 400 –	4 478 500 –	4 484 600 –
Ertragsüberschuss	138 300	172 300	185 300	189 400

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
3500 Amtsnotariate				
Aufwand	4 354 100	4 300 100	4 293 200	4 295 200
Ertrag	4 492 400 –	4 472 400 –	4 478 500 –	4 484 600 –
Ertragsüberschuss	138 300	172 300	185 300	189 400
301 Besoldungen	2 793 400	2 793 400	2 793 400	2 793 400
303 Arbeitgeberbeiträge	390 400	390 400	390 400	390 400
309 Anderer Personalaufwand	3 800	3 800	3 800	3 800
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	76 500	76 500	76 500	76 500
312 Informatik	235 000	226 900	228 000	229 000
313 Verbrauchsmaterialien	1 100	1 100	1 100	1 100
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	4 300	4 300	4 300	4 300
317 Spesenentschädigungen	25 500	25 500	18 500	18 500
318 Dienstleistungen und Honorare	634 400	608 500	609 500	610 500
319 Anderer Sachaufwand	4 000	4 000	2 000	2 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	29 000	29 000	29 000	29 000
390 Interne Verrechnungen	156 700	136 700	136 700	136 700
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	200 –	200 –	200 –	200 –
421 Vermögenserträge aus Guthaben	200 –	200 –	200 –	200 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	3 810 500 –	3 795 500 –	3 800 600 –	3 805 700 –
436 Kostenrückerstattungen	681 200 –	676 200 –	677 200 –	678 200 –
439 Andere Entgelte	300 –	300 –	300 –	300 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
4 Bildungsdepartement				
Aufwand	849 695 900	874 824 600	888 598 600	898 016 500
Ertrag	282 935 300 –	301 023 500 –	303 638 100 –	305 045 200 –
Aufwandüberschuss	566 760 600 –	573 801 100 –	584 960 500 –	592 971 300 –
400 Generalsekretariat BLD				
Aufwand	22 799 800	22 979 600	23 045 200	23 113 800
Ertrag	2 337 800 –	2 358 200 –	2 386 500 –	2 414 900 –
Aufwandüberschuss	20 462 000 –	20 621 400 –	20 658 700 –	20 698 900 –
4000 Generalsekretariat BLD				
Aufwand	8 288 800	8 316 600	8 330 200	8 342 800
Ertrag	612 800 –	610 200 –	607 500 –	603 900 –
Aufwandüberschuss	7 676 000 –	7 706 400 –	7 722 700 –	7 738 900 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	345 000	429 000	429 000	429 000
301 Besoldungen	5 089 500	5 089 500	5 089 500	5 089 500
303 Arbeitgeberbeiträge	691 100	702 400	708 600	714 900
309 Anderer Personalaufwand	28 500	28 500	28 500	28 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	164 000	164 000	164 000	164 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	4 000	4 000	4 000	4 000
312 Informatik	500 300	568 100	568 100	568 100
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	3 000	3 000	3 000	3 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	13 100	13 100	13 100	13 100
317 Spesenentschädigungen	128 500	131 000	131 000	131 000
318 Dienstleistungen und Honorare	770 500	779 400	785 400	790 400
319 Anderer Sachaufwand	179 600	182 900	184 300	185 600
360 Staatsbeiträge	182 000	182 000	182 000	182 000
390 Interne Verrechnungen	189 700	39 700	39 700	39 700
431 Gebühren für Amtshandlungen	15 000 –	15 000 –	15 000 –	15 000 –
435 Verkaufserlöse	243 000 –	240 000 –	237 000 –	233 000 –
436 Kostenrückerstattungen	52 000 –	52 000 –	52 000 –	52 000 –
439 Andere Entgelte	400 –	400 –	400 –	400 –
490 Interne Verrechnungen	302 400 –	302 800 –	303 100 –	303 500 –
4003 Ausbildungsbeihilfen				
Aufwand	14 511 000	14 663 000	14 715 000	14 771 000
Ertrag	1 725 000 –	1 748 000 –	1 779 000 –	1 811 000 –
Aufwandüberschuss	12 786 000 –	12 915 000 –	12 936 000 –	12 960 000 –
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	33 000	33 000	33 000	33 000
360 Staatsbeiträge	14 244 000	14 334 000	14 334 000	14 334 000
390 Interne Verrechnungen	234 000	296 000	348 000	404 000
421 Vermögenserträge aus Guthaben	10 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
425 Vermögenserträge aus Darlehen des Verwaltungsvermögens	144 000 –	172 000 –	203 000 –	235 000 –
436 Kostenrückerstattungen	65 000 –	65 000 –	65 000 –	65 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	1 506 000 –	1 506 000 –	1 506 000 –	1 506 000 –
405 Amt für Volksschule				
Aufwand	159 840 800	167 482 700	174 797 100	174 990 100
Ertrag	53 373 300 –	70 557 900 –	70 770 400 –	70 976 600 –
Aufwandüberschuss	106 467 500 –	96 924 800 –	104 026 700 –	104 013 500 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
4050 Amtsleitung AVS				
Aufwand	19 742 800	27 174 200	27 063 400	27 066 200
Ertrag	684 000 –	684 000 –	684 000 –	684 000 –
Aufwandüberschuss	19 058 800 –	26 490 200 –	26 379 400 –	26 382 200 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	473 200	392 600	392 600	392 600
301 Besoldungen	2 859 500	2 859 500	2 859 500	2 859 500
303 Arbeitgeberbeiträge	449 500	444 000	444 000	444 000
309 Anderer Personalaufwand	6 300	6 300	6 300	6 300
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	132 000	129 000	79 000	79 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	1 000	1 000	1 000	1 000
312 Informatik	81 600	81 600	81 600	81 600
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	500	500	500	500
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	10 500	10 500	10 500	10 500
317 Spesenentschädigungen	205 200	191 300	191 300	191 300
318 Dienstleistungen und Honorare	1 213 600	2 750 100	2 689 300	2 692 100
319 Anderer Sachaufwand	514 900	514 900	514 900	514 900
352 Entschädigungen an Gemeinden	131 700	131 700	131 700	131 700
360 Staatsbeiträge	5 949 200	9 147 100	9 147 100	9 147 100
390 Interne Verrechnungen	7 714 100	10 514 100	10 514 100	10 514 100
431 Gebühren für Amtshandlungen	162 000 –	162 000 –	162 000 –	162 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
436 Kostenrückerstattungen	502 000 –	502 000 –	502 000 –	502 000 –
4051 Lehrmittelverlag				
Aufwand	11 266 400	11 546 700	11 785 900	11 992 100
Ertrag	14 460 000 –	14 765 800 –	14 978 300 –	15 184 500 –
Ertragsüberschuss	3 193 600	3 219 100	3 192 400	3 192 400
301 Besoldungen	1 204 500	1 204 500	1 204 500	1 204 500
303 Arbeitgeberbeiträge	139 600	139 600	139 600	139 600
309 Anderer Personalaufwand	900	900	900	900
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	8 270 500	8 520 500	8 720 500	8 920 500
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	7 000	7 000	7 000	7 000
312 Informatik	101 300	101 300	101 300	101 300
313 Verbrauchsmaterialien	32 000	32 400	32 600	32 800
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	5 000	5 000	5 000	5 000
317 Spesenentschädigungen	141 500	141 500	141 500	141 500
318 Dienstleistungen und Honorare	1 240 700	1 287 600	1 309 600	1 332 600
319 Anderer Sachaufwand	62 000	45 000	62 000	45 000
360 Staatsbeiträge	42 000	42 000	42 000	42 000
390 Interne Verrechnungen	19 400	19 400	19 400	19 400
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	110 000 –	110 000 –	110 000 –	110 000 –
435 Verkaufserlöse	6 650 000 –	4 155 800 –	4 368 300 –	4 574 500 –
490 Interne Verrechnungen	7 700 000 –	10 500 000 –	10 500 000 –	10 500 000 –
4052 Lehrerweiterbildung				
Aufwand	2 496 300	2 539 700	2 525 700	2 509 700
Ertrag	1 831 800 –	62 300 –	62 300 –	62 300 –
Aufwandüberschuss	664 500 –	2 477 400 –	2 463 400 –	2 447 400 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	24 000	21 000	21 000	21 000

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
301 Besoldungen	794 400	794 400	794 400	794 400
303 Arbeitgeberbeiträge	67 900	66 000	66 000	66 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	128 000	125 000	125 000	125 000
312 Informatik	24 200	24 200	24 200	24 200
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	500	500	500	500
317 Spesenentschädigungen	126 800	126 800	126 800	126 800
318 Dienstleistungen und Honorare	1 263 500	1 314 800	1 300 800	1 304 800
319 Anderer Sachaufwand	4 500	4 500	4 500	4 500
352 Entschädigungen an Gemeinden	61 000	61 000	61 000	41 000
390 Interne Verrechnungen	1 500	1 500	1 500	1 500
436 Kostenrückerstattungen	70 800 –	50 800 –	50 800 –	50 800 –
439 Andere Entgelte	11 000 –	11 500 –	11 500 –	11 500 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	1 750 000 –			
4053 Sonderschulen				
Aufwand	126 335 300	126 222 100	133 422 100	133 422 100
Ertrag	36 397 500 –	55 045 800 –	55 045 800 –	55 045 800 –
Aufwandüberschuss	89 937 800 –	71 176 300 –	78 376 300 –	78 376 300 –
318 Dienstleistungen und Honorare	110 000	110 000	110 000	110 000
360 Staatsbeiträge	126 225 300	124 825 300	130 825 300	130 825 300
390 Interne Verrechnungen		1 286 800	2 486 800	2 486 800
436 Kostenrückerstattungen	15 000 –	15 000 –	15 000 –	15 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	36 382 500 –	55 030 800 –	55 030 800 –	55 030 800 –
415 Amt für Berufsbildung				
Aufwand	260 894 300	260 325 200	258 613 000	257 088 100
Ertrag	123 899 700 –	123 193 300 –	122 712 800 –	122 454 800 –
Aufwandüberschuss	136 994 600 –	137 131 900 –	135 900 200 –	134 633 300 –
4150 Amtsleitung ABB				
Aufwand	4 756 400	4 768 300	4 788 300	4 788 300
Ertrag	49 582 300 –	49 398 300 –	49 308 300 –	49 208 300 –
Ertragsüberschuss	44 825 900	44 630 000	44 520 000	44 420 000
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	100 500	100 500	100 500	100 500
301 Besoldungen	3 151 500	3 151 500	3 151 500	3 151 500
303 Arbeitgeberbeiträge	463 400	463 400	463 400	463 400
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	150 000	150 000	150 000	150 000
312 Informatik	407 500	419 400	439 400	439 400
317 Spesenentschädigungen	125 000	125 000	125 000	125 000
318 Dienstleistungen und Honorare	223 700	223 700	223 700	223 700
319 Anderer Sachaufwand	80 000	80 000	80 000	80 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	1 000	1 000	1 000	1 000
390 Interne Verrechnungen	53 800	53 800	53 800	53 800
431 Gebühren für Amtshandlungen	43 300 –	43 300 –	43 300 –	43 300 –
436 Kostenrückerstattungen	17 500 –	3 500 –	3 500 –	3 500 –
439 Andere Entgelte	1 500 –	1 500 –	1 500 –	1 500 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	49 520 000 –	49 350 000 –	49 260 000 –	49 160 000 –
4151 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung				
Aufwand	9 450 600	9 450 600	9 450 600	9 450 600
Ertrag	522 000 –	522 000 –	522 000 –	522 000 –
Aufwandüberschuss	8 928 600 –	8 928 600 –	8 928 600 –	8 928 600 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
300	5 700	5 700	5 700	5 700
301	6 864 900	6 864 900	6 864 900	6 864 900
303	993 000	993 000	993 000	993 000
309	44 900	44 900	44 900	44 900
310	348 100	348 100	348 100	348 100
311	2 000	2 000	2 000	2 000
312	593 700	593 700	593 700	593 700
313	2 200	2 200	2 200	2 200
314	5 000	5 000	5 000	5 000
315	3 000	3 000	3 000	3 000
317	184 000	184 000	184 000	184 000
318	129 700	129 700	129 700	129 700
319	264 300	264 300	264 300	264 300
390	10 100	10 100	10 100	10 100
434	511 000 –	511 000 –	511 000 –	511 000 –
439	11 000 –	11 000 –	11 000 –	11 000 –
4152 Berufliche Grundbildung				
Aufwand	31 830 000	32 500 000	32 500 000	32 500 000
Ertrag				
Aufwandüberschuss	31 830 000 –	32 500 000 –	32 500 000 –	32 500 000 –
360	31 830 000	32 500 000	32 500 000	32 500 000
4153 Höhere Berufs- und Weiterbildung				
Aufwand	19 300 000	20 140 000	20 140 000	20 140 000
Ertrag				
Aufwandüberschuss	19 300 000 –	20 140 000 –	20 140 000 –	20 140 000 –
360	13 110 000	13 840 000	13 840 000	13 840 000
390	6 190 000	6 300 000	6 300 000	6 300 000
4156 Berufsfachschulen				
Aufwand	195 557 300	193 466 300	191 734 100	190 209 200
Ertrag	73 795 400 –	73 273 000 –	72 882 500 –	72 724 500 –
Aufwandüberschuss	121 761 900 –	120 193 300 –	118 851 600 –	117 484 700 –
300	264 000	264 100	264 100	264 100
301	125 323 100	124 029 600	122 729 600	121 379 600
303	17 352 700	17 172 500	16 992 800	16 805 400
306	15 000	9 000	9 000	9 000
309	1 038 200	1 034 000	1 034 000	1 054 000
310	11 516 100	11 555 600	11 555 600	11 555 500
311	1 554 400	1 773 800	1 459 800	1 459 800
312	1 524 600	1 527 600	1 587 600	1 587 600
313	3 828 900	3 845 800	3 845 800	3 845 800
314	881 000	881 000	881 000	881 000
315	2 526 100	2 513 100	2 513 100	2 513 100

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	9 468 600	9 756 800	9 756 800	9 756 800
317 Spesenentschädigungen	3 226 500	3 223 400	3 223 400	3 223 400
318 Dienstleistungen und Honorare	4 682 200	4 567 200	4 571 700	4 567 200
319 Anderer Sachaufwand	2 599 000	2 559 900	2 559 900	2 559 900
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	27 200	27 200	27 200	27 200
352 Entschädigungen an Gemeinden	55 000	55 000	55 000	55 000
381 Zuweisung an Rückstellungen	469 300	513 900	512 900	512 000
389 Bevorschussungen	125 200	143 400	141 400	139 400
390 Interne Verrechnungen	9 080 200	8 013 400	8 013 400	8 013 400
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	500 –	500 –	500 –	500 –
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	1 226 000 –	1 226 000 –	1 226 000 –	1 226 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	12 500 –	12 500 –	12 500 –	12 500 –
432 Spitaltaxen und Kostgelder	6 400 –	6 400 –	6 400 –	6 400 –
433 Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren	20 231 500 –	20 196 900 –	20 196 900 –	20 196 900 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	3 747 400 –	3 776 400 –	3 776 400 –	3 776 400 –
435 Verkaufserlöse	3 036 200 –	3 022 200 –	3 022 200 –	3 022 200 –
436 Kostenrückerstattungen	3 112 400 –	2 871 900 –	2 634 400 –	2 634 400 –
439 Andere Entgelte	122 900 –	122 900 –	122 900 –	122 900 –
451 Rückerstattungen der Kantone	32 076 900 –	31 906 400 –	31 751 400 –	31 591 400 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	72 000 –	72 000 –	72 000 –	72 000 –
480 Entnahme aus Sondervermögen	2 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
481 Entnahme aus Rückstellungen	527 000 –	325 300 –	327 300 –	329 300 –
490 Interne Verrechnungen	9 621 700 –	9 731 600 –	9 731 600 –	9 731 600 –
420 Amt für Mittelschulen				
Aufwand	111 028 200	114 176 900	115 169 000	121 790 600
Ertrag	9 367 000 –	9 623 100 –	9 634 600 –	9 636 600 –
Aufwandüberschuss	101 661 200 –	104 553 800 –	105 534 400 –	112 154 000 –
4200 Amtsleitung AMS				
Aufwand	1 204 100	1 115 000	1 115 000	1 115 000
Ertrag	2 200 –	2 300 –	2 300 –	2 300 –
Aufwandüberschuss	1 201 900 –	1 112 700 –	1 112 700 –	1 112 700 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	150 000	80 000	80 000	80 000
301 Besoldungen	729 900	729 900	729 900	729 900
303 Arbeitgeberbeiträge	114 400	110 800	110 800	110 800
309 Anderer Personalaufwand	700	700	700	700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	16 500	16 500	16 500	16 500
312 Informatik	21 900	21 900	21 900	21 900
317 Spesenentschädigungen	51 500	36 500	36 500	36 500
318 Dienstleistungen und Honorare	106 100	105 600	105 600	105 600
319 Anderer Sachaufwand	13 000	13 000	13 000	13 000
390 Interne Verrechnungen	100	100	100	100
431 Gebühren für Amtshandlungen	200 –	200 –	200 –	200 –
433 Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren	1 700 –	1 800 –	1 800 –	1 800 –
439 Andere Entgelte	300 –	300 –	300 –	300 –
4205 Mittelschulen				
Aufwand	109 824 100	113 061 900	114 054 000	120 675 600
Ertrag	9 364 800 –	9 620 800 –	9 632 300 –	9 634 300 –
Aufwandüberschuss	100 459 300 –	103 441 100 –	104 421 700 –	111 041 300 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	
301	Besoldungen	70 070 100	71 694 300	72 615 200	73 145 000
303	Arbeitgeberbeiträge	10 062 400	10 326 200	10 472 900	10 561 000
306	Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	4 900	4 900	4 900	4 900
309	Anderer Personalaufwand	524 200	527 900	523 900	527 900
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	3 154 100	3 265 800	3 295 800	3 295 500
311	Möbilien, Maschinen und Fahrzeuge	650 500	464 500	464 500	464 500
312	Informatik	970 000	370 000	270 000	270 000
313	Verbrauchsmaterialien	1 475 600	1 553 300	1 553 300	1 553 300
314	Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	247 300	228 500	228 500	228 500
315	Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	792 800	788 100	788 100	788 100
316	Mieten, Pachten und Benützungskosten	885 100	788 100	788 100	788 100
317	Spesenentschädigungen	737 800	744 400	742 900	742 900
318	Dienstleistungen und Honorare	983 300	984 100	984 100	984 100
319	Anderer Sachaufwand	270 900	251 200	251 200	251 200
351	Entschädigungen an Kantone	995 500	995 500	995 500	995 500
352	Entschädigungen an Gemeinden	121 900	289 000	289 000	289 000
360	Staatsbeiträge	5 108 900	5 108 900	5 108 900	5 108 900
390	Interne Verrechnungen	12 768 800	14 677 200	14 677 200	20 677 200
420	Vermögenserträge aus Post und Banken	400 -	400 -	400 -	400 -
427	Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	35 800 -	40 900 -	40 900 -	40 900 -
433	Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren	2 518 900 -	2 547 900 -	2 549 900 -	2 549 900 -
434	Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgeldern	310 600 -	295 600 -	305 100 -	307 100 -
435	Verkaufserlöse	361 700 -	361 700 -	361 700 -	361 700 -
436	Kostenrückerstattungen	643 800 -	643 800 -	643 800 -	643 800 -
439	Andere Entgelte	14 800 -	14 800 -	14 800 -	14 800 -
451	Rückerstattungen der Kantone	3 078 000 -	3 164 900 -	3 164 900 -	3 164 900 -
452	Rückerstattungen der Gemeinden	1 596 000 -	1 680 000 -	1 680 000 -	1 680 000 -
460	Beiträge für eigene Rechnung	8 600 -	8 600 -	8 600 -	8 600 -
490	Interne Verrechnungen	796 200 -	862 200 -	862 200 -	862 200 -
423	Amt für Hochschulen				
	Aufwand	286 366 300	302 030 700	309 131 000	314 411 200
	Ertrag	88 655 000 -	89 900 000 -	92 700 000 -	94 100 000 -
	Aufwandüberschuss	197 711 300 -	212 130 700 -	216 431 000 -	220 311 200 -
4230	Amtsleitung AHS				
	Aufwand	1 151 500	1 143 500	847 100	859 100
	Ertrag				
	Aufwandüberschuss	1 151 500 -	1 143 500 -	847 100 -	859 100 -
300	Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	25 200	25 200	25 200	25 200
301	Besoldungen	601 600	601 600	601 600	601 600
303	Arbeitgeberbeiträge	84 000	87 000	87 000	87 000
309	Anderer Personalaufwand	4 700	4 700	4 700	4 700
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	8 900	8 900	8 900	8 900
311	Möbilien, Maschinen und Fahrzeuge	2 000	2 000	2 000	2 000
312	Informatik	23 400	23 400	26 000	26 000
315	Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	2 000	2 000	2 000	2 000
317	Spesenentschädigungen	40 000	29 000	30 000	42 000

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
318 Dienstleistungen und Honorare	354 700	354 700	54 700	54 700
319 Anderer Sachaufwand	5 000	5 000	5 000	5 000
4231 Universitäre Hochschulen				
Aufwand	148 213 300	156 713 700	161 951 400	165 500 600
Ertrag	62 755 000 –	63 500 000 –	65 800 000 –	66 900 000 –
Aufwandüberschuss	85 458 300 –	93 213 700 –	96 151 400 –	98 600 600 –
360 Staatsbeiträge	148 213 300	156 713 700	161 951 400	165 500 600
460 Beiträge für eigene Rechnung	62 755 000 –	63 500 000 –	65 800 000 –	66 900 000 –
4232 Fachhochschulen				
Aufwand	137 001 500	144 173 500	146 332 500	148 051 500
Ertrag	25 900 000 –	26 400 000 –	26 900 000 –	27 200 000 –
Aufwandüberschuss	111 101 500 –	117 773 500 –	119 432 500 –	120 851 500 –
360 Staatsbeiträge	111 101 500	116 829 000	118 488 000	119 907 000
370 Durchlaufende Beiträge	25 900 000	26 400 000	26 900 000	27 200 000
390 Interne Verrechnungen		944 500	944 500	944 500
470 Durchlaufende Beiträge	25 900 000 –	26 400 000 –	26 900 000 –	27 200 000 –
430 Amt für Sport				
Aufwand	8 766 500	7 829 500	7 843 300	6 622 700
Ertrag	5 302 500 –	5 391 000 –	5 433 800 –	5 462 300 –
Aufwandüberschuss	3 464 000 –	2 438 500 –	2 409 500 –	1 160 400 –
4300 Amt für Sport				
Aufwand	4 109 400	3 129 600	3 100 600	1 851 500
Ertrag	645 400 –	691 100 –	691 100 –	691 100 –
Aufwandüberschuss	3 464 000 –	2 438 500 –	2 409 500 –	1 160 400 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	283 000	283 000	283 000	283 000
301 Besoldungen	643 600	643 600	643 600	643 600
303 Arbeitgeberbeiträge	107 800	108 700	109 700	110 600
309 Anderer Personalaufwand	1 100	1 100	1 100	1 100
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	17 000	17 000	17 000	17 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	42 000	2 000	2 000	2 000
312 Informatik	37 600	37 600	37 600	37 600
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	5 000	5 000	5 000	5 000
317 Spesenentschädigungen	64 000	44 000	64 000	44 000
318 Dienstleistungen und Honorare	630 900	670 900	590 900	590 900
319 Anderer Sachaufwand	24 000	19 000	19 000	19 000
360 Staatsbeiträge	89 000	89 000	119 000	89 000
390 Interne Verrechnungen	2 164 400	1 208 700	1 208 700	8 700
436 Kostenrückerstattungen	345 500 –	345 500 –	345 500 –	345 500 –
439 Andere Entgelte	100 –	100 –	100 –	100 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	239 800 –	285 500 –	285 500 –	285 500 –
490 Interne Verrechnungen	60 000 –	60 000 –	60 000 –	60 000 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
4309 Sport-Toto-Fonds (SF)				
Aufwand	4 657 100	4 699 900	4 742 700	4 771 200
Ertrag	4 657 100 –	4 699 900 –	4 742 700 –	4 771 200 –
318 Dienstleistungen und Honorare	110 000	110 000	110 000	110 000
360 Staatsbeiträge	4 153 000	4 078 000	4 078 000	4 078 000
382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen	21 700	139 000	181 500	209 500
390 Interne Verrechnungen	372 400	372 900	373 200	373 700
439 Andere Entgelte	100 100 –	100 100 –	100 100 –	100 100 –
446 Anteil am Ertrag selbständiger Unternehmen	4 500 000 –	4 500 000 –	4 500 000 –	4 500 000 –
490 Interne Verrechnungen	57 000 –	99 800 –	142 600 –	171 100 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
5 Finanzdepartement				
Aufwand	597 199 800	643 532 000	744 629 400	817 529 700
Ertrag	2 654 050 300 –	2 554 352 100 –	2 684 811 500 –	2 809 538 600 –
Ertragsüberschuss	2 056 850 500	1 910 820 100	1 940 182 100	1 992 008 900
500 Generalsekretariat FD				
Aufwand	3 212 900	3 279 600	3 272 400	3 281 700
Ertrag	1 962 300 –	1 962 300 –	1 962 300 –	1 962 300 –
Aufwandüberschuss	1 250 600 –	1 317 300 –	1 310 100 –	1 319 400 –
5000 Generalsekretariat FD				
Aufwand	3 150 600	3 217 300	3 210 100	3 219 400
Ertrag	1 900 000 –	1 900 000 –	1 900 000 –	1 900 000 –
Aufwandüberschuss	1 250 600 –	1 317 300 –	1 310 100 –	1 319 400 –
301 Besoldungen	1 054 000	1 112 800	1 112 800	1 115 000
303 Arbeitgeberbeiträge	144 000	144 000	144 000	144 100
309 Anderer Personalaufwand	11 000	11 000	11 000	11 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	22 000	22 200	22 000	22 000
312 Informatik	58 200	58 900	58 900	58 900
317 Spesenentschädigungen	2 500	2 500	2 500	2 500
318 Dienstleistungen und Honorare	12 500	12 500	12 500	12 500
319 Anderer Sachaufwand	131 400	138 400	131 400	138 400
342 Ertragsanteile der Gemeinden	3 700	3 700	3 700	3 700
360 Staatsbeiträge	200 000	200 000	200 000	200 000
370 Durchlaufende Beiträge	1 500 000	1 500 000	1 500 000	1 500 000
390 Interne Verrechnungen	11 300	11 300	11 300	11 300
431 Gebühren für Amtshandlungen	122 000 –	122 000 –	122 000 –	122 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	70 000 –	70 000 –	70 000 –	70 000 –
436 Kostenrückerstattungen	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
439 Andere Entgelte	7 000 –	7 000 –	7 000 –	7 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	200 000 –	200 000 –	200 000 –	200 000 –
470 Durchlaufende Beiträge	1 500 000 –	1 500 000 –	1 500 000 –	1 500 000 –
5009 Kantonshilfskasse (SF)				
Aufwand	62 300	62 300	62 300	62 300
Ertrag	62 300 –	62 300 –	62 300 –	62 300 –
360 Staatsbeiträge	60 000	60 000	60 000	60 000
390 Interne Verrechnungen	2 300	2 300	2 300	2 300
460 Beiträge für eigene Rechnung	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen	30 800 –	22 200 –	13 600 –	7 900 –
490 Interne Verrechnungen	21 500 –	30 100 –	38 700 –	44 400 –
505 Zentrale Dienste				
Aufwand	37 385 100	38 626 800	38 472 600	39 767 800
Ertrag	19 277 500 –	18 568 700 –	18 382 200 –	18 367 400 –
Aufwandüberschuss	18 107 600 –	20 058 100 –	20 090 400 –	21 400 400 –
5050 Personalamt				
Aufwand	8 086 800	8 030 000	8 226 600	8 055 800
Ertrag	2 847 000 –	2 861 800 –	2 874 600 –	2 869 200 –
Aufwandüberschuss	5 239 800 –	5 168 200 –	5 352 000 –	5 186 600 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
300	6 000	6 000	6 000	6 000
301	3 592 600	3 597 300	3 607 800	3 600 400
303	547 900	547 900	547 900	547 900
309	1 194 500	1 205 500	1 216 500	1 227 500
310	95 300	93 000	93 000	93 000
311	3 000	6 000	3 000	3 000
312	1 478 200	1 495 200	1 578 600	1 404 200
317	270 900	200 600	275 000	275 000
318	570 300	550 300	570 300	570 300
319	27 000	27 000	27 000	27 000
390	301 100	301 200	301 500	301 500
433	300 000 –	300 000 –	300 000 –	300 000 –
434	350 000 –	350 000 –	350 000 –	350 000 –
436	2 085 000 –	2 099 800 –	2 112 600 –	2 107 200 –
451	12 000 –	12 000 –	12 000 –	12 000 –
490	100 000 –	100 000 –	100 000 –	100 000 –
5051	Amt für Finanzdienstleistungen			
	Aufwand	2 056 100	1 873 500	1 905 300
	Ertrag	304 800 –	318 000 –	306 800 –
	Aufwandüberschuss	1 751 300 –	1 555 500 –	1 598 500 –
301	741 200	696 000	697 000	701 000
303	103 200	97 100	99 600	103 500
309	800	800	800	800
310	218 000	220 000	222 000	224 000
312	985 900	852 600	1 419 800	869 000
317	800	800	800	800
318	3 100	3 100	3 100	3 100
319	500	500	500	500
390	2 600	2 600	2 600	2 600
434	102 900 –	102 900 –	102 900 –	102 900 –
436	500 –	500 –	500 –	500 –
439	12 000 –	12 000 –	6 000 –	6 000 –
490	189 400 –	202 600 –	211 800 –	197 400 –
5052	Risk Management			
	Aufwand	7 871 800	6 790 500	6 820 500
	Ertrag	7 871 800 –	6 790 500 –	6 820 500 –
310	4 500	500	500	500
312	21 900	23 400	23 400	23 400
318	1 772 900	1 850 000	1 850 000	1 850 000
319	6 062 500	2 702 500	3 302 500	3 952 500
330	10 000	10 000	10 000	10 000
381		2 204 100	1 634 100	984 100
434	6 761 000 –	6 720 000 –	6 730 000 –	6 730 000 –
436	50 000 –	70 000 –	90 000 –	90 000 –
439	500 –	500 –	500 –	500 –
481	1 060 300 –			

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
5054 Dienst für Informatikplanung				
Aufwand	14 815 300	17 375 700	16 413 700	18 398 700
Ertrag	581 000 –	881 000 –	581 000 –	581 000 –
Aufwandüberschuss	14 234 300 –	16 494 700 –	15 832 700 –	17 817 700 –
301 Besoldungen	1 585 900	1 585 900	1 585 900	1 585 900
303 Arbeitgeberbeiträge	226 800	226 800	226 800	226 800
309 Anderer Personalaufwand	1 200	1 200	1 200	1 200
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	15 000	15 000	15 000	15 000
312 Informatik	7 508 800	9 874 800	9 212 800	8 697 800
317 Spesenentschädigungen	18 000	18 000	18 000	18 000
318 Dienstleistungen und Honorare	13 000	316 000	16 000	16 000
319 Anderer Sachaufwand	1 800	1 800	1 800	1 800
390 Interne Verrechnungen	5 444 800	5 336 200	5 336 200	7 836 200
436 Kostenrückerstattungen	581 000 –	581 000 –	581 000 –	581 000 –
489 Bevorschussungen		300 000 –		
5055 Finanzkontrolle				
Aufwand	2 493 400	2 493 900	2 494 400	2 494 900
Ertrag	630 700 –	629 700 –	629 700 –	629 700 –
Aufwandüberschuss	1 862 700 –	1 864 200 –	1 864 700 –	1 865 200 –
301 Besoldungen	2 035 300	2 035 300	2 035 300	2 035 300
303 Arbeitgeberbeiträge	318 200	318 200	318 200	318 200
309 Anderer Personalaufwand	1 600	1 600	1 600	1 600
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	17 000	17 200	17 400	17 600
312 Informatik	73 700	73 700	73 700	73 700
317 Spesenentschädigungen	34 000	34 300	34 600	34 900
318 Dienstleistungen und Honorare	7 200	7 200	7 200	7 200
319 Anderer Sachaufwand	5 000	5 000	5 000	5 000
390 Interne Verrechnungen	1 400	1 400	1 400	1 400
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	524 200 –	524 200 –	524 200 –	524 200 –
436 Kostenrückerstattungen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
439 Andere Entgelte	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
490 Interne Verrechnungen	100 500 –	99 500 –	99 500 –	99 500 –
5056 Amt für Vermögensverwaltung				
Aufwand	2 061 700	2 063 200	2 071 200	2 092 600
Ertrag	7 042 200 –	7 087 700 –	7 155 200 –	7 160 200 –
Ertragsüberschuss	4 980 500	5 024 500	5 084 000	5 067 600
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	40 000	40 000	40 000	40 000
301 Besoldungen	1 471 000	1 474 000	1 475 000	1 488 000
303 Arbeitgeberbeiträge	211 700	217 100	223 200	229 700
309 Anderer Personalaufwand	2 300	2 300	2 300	2 300
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	14 000	14 000	14 000	14 000
312 Informatik	256 800	249 900	250 800	252 700
317 Spesenentschädigungen	20 000	20 000	20 000	20 000
318 Dienstleistungen und Honorare	32 800	32 800	32 800	32 800
319 Anderer Sachaufwand	4 100	4 100	4 100	4 100
390 Interne Verrechnungen	9 000	9 000	9 000	9 000
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	200 –	200 –	200 –	200 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	7 020 000 –	7 070 500 –	7 138 000 –	7 143 000 –
439 Andere Entgelte	22 000 –	17 000 –	17 000 –	17 000 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
510 Kantonales Steueramt				
Aufwand	403 129 800	411 801 000	425 572 900	442 056 900
Ertrag	1 752 708 000 –	1 799 041 000 –	1 868 241 000 –	1 944 341 000 –
Ertragsüberschuss	1 349 578 200	1 387 240 000	1 442 668 100	1 502 284 100
5100 Amtsleitung KStA				
Aufwand	62 582 800	67 001 000	66 972 900	66 356 900
Ertrag	341 000 –	341 000 –	341 000 –	341 000 –
Aufwandüberschuss	62 241 800 –	66 660 000 –	66 631 900 –	66 015 900 –
301 Besoldungen	20 217 900	20 217 900	20 217 900	20 217 900
303 Arbeitgeberbeiträge	2 912 600	2 912 600	2 912 600	2 912 600
309 Anderer Personalaufwand	88 900	88 900	88 900	88 900
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	580 000	580 000	580 000	580 000
312 Informatik	15 493 400	19 770 800	19 571 800	18 784 800
317 Spesenentschädigungen	620 000	620 000	620 000	620 000
318 Dienstleistungen und Honorare	3 724 700	3 735 500	3 746 400	3 757 400
319 Anderer Sachaufwand	37 000	37 000	37 000	37 000
352 Entschädigungen an Gemeinden	18 360 000	18 520 000	18 680 000	18 840 000
390 Interne Verrechnungen	548 300	518 300	518 300	518 300
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	195 000 –	195 000 –	195 000 –	195 000 –
435 Verkaufserlöse	22 500 –	22 500 –	22 500 –	22 500 –
436 Kostenrückerstattungen	110 000 –	110 000 –	110 000 –	110 000 –
439 Andere Entgelte	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
490 Interne Verrechnungen	7 500 –	7 500 –	7 500 –	7 500 –
5105 Kantonale Steuern				
Aufwand	340 547 000	344 800 000	358 600 000	375 700 000
Ertrag	1 629 967 000 –	1 678 900 000 –	1 742 500 000 –	1 812 000 000 –
Ertragsüberschuss	1 289 420 000	1 334 100 000	1 383 900 000	1 436 300 000
318 Dienstleistungen und Honorare	7 423 000	7 600 000	7 900 000	8 300 000
320 Zins auf laufenden Verpflichtungen	4 257 000	4 300 000	4 300 000	4 300 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	11 241 000	11 400 000	11 400 000	11 400 000
340 Ertragsanteile des Bundes	16 178 000	16 700 000	17 200 000	18 000 000
341 Ertragsanteile der Kantone	3 749 000	3 900 000	4 000 000	4 200 000
342 Ertragsanteile der Gemeinden	269 446 000	272 900 000	284 500 000	298 700 000
344 Ertragsanteile Dritter	28 253 000	28 000 000	29 300 000	30 800 000
400 Einkommens- und Vermögens- steuern	964 929 000 –	993 700 000 –	1 029 000 000 –	1 065 600 000 –
401 Gewinn- und Kapitalsteuern	315 000 000 –	319 800 000 –	335 800 000 –	352 600 000 –
402 Quellensteuern	185 583 000 –	190 300 000 –	196 600 000 –	206 400 000 –
403 Grundstückgewinnsteuern	107 200 000 –	119 400 000 –	125 400 000 –	131 700 000 –
405 Erbschafts- und Schenkungssteuern	47 000 000 –	45 000 000 –	45 000 000 –	45 000 000 –
408 Steuerstrafen	2 350 000 –	2 400 000 –	2 400 000 –	2 400 000 –
421 Vermögenserträge aus Guthaben	5 765 000 –	5 800 000 –	5 800 000 –	5 800 000 –
436 Kostenrückerstattungen	140 000 –	100 000 –	100 000 –	100 000 –
437 Bussen	2 000 000 –	2 400 000 –	2 400 000 –	2 400 000 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
5106 Bundessteuern				
Aufwand				
Ertrag	122 400 000 –	119 800 000 –	125 400 000 –	132 000 000 –
Ertragsüberschuss	122 400 000	119 800 000	125 400 000	132 000 000
440 Anteile an Bundeseinnahmen	122 400 000 –	119 800 000 –	125 400 000 –	132 000 000 –
550 Allgemeiner Finanzaufwand und -ertrag				
Aufwand	145 369 000	152 357 600	226 274 900	276 754 400
Ertrag	878 801 400 –	733 479 000 –	794 924 900 –	843 566 800 –
Ertragsüberschuss	733 432 400	581 121 400	568 650 000	566 812 400
5500 Vermögenserträge				
Aufwand	246 600	280 800	316 300	353 200
Ertrag	81 983 500 –	79 238 800 –	81 327 800 –	82 129 100 –
Ertragsüberschuss	81 736 900	78 958 000	81 011 500	81 775 900
318 Dienstleistungen und Honorare	20 000	20 000	20 000	20 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	226 600	260 800	296 300	333 200
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	350 000 –	150 000 –	150 000 –	150 000 –
421 Vermögenserträge aus Guthaben	2 974 500 –	587 500 –	1 261 500 –	2 135 500 –
422 Vermögenserträge aus Anlagen des Finanzvermögens	5 600 500 –	4 649 400 –	4 527 400 –	4 527 400 –
425 Vermögenserträge aus Darlehen des Verwaltungsvermögens	249 500 –	1 014 600 –	2 522 900 –	2 421 000 –
426 Vermögenserträge aus Beteiligungen des Verwaltungsverm.	70 478 300 –	70 478 300 –	70 478 300 –	70 478 300 –
490 Interne Verrechnungen	2 330 700 –	2 359 000 –	2 387 700 –	2 416 900 –
5501 Passivzinsen				
Aufwand	20 262 300	18 571 000	37 720 600	47 985 200
Ertrag				
Aufwandüberschuss	20 262 300 –	18 571 000 –	37 720 600 –	47 985 200 –
318 Dienstleistungen und Honorare	743 300	764 700	766 200	766 200
320 Zins auf laufenden Verpflichtungen	178 000	89 600	14 267 600	14 446 000
322 Zins auf mittel- und langfristigen Schulden	19 186 200	17 622 200	22 494 500	32 494 500
328 Zins auf Sonderrechnungen	154 800	94 500	192 300	278 500
5502 Interne Verzinsung				
Aufwand	1 009 800	1 777 700	2 649 600	2 997 500
Ertrag	424 000 –	536 000 –	838 000 –	1 094 000 –
Aufwandüberschuss	585 800 –	1 241 700 –	1 811 600 –	1 903 500 –
390 Interne Verrechnungen	1 009 800	1 777 700	2 649 600	2 997 500
490 Interne Verrechnungen	424 000 –	536 000 –	838 000 –	1 094 000 –
5505 Abschreibungen				
Aufwand	114 173 400	127 268 700	175 716 600	212 928 200
Ertrag	114 173 400 –	127 268 700 –	175 716 600 –	212 928 200 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
331 Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	114 173 400	127 268 700	175 716 600	212 928 200
490 Interne Verrechnungen	114 173 400 –	127 268 700 –	175 716 600 –	212 928 200 –
5509 Verschiedene Aufwendungen und Erträge				
Aufwand	9 676 900	4 459 400	9 871 800	12 490 300
Ertrag	682 220 500 –	526 435 500 –	537 042 500 –	547 415 500 –
Ertragsüberschuss	672 543 600	521 976 100	527 170 700	534 925 200
312 Informatik		5 219 000 –	193 400	2 811 900
318 Dienstleistungen und Honorare	82 300	83 800	83 800	83 800
347 Finanz- und Lastenausgleich	7 576 000	7 576 000	7 576 000	7 576 000
390 Interne Verrechnungen	2 018 600	2 018 600	2 018 600	2 018 600
410 Regalien	160 000 –	160 000 –	160 000 –	160 000 –
412 Konzessionen	4 000 000 –	4 000 000 –	4 000 000 –	4 000 000 –
426 Vermögenserträge aus Beteili- gungen des Verwaltungsverm.		40 000 000 –	40 000 000 –	40 000 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	6 762 000 –	6 762 000 –	6 762 000 –	6 762 000 –
439 Andere Entgelte	500 –	500 –	500 –	500 –
440 Anteile an Bundeseinnahmen	27 148 000 –	27 718 000 –	28 325 000 –	28 698 000 –
447 Finanz- und Lastenausgleich	418 450 000 –	422 095 000 –	432 095 000 –	442 095 000 –
481 Entnahme aus Rückstellungen	100 000 –	100 000 –	100 000 –	100 000 –
488 Entnahme aus Eigenkapital	225 600 000 –	25 600 000 –	25 600 000 –	25 600 000 –
560 Allgemeiner Personalaufwand				
Aufwand	8 103 000	37 467 000	51 036 600	55 668 900
Ertrag	1 301 100 –	1 301 100 –	1 301 100 –	1 301 100 –
Aufwandüberschuss	6 801 900 –	36 165 900 –	49 735 500 –	54 367 800 –
5600 Allgemeiner Personalaufwand				
Aufwand	8 103 000	37 467 000	51 036 600	55 668 900
Ertrag	1 301 100 –	1 301 100 –	1 301 100 –	1 301 100 –
Aufwandüberschuss	6 801 900 –	36 165 900 –	49 735 500 –	54 367 800 –
301 Besoldungen	635 000	635 000	635 000	635 000
303 Arbeitgeberbeiträge	139 400	139 400	139 400	139 400
307 Rentenleistungen	2 365 000	2 365 000	2 365 000	2 365 000
308 Pauschale Besoldungs- korrekturen	2 973 600	21 074 600	34 614 200	39 223 500
309 Anderer Personalaufwand	1 957 000	13 210 000	13 240 000	13 263 000
318 Dienstleistungen und Honorare	33 000	43 000	43 000	43 000
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	226 100 –	226 100 –	226 100 –	226 100 –
436 Kostenrückerstattungen	1 060 000 –	1 060 000 –	1 060 000 –	1 060 000 –
439 Andere Entgelte	15 000 –	15 000 –	15 000 –	15 000 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
6 Baudepartement				
Aufwand	349 144 900	374 899 900	411 471 900	435 823 300
Ertrag	273 858 800 –	289 042 000 –	319 676 000 –	333 451 300 –
Aufwandüberschuss	75 286 100 –	85 857 900 –	91 795 900 –	102 372 000 –
600 Generalsekretariat BD				
Aufwand	7 696 000	6 493 000	6 501 500	6 329 500
Ertrag	2 574 500 –	935 200 –	924 300 –	885 900 –
Aufwandüberschuss	5 121 500 –	5 557 800 –	5 577 200 –	5 443 600 –
6000 Generalsekretariat BD				
Aufwand	5 313 000	5 112 200	5 112 200	5 112 200
Ertrag	115 800 –	115 800 –	115 800 –	115 800 –
Aufwandüberschuss	5 197 200 –	4 996 400 –	4 996 400 –	4 996 400 –
301 Besoldungen	3 136 700	3 136 700	3 136 700	3 136 700
303 Arbeitgeberbeiträge	421 200	421 200	421 200	421 200
309 Anderer Personalaufwand	15 000	15 000	15 000	15 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	39 000	39 000	39 000	39 000
312 Informatik	667 500	717 500	717 500	717 500
317 Spesenentschädigungen	40 000	40 000	40 000	40 000
318 Dienstleistungen und Honorare	517 000	317 000	317 000	317 000
319 Anderer Sachaufwand	187 000	138 000	138 000	138 000
360 Staatsbeiträge	161 800	160 000	160 000	160 000
390 Interne Verrechnungen	127 800	127 800	127 800	127 800
410 Regalien	2 800 –	2 800 –	2 800 –	2 800 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	100 000 –	100 000 –	100 000 –	100 000 –
436 Kostenrückerstattungen	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
439 Andere Entgelte	12 000 –	12 000 –	12 000 –	12 000 –
6001 Wohnbauförderung				
Aufwand	1 364 300	1 154 100	1 162 800	991 000
Ertrag	1 440 000 –	592 700 –	582 000 –	543 800 –
Ertragsüberschuss	75 700			
Aufwandüberschuss		561 400 –	580 800 –	447 200 –
301 Besoldungen	276 300	276 300	276 300	276 300
303 Arbeitgeberbeiträge	41 700	41 700	41 700	41 700
309 Anderer Personalaufwand	300	200	200	200
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	4 500	4 500	4 500	4 500
312 Informatik	185 300	15 500	15 500	15 500
317 Spesenentschädigungen	2 500	2 000	2 000	2 000
318 Dienstleistungen und Honorare	1 500	1 500	1 500	1 500
319 Anderer Sachaufwand	2 200	2 200	2 200	2 200
340 Ertragsanteile des Bundes	45 000	45 000	40 000	40 000
341 Ertragsanteile der Kantone	3 000	3 000	2 000	2 000
342 Ertragsanteile der Gemeinden	20 000	20 000	15 000	15 000
360 Staatsbeiträge	489 000	503 500	522 900	389 300
370 Durchlaufende Beiträge	293 000	238 700	239 000	200 800
436 Kostenrückerstattungen	68 000 –	68 000 –	57 000 –	57 000 –
451 Rückerstattungen der Kantone	65 000 –	63 000 –	63 000 –	63 000 –
470 Durchlaufende Beiträge	293 000 –	238 700 –	239 000 –	200 800 –
490 Interne Verrechnungen	1 014 000 –	223 000 –	223 000 –	223 000 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
6009 Mietwohnungsfonds (SF)				
Aufwand	1 018 700	226 700	226 500	226 300
Ertrag	1 018 700 –	226 700 –	226 500 –	226 300 –
390 Interne Verrechnungen	1 018 700	226 700	226 500	226 300
482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen	995 500 –	193 100 –	178 500 –	168 700 –
490 Interne Verrechnungen	23 200 –	33 600 –	48 000 –	57 600 –
605 Amt für Raumentwicklung und Geoinformation				
Aufwand	9 924 700	10 171 400	9 720 900	9 126 400
Ertrag	2 222 500 –	2 413 500 –	1 813 500 –	1 813 500 –
Aufwandüberschuss	7 702 200 –	7 757 900 –	7 907 400 –	7 312 900 –
6050 Amt für Raumentwicklung und Geoinformation				
Aufwand	9 924 700	10 171 400	9 720 900	9 126 400
Ertrag	2 222 500 –	2 413 500 –	1 813 500 –	1 813 500 –
Aufwandüberschuss	7 702 200 –	7 757 900 –	7 907 400 –	7 312 900 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	6 000	6 000	6 000	1 000
301 Besoldungen	5 496 000	5 684 200	5 684 200	5 684 200
303 Arbeitgeberbeiträge	781 100	807 500	807 500	807 500
309 Anderer Personalaufwand	5 000	282 000	19 000	19 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	77 000	77 000	77 000	77 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	6 500	40 000		
312 Informatik	536 800	651 800	456 800	456 800
313 Verbrauchsmaterialien	3 000	3 000	3 000	3 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	3 000	3 000	3 000	3 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	1 000	1 000	1 000	1 000
317 Spesenentschädigungen	105 000	101 000	101 000	101 000
318 Dienstleistungen und Honorare	761 000	731 600	811 600	314 600
319 Anderer Sachaufwand	193 800	138 800	138 800	128 800
341 Ertragsanteile der Kantone	56 500	56 500	56 500	56 500
344 Ertragsanteile Dritter	4 000	4 000	4 000	4 000
350 Entschädigungen an Bund	1 000	1 000	1 000	1 000
352 Entschädigungen an Gemeinden	50 000	50 000	50 000	50 000
360 Staatsbeiträge	1 657 500	1 352 500	1 320 000	1 237 500
390 Interne Verrechnungen	180 500	180 500	180 500	180 500
431 Gebühren für Amtshandlungen	1 099 500 –	1 099 500 –	1 099 500 –	1 099 500 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	25 000 –	25 000 –	25 000 –	25 000 –
435 Verkaufserlöse	50 000 –	50 000 –	50 000 –	50 000 –
436 Kostenrückerstattungen	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
439 Andere Entgelte	3 000 –	3 000 –	3 000 –	3 000 –
451 Rückerstattungen der Kantone	18 000 –	18 000 –	18 000 –	18 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	1 009 000 –	1 200 000 –	600 000 –	600 000 –
490 Interne Verrechnungen	8 000 –	8 000 –	8 000 –	8 000 –
610 Hochbauamt				
Aufwand	113 885 400	139 951 400	146 712 100	158 004 400
Ertrag	83 306 800 –	100 356 900 –	103 950 400 –	104 111 900 –
Aufwandüberschuss	30 578 600 –	39 594 500 –	42 761 700 –	53 892 500 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
6100 Amtsleitung HBA				
Aufwand	9 457 900	18 098 100	15 226 500	12 226 500
Ertrag	1 505 000 –	9 091 500 –	6 005 000 –	3 005 000 –
Aufwandüberschuss	7 952 900 –	9 006 600 –	9 221 500 –	9 221 500 –
301 Besoldungen	5 839 300	6 863 100	7 108 900	7 108 900
303 Arbeitgeberbeiträge	822 400	964 900	1 003 300	1 003 300
309 Anderer Personalaufwand	8 200	8 600	8 800	8 800
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	65 000	70 000	70 000	70 000
312 Informatik	493 400	405 300	399 300	399 300
317 Spesenentschädigungen	80 000	86 000	86 000	86 000
318 Dienstleistungen und Honorare	2 092 800	9 643 000	6 493 000	3 493 000
319 Anderer Sachaufwand	56 600	57 000	57 000	57 000
390 Interne Verrechnungen	200	200	200	200
436 Kostenrückerstattungen	1 500 –	1 500 –	1 500 –	1 500 –
439 Andere Entgelte	3 500 –	90 000 –	3 500 –	3 500 –
489 Bevorschussungen	1 500 000 –	9 000 000 –	6 000 000 –	3 000 000 –
6105 Verwaltung der Staatsliegenschaften				
Aufwand	77 337 500	94 853 300	104 485 600	118 777 900
Ertrag	54 711 800 –	64 265 400 –	70 945 400 –	74 106 900 –
Aufwandüberschuss	22 625 700 –	30 587 900 –	33 540 200 –	44 671 000 –
301 Besoldungen	1 399 000	1 399 000	1 399 000	1 299 000
303 Arbeitgeberbeiträge	176 500	176 500	176 500	176 500
309 Anderer Personalaufwand	123 000	143 100	143 100	143 100
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	620 000	660 000	601 000	606 000
313 Verbrauchsmaterialien	2 586 000	2 610 000	2 610 000	2 610 000
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	890 000	890 000	890 000	890 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	1 923 000	1 960 000	1 960 000	1 980 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	16 150 000	15 890 000	15 650 000	15 650 000
317 Spesenentschädigungen	7 300	7 300	7 300	7 300
318 Dienstleistungen und Honorare	2 744 600	3 076 000	3 076 000	2 876 000
319 Anderer Sachaufwand	60 000	60 000	60 000	60 000
390 Interne Verrechnungen	50 658 100	67 981 400	77 912 700	92 480 000
423 Liegenschaftserträge des Finanzvermögens	3 887 700 –	4 156 000 –	4 184 000 –	4 214 000 –
424 Gewinne auf Anlagen des Finanzvermögens	1 000 000 –	1 000 000 –	1 000 000 –	1 000 000 –
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	44 927 400 –	54 276 600 –	60 928 600 –	64 060 100 –
436 Kostenrückerstattungen	542 900 –	543 000 –	543 000 –	543 000 –
439 Andere Entgelte	8 000 –	8 000 –	8 000 –	8 000 –
490 Interne Verrechnungen	4 345 800 –	4 281 800 –	4 281 800 –	4 281 800 –
6106 Bauten und Renovationen				
Aufwand	27 090 000	27 000 000	27 000 000	27 000 000
Ertrag	27 090 000 –	27 000 000 –	27 000 000 –	27 000 000 –
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	27 090 000	27 000 000	27 000 000	27 000 000
490 Interne Verrechnungen	27 090 000 –	27 000 000 –	27 000 000 –	27 000 000 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
615 Tiefbauamt				
Aufwand	179 769 300	181 633 100	211 952 400	225 454 000
Ertrag	164 669 000 –	164 294 400 –	192 093 800 –	205 146 000 –
Aufwandüberschuss	15 100 300 –	17 338 700 –	19 858 600 –	20 308 000 –
6150 Amtsleitung TBA				
Aufwand	9 098 000	8 973 200	9 004 100	9 021 500
Ertrag	7 797 300 –	7 472 300 –	7 503 300 –	7 521 300 –
Aufwandüberschuss	1 300 700 –	1 500 900 –	1 500 800 –	1 500 200 –
301 Besoldungen	6 838 200	6 838 200	6 838 200	6 838 200
303 Arbeitgeberbeiträge	993 200	993 200	993 200	993 200
309 Anderer Personalaufwand	95 000	95 000	95 000	95 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	93 500	93 500	93 500	94 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	129 500	17 000	17 000	17 000
312 Informatik	466 600	466 600	466 600	466 600
313 Verbrauchsmaterialien	15 500	14 500	14 500	14 500
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	19 000	16 000	16 000	16 000
317 Spesenentschädigungen	218 000	218 000	218 000	218 000
318 Dienstleistungen und Honorare	199 400	190 900	221 500	238 300
319 Anderer Sachaufwand	18 000	18 000	18 000	18 000
390 Interne Verrechnungen	12 100	12 300	12 600	12 700
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	1 300 –	1 300 –	1 300 –	1 300 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	88 000 –	83 000 –	83 000 –	83 000 –
436 Kostenrückerstattungen	8 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
438 Eigenleistungen für Investitionen	7 142 000 –	6 825 000 –	6 856 000 –	6 874 000 –
439 Andere Entgelte	7 000 –	7 000 –	7 000 –	7 000 –
490 Interne Verrechnungen	551 000 –	551 000 –	551 000 –	551 000 –
6152 Gemeindestrassen				
Aufwand	15 968 700	16 550 800	16 691 600	16 825 800
Ertrag	15 968 700 –	16 550 800 –	16 691 600 –	16 825 800 –
360 Staatsbeiträge	15 968 700	16 550 800	16 691 600	16 825 800
490 Interne Verrechnungen	15 968 700 –	16 550 800 –	16 691 600 –	16 825 800 –
6153 Kantonsstrassen				
Aufwand	90 074 400	92 370 800	117 620 800	130 820 800
Ertrag	90 074 400 –	92 370 800 –	117 620 800 –	130 820 800 –
301 Besoldungen	9 960 200	9 960 200	9 960 200	9 960 200
303 Arbeitgeberbeiträge	1 327 200	1 327 200	1 327 200	1 327 200
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	69 500	69 500	69 500	69 500
309 Anderer Personalaufwand	12 000	12 000	12 000	12 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	44 000	44 000	44 000	44 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	1 625 000	1 950 000	1 950 000	1 950 000
312 Informatik	342 700	342 700	342 700	342 700
313 Verbrauchsmaterialien	6 106 000	6 105 500	6 105 500	6 105 500
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	24 716 100	24 421 000	24 421 000	24 421 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	3 692 000	3 697 000	3 697 000	3 697 000

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	219 700	217 700	217 700	217 700
317 Spesenentschädigungen	239 000	239 000	239 000	239 000
318 Dienstleistungen und Honorare	1 777 400	1 683 400	1 683 400	1 683 400
319 Anderer Sachaufwand	45 000	45 000	45 000	45 000
351 Entschädigungen an Kantone	520 000	520 000	520 000	520 000
352 Entschädigungen an Gemeinden	2 200 000	2 200 000	2 200 000	2 200 000
360 Staatsbeiträge	600 000	700 000	700 000	700 000
390 Interne Verrechnungen	36 578 600	38 836 600	64 086 600	77 286 600
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	333 400 –	334 000 –	334 000 –	334 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	18 000 –	18 000 –	18 000 –	18 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	1 155 000 –	1 155 000 –	1 155 000 –	1 155 000 –
435 Verkaufserlöse	504 000 –	504 000 –	504 000 –	504 000 –
436 Kostenrückerstattungen	406 000 –	406 000 –	406 000 –	406 000 –
438 Eigenleistungen für Investitionen	205 000 –	205 000 –	205 000 –	205 000 –
439 Andere Entgelte	305 000 –	305 000 –	305 000 –	305 000 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	60 000 –	60 000 –	60 000 –	60 000 –
490 Interne Verrechnungen	87 088 000 –	89 383 800 –	114 633 800 –	127 833 800 –
6154 Nationalstrassen				
Aufwand	37 798 000	33 338 000	33 338 000	33 338 000
Ertrag	37 798 000 –	33 338 000 –	33 338 000 –	33 338 000 –
301 Besoldungen	10 821 700	10 821 700	10 821 700	10 821 700
303 Arbeitgeberbeiträge	1 472 300	1 472 300	1 472 300	1 472 300
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	80 000	80 000	80 000	80 000
309 Anderer Personalaufwand	201 800	201 800	201 800	201 800
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	35 000	35 000	35 000	35 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	2 845 000	2 845 000	2 845 000	2 845 000
312 Informatik	246 100	246 100	246 100	246 100
313 Verbrauchsmaterialien	6 720 000	6 720 000	6 720 000	6 720 000
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	7 950 000	3 800 000	3 800 000	3 800 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	3 045 000	3 045 000	3 045 000	3 045 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	220 000	220 000	220 000	220 000
317 Spesenentschädigungen	235 000	235 000	235 000	235 000
318 Dienstleistungen und Honorare	1 427 000	1 427 000	1 427 000	1 427 000
319 Anderer Sachaufwand	26 000	26 000	26 000	26 000
351 Entschädigungen an Kantone	80 000	80 000	80 000	80 000
390 Interne Verrechnungen	2 393 100	2 083 100	2 083 100	2 083 100
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	980 000 –	980 000 –	980 000 –	980 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	505 000 –	505 000 –	505 000 –	505 000 –
435 Verkaufserlöse	800 000 –	800 000 –	800 000 –	800 000 –
436 Kostenrückerstattungen	1 900 000 –	1 900 000 –	1 900 000 –	1 900 000 –
439 Andere Entgelte	80 000 –	80 000 –	80 000 –	80 000 –
450 Rückerstattungen des Bundes	31 222 000 –	26 762 000 –	26 762 000 –	26 762 000 –
451 Rückerstattungen der Kantone	1 400 000 –	1 400 000 –	1 400 000 –	1 400 000 –
490 Interne Verrechnungen	901 000 –	901 000 –	901 000 –	901 000 –
6156 Gewässer				
Aufwand	24 643 100	28 141 300	33 161 300	33 311 300
Ertrag	10 843 500 –	12 303 500 –	14 803 500 –	14 503 500 –
Aufwandüberschuss	13 799 600 –	15 837 800 –	18 357 800 –	18 807 800 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
301 Besoldungen	1 309 800	1 422 300	1 422 300	1 422 300
303 Arbeitgeberbeiträge	191 100	208 700	208 700	208 700
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	3 500	4 000	4 000	4 000
309 Anderer Personalaufwand	1 000	1 100	1 100	1 100
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	14 000	14 000	14 000	14 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	2 000	2 000	2 000	2 000
312 Informatik	44 700	44 700	44 700	44 700
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	970 000	3 120 000	6 920 000	7 070 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	800 000	800 000	800 000	800 000
317 Spesenentschädigungen	65 000	71 000	71 000	71 000
318 Dienstleistungen und Honorare	1 733 500	1 448 500	1 418 500	1 418 500
319 Anderer Sachaufwand	3 000	3 000	3 000	3 000
360 Staatsbeiträge	12 940 000	14 436 500	15 686 500	15 686 500
370 Durchlaufende Beiträge	3 000 000	3 000 000	3 000 000	3 000 000
390 Interne Verrechnungen	3 565 500	3 565 500	3 565 500	3 565 500
431 Gebühren für Amtshandlungen	50 000 –	50 000 –	50 000 –	50 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	1 610 000 –	1 610 000 –	1 610 000 –	1 610 000 –
436 Kostenrückerstattungen	30 000 –	30 000 –	30 000 –	30 000 –
439 Andere Entgelte	200 500 –	200 500 –	200 500 –	200 500 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	5 940 000 –	7 400 000 –	9 900 000 –	9 600 000 –
470 Durchlaufende Beiträge	3 000 000 –	3 000 000 –	3 000 000 –	3 000 000 –
490 Interne Verrechnungen	13 000 –	13 000 –	13 000 –	13 000 –
6159 Steinbruch Starkenbach				
Aufwand	2 187 100	2 259 000	2 136 600	2 136 600
Ertrag	2 187 100 –	2 259 000 –	2 136 600 –	2 136 600 –
301 Besoldungen	753 000	753 000	753 000	753 000
303 Arbeitgeberbeiträge	107 100	107 100	107 100	107 100
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	3 500	5 000	3 500	3 500
309 Anderer Personalaufwand	1 000	1 000	1 000	1 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	9 500	9 500	9 500	9 500
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	48 500	450 000	200 000	150 000
312 Informatik	24 400	24 400	24 400	24 400
313 Verbrauchsmaterialien	494 800	395 000	395 000	395 000
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	280 000	100 000	100 000	250 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	98 600	99 400	100 100	100 100
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	3 400	3 000	3 000	3 000
317 Spesenentschädigungen	5 500	5 700	5 800	5 800
318 Dienstleistungen und Honorare	264 100	242 500	242 500	242 500
319 Anderer Sachaufwand	36 300	23 400	23 600	23 600
381 Zuweisung an Rückstellungen	17 400		128 100	28 100
390 Interne Verrechnungen	40 000	40 000	40 000	40 000
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	9 600 –	9 600 –	9 600 –	9 600 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	123 000 –	123 000 –	123 000 –	123 000 –
435 Verkaufserlöse	2 050 000 –	2 000 000 –	2 000 000 –	2 000 000 –
439 Andere Entgelte	4 500 –	4 000 –	4 000 –	4 000 –
481 Entnahme aus Rückstellungen		122 400 –		

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
620 Amt für Umwelt und Energie				
Aufwand	37 869 500	36 651 000	36 585 000	36 909 000
Ertrag	21 086 000 –	21 042 000 –	20 894 000 –	21 494 000 –
Aufwandüberschuss	16 783 500 –	15 609 000 –	15 691 000 –	15 415 000 –
6200 Amt für Umwelt und Energie				
Aufwand	37 869 500	36 651 000	36 585 000	36 909 000
Ertrag	21 086 000 –	21 042 000 –	20 894 000 –	21 494 000 –
Aufwandüberschuss	16 783 500 –	15 609 000 –	15 691 000 –	15 415 000 –
301 Besoldungen	11 838 200	11 243 100	11 243 100	11 243 100
303 Arbeitgeberbeiträge	1 748 500	1 652 100	1 652 100	1 652 100
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	2 000	2 000	2 000	2 000
309 Anderer Personalaufwand	92 000	86 000	86 000	86 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	146 000	155 000	155 000	155 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	328 000	425 000	445 000	675 000
312 Informatik	677 300	805 000	965 000	805 000
313 Verbrauchsmaterialien	98 000	98 000	98 000	98 000
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	74 000	87 000	252 000	77 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	210 000	210 000	210 000	210 000
317 Spesenentschädigungen	150 000	138 000	138 000	138 000
318 Dienstleistungen und Honorare	3 245 400	3 383 700	3 533 700	3 460 700
319 Anderer Sachaufwand	128 000	126 000	126 000	126 000
340 Ertragsanteile des Bundes	50 000	57 000	57 000	59 000
342 Ertragsanteile der Gemeinden	3 300 000	3 300 000	3 300 000	3 500 000
344 Ertragsanteile Dritter	170 000	170 000	170 000	170 000
351 Entschädigungen an Kantone	428 000	430 000	430 000	430 000
360 Staatsbeiträge	7 347 000	6 445 000	6 182 000	6 482 000
370 Durchlaufende Beiträge	7 623 000	7 624 000	7 326 000	7 326 000
390 Interne Verrechnungen	214 100	214 100	214 100	214 100
412 Konzessionen	8 105 000 –	8 205 000 –	8 305 000 –	8 905 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	1 599 500 –	1 499 500 –	1 599 500 –	1 599 500 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	140 000 –	140 000 –	140 000 –	140 000 –
435 Verkaufserlöse	8 000 –	8 000 –	8 000 –	8 000 –
436 Kostenrückerstattungen	62 500 –	67 500 –	67 500 –	67 500 –
439 Andere Entgelte	2 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
450 Rückerstattungen des Bundes	834 200 –	884 200 –	834 200 –	834 200 –
451 Rückerstattungen der Kantone	454 800 –	454 800 –	454 800 –	454 800 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	500 000 –	500 000 –	500 000 –	500 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	1 300 000 –	1 200 000 –	1 200 000 –	1 200 000 –
470 Durchlaufende Beiträge	7 623 000 –	7 624 000 –	7 326 000 –	7 326 000 –
490 Interne Verrechnungen	457 000 –	457 000 –	457 000 –	457 000 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
7 Sicherheits- und Justizdepartement				
Aufwand	539 839 200	541 889 300	557 432 300	574 096 000
Ertrag	394 860 200 –	397 411 800 –	415 889 900 –	430 110 000 –
Aufwandüberschuss	144 979 000 –	144 477 500 –	141 542 400 –	143 986 000 –
700 Generalsekretariat SJD				
Aufwand	4 141 800	3 932 300	3 812 300	3 812 300
Ertrag	109 000 –	109 000 –	109 000 –	109 000 –
Aufwandüberschuss	4 032 800 –	3 823 300 –	3 703 300 –	3 703 300 –
7000 Generalsekretariat SJD				
Aufwand	4 141 800	3 932 300	3 812 300	3 812 300
Ertrag	109 000 –	109 000 –	109 000 –	109 000 –
Aufwandüberschuss	4 032 800 –	3 823 300 –	3 703 300 –	3 703 300 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	45 000	45 000	45 000	45 000
301 Besoldungen	2 283 500	2 283 500	2 283 500	2 283 500
303 Arbeitgeberbeiträge	335 400	325 400	325 400	325 400
309 Anderer Personalaufwand	22 300	22 300	22 300	22 300
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	38 000	32 000	32 000	32 000
312 Informatik	175 400	239 700	139 700	139 700
317 Spesenentschädigungen	8 500	8 500	8 500	8 500
318 Dienstleistungen und Honorare	133 100	133 100	133 100	133 100
319 Anderer Sachaufwand	366 800	209 000	189 000	189 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	500	500	500	500
360 Staatsbeiträge	625 000	625 000	625 000	625 000
390 Interne Verrechnungen	108 300	8 300	8 300	8 300
431 Gebühren für Amtshandlungen	53 000 –	53 000 –	53 000 –	53 000 –
436 Kostenrückerstattungen	56 000 –	56 000 –	56 000 –	56 000 –
715 Migrationsamt				
Aufwand	43 438 800	44 235 500	43 580 200	43 537 200
Ertrag	38 439 600 –	38 439 600 –	38 439 600 –	38 439 600 –
Aufwandüberschuss	4 999 200 –	5 795 900 –	5 140 600 –	5 097 600 –
7150 Migrationswesen				
Aufwand	7 843 700	8 658 200	8 120 200	8 042 200
Ertrag	4 414 600 –	4 414 600 –	4 414 600 –	4 414 600 –
Aufwandüberschuss	3 429 100 –	4 243 600 –	3 705 600 –	3 627 600 –
301 Besoldungen	3 113 400	3 113 400	3 113 400	3 113 400
303 Arbeitgeberbeiträge	427 300	427 300	427 300	427 300
309 Anderer Personalaufwand	6 100	6 100	6 100	6 100
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	280 000	280 000	280 000	280 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge			40 000	
312 Informatik	871 400	1 525 900	947 900	909 900
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	5 000	5 000	5 000	5 000
317 Spesenentschädigungen	17 000	17 000	17 000	17 000
318 Dienstleistungen und Honorare	1 244 000	1 244 000	1 244 000	1 244 000
319 Anderer Sachaufwand	18 300	18 300	18 300	18 300
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	10 000	10 000	10 000	10 000

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
340 Ertragsanteile des Bundes	575 000	575 000	575 000	575 000
360 Staatsbeiträge	240 000	400 000	400 000	400 000
390 Interne Verrechnungen	1 036 200	1 036 200	1 036 200	1 036 200
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	100 –	100 –	100 –	100 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	3 000 000 –	3 000 000 –	3 000 000 –	3 000 000 –
436 Kostenrückerstattungen	419 000 –	419 000 –	419 000 –	419 000 –
439 Andere Entgelte	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
490 Interne Verrechnungen	990 500 –	990 500 –	990 500 –	990 500 –
7151 Asylwesen				
Aufwand	32 068 100	32 050 300	31 723 000	31 898 000
Ertrag	29 141 600 –	29 141 600 –	29 141 600 –	29 141 600 –
Aufwandüberschuss	2 926 500 –	2 908 700 –	2 581 400 –	2 756 400 –
301 Besoldungen	6 466 300	6 379 900	6 379 900	6 379 900
303 Arbeitgeberbeiträge	933 900	922 400	922 400	922 400
309 Anderer Personalaufwand	17 100	17 100	17 100	17 100
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	75 800	74 400	74 400	74 400
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	121 300	86 300	71 300	246 300
312 Informatik	425 900	735 100	434 800	434 800
313 Verbrauchsmaterialien	1 799 300	1 724 100	1 724 100	1 724 100
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	319 700	330 700	318 700	318 700
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	148 500	108 000	108 000	108 000
317 Spesenentschädigungen	50 200	50 200	50 200	50 200
318 Dienstleistungen und Honorare	3 048 000	3 071 000	3 071 000	3 071 000
319 Anderer Sachaufwand	37 200	36 300	36 300	36 300
352 Entschädigungen an Gemeinden	17 257 000	17 257 000	17 257 000	17 257 000
360 Staatsbeiträge	349 900	341 800	341 800	341 800
390 Interne Verrechnungen	1 018 000	916 000	916 000	916 000
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	400 –	400 –	400 –	400 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	2 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
432 Spitaltaxen und Kostgelder	35 500 –	35 500 –	35 500 –	35 500 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	710 500 –	710 500 –	710 500 –	710 500 –
435 Verkaufserlöse	45 600 –	45 600 –	45 600 –	45 600 –
436 Kostenrückerstattungen	235 300 –	235 300 –	235 300 –	235 300 –
439 Andere Entgelte	12 300 –	12 300 –	12 300 –	12 300 –
450 Rückerstattungen des Bundes	2 342 800 –	2 342 800 –	2 342 800 –	2 342 800 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	25 757 200 –	25 757 200 –	25 757 200 –	25 757 200 –
7152 Ausweistelle				
Aufwand	3 527 000	3 527 000	3 737 000	3 597 000
Ertrag	4 883 400 –	4 883 400 –	4 883 400 –	4 883 400 –
Ertragsüberschuss	1 356 400	1 356 400	1 146 400	1 286 400
301 Besoldungen	989 200	989 200	989 200	989 200
303 Arbeitgeberbeiträge	136 500	136 500	136 500	136 500
309 Anderer Personalaufwand	3 000	3 000	3 000	3 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	10 000	10 000	10 000	10 000
312 Informatik	105 700	105 700	315 700	175 700
317 Spesenentschädigungen	5 000	5 000	5 000	5 000
318 Dienstleistungen und Honorare	8 000	8 000	8 000	8 000
340 Ertragsanteile des Bundes	2 269 600	2 269 600	2 269 600	2 269 600
431 Gebühren für Amtshandlungen	4 882 800 –	4 882 800 –	4 882 800 –	4 882 800 –
436 Kostenrückerstattungen	600 –	600 –	600 –	600 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
720 Amt für Justizvollzug				
Aufwand	62 691 200	60 259 500	62 455 700	62 165 200
Ertrag	33 554 000 –	33 818 100 –	34 012 700 –	34 162 400 –
Aufwandüberschuss	29 137 200 –	26 441 400 –	28 443 000 –	28 002 800 –
7200 Amt für Justizvollzug				
Aufwand	62 691 200	60 259 500	62 455 700	62 165 200
Ertrag	33 554 000 –	33 818 100 –	34 012 700 –	34 162 400 –
Aufwandüberschuss	29 137 200 –	26 441 400 –	28 443 000 –	28 002 800 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	1 000	1 000	1 000	1 000
301 Besoldungen	20 687 200	21 399 600	21 399 600	21 399 600
303 Arbeitgeberbeiträge	2 914 600	2 969 200	2 969 200	2 969 200
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	44 700	42 300	42 300	42 300
309 Anderer Personalaufwand	209 800	210 300	210 300	210 300
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	158 400	158 400	158 400	158 400
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	1 537 200	1 813 300	1 034 400	908 400
312 Informatik	679 700	636 700	636 700	636 700
313 Verbrauchsmaterialien	5 386 200	5 560 100	5 582 900	5 576 800
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	41 100	36 100	36 100	36 100
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	983 500	969 500	1 030 500	955 500
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	600	600	600	600
317 Spesenentschädigungen	180 700	187 500	185 000	185 000
318 Dienstleistungen und Honorare	23 258 100	23 470 900	23 477 700	23 389 000
319 Anderer Sachaufwand	144 000	144 000	144 000	144 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	7 000	7 000	7 000	7 000
360 Staatsbeiträge	457 000	457 000	497 000	501 000
390 Interne Verrechnungen	6 000 400	2 196 000	5 043 000	5 044 300
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	200 –	200 –	200 –	200 –
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	64 100 –	64 100 –	64 100 –	64 100 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
432 Spitaltaxen und Kostgelder	23 033 200 –	23 161 700 –	23 233 100 –	23 304 500 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	139 500 –	139 500 –	139 500 –	139 500 –
435 Verkaufserlöse	5 964 000 –	6 084 000 –	6 179 000 –	6 256 000 –
436 Kostenrückerstattungen	1 092 300 –	1 088 800 –	1 088 800 –	1 088 800 –
439 Andere Entgelte	50 100 –	50 100 –	50 100 –	50 100 –
451 Rückerstattungen der Kantone	30 000 –	30 000 –	30 000 –	30 000 –
490 Interne Verrechnungen	3 175 600 –	3 194 700 –	3 222 900 –	3 224 200 –
725 Kantonspolizei				
Aufwand	135 179 500	135 424 700	131 206 000	134 006 100
Ertrag	61 568 100 –	61 560 500 –	61 938 100 –	62 294 700 –
Aufwandüberschuss	73 611 400 –	73 864 200 –	69 267 900 –	71 711 400 –
7250 Kantonspolizei				
Aufwand	135 179 500	135 424 700	131 206 000	134 006 100
Ertrag	61 568 100 –	61 560 500 –	61 938 100 –	62 294 700 –
Aufwandüberschuss	73 611 400 –	73 864 200 –	69 267 900 –	71 711 400 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	
301	Besoldungen	80 602 400	81 596 000	82 580 300	83 979 800
303	Arbeitgeberbeiträge	11 326 400	11 604 700	11 890 900	12 187 900
306	Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	860 100	966 900	977 200	988 200
309	Anderer Personalaufwand	1 746 000	1 765 300	1 765 800	1 766 700
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	596 300	606 100	614 500	619 300
311	Möbilien, Maschinen und Fahrzeuge	2 477 500	3 134 300	2 981 800	3 415 900
312	Informatik	10 167 500	10 631 700	9 928 300	9 920 200
313	Verbrauchsmaterialien	1 562 300	1 662 000	1 692 800	1 711 500
314	Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	189 000	73 000	77 000	83 000
315	Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	2 504 000	2 075 700	2 106 300	2 146 400
316	Mieten, Pachten und Benützungskosten	725 800	729 200	729 200	729 400
317	Spesenentschädigungen	861 100	911 500	919 400	921 300
318	Dienstleistungen und Honorare	4 290 300	4 244 900	4 276 400	4 252 500
319	Anderer Sachaufwand	360 600	393 000	343 400	344 800
330	Abschreibungen auf Finanzvermögen	537 500	500 000	500 000	500 000
342	Ertragsanteile der Gemeinden	1 274 800	1 305 500	1 308 000	1 308 000
350	Entschädigungen an Bund	160 800	160 800	160 800	160 800
351	Entschädigungen an Kantone	1 217 300	1 336 800	1 337 800	1 338 800
352	Entschädigungen an Gemeinden	8 633 500	8 811 200	4 100 000	4 136 000
390	Interne Verrechnungen	5 086 300	2 916 100	2 916 100	3 495 600
431	Gebühren für Amtshandlungen	3 665 000 –	3 677 100 –	3 681 200 –	3 681 200 –
434	Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	283 900 –	242 900 –	242 900 –	244 400 –
435	Verkaufserlöse	62 600 –	56 000 –	60 700 –	60 700 –
436	Kostenrückerstattungen	3 352 400 –	3 377 600 –	3 379 200 –	3 386 400 –
437	Bussen	11 500 000 –	11 000 000 –	11 000 000 –	11 000 000 –
439	Andere Entgelte	44 600 –	43 000 –	43 000 –	43 000 –
450	Rückerstattungen des Bundes	1 425 200 –	1 435 800 –	1 435 900 –	1 435 900 –
451	Rückerstattungen der Kantone	1 095 100 –	1 162 200 –	1 163 200 –	1 164 500 –
452	Rückerstattungen der Gemeinden	2 856 300 –	2 890 300 –	2 915 200 –	2 940 300 –
490	Interne Verrechnungen	37 283 000 –	37 675 600 –	38 016 800 –	38 338 300 –
730	Strassenverkehrs- und Schiffahrtsamt				
	Aufwand	227 781 200	229 257 600	247 095 900	260 976 300
	Ertrag	228 855 100 –	230 382 300 –	248 219 200 –	261 940 600 –
	Ertragsüberschuss	1 073 900	1 124 700	1 123 300	964 300
7300	Strassenverkehr				
	Aufwand	35 119 000	35 091 400	35 216 400	35 248 400
	Ertrag	35 119 000 –	35 091 400 –	35 216 400 –	35 248 400 –
301	Besoldungen	11 789 500	11 804 500	11 804 500	11 804 500
303	Arbeitgeberbeiträge	1 642 300	1 642 300	1 642 300	1 642 300
306	Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	41 000	41 000	41 000	41 000
309	Anderer Personalaufwand	224 900	221 900	221 800	221 800
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	594 000	603 800	527 000	527 000
311	Möbilien, Maschinen und Fahrzeuge	59 900	81 500	79 400	79 400
312	Informatik	3 430 300	3 989 400	3 659 400	3 309 400
313	Verbrauchsmaterialien	549 400	540 400	540 300	540 300
314	Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	449 000	34 000	29 000	29 000
315	Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	413 900	404 600	404 900	404 900

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	1 800	1 800	1 800	1 800
317 Spesenentschädigungen	179 200	168 100	168 100	168 100
318 Dienstleistungen und Honorare	3 245 700	3 309 300	3 312 300	3 313 300
319 Anderer Sachaufwand	109 300	104 600	104 600	104 600
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	170 000	120 000	200 000	200 000
340 Ertragsanteile des Bundes	1 550 000	1 550 000	1 550 000	1 550 000
390 Interne Verrechnungen	10 668 800	10 474 200	10 930 000	11 311 000
406 Besitz- und Aufwandsteuern	1 500 000 –	1 500 000 –	1 500 000 –	1 500 000 –
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	100 –	100 –	100 –	100 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	29 327 000 –	29 275 200 –	29 405 200 –	29 437 200 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	1 605 000 –	1 615 000 –	1 615 000 –	1 615 000 –
435 Verkaufserlöse	1 200 –	1 200 –	1 200 –	1 200 –
436 Kostenrückerstattungen	1 902 700 –	1 942 700 –	1 942 700 –	1 942 700 –
439 Andere Entgelte	323 000 –	292 200 –	282 200 –	282 200 –
450 Rückerstattungen des Bundes	460 000 –	465 000 –	470 000 –	470 000 –
7301 Schiffahrt				
Aufwand	1 738 100	1 690 300	1 692 200	1 897 200
Ertrag	2 812 000 –	2 815 000 –	2 815 500 –	2 861 500 –
Ertragsüberschuss	1 073 900	1 124 700	1 123 300	964 300
301 Besoldungen	771 900	771 900	771 900	771 900
303 Arbeitgeberbeiträge	109 100	109 100	109 100	109 100
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	4 500	4 500	4 500	4 500
309 Anderer Personalaufwand	4 700	4 500	4 500	4 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	42 000	52 000	34 000	34 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	5 000	8 000	8 000	198 000
312 Informatik	112 900	112 900	112 900	112 900
313 Verbrauchsmaterialien	40 000	20 000	40 000	20 000
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	62 000	112 000	112 000	112 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	190 500	140 900	140 900	140 900
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	48 000	41 000	41 000	41 000
317 Spesenentschädigungen	28 000	28 000	28 000	28 000
318 Dienstleistungen und Honorare	33 900	34 900	34 900	34 900
319 Anderer Sachaufwand	5 000	5 000	4 900	4 900
360 Staatsbeiträge	265 000	230 000	230 000	265 000
390 Interne Verrechnungen	15 600	15 600	15 600	15 600
406 Besitz- und Aufwandsteuern	2 250 000 –	2 250 000 –	2 250 000 –	2 280 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	461 000 –	462 000 –	462 500 –	477 500 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	50 000 –	50 000 –	50 000 –	50 000 –
435 Verkaufserlöse	30 000 –	32 000 –	32 000 –	33 000 –
436 Kostenrückerstattungen	11 000 –	11 000 –	11 000 –	11 000 –
439 Andere Entgelte	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
7309 Strassenfonds (SF)				
Aufwand	190 924 100	192 475 900	210 187 300	223 830 700
Ertrag	190 924 100 –	192 475 900 –	210 187 300 –	223 830 700 –
382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen	9 897 700	8 028 600		
390 Interne Verrechnungen	181 026 400	184 447 300	210 187 300	223 830 700
406 Besitz- und Aufwandsteuern	137 542 500 –	138 741 000 –	139 941 000 –	141 140 000 –
440 Anteile an Bundeseinnahmen	24 156 000 –	24 459 000 –	24 763 000 –	25 222 000 –

Konto	Vorschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
460 Beiträge für eigene Rechnung	17 629 000 –	17 672 000 –	17 786 000 –	18 052 000 –
482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen			14 987 800 –	26 126 300 –
490 Interne Verrechnungen	11 596 600 –	11 603 900 –	12 709 500 –	13 290 400 –
735 Strafuntersuchung				
Aufwand	56 681 000	59 005 200	59 477 200	59 899 600
Ertrag	26 602 200 –	27 544 200 –	27 614 200 –	27 644 200 –
Aufwandüberschuss	30 078 800 –	31 461 000 –	31 863 000 –	32 255 400 –
7352 Staatsanwaltschaft				
Aufwand	56 681 000	59 005 200	59 477 200	59 899 600
Ertrag	26 602 200 –	27 544 200 –	27 614 200 –	27 644 200 –
Aufwandüberschuss	30 078 800 –	31 461 000 –	31 863 000 –	32 255 400 –
301 Besoldungen	22 781 800	22 781 800	22 781 800	22 781 800
303 Arbeitgeberbeiträge	3 246 000	3 246 000	3 246 000	3 246 000
309 Anderer Personalaufwand	65 400	544 400	831 400	831 400
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	360 000	360 000	360 000	360 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	19 000	45 000	45 000	45 000
312 Informatik	1 475 500	2 117 700	2 137 700	2 272 700
313 Verbrauchsmaterialien	1 200	1 200	1 200	1 200
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	35 600	35 600	35 600	35 600
317 Spesenentschädigungen	146 000	146 000	146 000	146 000
318 Dienstleistungen und Honorare	20 127 400	21 123 400	21 223 400	21 423 400
319 Anderer Sachaufwand	111 300	122 300	127 300	127 300
320 Zins auf laufenden Verpflichtungen	5 300	5 300	5 300	5 300
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	6 313 000	6 583 000	6 643 000	6 733 000
360 Staatsbeiträge	4 800	4 800	4 800	4 800
390 Interne Verrechnungen	1 988 700	1 888 700	1 888 700	1 886 100
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	200 –	200 –	200 –	200 –
421 Vermögenserträge aus Guthaben	210 000 –	260 000 –	260 000 –	260 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	7 304 000 –	7 394 000 –	7 464 000 –	7 494 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	100 000 –	100 000 –	100 000 –	100 000 –
435 Verkaufserlöse	461 000 –	461 000 –	461 000 –	461 000 –
436 Kostenrückerstattungen	6 462 000 –	6 962 000 –	6 962 000 –	6 962 000 –
437 Bussen	11 203 000 –	11 483 000 –	11 483 000 –	11 483 000 –
439 Andere Entgelte	122 000 –	144 000 –	144 000 –	144 000 –
490 Interne Verrechnungen	740 000 –	740 000 –	740 000 –	740 000 –
740 Amt für Militär und Zivilschutz				
Aufwand	9 925 700	9 774 500	9 805 000	9 699 300
Ertrag	5 732 200 –	5 558 100 –	5 557 100 –	5 519 500 –
Aufwandüberschuss	4 193 500 –	4 216 400 –	4 247 900 –	4 179 800 –
7400 Amt für Militär und Zivilschutz				
Aufwand	9 925 700	9 774 500	9 805 000	9 699 300
Ertrag	5 732 200 –	5 558 100 –	5 557 100 –	5 519 500 –
Aufwandüberschuss	4 193 500 –	4 216 400 –	4 247 900 –	4 179 800 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	8 800	8 800	8 800	8 800
301 Besoldungen	5 161 600	5 160 600	5 160 600	5 160 600
303 Arbeitgeberbeiträge	744 400	744 400	744 400	744 400
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	68 500	27 400	24 400	32 400
309 Anderer Personalaufwand	5 500	5 500	5 500	5 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	102 900	107 800	107 800	114 800
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	100 300	126 500	141 500	39 500
312 Informatik	333 100	351 100	351 100	351 100
313 Verbrauchsmaterialien	89 300	91 600	91 600	91 600
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	20 000	20 000	20 000	20 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	281 700	279 500	281 000	283 000
317 Spesenentschädigungen	212 900	230 200	230 200	230 200
318 Dienstleistungen und Honorare	638 700	573 800	590 800	570 100
319 Anderer Sachaufwand	1 152 600	1 156 900	1 156 900	1 156 900
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	9 300	7 300	7 300	7 300
340 Ertragsanteile des Bundes	30 000	30 000	30 000	30 000
352 Entschädigungen an Gemeinden	31 000	31 000	31 000	31 000
360 Staatsbeiträge	154 300	154 300	154 300	154 300
370 Durchlaufende Beiträge	459 500	448 000	448 000	448 000
390 Interne Verrechnungen	321 300	219 800	219 800	219 800
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	100 –	100 –	100 –	100 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	228 000 –	228 000 –	228 000 –	228 000 –
433 Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren	12 500 –	8 800 –	8 800 –	10 800 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	1 305 500 –	1 107 600 –	1 107 600 –	1 068 000 –
435 Verkaufserlöse	8 700 –	9 200 –	9 200 –	9 200 –
436 Kostenrückerstattungen	82 800 –	73 300 –	72 300 –	72 300 –
437 Bussen	240 000 –	240 000 –	240 000 –	240 000 –
439 Andere Entgelte	10 900 –	8 900 –	8 900 –	8 900 –
440 Anteile an Bundeseinnahmen	3 250 000 –	3 300 000 –	3 300 000 –	3 300 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	98 800 –	98 800 –	98 800 –	98 800 –
470 Durchlaufende Beiträge	459 500 –	448 000 –	448 000 –	448 000 –
490 Interne Verrechnungen	35 400 –	35 400 –	35 400 –	35 400 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
8 Gesundheitsdepartement				
Aufwand	717 341 100	743 889 000	777 453 600	804 453 000
Ertrag	164 478 000 –	167 756 100 –	171 078 700 –	174 508 400 –
Aufwandüberschuss	552 863 100 –	576 132 900 –	606 374 900 –	629 944 600 –
800 Generalsekretariat GD				
Aufwand	20 005 400	20 145 300	20 228 100	20 189 900
Ertrag	2 951 700 –	2 844 700 –	2 847 600 –	2 849 500 –
Aufwandüberschuss	17 053 700 –	17 300 600 –	17 380 500 –	17 340 400 –
8000 Generalsekretariat GD				
Aufwand	17 796 100	18 043 000	18 122 900	18 082 800
Ertrag	742 400 –	742 400 –	742 400 –	742 400 –
Aufwandüberschuss	17 053 700 –	17 300 600 –	17 380 500 –	17 340 400 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	32 000	32 000	32 000	32 000
301 Besoldungen	4 006 100	4 172 200	4 154 600	4 147 000
303 Arbeitgeberbeiträge	565 700	591 200	591 200	591 200
309 Anderer Personalaufwand	50 000	50 000	50 000	50 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	91 000	91 000	91 000	91 000
312 Informatik	724 100	608 700	458 700	458 700
313 Verbrauchsmaterialien	3 000	3 000	3 000	3 000
317 Spesenentschädigungen	124 800	124 800	124 800	124 800
318 Dienstleistungen und Honorare	1 972 000	2 072 600	2 272 600	2 192 600
319 Anderer Sachaufwand	502 100	504 800	504 800	504 800
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	1 000	1 000	1 000	1 000
360 Staatsbeiträge	9 629 800	9 697 200	9 744 700	9 792 200
390 Interne Verrechnungen	94 500	94 500	94 500	94 500
431 Gebühren für Amtshandlungen	140 000 –	140 000 –	140 000 –	140 000 –
436 Kostenrückerstattungen	175 400 –	175 400 –	175 400 –	175 400 –
439 Andere Entgelte	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
490 Interne Verrechnungen	422 000 –	422 000 –	422 000 –	422 000 –
8009 Suchtbekämpfungsfonds (SF)				
Aufwand	2 209 300	2 102 300	2 105 200	2 107 100
Ertrag	2 209 300 –	2 102 300 –	2 105 200 –	2 107 100 –
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	1 000	1 000	1 000	1 000
318 Dienstleistungen und Honorare	11 000	11 000	11 000	11 000
360 Staatsbeiträge	1 733 100	1 528 600	1 528 600	1 528 600
382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen	61 200	158 700	161 800	163 800
390 Interne Verrechnungen	403 000	403 000	402 800	402 700
436 Kostenrückerstattungen	144 400 –	34 400 –	34 400 –	34 400 –
440 Anteile an Bundeseinnahmen	1 680 000 –	1 680 000 –	1 680 000 –	1 680 000 –
446 Anteil am Ertrag selbständiger Unternehmen	195 000 –	195 000 –	195 000 –	195 000 –
482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen	175 800 –	168 200 –	160 500 –	155 300 –
490 Interne Verrechnungen	14 100 –	24 700 –	35 300 –	42 400 –
805 Amt für Gesundheitsvorsorge				
Aufwand	4 588 700	4 180 700	4 257 500	4 226 000
Ertrag	1 203 200 –	785 200 –	785 200 –	785 200 –
Aufwandüberschuss	3 385 500 –	3 395 500 –	3 472 300 –	3 440 800 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
8050 Amt für Gesundheitsvorsorge				
Aufwand	4 588 700	4 180 700	4 257 500	4 226 000
Ertrag	1 203 200 –	785 200 –	785 200 –	785 200 –
Aufwandüberschuss	3 385 500 –	3 395 500 –	3 472 300 –	3 440 800 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	4 000	4 000	4 000	4 000
301 Besoldungen	1 808 600	1 553 200	1 560 000	1 548 500
303 Arbeitgeberbeiträge	254 600	225 300	225 300	225 300
309 Anderer Personalaufwand	2 500	2 500	2 500	2 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	40 100	40 100	40 100	40 100
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	500	500	500	500
312 Informatik	99 100	99 100	99 100	99 100
313 Verbrauchsmaterialien	50 000	40 000	40 000	40 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	6 000			
317 Spesenentschädigungen	71 800	60 800	60 800	60 800
318 Dienstleistungen und Honorare	1 302 900	1 283 100	1 353 100	1 333 100
319 Anderer Sachaufwand	101 500	25 000	25 000	25 000
360 Staatsbeiträge	821 000	821 000	821 000	821 000
390 Interne Verrechnungen	26 100	26 100	26 100	26 100
435 Verkaufserlöse	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
436 Kostenrückerstattungen	1 007 200 –	589 200 –	589 200 –	589 200 –
439 Andere Entgelte	60 000 –	60 000 –	60 000 –	60 000 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	126 000 –	126 000 –	126 000 –	126 000 –
810 Aus- und Weiterbildung				
Aufwand	182 000	182 000	172 000	172 000
Ertrag	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
Aufwandüberschuss	177 000 –	177 000 –	167 000 –	167 000 –
8109 Andere Aus- und Weiterbildung				
Aufwand	182 000	182 000	172 000	172 000
Ertrag	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
Aufwandüberschuss	177 000 –	177 000 –	167 000 –	167 000 –
360 Staatsbeiträge	182 000	182 000	172 000	172 000
436 Kostenrückerstattungen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
812 Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen				
Aufwand	20 117 100	19 797 600	19 812 800	19 823 600
Ertrag	11 106 600 –	10 929 800 –	10 943 000 –	10 951 800 –
Aufwandüberschuss	9 010 500 –	8 867 800 –	8 869 800 –	8 871 800 –
8120 Lebensmittelkontrolle				
Aufwand	13 865 500	13 722 800	13 724 800	13 726 800
Ertrag	4 855 000 –	4 855 000 –	4 855 000 –	4 855 000 –
Aufwandüberschuss	9 010 500 –	8 867 800 –	8 869 800 –	8 871 800 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	2 000	2 000	2 000	2 000
301 Besoldungen	8 119 500	8 268 400	8 268 400	8 268 400
303 Arbeitgeberbeiträge	1 156 700	1 178 000	1 178 000	1 178 000
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	10 000	10 000	10 000	10 000
309 Anderer Personalaufwand	50 200	50 300	50 300	50 300

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	82 000	82 000	82 000	82 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	378 000	378 000	378 000	378 000
312 Informatik	480 600	480 600	480 600	480 600
313 Verbrauchsmaterialien	467 000	469 000	471 000	473 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	230 000	230 000	230 000	230 000
317 Spesenentschädigungen	282 000	282 000	282 000	282 000
318 Dienstleistungen und Honorare	930 400	930 400	930 400	930 400
319 Anderer Sachaufwand	47 000	47 000	47 000	47 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	15 000	15 000	15 000	15 000
390 Interne Verrechnungen	1 615 100	1 300 100	1 300 100	1 300 100
431 Gebühren für Amtshandlungen	3 250 000 –	3 250 000 –	3 250 000 –	3 250 000 –
432 Spitaltaxen und Kostgelder	1 150 000 –	1 150 000 –	1 150 000 –	1 150 000 –
436 Kostenrückerstattungen	20 500 –	20 500 –	20 500 –	20 500 –
439 Andere Entgelte	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
490 Interne Verrechnungen	424 500 –	424 500 –	424 500 –	424 500 –
8121 Tiergesundheit				
Aufwand	2 584 000	2 394 000	2 394 000	2 394 000
Ertrag	2 584 000 –	2 394 000 –	2 394 000 –	2 394 000 –
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	20 000	20 000	20 000	20 000
313 Verbrauchsmaterialien	35 000	35 000	35 000	35 000
318 Dienstleistungen und Honorare	1 527 000	1 437 000	1 437 000	1 437 000
319 Anderer Sachaufwand	2 000	2 000	2 000	2 000
360 Staatsbeiträge	1 000 000	900 000	900 000	900 000
490 Interne Verrechnungen	2 584 000 –	2 394 000 –	2 394 000 –	2 394 000 –
8129 Tierseuchenkasse (SF)				
Aufwand	3 667 600	3 680 800	3 694 000	3 702 800
Ertrag	3 667 600 –	3 680 800 –	3 694 000 –	3 702 800 –
382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen	829 600	1 032 000	1 044 200	1 051 900
390 Interne Verrechnungen	2 838 000	2 648 800	2 649 800	2 650 900
431 Gebühren für Amtshandlungen	200 000 –	200 000 –	200 000 –	200 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	150 000 –	150 000 –	150 000 –	150 000 –
436 Kostenrückerstattungen	50 000 –	50 000 –	50 000 –	50 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	1 950 000 –	1 950 000 –	1 950 000 –	1 950 000 –
490 Interne Verrechnungen	1 317 600 –	1 330 800 –	1 344 000 –	1 352 800 –
820 Heimstätten Wil				
Aufwand	18 834 800	19 164 800	18 504 800	19 364 800
Ertrag	16 604 800 –	17 463 200 –	17 463 200 –	17 463 200 –
Aufwandüberschuss	2 230 000 –	1 701 600 –	1 041 600 –	1 901 600 –
8221 Heimstätten Wil				
Aufwand	18 834 800	19 164 800	18 504 800	19 364 800
Ertrag	16 604 800 –	17 463 200 –	17 463 200 –	17 463 200 –
Aufwandüberschuss	2 230 000 –	1 701 600 –	1 041 600 –	1 901 600 –
301 Besoldungen	11 041 800	11 905 800	11 905 800	11 905 800
303 Arbeitgeberbeiträge	1 395 700	1 531 700	1 531 700	1 531 700
309 Anderer Personalaufwand	262 000	262 000	262 000	262 000

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	56 900	56 900	56 900	56 900
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	442 700	932 700	312 700	312 700
312 Informatik	214 600	304 600	264 600	264 600
313 Verbrauchsmaterialien	1 496 300	1 600 300	1 600 300	1 600 300
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	779 600	849 600	849 600	809 600
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	455 300	575 300	575 300	575 300
317 Spesenentschädigungen	109 700	109 700	109 700	109 700
318 Dienstleistungen und Honorare	805 600	865 600	865 600	865 600
319 Anderer Sachaufwand	124 600	170 600	170 600	170 600
390 Interne Verrechnungen	1 650 000			900 000
432 Spitaltaxen und Kostgelder	4 615 600 –	4 990 000 –	4 990 000 –	4 990 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	120 000 –	120 000 –	120 000 –	120 000 –
435 Verkaufserlöse	1 155 000 –	1 175 000 –	1 175 000 –	1 175 000 –
436 Kostenrückerstattungen	1 060 000 –	1 060 000 –	1 060 000 –	1 060 000 –
439 Andere Entgelte	4 000 –	4 000 –	4 000 –	4 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	9 650 200 –	10 114 200 –	10 114 200 –	10 114 200 –
830 Amt für Gesundheitsversorgung				
Aufwand	653 613 100	680 418 600	714 478 400	740 676 700
Ertrag	132 606 700 –	135 728 200 –	139 034 700 –	142 453 700 –
Aufwandüberschuss	521 006 400 –	544 690 400 –	575 443 700 –	598 223 000 –
8300 Amtsleitung AfGVE				
Aufwand	1 806 200	1 897 900	1 612 400	1 612 400
Ertrag	130 000 –	130 000 –	130 000 –	130 000 –
Aufwandüberschuss	1 676 200 –	1 767 900 –	1 482 400 –	1 482 400 –
301 Besoldungen	624 400	680 300	680 300	680 300
303 Arbeitgeberbeiträge	86 200	94 000	94 000	94 000
309 Anderer Personalaufwand	600	600	600	600
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	5 000	5 000	5 000	5 000
312 Informatik	19 200	19 200	19 200	19 200
317 Spesenentschädigungen	4 000	4 000	4 000	4 000
318 Dienstleistungen und Honorare	1 059 800	1 087 800	802 300	802 300
390 Interne Verrechnungen	7 000	7 000	7 000	7 000
436 Kostenrückerstattungen	130 000 –	130 000 –	130 000 –	130 000 –
8301 Individuelle Prämien- verbilligung				
Aufwand	204 075 600	205 491 000	206 503 000	209 539 000
Ertrag	130 530 000 –	133 793 000 –	137 137 000 –	140 566 000 –
Aufwandüberschuss	73 545 600 –	71 698 000 –	69 366 000 –	68 973 000 –
318 Dienstleistungen und Honorare	3 325 600	3 359 000	3 393 000	3 426 000
319 Anderer Sachaufwand		600 000	400 000	400 000
360 Staatsbeiträge	200 750 000	201 532 000	202 710 000	205 713 000
460 Beiträge für eigene Rechnung	130 530 000 –	133 793 000 –	137 137 000 –	140 566 000 –
8302 Zentrale Kosten für Spitäler/Kliniken				
Aufwand	829 700	837 000	833 500	833 500
Ertrag	829 700 –	837 000 –	833 500 –	833 500 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
301 Besoldungen	700 100	700 100	700 100	700 100
303 Arbeitgeberbeiträge	62 400	62 400	62 400	62 400
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	4 500	8 000	4 500	4 500
312 Informatik	7 600	11 400	11 400	11 400
317 Spesenentschädigungen	9 500	9 500	9 500	9 500
318 Dienstleistungen und Honorare	1 100	1 100	1 100	1 100
319 Anderer Sachaufwand	35 500	35 500	35 500	35 500
390 Interne Verrechnungen	9 000	9 000	9 000	9 000
436 Kostenrückerstattungen	829 700 –	837 000 –	833 500 –	833 500 –
8303 Innerkantonale Hospitalisation				
Aufwand	385 769 500	407 854 900	437 198 800	458 393 600
Ertrag				
Aufwandüberschuss	385 769 500 –	407 854 900 –	437 198 800 –	458 393 600 –
360 Staatsbeiträge	384 169 500	407 854 900	437 198 800	458 393 600
390 Interne Verrechnungen	1 600 000			
8304 Ausserkantonale Hospitalisation				
Aufwand	56 706 900	59 912 600	63 305 500	65 573 000
Ertrag	400 000 –	400 000 –	400 000 –	400 000 –
Aufwandüberschuss	56 306 900 –	59 512 600 –	62 905 500 –	65 173 000 –
360 Staatsbeiträge	56 706 900	59 912 600	63 305 500	65 573 000
451 Rückerstattungen der Kantone	400 000 –	400 000 –	400 000 –	400 000 –
8305 Ambulante Versorgung				
Aufwand	4 425 200	4 425 200	5 025 200	4 725 200
Ertrag				
Aufwandüberschuss	4 425 200 –	4 425 200 –	5 025 200 –	4 725 200 –
360 Staatsbeiträge	4 425 200	4 425 200	5 025 200	4 725 200
8309 Zentrum für Labormedizin				
Aufwand				
Ertrag	717 000 –	568 200 –	534 200 –	524 200 –
Ertragsüberschuss	717 000	568 200	534 200	524 200
460 Beiträge für eigene Rechnung	717 000 –	568 200 –	534 200 –	524 200 –

Laufende Rechnung
Gerichte

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
9 Gerichte				
Aufwand	43 281 100	43 475 300	43 475 800	43 475 800
Ertrag	13 443 700 –	13 443 700 –	13 443 700 –	13 443 700 –
Aufwandüberschuss	29 837 400 –	30 031 600 –	30 032 100 –	30 032 100 –
900 Zivil- und Strafrechtspflege				
Aufwand	35 752 300	35 696 500	35 697 000	35 697 000
Ertrag	12 736 600 –	12 736 600 –	12 736 600 –	12 736 600 –
Aufwandüberschuss	23 015 700 –	22 959 900 –	22 960 400 –	22 960 400 –
9001 Kreisgerichte				
Aufwand	23 016 600	22 861 500	22 859 000	22 859 000
Ertrag	9 275 300 –	9 275 300 –	9 275 300 –	9 275 300 –
Aufwandüberschuss	13 741 300 –	13 586 200 –	13 583 700 –	13 583 700 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	507 200	507 200	507 200	507 200
301 Besoldungen	13 299 400	13 244 300	13 241 800	13 241 800
303 Arbeitgeberbeiträge	1 914 800	1 914 800	1 914 800	1 914 800
309 Anderer Personalaufwand	23 400	23 400	23 400	23 400
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	268 000	268 000	268 000	268 000
312 Informatik	844 200	844 200	844 200	844 200
317 Spesenentschädigungen	88 200	88 200	88 200	88 200
318 Dienstleistungen und Honorare	4 476 900	4 476 900	4 476 900	4 476 900
319 Anderer Sachaufwand	6 300	6 300	6 300	6 300
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	513 300	513 300	513 300	513 300
390 Interne Verrechnungen	1 074 900	974 900	974 900	974 900
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	700 –	700 –	700 –	700 –
421 Vermögenserträge aus Guthaben	12 400 –	12 400 –	12 400 –	12 400 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	6 137 100 –	6 137 100 –	6 137 100 –	6 137 100 –
436 Kostenrückerstattungen	2 007 700 –	2 007 700 –	2 007 700 –	2 007 700 –
439 Andere Entgelte	50 400 –	50 400 –	50 400 –	50 400 –
490 Interne Verrechnungen	1 067 000 –	1 067 000 –	1 067 000 –	1 067 000 –
9002 Kantonsgericht				
Aufwand	9 228 000	9 327 300	9 330 300	9 330 300
Ertrag	2 553 300 –	2 553 300 –	2 553 300 –	2 553 300 –
Aufwandüberschuss	6 674 700 –	6 774 000 –	6 777 000 –	6 777 000 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	300 000	300 000	300 000	300 000
301 Besoldungen	6 358 000	6 400 300	6 400 300	6 400 300
303 Arbeitgeberbeiträge	947 200	947 200	947 200	947 200
309 Anderer Personalaufwand	137 000	187 000	187 000	187 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	125 000	125 000	125 000	125 000
312 Informatik	259 900	276 900	279 900	279 900
317 Spesenentschädigungen	11 100	11 100	11 100	11 100
318 Dienstleistungen und Honorare	737 400	737 400	737 400	737 400
319 Anderer Sachaufwand	17 000	17 000	17 000	17 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	150 000	150 000	150 000	150 000
390 Interne Verrechnungen	185 400	175 400	175 400	175 400
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	100 –	100 –	100 –	100 –
421 Vermögenserträge aus Guthaben	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	1 127 000 –	1 127 000 –	1 127 000 –	1 127 000 –
436 Kostenrückerstattungen	390 000 –	390 000 –	390 000 –	390 000 –

Laufende Rechnung

Gerichte

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
437 Bussen	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
439 Andere Entgelte	4 000 –	4 000 –	4 000 –	4 000 –
490 Interne Verrechnungen	1 030 200 –	1 030 200 –	1 030 200 –	1 030 200 –
9004 Anklagekammer				
Aufwand	760 800	760 800	760 800	760 800
Ertrag	130 000 –	130 000 –	130 000 –	130 000 –
Aufwandüberschuss	630 800 –	630 800 –	630 800 –	630 800 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	192 000	192 000	192 000	192 000
303 Arbeitgeberbeiträge	12 900	12 900	12 900	12 900
317 Spesenentschädigungen	800	800	800	800
319 Anderer Sachaufwand	1 000	1 000	1 000	1 000
390 Interne Verrechnungen	554 100	554 100	554 100	554 100
490 Interne Verrechnungen	130 000 –	130 000 –	130 000 –	130 000 –
9005 Schlichtungsstellen				
Aufwand	2 432 700	2 432 700	2 432 700	2 432 700
Ertrag	610 000 –	610 000 –	610 000 –	610 000 –
Aufwandüberschuss	1 822 700 –	1 822 700 –	1 822 700 –	1 822 700 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	1 093 000	1 093 000	1 093 000	1 093 000
301 Besoldungen	188 800	188 800	188 800	188 800
303 Arbeitgeberbeiträge	112 500	112 500	112 500	112 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	11 500	11 500	11 500	11 500
312 Informatik	11 800	11 800	11 800	11 800
317 Spesenentschädigungen	117 500	117 500	117 500	117 500
318 Dienstleistungen und Honorare	236 400	236 400	236 400	236 400
352 Entschädigungen an Gemeinden	661 200	661 200	661 200	661 200
431 Gebühren für Amtshandlungen	610 000 –	610 000 –	610 000 –	610 000 –
9006 Rechtsaufsicht				
Aufwand	314 200	314 200	314 200	314 200
Ertrag	168 000 –	168 000 –	168 000 –	168 000 –
Aufwandüberschuss	146 200 –	146 200 –	146 200 –	146 200 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	135 000	135 000	135 000	135 000
303 Arbeitgeberbeiträge	9 000	9 000	9 000	9 000
317 Spesenentschädigungen	200	200	200	200
319 Anderer Sachaufwand	20 000	20 000	20 000	20 000
390 Interne Verrechnungen	150 000	150 000	150 000	150 000
431 Gebühren für Amtshandlungen	165 000 –	165 000 –	165 000 –	165 000 –
437 Bussen	3 000 –	3 000 –	3 000 –	3 000 –
905 Verwaltungsrechtspflege				
Aufwand	7 528 800	7 778 800	7 778 800	7 778 800
Ertrag	707 100 –	707 100 –	707 100 –	707 100 –
Aufwandüberschuss	6 821 700 –	7 071 700 –	7 071 700 –	7 071 700 –
9050 Versicherungsgericht				
Aufwand	3 980 600	3 980 600	3 980 600	3 980 600
Ertrag	150 000 –	150 000 –	150 000 –	150 000 –
Aufwandüberschuss	3 830 600 –	3 830 600 –	3 830 600 –	3 830 600 –

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	3 000	3 000	3 000	3 000
301 Besoldungen	3 152 500	3 152 500	3 152 500	3 152 500
303 Arbeitgeberbeiträge	454 000	454 000	454 000	454 000
309 Anderer Personalaufwand	2 700	2 700	2 700	2 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	48 000	48 000	48 000	48 000
312 Informatik	128 800	128 800	128 800	128 800
317 Spesenentschädigungen	8 000	8 000	8 000	8 000
318 Dienstleistungen und Honorare	169 000	169 000	169 000	169 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	2 000	2 000	2 000	2 000
390 Interne Verrechnungen	12 600	12 600	12 600	12 600
431 Gebühren für Amtshandlungen	150 000 -	150 000 -	150 000 -	150 000 -
9051 Verwaltungsrekurskommission				
Aufwand	2 066 800	2 316 800	2 316 800	2 316 800
Ertrag	202 100 -	202 100 -	202 100 -	202 100 -
Aufwandüberschuss	1 864 700 -	2 114 700 -	2 114 700 -	2 114 700 -
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	210 000	210 000	210 000	210 000
301 Besoldungen	1 441 800	1 441 800	1 441 800	1 441 800
303 Arbeitgeberbeiträge	212 500	212 500	212 500	212 500
309 Anderer Personalaufwand	1 300	251 300	251 300	251 300
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	37 000	37 000	37 000	37 000
312 Informatik	59 000	59 000	59 000	59 000
317 Spesenentschädigungen	21 000	21 000	21 000	21 000
318 Dienstleistungen und Honorare	68 200	68 200	68 200	68 200
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	6 000	6 000	6 000	6 000
390 Interne Verrechnungen	10 000	10 000	10 000	10 000
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	100 -	100 -	100 -	100 -
431 Gebühren für Amtshandlungen	200 000 -	200 000 -	200 000 -	200 000 -
436 Kostenrückerstattungen	2 000 -	2 000 -	2 000 -	2 000 -
9052 Verwaltungsgericht				
Aufwand	1 481 400	1 481 400	1 481 400	1 481 400
Ertrag	355 000 -	355 000 -	355 000 -	355 000 -
Aufwandüberschuss	1 126 400 -	1 126 400 -	1 126 400 -	1 126 400 -
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	230 000	230 000	230 000	230 000
301 Besoldungen	953 900	953 900	953 900	953 900
303 Arbeitgeberbeiträge	158 300	158 300	158 300	158 300
309 Anderer Personalaufwand	1 500	1 500	1 500	1 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	40 000	40 000	40 000	40 000
312 Informatik	43 200	43 200	43 200	43 200
317 Spesenentschädigungen	12 500	12 500	12 500	12 500
318 Dienstleistungen und Honorare	28 600	28 600	28 600	28 600
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	5 000	5 000	5 000	5 000
390 Interne Verrechnungen	8 400	8 400	8 400	8 400
431 Gebühren für Amtshandlungen	350 000 -	350 000 -	350 000 -	350 000 -
439 Andere Entgelte	5 000 -	5 000 -	5 000 -	5 000 -

Investitionsrechnung

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
Kanton St.Gallen				
Ausgaben	242 802 900	259 482 800	307 535 900	430 519 400
Einnahmen	48 589 600 –	98 714 600 –	24 339 800 –	30 839 800 –
Ausgabenüberschuss	194 213 300 –	160 768 200 –	283 196 100 –	399 679 600 –
A Investitionen und Investitionsbeiträge				
Ausgaben	178 382 900	124 004 800	220 175 900	329 159 400
Einnahmen	23 995 800 –	81 618 000 –	4 750 000 –	10 250 000 –
Ausgabenüberschuss	154 387 100 –	42 386 800 –	215 425 900 –	318 909 400 –
A00 Allgemeine Verwaltung				
Ausgaben	11 500 000	500 000		23 500 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	11 500 000 –	500 000 –		23 500 000 –
A0029000 Verwaltungszentrum Oberer Graben St.Gallen				
Ausgaben	11 500 000	500 000		
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	11 500 000 –	500 000 –		
503 Hochbauten	11 500 000	500 000		
A0029002 Davidstrasse 31, St.Gallen Erwerb				
Ausgaben				23 500 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss				23 500 000 –
503 Hochbauten				23 500 000
A01 Öffentliche Sicherheit				
Ausgaben			10 000 000	25 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			10 000 000 –	25 000 000 –
A0110004 Polizeiposten Wil, Neubau				
Ausgaben				5 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss				5 000 000 –
503 Hochbauten				5 000 000
A0130002 Regionalgefängnis Altstätten, Erweiterung				
Ausgaben			10 000 000	20 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			10 000 000 –	20 000 000 –
503 Hochbauten			10 000 000	20 000 000

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
A02 Bildung				
Ausgaben	61 100 000	24 200 000	46 000 000	74 000 000
Einnahmen	10 531 000 –	81 618 000 –	4 750 000 –	10 250 000 –
Einnahmenüberschuss		57 418 000		
Ausgabenüberschuss	50 569 000 –		41 250 000 –	63 750 000 –
A0230001 BWZ Rorschach-Rheintal Erweiterung / Sanierung Altstätten				
Ausgaben				
Einnahmen	1 000 000 –			
Einnahmenüberschuss	1 000 000			
660 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	1 000 000 –			
A0230003 Landw. Zentrum SG Umbau und Erweiterung				
Ausgaben			4 000 000	18 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			4 000 000 –	18 000 000 –
503 Hochbauten			4 000 000	18 000 000
A0230004 Kaufm. BWZ St.Gallen Unterhaltmassnahmen				
Ausgaben		4 000 000	3 000 000	3 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		4 000 000 –	3 000 000 –	3 000 000 –
503 Hochbauten		4 000 000	3 000 000	3 000 000
A0252000 KS Sargans / BWZ Sarganserland Erwerb / Erweiterung Sporthallen				
Ausgaben	8 000 000			
Einnahmen	1 531 000 –			
Ausgabenüberschuss	6 469 000 –			
503 Hochbauten	8 000 000			
660 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	1 531 000 –			
A0252001 KS Heerbrugg Sanierung / Erweiterung				
Ausgaben	20 000 000	10 200 000		
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	20 000 000 –	10 200 000 –		
503 Hochbauten	20 000 000	10 200 000		
A0252002 KS Sargans, Ausbau				
Ausgaben		6 000 000	20 000 000	20 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		6 000 000 –	20 000 000 –	20 000 000 –
503 Hochbauten		6 000 000	20 000 000	20 000 000

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
A0252003 KS Wattwil, Ausbau				
Ausgaben				14 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss				14 000 000 –
503 Hochbauten				14 000 000
A0272001 Pädagogische Hochschule Umbau Mensa Gossau				
Ausgaben	100 000			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	100 000 –			
503 Hochbauten	100 000			
A0273000 Fachhochschulzentrum St.Gallen, Neubau				
Ausgaben	33 000 000	1 000 000		
Einnahmen	8 000 000 –	78 618 000 –		
Einnahmenüberschuss		77 618 000		
Ausgabenüberschuss	25 000 000 –			
503 Hochbauten	33 000 000	1 000 000		
603 Abgang von Hochbauten		73 618 000 –		
660 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	8 000 000 –	5 000 000 –		
A0273001 Hochschule für Technik Rapperswil Forschungszentrum				
Ausgaben		3 000 000	19 000 000	19 000 000
Einnahmen		3 000 000 –	4 750 000 –	10 250 000 –
Ausgabenüberschuss			14 250 000 –	8 750 000 –
503 Hochbauten		3 000 000	19 000 000	19 000 000
660 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung		3 000 000 –	4 750 000 –	10 250 000 –
A03 Kultur, Freizeit, Kirche				
Ausgaben			10 000 000	10 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			10 000 000 –	10 000 000 –
A0329001 Klanghaus Toggenburg				
Ausgaben			10 000 000	10 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			10 000 000 –	10 000 000 –
503 Hochbauten			10 000 000	10 000 000
A04 Gesundheit				
Ausgaben	23 700 000	47 000 000	103 500 000	163 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	23 700 000 –	47 000 000 –	103 500 000 –	163 000 000 –

Investitionsrechnung

Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
A0411001 Kantonsspital St.Gallen Erweiterung Haus 24				
Ausgaben	15 000 000	3 500 000		
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	15 000 000 –	3 500 000 –		
503 Hochbauten	15 000 000	3 500 000		
A0411002 Kantonsspital St.Gallen Pathologie / Rechtsmedizin				
Ausgaben	1 000 000			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	1 000 000 –			
503 Hochbauten	1 000 000			
A0411004 Kantonsspital St.Gallen Sanierung / Umnutzung Haus 57				
Ausgaben	700 000			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	700 000 –			
503 Hochbauten	700 000			
A0411012 Kantonsspital St.Gallen Sanierung / Erweiterung Haus 02				
Ausgaben	1 500 000	2 500 000	1 000 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	1 500 000 –	2 500 000 –	1 000 000 –	
503 Hochbauten	1 500 000	2 500 000	1 000 000	
A0411013 Kantonsspital St.Gallen Sanierung Haus 54, Lernhaus				
Ausgaben	500 000	2 000 000	1 500 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	500 000 –	2 000 000 –	1 500 000 –	
503 Hochbauten	500 000	2 000 000	1 500 000	
A0411014 Kantonsspital St.Gallen Erweiterung Notaufnahme				
Ausgaben	5 000 000	4 000 000		
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	5 000 000 –	4 000 000 –		
503 Hochbauten	5 000 000	4 000 000		
A0411015 Kantonsspital St.Gallen Haus 06, Gebärsaal / Neonatologie				
Ausgaben			1 000 000	7 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			1 000 000 –	7 000 000 –
503 Hochbauten			1 000 000	7 000 000

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
A0411016 Kantonsspital St.Gallen Ersatz Notstromversorgung				
Ausgaben		1 000 000	5 000 000	1 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		1 000 000 –	5 000 000 –	1 000 000 –
503 Hochbauten		1 000 000	5 000 000	1 000 000
A0411017 Kantonsspital St.Gallen Sanierung Energiezentrale				
Ausgaben		2 000 000	8 000 000	4 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		2 000 000 –	8 000 000 –	4 000 000 –
503 Hochbauten		2 000 000	8 000 000	4 000 000
A0411019 Kantonsspital St.Gallen Haus 07A, Neubau				
Ausgaben				40 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss				40 000 000 –
503 Hochbauten				40 000 000
A0411021 Landspitäler, Erneuerung / Erweiterung, 1. Teilkredit				
Ausgaben		32 000 000	82 000 000	100 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		32 000 000 –	82 000 000 –	100 000 000 –
503 Hochbauten		32 000 000	82 000 000	100 000 000
A0413002 Psych. Klinik Pfäfers Sanierung Klostergebäude				
Ausgaben			3 500 000	8 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			3 500 000 –	8 000 000 –
503 Hochbauten			3 500 000	8 000 000
A0413004 Psych. Klinik Wil Teilsanierung Haus A01				
Ausgaben			1 500 000	3 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			1 500 000 –	3 000 000 –
503 Hochbauten			1 500 000	3 000 000
A05 Soziale Wohlfahrt				
Ausgaben				9 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss				9 000 000 –

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
A0550000 Heimstätten Wil, Neubau Werkstattgebäude				
Ausgaben				9 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss				9 000 000 –
503 Hochbauten				9 000 000
A08 Volkswirtschaft				
Ausgaben		2 000 000	8 000 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		2 000 000 –	8 000 000 –	
A0820000 Fischzuchtanlage Rorschach				
Ausgaben		2 000 000	8 000 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		2 000 000 –	8 000 000 –	
503 Hochbauten		2 000 000	8 000 000	
A10 Allgemeine Verwaltung				
Ausgaben	640 000	1 000 000	2 000 000	10 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	640 000 –	1 000 000 –	2 000 000 –	10 000 000 –
A1022000 E-Government				
Ausgaben	640 000			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	640 000 –			
506 Technische Einrichtungen	640 000			
A1022001 E-Government, 2. Teilkredit				
Ausgaben		1 000 000	1 000 000	1 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		1 000 000 –	1 000 000 –	1 000 000 –
506 Technische Einrichtungen		1 000 000	1 000 000	1 000 000
A1022003 Strategische Basisinfrastruktur 2015 (SBI)				
Ausgaben			1 000 000	9 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			1 000 000 –	9 000 000 –
506 Technische Einrichtungen			1 000 000	9 000 000
A11 Öffentliche Sicherheit				
Ausgaben	22 378 300	5 520 000		
Einnahmen	11 614 800 –			
Ausgabenüberschuss	10 763 500 –	5 520 000 –		

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
A1111002 Sicherheitsfunknetz POLYCOM				
Ausgaben	22 378 300	5 520 000		
Einnahmen	11 614 800 –			
Ausgabenüberschuss	10 763 500 –	5 520 000 –		
506 Technische Einrichtungen	22 378 300	5 520 000		
660 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	11 614 800 –			
A12 Bildung				
Ausgaben	200 000	1 707 900	1 129 000	1 114 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	200 000 –	1 707 900 –	1 129 000 –	1 114 000 –
A1230001 EDUC, Sek. II				
Ausgaben		1 707 900	1 129 000	1 114 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		1 707 900 –	1 129 000 –	1 114 000 –
506 Technische Einrichtungen		1 707 900	1 129 000	1 114 000
A1299000 Informatik-Bildungs- offensive				
Ausgaben	200 000			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	200 000 –			
506 Technische Einrichtungen	200 000			
A21 Öffentliche Sicherheit				
Ausgaben	15 000 000			
Einnahmen	1 500 000 –			
Ausgabenüberschuss	13 500 000 –			
A2120000 Bundesverwaltungsgericht St.Gallen, Standortbeitrag				
Ausgaben	15 000 000			
Einnahmen	1 500 000 –			
Ausgabenüberschuss	13 500 000 –			
560 Investitionsbeiträge	15 000 000			
660 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	1 500 000 –			
A22 Bildung				
Ausgaben	6 611 500	3 833 500	4 700 000	4 734 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	6 611 500 –	3 833 500 –	4 700 000 –	4 734 000 –

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
A2220000 HPV Gossau-Untertoggenburg- Wil, Erweiterung / Erneuerung				
Ausgaben			2 000 000	2 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			2 000 000 –	2 000 000 –
560 Investitionsbeiträge			2 000 000	2 000 000
A2220001 Sprachheilschule St.Gallen				
Ausgaben		1 000 000	2 700 000	2 734 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		1 000 000 –	2 700 000 –	2 734 000 –
560 Investitionsbeiträge		1 000 000	2 700 000	2 734 000
A2273002 Hochschule für Technik Buchs Erneuerungsinvestitionen				
Ausgaben	6 611 500	2 833 500		
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	6 611 500 –	2 833 500 –		
560 Investitionsbeiträge	6 611 500	2 833 500		
A23 Kultur, Freizeit, Kirche				
Ausgaben	7 000 000		13 000 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	7 000 000 –		13 000 000 –	
A2311001 Naturmuseum St.Gallen				
Ausgaben	7 000 000			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	7 000 000 –			
560 Investitionsbeiträge	7 000 000			
A2311002 Kunstmuseum St.Gallen				
Ausgaben			13 000 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			13 000 000 –	
560 Investitionsbeiträge			13 000 000	
A25 Soziale Wohlfahrt				
Ausgaben	1 800 000	7 300 000	9 100 000	3 300 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	1 800 000 –	7 300 000 –	9 100 000 –	3 300 000 –

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
A2550000 Landscheide Wald-Schönengrund Erweiterung / Erneuerung				
Ausgaben		700 000	1 900 000	900 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		700 000 –	1 900 000 –	900 000 –
560 Investitionsbeiträge		700 000	1 900 000	900 000
A2550001 HPV Gossau-Untertoggenburg- Wil, Neubau Werkstätte				
Ausgaben	1 800 000	3 600 000	3 600 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	1 800 000 –	3 600 000 –	3 600 000 –	
560 Investitionsbeiträge	1 800 000	3 600 000	3 600 000	
A2550002 Valida St.Gallen				
Ausgaben		3 000 000	3 600 000	2 400 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		3 000 000 –	3 600 000 –	2 400 000 –
560 Investitionsbeiträge		3 000 000	3 600 000	2 400 000
A26 Verkehr				
Ausgaben	24 953 100	30 943 400	12 746 900	5 511 400
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	24 953 100 –	30 943 400 –	12 746 900 –	5 511 400 –
A2629007 Bahnhofplatz St.Gallen Bushof				
Ausgaben		2 880 000	1 000 000	1 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		2 880 000 –	1 000 000 –	1 000 000 –
560 Investitionsbeiträge		2 880 000	1 000 000	1 000 000
A2629008 S-Bahn St.Gallen 2013				
Ausgaben	15 568 000	17 584 000	3 584 000	4 929 000 –
Einnahmen				
Einnahmenüberschuss				4 929 000
Ausgabenüberschuss	15 568 000 –	17 584 000 –	3 584 000 –	
560 Investitionsbeiträge	15 568 000	17 584 000	3 584 000	4 929 000 –
A2629012 Schweiz. Südostbahn Techn. Verbesserungen 2012				
Ausgaben	8 713 100			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	8 713 100 –			
560 Investitionsbeiträge	8 713 100			

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Vorschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
A2629013 S-Bahn Zürich 4. Teilergänzung				
Ausgaben	672 000	1 017 000	1 017 000	1 040 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	672 000 –	1 017 000 –	1 017 000 –	1 040 000 –
560 Investitionsbeiträge	672 000	1 017 000	1 017 000	1 040 000
A2629014 Schweiz. Südostbahn Techn. Verbesserungen 2013				
Ausgaben		6 656 400		
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		6 656 400 –		
560 Investitionsbeiträge		6 656 400		
A2629015 Appenzeller Bahnen Durchmesserlinie				
Ausgaben		2 806 000	1 870 000	225 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		2 806 000 –	1 870 000 –	225 000 –
560 Investitionsbeiträge		2 806 000	1 870 000	225 000
A2629016 Schweiz. Südostbahn Techn. Verbesserungen 2014				
Ausgaben			5 275 900	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			5 275 900 –	
560 Investitionsbeiträge			5 275 900	
A2629017 Schweiz. Südostbahn Techn. Verbesserungen 2015				
Ausgaben				8 175 400
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss				8 175 400 –
560 Investitionsbeiträge				8 175 400
A27 Umwelt, Raumordnung				
Ausgaben	3 500 000			
Einnahmen	350 000 –			
Ausgabenüberschuss	3 150 000 –			
A2741000 Hochwasserschutzkonzept Linth 2000				
Ausgaben	3 500 000			
Einnahmen	350 000 –			
Ausgabenüberschuss	3 150 000 –			
560 Investitionsbeiträge	3 500 000			
660 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	350 000 –			

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
B Strassenbau				
Ausgaben	58 580 000	51 500 000	77 000 000	91 000 000
Einnahmen	22 788 000 –	13 500 000 –	14 000 000 –	15 000 000 –
Ausgabenüberschuss	35 792 000 –	38 000 000 –	63 000 000 –	76 000 000 –
B06 Verkehr				
Ausgaben	58 580 000	51 500 000	77 000 000	91 000 000
Einnahmen	22 788 000 –	13 500 000 –	14 000 000 –	15 000 000 –
Ausgabenüberschuss	35 792 000 –	38 000 000 –	63 000 000 –	76 000 000 –
B0613000 Kantonsstrassenbau				
Ausgaben	58 580 000	51 500 000	77 000 000	91 000 000
Einnahmen	22 788 000 –	13 500 000 –	14 000 000 –	15 000 000 –
Ausgabenüberschuss	35 792 000 –	38 000 000 –	63 000 000 –	76 000 000 –
501 Tiefbauten	58 580 000	51 500 000	77 000 000	91 000 000
601 Abgang von Tiefbauten	200 000 –			
631 Kostenrückerstattungen für Tiefbauten	1 678 000 –			
660 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	20 910 000 –	13 500 000 –	14 000 000 –	15 000 000 –

Investitionsrechnung
Finanzierungen

Konto	Vorschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
C				
Finanzierungen				
Ausgaben	5 840 000	83 978 000	10 360 000	10 360 000
Einnahmen	1 805 800 –	3 596 600 –	5 589 800 –	5 589 800 –
Ausgabenüberschuss	4 034 200 –	80 381 400 –	4 770 200 –	4 770 200 –
C02				
Bildung				
Ausgaben	1 840 000	75 458 000	1 840 000	1 840 000
Einnahmen	1 130 000 –	2 111 600 –	4 074 800 –	4 074 800 –
Einnahmenüberschuss			2 234 800	2 234 800
Ausgabenüberschuss	710 000 –	73 346 400 –		
C0273000				
Fachhochschule St.Gallen				
Ausgaben		73 618 000		
Einnahmen		981 600 –	2 944 800 –	2 944 800 –
Einnahmenüberschuss			2 944 800	2 944 800
Ausgabenüberschuss		72 636 400 –		
521	Darlehen an Kantone	73 618 000		
621	Rückzahlungen Kantone von Darlehen	981 600 –	2 944 800 –	2 944 800 –
C0299000				
Studiendarlehen				
Ausgaben	1 840 000	1 840 000	1 840 000	1 840 000
Einnahmen	1 130 000 –	1 130 000 –	1 130 000 –	1 130 000 –
Ausgabenüberschuss	710 000 –	710 000 –	710 000 –	710 000 –
526	Darlehen an private Haushalte	1 840 000	1 840 000	1 840 000
626	Rückzahlungen privater Haushalte von Darlehen	1 130 000 –	1 130 000 –	1 130 000 –
C05				
Soziale Wohlfahrt				
Ausgaben		4 520 000	4 520 000	4 520 000
Einnahmen		450 000 –	450 000 –	450 000 –
Ausgabenüberschuss		4 070 000 –	4 070 000 –	4 070 000 –
C0550000				
Darlehen Behinderten- einrichtungen				
Ausgaben		4 520 000	4 520 000	4 520 000
Einnahmen		450 000 –	450 000 –	450 000 –
Ausgabenüberschuss		4 070 000 –	4 070 000 –	4 070 000 –
525	Darlehen an private Institutionen	4 520 000	4 520 000	4 520 000
625	Rückzahlungen privater Institutionen von Darlehen	450 000 –	450 000 –	450 000 –
C06				
Verkehr				
Ausgaben				
Einnahmen	100 000 –	100 000 –	100 000 –	100 000 –
Einnahmenüberschuss	100 000	100 000	100 000	100 000

Investitionsrechnung

Finanzierungen

Konto	Voranschlag 2012 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.
C0629000 Schweiz. Südostbahn				
Ausgaben				
Einnahmen	100 000 –	100 000 –	100 000 –	100 000 –
Einnahmenüberschuss	100 000	100 000	100 000	100 000
624 Rückzahlungen gemischtwirt. Unternehmen von Darlehen	100 000 –	100 000 –	100 000 –	100 000 –
C07 Umwelt, Raumordnung				
Ausgaben				
Einnahmen	275 800 –	635 000 –	665 000 –	665 000 –
Einnahmenüberschuss	275 800	635 000	665 000	665 000
C0791000 NRP-Darlehen				
Ausgaben				
Einnahmen	275 800 –	635 000 –	665 000 –	665 000 –
Einnahmenüberschuss	275 800	635 000	665 000	665 000
625 Rückzahlungen privater Institutionen von Darlehen	275 800 –	635 000 –	665 000 –	665 000 –
C08 Volkswirtschaft				
Ausgaben	4 000 000	4 000 000	4 000 000	4 000 000
Einnahmen	300 000 –	300 000 –	300 000 –	300 000 –
Ausgabenüberschuss	3 700 000 –	3 700 000 –	3 700 000 –	3 700 000 –
C0812000 Landwirtschaftliche Kredit- genossenschaft				
Ausgaben	4 000 000	4 000 000	4 000 000	4 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	4 000 000 –	4 000 000 –	4 000 000 –	4 000 000 –
524 Darlehen und Beteiligungen an gemischtwirt. Unternehmen	4 000 000	4 000 000	4 000 000	4 000 000
C0890001 OLMA Messen St.Gallen				
Ausgaben				
Einnahmen	300 000 –	300 000 –	300 000 –	300 000 –
Einnahmenüberschuss	300 000	300 000	300 000	300 000
624 Rückzahlungen gemischtwirt. Unternehmen von Darlehen	300 000 –	300 000 –	300 000 –	300 000 –

Beilage

Begründungen und Erläuterungen

Laufende Rechnung

0 Räte

67

0100 Kantonsrat

300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen

Reduktion der Taggelder für die Sessionen und für die Fraktionssitzungen infolge Reduktion der Zahl der Sessionen auf 4 pro Jahr.

309 Anderer Personalaufwand

Die Umsetzung der Massnahme von heute 5 auf neu 4 Sessionen je Jahr bedarf der Revision des Geschäftsreglementes des Kantonsrates. Der Kantonsrat des Kantons St.Gallen hat in der Septembersession 2011 den XIII. Nachtrag zum Geschäftsreglement des Kantonsrates gutgeheissen. Dieser Erlass wird ab Beginn der Amtsdauer 2012/2016 des Kantonsrates angewendet.

1 Staatskanzlei

- 68 **1000 Staatskanzlei**
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen
Im 2013 finden keine Majorz- und Proporzwahlen statt. Im 2015 finden die National- und Ständeratswahlen statt.
- 69 **1050 Materialzentrale**
435 Verkaufserlöse
Minderertrag infolge Kuvert-Druck mit neuem Erscheinungsbild. Reduktion infolge mehr Multifunktionsgeräten in den Ämtern.

2 Volkswirtschaftsdepartemen

70

2050 Amt für öffentlichen Verkehr

318 Dienstleistungen und Honorare

Die Projektierungsarbeiten für Infrastrukturausbauten (Vorprojekte, Auflage- und Bauprojekte) der Konzepte S-Bahn Zürich 4. Teilergänzungen, Angebotsplanung Ost 1. Teilergänzung und Obersee führen in den Jahren 2013 bis 2015 zu einem zusätzlichen Mittelbedarf, der aufgrund der unterschiedlichen Planungsphasen von Jahr zu Jahr schwankt. Bevorschussung der Projektierungskosten im Konto 2050.489.

360 Staatsbeiträge

Der gezielte Ausbau des Fahrplanangebots gemäss 4. öV-Programm 2009–2013 und der Fahrzeugersatz der Bahnen führt ab 2013 zu einem höheren Mittelbedarf bei den Abgeltungen für den bestellten Regionalverkehr. Durch den geplanten Angebotsausbau der S-Bahn St.Gallen 2013 und durch zusätzliche Fahrplanausbauten auf den davon betroffenen Buslinien steigt der Abgeltungsbedarf in den Jahren 2014 und 2015 weiter an. Die Inbetriebnahme der erneuerten Infrastrukturanlagen der Privatbahnen führt zu höheren Abschreibungen und damit zu einem Anstieg der Infrastrukturabgeltung. Zudem steigt der Mittelbedarf für Tarifverbunde durch die Einführung des integralen Z-Passes.

Die Bereitstellung der Finanzmittel des Bundes für die Periode 2013–2016 zur Finanzierung der Privatbahninfrastruktur wird voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2012 durch die eidgenössischen Räte festgelegt. Deshalb wird der definitive Finanzbedarf für die Infrastrukturabgeltung und damit auch die Finanzierungsanteile der Kantone frühestens ab Januar 2013 feststehen. Markante Abweichungen von den aktuell vorliegenden Planwerten sind deshalb möglich.

Die Reduktion der Abgeltung aus der Massnahme Nr. 8 «Anpassung öV-Tarife» zur Bereinigung des strukturellen Defizits gemäss Botschaft zum AFP 2012–2014 wurde in den Jahren 2014 und 2015 in zwei Schritten mit je 4 Millionen Franken (Bruttobetrag vor Berücksichtigung Gemeindeanteil) berücksichtigt.

In der Planung der Abgeltungen enthalten ist zudem ein Betrag von 1 Mio. Franken aus der Erhöhung der Kantonsquote (Erhöhung des Bundesanteils an der Abgeltungsfinanzierung für den bestellten Regionalverkehr), mit der ab 2014 gerechnet wird.

421 Vermögenserträge aus Guthaben

Mit dem Ablauf der Darlehen aus der Finanzierung von Fahrzeugbeschaffungen der Appenzeller Bahnen, der Schweizerischen Südostbahn und der RTB Rheintal Bus AG fallen ab 2015 Rückzahlungsbeiträge dieser Transportunternehmen weg.

460 Beiträge für eigene Rechnung

Die steigenden Abgeltungen für Angebotsausbauten und für Tarifverbundmassnahmen (vergleiche Konto 2050.360) führen zu höheren Gemeindebeiträgen.

489 Bevorschussungen

Bevorschussung von Projektierungsarbeiten für Infrastrukturausbauten (Vorprojekte, Auflage- und Bauprojekte) der Konzepte S-Bahn Zürich 4. Teilergänzungen, Angebotsplanung 1. Teilergänzung und Obersee (vergleiche Konto 2050.318).

71	2100	Kantonsforstamt	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
		312 Informatik			
		– Einführung des Aktenmanagements ECM	0	0	+100'000
		– Erhöhung Betriebsaufwand	0	+10'000	0
		– System waldIT: Erneuerung der Infrastruktur für 55 Arbeitsplätze	+400'000	–400'000	0
		– Schnittstelle mit der Waldparzellendatenbank des Kantonsforstamtes (Umsetzung in Zusammenarbeit mit den Grundbuchämtern)	+248'500	–248'500	0
		– Erfassen, bearbeiten und speichern von Daten des Geographischen Informationssystems (GIS) und von Bestandeskarten	0	0	+411'500
		Total	+648'500	–638'500	+511'500

360 Staatsbeiträge

Erhöhung der Beiträge im Jahr 2013. Im Durchschnitt sind in den Jahren 2013 bis 2015 mit rund 10.3 Mio. Franken pro Jahr gleich hohe Beiträge wie im Voranschlag 2012 geplant. Das Total der Beiträge 2012 bis 2015 von 41.3 Mio. Franken lehnt sich an die vom Bund in Aussicht gestellten Mittel an, die der Bund im Rahmen der NFA-Programmvereinbarung 2012–2015 mit dem Kanton verhandelt.

460 Beiträge für eigene Rechnung

Begründung analog Konto 2100.360.

75	2150	Landwirtschaftsamt	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
		312 Informatik			
		– Investition GIS: Agrarsektoradministration und Sachdaten Melioration	+498'900	–450'000	–100'000
		– Betriebskosten GIS: Agrarsektoradministration und Sachdaten Melioration	0	+50'000	0
		– Neuprogrammierung Agricola	+85'000	–85'000	0
		Total	+583'900	–485'000	–100'000

360 Staatsbeiträge

		– Beitrag an Verwaltungskosten Landw. Kreditgenossenschaft (LKG): Freihandelsabkommen verursacht Mehrkosten	+5'000	+7'600	+7'700
		– Beitrag an Innovationsförderung gemäss Art 2+3 LaG	+21'000	0	0
		– Beiträge GAÖL (vergleiche Konto 2150.490)	+95'000	+95'000	+90'000
		– Landschaftsqualität (LQB) gemäss Agrarpolitik 2014-17 (Bund finanziert 80%)	0	+140'000	+240'000
		– ÖQV-Beiträge: Wegfall Kantons- und Gemeindebeiträge, da Vollfinanzierung durch Bund ab 2014 geplant	0	–800'000	–30'000
		– Ressourcenprojekt St.Gallen Luft/Boden (Bund finanziert 80%)	0	+200'000	0
		– Projekte regionale Entwicklung, gewerbliche Kleinbetriebe im Berggebiet	+370'000	–60'000	–110'000
		Total	+491'000	–417'400	+197'700

75 **2156 Landwirtschaftliches Zentrum SG**
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge
 Wegfall Anschaffung Schulbus (Fr. 74'000) sowie Budgetreduktion infolge Sparmassnahmen.

76 **2300 Amt für Arbeit**
 Zum Zeitpunkt der Planung haben sich die Arbeitslosenzahlen infolge der sich unerwartet schnell verbessernden konjunkturellen Lage einerseits und durch die 4. AVIG-Revision andererseits im Vergleich zu den Vorjahren deutlich reduziert. Ob sich die Zahlen auf dem derzeitigen Niveau stabilisieren und wie sie sich in den folgenden Jahren entwickeln, kann heute nicht schlüssig vorhergesehen werden. Da zudem im Amt für Arbeit im Wesentlichen nur das Konto 2300.350 «Entschädigungen an Bund» die Finanzplanung des Kantons beeinflusst (Rest via Bund refinanziert), wird auf die Begründung der Abweichungen auf einzelnen Konten verzichtet. Beim Kantonsbeitrag ist mit einem permanenten Anstieg zu rechnen.

77 2350 Amt für Wirtschaft	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
301 Besoldungen			
Geplanter Synergiegewinn Fr. 150'000 aus Ämterfusion Amt für Wirtschaft mit Amt für Arbeit.			
312 Informatik			
– Folgeprojekte aus Review der strategischen Informatikplanung (SIP)	0	+100'000	0
Total	0	+100'000	0
318 Dienstleistungen und Honorare			
– Flächenpotenzialanalyse abgeschlossen	0	–100'000	0
– Regionsscreening und -statistiken der NRP-Regionen erstellt	0	–64'500	0
– Departementsübergreifende Gesamtstrategie WTT abgeschlossen	0	–70'000	0
– Durchführung von Marktforschung und Gästebefragungen im Tourismusbereich*	0	+40'000	0
– Screening der Tourismusdestinationen*	0	+50'000	0
– Sammelposition für diverse in Entwicklung befindliche Projekte	+159'500	+20'000	0
Total	+159'500	–124'500	0

* Refinanziert durch Spezialfinanzierung Tourismusrechnung, Rechnungsabschnitt 2358.

319 Anderer Sachaufwand
 Geplanter Synergiegewinn Fr. 150'000 aus Ämterfusion Amt für Wirtschaft mit Amt für Arbeit.

360 Staatsbeiträge			
– Finanzplanung analog Antrag an den Bund für NRP-Umsetzungsprogramm 2012–2015 (saldoneutral, vergleiche Konto 2350.460)	–1'275'500	+100'500	–115'000
– Beiträge für touristische Impulsprogramme*	+70'000	+50'000	+30'000
– Neue Zinskostenbeiträge an Hotelleriebetriebe*	+18'700	+2'600	+13'300
– Abschlüsse von touristischen Entwicklungsprojekten*	–196'000	–93'500	–42'500

		Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
77	2350 Amt für Wirtschaft (Fortsetzung)			
	360 Staatsbeiträge (Fortsetzung)			
	– Sammelposition für diverse in Entwicklung befindliche Projekte	+150'000	0	0
	– Betriebsbeiträge an das Forschungs- und Innovationszentrum Rheintal (IZR), zu- sätzlich sind die analogen Beträge in den oben separat aufgeführten Bundes- beiträgen gemäss NRP-Umsetzungs- programm 2012–2015 enthalten.	+500'000	+250'000	0
	– Diverse Arealentwicklungen realisiert	0	–40'000	0
	– Initiierung von neuen Forschungs- und Innovationsprojekten mit degressiven Beiträgen	+175'000	–75'000	–100'000
	– Ausbau der Gründer- und Technologie- zentren	0	+5'000	+15'000
	– Beiträge an Internationale Schulen	–50'000	0	0
	– Initiierung neuer kantonaler NRP-Projekte	+19'200	+40'500	–4'700
	– Tiefere kantonale Zinskostenbeiträge durch Amortisation der IHG-Bundesdarlehen . . .	–106'000	–62'100	–61'100
	Total	–694'600	+178'000	–265'000

* Refinanziert durch Spezialfinanzierung Tourismusrechnung, Rechnungsabschnitt 2358.

460 Beiträge für eigene Rechnung

	– Finanzplanung analog Antrag an den Bund für NRP-Umsetzungsprogramm 2012–2015 (saldoneutral, vergleiche Konto 2350.360)	–1'275'500	+100'500	–115'000
	Total	–1'275'500	+100'500	–115'000

		Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
78	2358 Tourismusrechnung (SF)			
	482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen			
	– Beiträge an Impulsprogramme	+40'000	0	0
	– Mehr Zinskostenbeiträge an Beherber- gungsbetriebe	+18'700	0	0
	– Abschluss von touristischen Entwick- lungsprojekten	–166'000	0	0
	– Tiefere Kosten für Provision Vermögens- verwaltung	–1'100	0	0
	– Höhere Zinseinnahmen auf dem Ver- mögen der Tourismusrechnung	–27'500	0	0
	– Marktforschung und Gästebefragung abgeschlossen	–40'000	0	0
	Total	–175'900	0	0

78 **2400 Amt für Natur, Jagd und Fischerei**

312 Informatik

Beschaffungs- und Einführungskosten der neuen Datenbanklösung für Jagd und Fischerei.

318 Dienstleistungen und Honorare

Wegfall Projekte Jagd im Bereich «Lebensraum Wildtiere».

2400 Amt für Natur, Jagd und Fischerei (Fortsetzung)**439 Andere Entgelte**

Nachtrag zum Jagdgesetz: Die Gemeinden überlassen deren Anteil des Jagdpachtzinses der Jahre 2013 bis 2015 dem Kanton. Die definitive Gesetzgebung bleibt vorbehalten.

460 Beiträge für eigene Rechnung

Für die Beiträge gemäss Ökoqualitätsverordnung ist ab 2014 eine vollständige Finanzierung durch den Bund geplant, aber noch nicht beschlossen. Damit fallen nebst den Kantonsbeiträgen (10%) auch die Gemeindebeiträge von 10% weg.

481 Entnahme aus Rückstellungen

Wegfall Entnahme aus Rückstellung, da der «Fonds für fischereiliche Verbesserungen» per Ende Jahr 2012 aufgebraucht sein wird.

3 Departement des Innern

80	3000	Generalsekretariat DI	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
		318 Dienstleistungen und Honorare			
		– Kompetenzzentrum für Integration, Gleichstellung und Projekte – IGP: Projekte Integration	+160'000	0	0
		«Erstinformation» Umsetzung Pilotprojekt seit dem Jahr 2011; flächendeckende ver- besserte Erstinformation: Umsetzung Pos- tulatsbericht zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik des Kantons St.Gallen vom 4. Januar 2011 (40.11.01); Schwer- punkt 4.			
		– Barauslagen in Verfahren	–15'000	0	0
		Die jährliche Weiterbildung findet ab 2013 nicht mehr statt, da der Vormundschafts- dienst aus dem Generalsekretariat aus- gegliedert wird (Vollzugsbeginn KES – Kindes- und Erwachsenenschutzrecht per 1. Januar 2013).			
		– Aufträge an Dritte	–14'000	+32'000	+4'000
		Im Jahr 2013 fällt die Ergebnisaufberei- tung für die Wahlen durch Abraxas und die VRSG weg.			
		– Entschädigungen an die SVA für die Kontrolle der obligatorischen Unfall- versicherung	+1'000	+1'000	+1'000
		Für die Informationen, die Kontrolle und die Erfassung der Arbeitgeber sowie für die Meldung an die Aufsichtsbehörde und an die Ersatzkasse.			
		Total	+132'000	+33'000	+5'000
		360 Staatsbeiträge			
		– Integration: Koordination und Steuerung .	+100'000	0	0
		Aufstockung personeller Ressourcen zur Unterstützung kommunaler Ansprechstel- len für Integration: Umsetzung Postulats- bericht zur Weiterentwicklung der Integra- tionspolitik des Kantons St.Gallen vom 4. Januar 2011 (40.11.01); Schwerpunkt 6. Staatsbeiträge mit Leis- tungsvereinbarungen gekoppelt. Kosten- folge aus Postulatsbericht «Integration: gesetzliche Grundlagen»; Support für Gemeinden.			

		Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
80	3000 Generalsekretariat DI (Fortsetzung)			
	360 Staatsbeiträge (Fortsetzung)			
	– Integration: Frühförderung	+252'000	0	0
	Umsetzung kantonales Impulsprogramm zur Sprach- und Frühförderung bspw. Unterstützung von Modellvorhaben wie Sprachförderprogramme, Spielgruppen, Weiterbildungsangebote für Erzieherinnen und Erzieher: Umsetzung Postulatsbericht zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik des Kantons St.Gallen vom 4. Januar 2011 (40.11.01); Schwerpunkt 1.			
	– Integration: Sprache Kanton	+208'000	0	0
	Ausbau der Unterstützung für niederschwellige Deutschkurse in allen Regionen des Kantons: Umsetzung Postulatsbericht zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik des Kantons St.Gallen vom 4. Januar 2011 (40.11.01); Schwerpunkt 3.			
	Total	+560'000	0	0
80	3050 Sozialwerke des Bundes	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
	360 Staatsbeiträge			
	– Kinderzulagen für Nichterwerbstätige	+250'000	+250'000	+250'000
	Mehraufwendungen bedingt durch die Zunahme der Anzahl Bezüger.			
	– Familienzulagen Landwirtschaft	+200	0	0
	Total	+250'200	+250'000	+250'000
80	3051 Ergänzungsleistungen	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	– Entschädigungen	+350'000	+250'000	+200'000
	Höhere Durchführungskosten der SVA durch die Zunahme der Anzahl Fälle.			
	360 Staatsbeiträge			
	– Ergänzungsleistungen an die AHV und IV	+10'300'000	+10'550'000	+11'350'000
	Korrektur der im Jahr 2012 zu tief budgetierten Beiträge an die Ergänzungsleistungen zu AHV und IV. Steigerung der Beiträge bedingt durch die Zunahme der Anzahl Bezüger.			
	– Übrige Fürsorge (ausserordentliche Ergänzungsleistungen)	+550'000	+400'000	+400'000
	Die laufende Vermögensabnahme der EL-Bezüger führt jährlich zu neuen Bezüger von ausserordentlichen Ergänzungsleistungen. Zudem wurde mit Einführung der neuen Pflegefinanzierung auch der Grenzbetrag erhöht, was zu neuen Fällen führt.			
	Total	+10'850'000	+10'950'000	+11'750'000

		Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
80	3051 Ergänzungsleistungen (Fortsetzung)			
	450 Rückerstattungen des Bundes			
	– Rückerstattung des Bundes an die Durchführungskosten	+100'000	+100'000	+100'000
	Höhere Durchführungskosten (Konto 3051.318) ergeben einen höheren Beitrag des Bundes.			
	460 Beiträge für eigene Rechnung			
	– Beiträge des Bundes an die Ergänzungs- leistungen zur AHV	+3'064'300	+1'337'500	+1'325'000
	– Beiträge des Bundes an die Ergänzungs- leistungen zur IV	–1'332'500	+1'333'800	+1'641'600
	Total	+1'731'800	+2'671'300	+2'966'600

Der Bund beteiligt sich nach Art. 13 ELG an den jährlichen Ergänzungsleistungen. Nach Art. 39 Abs. 1 ELV legt das Eidgenössische Departement des Innern den Bundesanteil in Prozenten fest. Der Satz für die EL zur AHV beträgt für das Jahr 2011 25 Prozent, für die EL zur IV 34.2 Prozent.

Höhere Beiträge (Konto 3051.360) ergeben höhere Beiträge des Bundes.

		Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
81	3100 Amt für Bürgerrecht und Zivilstand			
	312 Informatik			
	– Die bestehende Fachanwendung «Grüezi» muss aus Altersgründen im Jahre 2013 ersetzt werden.	+500'000	–500'000	0
81	3150 Amt für Gemeinden			
	312 Informatik			
	– Im Jahr 2012 wird am Detailprojekt des elektronischen Grundstückinformations- systems Schweiz für den Kanton St.Gallen und die St.Galler Gemeinden gearbeitet. Die Umsetzung erfolgt voraussichtlich im Jahr 2013. Die Einführung des Betriebs führt zu Aufwendungen in den nach- folgenden Jahren.	+450'200	–350'000	0
	347 Finanz- und Lastenausgleich			
	– Ressourcenausgleich: Massnahme Nr. 14 Verzichtsplanung (AFP 2013–2015)	–2'027'500	0	0
	– Sonderlastenausgleich Weite: Teuerungszuschlag	+174'000	0	0
	– Sonderlastenausgleich Schule: Massnahme Nr. 14 Verzichtsplanung (AFP 2013–2015)	+795'400	0	0
	– Sonderlastenausgleich Stadt: Teuerungszuschlag	+456'500	0	0

		Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
81	3150 Amt für Gemeinden (Fortsetzung)			
	347 Finanz- und Lastenausgleich (Fortsetzung)			
	– Partieller Steuerfussausgleich: Es wird berücksichtigt, dass die Steuerfüsse der Gemeinden in den kommenden Jahren wieder erhöht werden (1% = 1,4 Mio. Franken). Diese Annahme basiert auf der Tatsache, dass die Gemeinden im Rahmen des Sparpaketes des Staates Kosten übernehmen müssen.	+1'400'000	+1'400'000	+1'400'000
	– Nachzahlungen Finanzausgleich: konjunkturelle Unsicherheit im Jahr 2013	+150'000	0	0
	Total	+948'400	+1'400'000	+1'400'000
	360 Staatsbeiträge			
	– Projekte nach Gemeindevereinigungs-gesetz (sGS 151.3; abgekürzt GvG) sind rückläufig.	–495'400	–100'000	0
	431 Gebühren für Amtshandlungen			
	– Im Jahr 2013 Rücklauf Genehmigungen von Erlassen und Verfügungen nach Gemeindegesetz und GvG mit anschlies-sender Stagnation.	–121'500	0	0
	452 Rückerstattungen der Gemeinden			
	– Die Rückzahlungen stammen ausschliess-lich aus der 2. und 3. Stufe Finanzaus-gleich. Die Beiträge nähern sich immer mehr den tatsächlichen Verhältnissen an. Deshalb werden die Rückzahlungen ebenfalls rückläufig sein.	–9'000'000	0	0
82	3200 Amt für Soziales			
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	Revision des kantonalen Ordnungsrechts (insbesondere Pflegekinderwesen) in Folge des Gesetzesvorhabens Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KES) und der neuen eidgenössischen Adoptionsverordnung bzw. der Revision der Verordnung über die Aufnahme von Kindern zur Pflege und Adoption (SR 211.222.338; abgekürzt PAVO). Zusätzlicher Aufwand für die Vorbereitung und Umsetzung, vor allem für Schulungen von Fachbehörden und -personal, Aufbau der Infrastruktur und punktuelle Expertenunterstützung. In den ersten Umsetzungsjahren fallen zudem Kosten für Implementierung der notwendigen Qualitätssicherungsinstrumente und Folgeschulungen an. Parallel Projekt Berufsinformation und -bildung Soziales in Kooperation mit den Berufsbildungs-akteuren.			
	360 Staatsbeiträge			
	Betriebsbeiträge an Einrichtungen für Menschen mit Behinderung: Die Mehraufwen-dungen von rund 20 Mio. Franken im Jahr 2013 sind einmalig zur Erhöhung der Peri-odengerechtigkeit der Beitragsausrichtung. Weitere Mehraufwendungen sind Folge von Kostenverschiebungen aufgrund von Taxanpassungen und Neuankennungen von Einrichtungen, die zu einer Entlastung der Ergänzungsleistungen führen. Die übrigen Mehraufwendungen gehen vor allem auf die Zunahme der Aufenthaltstage bzw. Betreu-ungsstunden in inner- und ausserkantonalen Einrichtungen zurück.			

82	3200 Amt für Soziales (Fortsetzung)			
	436 Kostenrückerstattungen			
	Betriebsbeiträge an St.Galler Einrichtungen für Menschen mit Behinderung: Mit dem Wechsel von der Defizitmethode zur Pauschalabgeltung (IVSE-Methode P) sind Überschüsse von den Einrichtungen nicht mehr zurückzuerstatten, sondern müssen einem zweckgebundenen Schwankungsfonds, zum Ausgleich von Defiziten, zugewiesen werden.			
82	3250 Amt für Kultur	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
	310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen			
	– Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen Sukzessive Erhöhung des Medienkredites (inkl. E-Journals) für die Kantonsbibliothek.	+35'000	+108'000	+22'400
	311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge			
	– Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge Staatsarchiv: Für 2012 und 2014 ist der Aufbau einer zeitgemässen audiovisuellen Infrastruktur inkl. der Ablösung der Mikro- filmkamera vorgesehen und damit eine Etablierung eines Kompetenzzentrums für Bildarchiv und Digitalisierung des audio- visuellen Erbes.	–199'800	+103'100	–100'000
	312 Informatik			
	– Informatik-Betriebskosten Die Informatik-Vorhaben führen im Folge- jahr zu zusätzlichen Betriebskosten.	+28'000	+164'000	+45'000
	– Informatik-Investitionskosten Auf 2013 geplant: Amtsleitung/Kulturför- derung: Releasewechsel der zentralen Fachanwendung Scope, Staatsarchiv: Weiterführung Langzeitarchivierung (2012 gemäss Projektphase keine Mittel benötigt), Etablierung Bildarchiv und Records- management; Kantonsbibliothek: Zusam- menführung der Bibliotheksverbände St.Galler Bibliotheksnetz mit IDS-Verbund. Auf 2014 vorgesehen: Staatsarchiv: Weiterführung Langzeitarchivierung; Kan- tonsbibliothek: Einführung eines RFID- Systems (Kennzeichnung der Medien, erleichterte Ausleihe und Rückgabe). Auf 2015 aufgenommen: Staatsarchiv: Weiter- führung Langzeitarchivierung; Kantons- bibliothek: Ablösung der Bibliotheks- software Aleph.	+824'100	–352'100	–210'000
	Total	+852'100	–188'100	–165'000

		Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
82	3250 Amt für Kultur (Fortsetzung)			
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	– Dienstleistungen und Honorare	+140'200	+706'000	+5'000
	Im Staatsarchiv soll der Kompetenzaufbau Bildarchiv/Digitalisierung weiter voran- getrieben werden (wiederkehrend bis 2015 je Fr. 100'000). Ab 2013 ist im Staats- archiv geplant, die Ratsprotokolle etappiert zu digitalisieren (beginnend ab 2. Hälfte 2013 mit Fr. 200'000, ab 2014 weitere Etappe Fr. 400'000). Für 2014 wird im Bereich der Archäologie angestrebt, die Ausgrabungen nicht mehr aus dem Lotteriefonds, sondern aus dem allge- meinen Staatshaushalt zu finanzieren (jeweils Fr. 330'000). Kantonsbibliothek: Im Rahmen der Weiterentwicklung Kan- tonsbibliothek steht eine externe Bestan- deserarbeitung zur Diskussion. Die Digitale Bibliothek Ostschweiz und die Bibliotheks- ausbildung sollen verstärkt werden. Auch die Unterstützungsarbeit der Kant. Kom- mission für Schul- und Gemeindebiblio- theken wird intensiviert (Fr. 100'000).			
	360 Staatsbeiträge			
	– Investitionsbeiträge	0	+115'000	+105'000
	Das Bauen wird kostenintensiver und entsprechend fällt der Staatsbeitrag der Denkmalpflege – jeweils berechnet auf die anrechenbaren Kosten – höher aus.			
	– Laufende Beiträge	+400'000	+160'000	+200'000
	Die Jahresbeiträge an die Kulturinstitu- tionen werden jeweils überprüft und dem Programm und der Ausstrahlung ange- passt. Der Jahresbeitrag an den Verein KlangWeltToggenburg wird ab 2013 erhöht (um Fr. 250'000). Im Weiteren werden Mittel für Optimierungen und An- passungen geplant. Für 2014 und 2015 soll für die jährlich wiederkehrenden Jahresbeiträge, die z.T. seit Jahren un- verändert sind, eine Beitragsanpassung aufgrund der Teuerung geprüft werden.			
	Total	+400'000	+275'000	+305'000
83	3259 Lotteriefonds (SF)	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
	382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen			
	– Einlage in den Lotteriefonds	–165'300	+14'500	–150'500
	Projektbeiträge Kulturförderung sowie Unterstützungs- und Projektbeiträge an Vorhaben aus den Bereichen Soziales, Bildung, Gesundheit, Natur, Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit.			

84	3450 Handelsregisteramt	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
	431 Gebühren für Amtshandlungen			
	– Gebühren	–217'200	0	0
	<p>Die Haupteinnahme des Amtes setzt sich aus der Führung des Handelsregisters und der Notariatstätigkeit gemäss Eidg. Gebührentarif für das Handelsregister und dem kantonalen Gebührentarif für Beurkundungen zusammen. Die Gebühren hängen weitgehend davon ab, ob gebührträchtige Geschäfte anfallen. Es wird mit einer Stagnation der Gebührenerträge infolge der sich abkühlenden Wirtschaft gerechnet sowie mit einer Normalisierung nach der «Opting-out-Welle» (Revision des Aktienrechts).</p>			

4 Bildungsdepartement

		Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
87	4050 Amtsleitung AVS			
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	– PISA-Kompetenzmessung	–26'000	0	0
	– Zusatzstichprobe PISA	–73'800	0	+73'800
	– Projektbeiträge Lehrplan 21	–93'700	–60'800	–21'000
	Entwicklung eines Lehrplans für alle 21 deutsch- und mehrsprachigen Kantone.			
	– Umsetzung Lehrplan 21	+22'000	+40'000	0
	– Projekt Oberstufe 2012	–10'000	0	0
	– Projekt Sonderpädagogik-Konzept	+15'000	–40'000	–50'000
	– Projekte Schulqualität und Schulleitung . .	+40'000	0	0
	– Lehrplan Englisch Oberstufe	–37'000	0	0
	– Fremdevaluation im Rahmen der Neuor- ganisation der Aufsicht in der Volksschule Bestandteil der Massnahme 33 zur Berei- nigung des strukturellen Defizits: Finan- zierung übergeordneter Aufgaben durch den Kanton.	+1'100'000	0	0
	– Schulverwaltungssoftware/Lehreroffice . .	+600'000	0	0
	Bestandteil der Massnahme 33 zur Bereinigung des strukturellen Defizits.			
	Total	+1'536'500	–60'800	+2'800
	360 Staatsbeiträge			
	Schulpsychologische Dienste des Kantons St.Gallen und der Stadt St.Gallen: Bestand- teil der Massnahme 33 zur Bereinigung des strukturellen Defizits.			
87	4051 Lehrmittelverlag			
	310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen			
	Erhöhung des Lehrmittel-Einkaufs infolge der etappenweisen Einführung des neuen Englisch-Lehrmittels Oberstufe und den Anpassungen an den Lehrplan 21. Produktio- nen im Bereich Testsysteme, Musik-, Handarbeit- und Französisch-Lehrmittel.			
	435 Verkaufserlöse			
	Mehreinnahmen bei den selbstentwickelten Testsystemen Stellwerk und Lernpass. Ab 2013 werden alle Lehrmittel der St.Galler Schulen vom Kanton finanziert (Bestandteil der Massnahme 33 zur Bereinigung des strukturellen Defizits).			
87	4052 Lehrerweiterbildung			
	460 Beiträge für eigene Rechnung			
	Die Gemeindebeiträge an die Weiterbildung der Lehrpersonen entfallen (Bestandteil der Massnahme 33 zur Bereinigung des strukturellen Defizits).			
88	4053 Sonderschulen			
	360 Staatsbeiträge			
	Jahr 2013: Reduktion der Schülerzahlen aufgrund des demographischen Wandels. Mehrkosten infolge Anpassungen an die Volksschulgesetzgebung.			
	Jahr 2014: Mit der Umsetzung des neuen Sonderschulkonzeptes werden gleichzeitig ein neues Finanzierungsmodell sowie die aufgeschobenen Reformen in den Sonder- schulen umgesetzt.			
	460 Beiträge für eigene Rechnung			
	Erhöhung der Gemeindebeiträge an die Sonderschulung (Bestandteil der Massnahme 33 zur Bereinigung des strukturellen Defizits).			

		Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
88	4150 Amtsleitung ABB			
	460 Beiträge für eigene Rechnung			
	– Bundesbeitrag an das Projekt Case Management / Plan B	–100'000	–90'000	–100'000
	– Der Bundesbeitrag an das Projekt Mentoring Tandem 15+ entfällt.	–70'000	0	0
	Total	–170'000	–90'000	–100'000
89	4152 Berufliche Grundbildung	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
	360 Staatsbeiträge			
	– Verzicht auf die Einführung von Teilnehmerbeiträgen für Lehrmeisterkurse gemäss Entscheid Kantonsrat (Massnahme Nr. 20 zur Bereinigung des strukturellen Defizits).	+490'000		
	– Überbetriebliche Kurse	+200'000	0	0
	– Qualifikationsverfahren	–10'000	0	0
	– Lehrmeisterkurse	–10'000	0	0
	Total	+670'000	0	0
89	4153 Höhere Berufs- und Weiterbildung			
	360 Staatsbeiträge			
	Interkantonale Fachschulvereinbarung: Steigende Teilnehmerzahlen und Anpassungen der Tarife.			
89	4156 Berufsfachschulen			
	301 Besoldungen			
	Durch die demographische Entwicklung ist ein Rückgang der Lernenden zu erwarten. Der Postulatsbericht 40.11.02 «Strategische Investitionsplanung für st.gallische Bildungseinrichtungen» der Regierung vom 18. Januar 2011 geht von der Annahme aus, dass der Klassenrückgang bis 2015 ca. 8% betragen wird. Auf dieser Basis wurde eine Klassenreduktion von jährlich 1.6% berücksichtigt.			
	303 Arbeitgeberbeiträge			
	Siehe Begründung zu Konto 4156.301.			
	311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge			
	Konzentration der Standorte am Berufs- und Weiterbildungszentrum Sarganserland.			
	316 Mieten, Pachten und Benützungskosten			
	Konzentration der Standorte am Berufs- und Weiterbildungszentrum Sarganserland.			
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	Einmalige Kosten im Jahr 2012 in den Abteilungen Höhere Berufsbildung und Weiterbildung am Berufs- und Weiterbildungszentrum Rorschach-Rheintal entfallen, Minderertrag im Konto 4156.481.			
	436 Kostenrückerstattungen			
	Umzug der FHS St.Gallen, Hochschule für angewandte Wissenschaften, aus den Räumlichkeiten des Kaufmännischen Berufs- und Weiterbildungszentrums St.Gallen in den Neubau Bahnhof Nord.			

- 89 **4156 Berufsfachschulen (Fortsetzung)**
451 Rückerstattungen der Kantone
 Rückgang der ausserkantonalen Schülerzahlen in der Grundbildung.
481 Entnahme aus Rückstellungen
 Die Auflösung zweckgebundener Rückstellungen für einmalige Kosten der Abteilung Höhere Berufsbildung am Beruf- und Weiterbildungszentrum Rorschach-Rheintal entfällt, Minderaufwand im Konto 4156.318.

90	4205 Mittelschulen	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
	301 Besoldungen			
	– Klassenzusammenlegungen in höheren Klassen	–400'000	0	0
	Massnahme Nr. 28 zur Bereinigung des strukturellen Defizits.			
	– Reduktion des Freifachangebots	–270'000	0	0
	Massnahme Nr. 30 zur Bereinigung des strukturellen Defizits.			
	– Zunahme der Klassenzahlen	+1'739'200	+590'900	+529'800
	Anstieg der Klassenzahlen von 202 Klassen (VA 2012) auf 211 Klassen (AFP 2015).			
	– Stärkung der Naturwissenschaften (RRB 2010/17)	+250'000	+330'000	0
	– Neue Bundesvorgaben für die Wirtschaftsmittelschule (RRB 2010/680)	+80'000	0	0
	– Umsetzung neues Mittelschulgesetz	+225'000	0	0
	Total	+1'624'200	+920'900	+529'800

- 303 Arbeitgeberbeiträge**
 Siehe Begründung zu Konto 4205.301.
- 310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen**
 Zunahme im Bereich Unterrichtsinformatik: Mehrkosten für Bandbreitenerhöhung (verstärkte Internetnutzung an den Mittelschulen, Laptopklassen, W-LAN). Mittel aus der Informatik-Bildungsoffensive fallen weg: Bedarf für Kleinprojekte in der Unterrichtsinformatik müssen künftig über das ordentliche Budget abgedeckt werden.
- 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge**
 Die Ausstattungskosten im Jahr 2012 für den Krafraum der Regionalen Sportanlage Sargans entfallen in den Folgejahren.
- 312 Informatik**
 Jahr 2012: Ersatz der Hard- und Software in den Schulverwaltungen, Projekt MIBIS III.
 Jahr 2013: Servervirtualisierung an zwei Mittelschulen.
- 352 Entschädigungen an Gemeinden**
 Kantonsschule Sargans: Kostenbeitrag an die Gemeinde Sargans für die Besoldung des Betriebspersonals der neuen Regionalen Sportanlage ab dem 1. August 2012.

- 4230 Amtsleitung AHS**
318 Dienstleistungen und Honorare
 Beratung für die Umsetzung der Massnahme «Zusammenarbeitsformen und Trägerchaften der Fachhochschulen im Kanton St.Gallen» aus dem Regierungsprogramm: Abschluss im Jahr 2013.

4231 Universitäre Hochschulen

Veränderung AFP 2013 Veränderung AFP 2014 Veränderung AFP 2015

360 Staatsbeiträge

– Beiträge aufgrund der Interkantonalen Universitätsvereinbarung IUV: Mehr Studierende aus dem Kanton St.Gallen an ausserkantonalen Universitäten sowie Anpassung der IUV-Beiträge an die Teuerung um voraussichtlich 7% (2013 ein Semester, 2014 zwei Semester).	+1'700'000	+2'200'000	+700'000
– Universität St.Gallen: Staatsbeitrag brutto Aufstockung der Professuren in den Schools of Management, Economics, Law, Humanities and Social Sciences und Finance sowie Ausbau des Lehrkörpers zur Verbesserung des Betreuungsverhältnisses infolge der stark gestiegenen Studierendenzahl. Höhere Infrastruktur- und Verwaltungskosten in der Lehre aufgrund der Aufstockung der Professuren, Dozierenden, Nachwuchsdozenten und Lehraufträgen aufgrund der stark gestiegenen Studierendenzahl. Ausbau und Miete Müller-Friedbergstrasse. Erhöhung der Nutzungsentschädigung für die Liegenschaften (Mehrertrag BD).	+6'800'400	+3'037'700	+2'849'200
Total	+8'500'400	+5'237'700	+3'549'200

460 Beiträge für eigene Rechnung

Höhere Beiträge gemäss der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) aufgrund des Anstiegs der Studierendenzahlen an der Universität St.Gallen sowie Anpassung der Beiträge an die Teuerung.

92 **4232 Fachhochschulen**

360 Staatsbeiträge

FHS St.Gallen, Hochschule für angewandte Wissenschaften: Ab 1. September 2013 Amortisation und Verzinsung Darlehen für die Finanzierung für den Neubau Bahnhof Nord. Mehraufwand für Umzugs-, Rückbau- und Instandstellungskosten aufgrund des Auszugs aus den Mietobjekten sowie Einrichtungskosten. Mehrkosten für den Betriebsaufwand und Aufbau des Gastronomiebereichs. Höhere Studierendenzahlen in den Fachbereichen Wirtschaft, Soziale Arbeit und Gesundheit. 2014: Wegfall der einmaligen Sonderkosten Bahnhof Nord.

Hochschule für Technik Rapperswil (HSR): Höhere Studierendenzahlen. Erneuerung der Informatiktechnik, Aufbau E-Learning. Ausbau des Lehrkörpers zur Verbesserung des Betreuungsverhältnisses. Mieten von Provisorien zufolge Verzögerung Bau Forschungszentrum. Verbesserung der Technik in den Labors.

Hochschule für Technik Buchs (NTB): Höhere Studierendenzahlen aus dem Kanton St.Gallen.

Hochschule für Heilpädagogik Zürich (HfH): Einlaufender Masterstudiengang Therapeutische Berufe. Ausbau der Forschung und Entwicklung.

Pädagogische Hochschule des Kantons St.Gallen (PHSG): Höhere Studierendenzahlen in den Bachelor- und Masterstudiengängen.

Mehr Studierende aus dem Kanton St.Gallen an ausserkantonalen Fachhochschulen.

93 **4309 Sport-Toto-Fonds (SF)**

382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen

Saldoausgleich im Rechnungsabschnitt.

5 Finanzdepartement

94	5050	Personalamt	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
		312 Informatik			
		– Recordsmanagement:			
		Wegfall einmalige Investitionskosten	0	0	–182'000
		– SAP HR (div.): Steigende Wartungskosten	0	0	+5'000
		– Sharepoint: Ausbau	0	0	+2'000
		– Diverses	0	0	+600
		Total	0	0	–174'400

95	5051	Amt für Finanzdienstleistungen	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
		312 Informatik			
		– Informatik-Investitionskosten	–180'000	+560'000	–560'000
		– Informatik-Betriebskosten	+46'700	+7'200	+9'200
		Total	–133'300	+567'200	–550'800

Diverse Informatikprojekte im Umfeld der Fachapplikation SAP-ERP (u.a. Kreditoren-Workflow (Archivierung; Phase II), Erweiterung HIFIPLAN). Abgestufte Kostensteigerung im Bereich der SAP-Lizenzgebühren.

95	5052	Risk Management			
		319 Anderer Sachaufwand			
		Im Voranschlag 2012 wird nebst den ordentlich anfallenden Schäden mit dem Abschluss grösserer Spitalhaftpflichtfälle (rund 5 Mio. Franken) gerechnet. In der Planperiode nimmt das Schadenvolumen langsam, aber sukzessive zu, weil die Eigenfinanzierung der Spitalhaftpflichtfälle zu höheren Schadenbelastungen führt. Für die Regulierung und Abwicklung eines Spitalhaftpflichtfalles benötigt man im Durchschnitt rund vier Jahre.			
		381 Zuweisung an Rückstellungen			
		Mit der Eigenfinanzierung der Spitalhaftpflichtfälle wird den Spitälern der Erwartungswert an Schäden pro Jahr in Rechnung gestellt. Der Schadeneintritt ist jedoch zeitlich verzögert, so dass die Mittel zunächst in der Eigenversicherungsreserve gepoolt werden. Sukzessive, aber mit zeitlicher Verzögerung, werden dann die gepoolten Mittel wieder benötigt.			
		481 Entnahme aus Rückstellungen			
		Im Jahr 2012 wird mit dem Abschluss grösserer Spitalhaftpflichtfälle gerechnet, was zu einer entsprechenden Fondsentnahme führen wird.			

96	5054	Dienst für Informatikplanung	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
		312 Informatik			
		– Informatik-Investitionskosten	+1'730'000	–995'000	–545'000
		– Informatik-Betriebskosten	+636'000	+333'000	+30'000
		Total	+2'366'000	–662'000	–515'000

Für das Jahr 2013 sind grössere Vorhaben wie der Ersatz der dezentralen Telefonesysteme (Fr. 500'000), Aufbau der kantonalen Register (Fr. 500'000), Anhebung der derzeit in der Enterprise Content Management (ECM) Plattform eingesetzten Oracle Version (Fr. 400'000), Weiterentwicklungen im Bereich Identity und Access Management (Fr. 250'000), Aufbau eines Informatik Architekturmanagements (Fr. 240'000), Erweiterung der ECM Plattform für die Archivierung von elektronisch signierten Dokumenten (Fr. 200'000) sowie der Ausbau des Controlling Werkzeugs SAP-RPM (Fr. 200'000) geplant.

96 **5054 Dienst für Informatikplanung (Fortsetzung)**

312 Informatik (Fortsetzung)

Für das Jahr 2014 sind weitere Ausbauschritte der kantonalen Register (Fr. 550'000), Ausbau der ECM Plattform (Fr. 400'000) sowie Weiterentwicklungen im Bereich Identity und Access Management (Fr. 250'000) geplant.

Für das Jahr 2015 sind weitere Ausbauschritte der ECM Plattform (Fr. 400'000) sowie Weiterentwicklungen im Bereich Identity und Access Management (Fr. 250'000) geplant.

Der Weiterausbau der E-Government Plattformen, ECM- und Datenaustausch-Plattform sowie die Einführung von elektronischen Identitäten begründen wesentlich den Anstieg der geplanten Betriebskosten der folgenden Jahre.

318 Dienstleistungen und Honorare

Projektierungskredit im Jahr 2013 für das geplante Sonderkreditvorhaben «SBI2015» (Strategische Basisinfrastruktur).

489 Bevorschussungen

Bevorschussung Projektierungskosten «SBI2015», siehe Konto 5054.318.

97 **5100**

Amtsleitung KStA

312 Informatik

	Veränderung FP 2013	Veränderung FP 2014	Veränderung FP 2015
– Informatik-Investitionskosten	+2'850'000	-950'000	-1'450'000
– Informatik-Betriebskosten	+1'427'400	+751'000	+663'000

Total	+4'277'400	-199'000	-787'000
------------------------	-------------------	-----------------	-----------------

Im Jahr 2013 steht die Weiterführung des Projektes «CH-Meldewesen» (Fr. 250'000), das Projekt «Lohnmeldeverfahren mit Arbeitgebern» (Fr. 300'000) sowie die erste Etappe der Fallverwaltung für natürliche Personen (Fr. 300'000) an. Zudem soll das Geoportal des DIP in die Fachapplikation SN neue Steuern für natürliche Personen integriert werden (Fr. 100'000).

Im Jahr 2014 ist geplant, das Projekt «CH-Meldewesen» weiterzuführen (Fr. 300'000), ausserdem steht der Weiterausbau der Fallverwaltung (Fr. 300'000) sowie die zweite Etappe des Lohnmeldeverfahrens mit Arbeitgebern (Fr. 300'000) an. Zudem soll die Applikation EVA für juristische Personen durch ein vollintegratives und veranlagungsunterstützendes Modul ergänzt (Fr. 400'000), die Lösung für Grundstücksgewinnsteuern in abx-tax integriert (Fr. 250'000), ein ePortal für Unternehmen realisiert (Fr. 200'000) und ein Workflow-System umgesetzt werden (Fr. 150'000).

Im Jahr 2015 soll die letzte Etappe des Projektes «CH-Meldewesen» (Fr. 150'000), eine weitere Etappe der Fallverwaltung (Fr. 150'000) sowie die Weiterführung der Implementation des Workflow-Systems (Fr. 150'000) realisiert werden.

Bei den Betriebskosten ist ab 2013 das neue Modul «elektronische Einreichung der Quellensteuerabrechnung» (SSL) in Betrieb und ab 2014 die neue Quellensteuer-Applikation. Zudem schlägt die geplante Einführung der 1. Etappe von eDesk (Fallverwaltung) ab 2013 zu Buche. Die Aufwändungen für eDesk steigen bis zum Vollausbau per 2016 stetig an. Diese Kosten werden jedoch durch die Kürzung der Grundaufwandsentschädigung (Konto 5100.352) mehr als kompensiert.

352 Entschädigungen an Gemeinden

– Entschädigung Gemeinden Bezugsprovision provisorische dBSt	+20'000	+20'000	+20'000
– Grundaufwandsentschädigung Gemeinden	+90'000	+90'000	+90'000
– Veranlagungsentschädigung Gemeinden .	+50'000	+50'000	+50'000

Total	+160'000	+160'000	+160'000
------------------------	-----------------	-----------------	-----------------

Es ist mit einer leichten Zunahme der Steuerpflichtigen zu rechnen, so dass die Entschädigungen ab 2013 leicht ansteigen.

318 Dienstleistungen und Honorare

Die Bezugsprovisionen der Quellensteuer widerspiegeln die Entwicklung des Quellensteuerertrages. Die Bezugsprovision beträgt nicht genau 4% des Bruttoertrages, da verschiedene Faktoren wie ergänzende ordentliche Veranlagungen, Ermessensveranlagungen und Netto-Zuweisungen aus anderen Kantonen zu Abweichungen führen.

330 Abschreibungen auf Finanzvermögen

Bei den Gewinn- und Kapitalsteuern ist im Finanzplan 2013 mit einem Mehraufwand von 0.2 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag 2012 zu rechnen. Dieser resultiert aufgrund der zu erwartenden höheren Anzahl an Konkursen und den damit zusammenhängenden Abschreibungen. Die Finanzplanwerte für die Jahre 2014 und 2015 bleiben gegenüber dem Jahr 2013 gleich.

340 Ertragsanteile des Bundes

Die Anteile ergeben sich aus den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen; die Veränderungen spiegeln die Entwicklung des Steuerertrages wider.

341 Ertragsanteile der Kantone

Die Ertragsanteile der Kantone aus den Quellensteuern ergeben sich aufgrund interkantonaler Verrechnungen. Die Veränderungen spiegeln die Entwicklung des Steuerertrages wider.

342 Ertragsanteile der Gemeinden

– aus Gewinn- und Kapitalsteuern	–2'100'000	+6'400'000	+6'700'000
– aus Quellensteuern	+1'654'000	+3'000'000	+5'200'000
– aus Grundstückgewinnsteuern	+3'900'000	+2'200'000	+2'300'000

Total	+3'454'000	+11'600'000	+14'200'000
------------------------	-------------------	--------------------	--------------------

Die Anteile ergeben sich aus den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen; die Veränderungen spiegeln die Entwicklung des Steuerertrages wider. Total erhöhen sich die Ertragsanteile der Gemeinden gemäss Finanzplan 2013 gegenüber dem Voranschlag 2012 um 3.5 Mio. Franken. Zwischen dem Finanzplan 2013 und dem Finanzplan 2014 beträgt die Erhöhung 11.6 Mio. Franken; zwischen dem Finanzplan 2014 und dem Finanzplan 2015 ergibt sich eine Erhöhung von 14.2 Mio. Franken.

344 Ertragsanteile Dritter

– aus Gewinn- und Kapitalsteuern	–400'000	+1'100'000	+1'200'000
– aus Quellensteuern	+147'000	+200'000	+300'000

Total	–253'000	+1'300'000	+1'500'000
------------------------	-----------------	-------------------	-------------------

Die Ertragsanteile Dritter beinhalten jenen Anteil an den Gewinn- und Kapitalsteuern, der an die mit hohen Steuern belasteten Kirchengemeinden fällt (22.5 Prozent der festen Zuschläge von 220 Prozent der einfachen Steuer) sowie den Fiskalausgleich an Österreich von 12.5 Prozent des Steueraufkommens von österreichischen Grenzgängern in privatrechtlichem Arbeitsverhältnis.

Die Veränderungen spiegeln die Entwicklung des Steuerertrages wider. Insgesamt vermindern sich die Ertragsanteile Dritter im Finanzplan 2013 gegenüber dem Voranschlag 2012 um 0.3 Mio. Franken. Zwischen dem Finanzplan 2013 und dem Finanzplan 2014 erhöhen sich die Ertragsanteile um 1.3 Mio. Franken; zwischen dem Finanzplan 2014 und dem Finanzplan 2015 ergibt sich eine Erhöhung von 1.5 Mio. Franken.

5105 Kantonale Steuern (Fortsetzung)

	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
400 Einkommens- und Vermögenssteuern			
– Sollbetrag Jahressteuern	+27'830'000	+33'291'000	+34'516'000
– Sollbetrag Nachzahlungen	+941'000	+2'009'000	+2'084'000
Total	+28'771'000	+35'300'000	+36'600'000

Aufgrund der mutmasslichen Rechnung 2011 sowie der angenommenen Einkommens- und Vermögensveränderungen wird für den Finanzplan 2013 mit einem Einkommenszuwachs gegenüber dem Voranschlag 2012 von 2.5 Prozent (progressionsbereinigt 3.75 Prozent) und mit einem Vermögenszuwachs von 2.0 Prozent gerechnet. Die Nachzahlungen erhöhen sich gegenüber dem Voranschlag 2012 um 0.9 Mio. Franken. Für den Finanzplan 2014 und 2015 wird ebenfalls mit einem Einkommenszuwachs gegenüber dem Vorjahr von je 2.5 Prozent und mit einem Vermögenszuwachs von je 2.0 Prozent gerechnet. Die Nachzahlungen erhöhen sich im Finanzplan 2014 und 2015 um je 2.0 Mio. Franken. Diese Finanzplanwerte basieren auf einem Kantonssteuerfuss von 105 Prozent.

401 Gewinn- und Kapitalsteuern

– Sollbetrag Kantonssteuern	+8'300'000	+5'200'000	+5'400'000
– Steuerzuschlag Kantonssteuern	–3'500'000	+10'800'000	+11'400'000
Total	+4'800'000	+16'000'000	+16'800'000

Aufgrund der mutmasslichen Rechnung 2011 sowie der angenommenen Gewinn- und Kapitalveränderungen wird für den Finanzplan 2013 mit einem gleichbleibenden Gewinn und einem gleichbleibenden Kapital wie im Voranschlag 2012 gerechnet. Die Zunahme von 4.8 Mio. Franken zwischen dem Voranschlag 2012 und dem Finanzplan 2013 resultiert aus der nachträglichen Auswirkung der Steuerfussanpassung von 95 auf 105 Prozent. Für den Finanzplan 2014 und 2015 wird mit einer Gewinnzunahme gegenüber dem Vorjahr von je 5.0 Prozent und mit einem gleichbleibenden Kapital gerechnet. Diese Finanzplanwerte basieren auf einem Kantonssteuerfuss von 105 Prozent.

402 Quellensteuern

Beim Quellensteuer-Ertrag auf Erwerbseinkünften von natürlichen Personen mit steuerrechtlichem Wohnsitz oder Aufenthalt in der Schweiz wird gemäss mutmasslicher Rechnung 2011 für den Finanzplan 2013 mit einer Erhöhung gegenüber dem Vorschlag 2012 um 4.0 Prozent gerechnet. Für den Finanzplan 2014 wird ebenfalls mit einem Zuwachs von 4.0 Prozent; für den Finanzplan 2015 mit einem Zuwachs von 5.0 Prozent gerechnet.

403 Grundstückgewinnsteuern

– Sollbetrag Kantonssteuern	+5'100'000	+1'900'000	+2'000'000
– Sollbetrag Steuerzuschläge	+7'100'000	+4'100'000	+4'300'000
Total	+12'200'000	+6'000'000	+6'300'000

Die Immobilien- und Baubranche im Kanton St.Gallen befindet sich nach wie vor in einer positiven Entwicklung. Für den Finanzplan 2013 wird deshalb mit einem Wachstum von 5.0 Prozent gegenüber dem Voranschlag 2012 gerechnet. Für den Finanzplan 2014 und 2015 wird ebenfalls mit einem Zuwachs von je 5.0 Prozent gerechnet.

405 Erbschafts- und Schenkungssteuern

Bei den Erbschaftssteuern wird für den Finanzplan 2013 mit einem Minderertrag von 2.0 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag 2012 gerechnet. Für den Finanzplan 2014 und 2015 wird mit gleichbleibenden Erträgen gerechnet.

- 97 **5105 Kantonale Steuern (Fortsetzung)**
437 Bussen
Dieser Ertrag resultiert im Wesentlichen aus Bussen aufgrund formeller und materieller Steuerverfähdung. Für den Finanzplan 2013 wird mit einem Mehrertrag von 0.4 Mio. Franken gerechnet. Für den Finanzplan 2014 und 2015 wird mit gleichbleibenden Erträgen gerechnet.
- 98 **5106 Bundessteuern**
440 Anteile an Bundeseinnahmen
Die zu erwartenden Anteile an der direkten Bundessteuer basieren auf kantonsinternen Berechnungen sowie bezüglich Zuwachsprognosen auf den Schätzungen der Eidg. Steuerverwaltung. Aufgrund des heutigen Kenntnisstandes muss davon ausgegangen werden, dass der Ertrag im Finanzplan 2013 um 2.6 Mio. Franken geringer ausfallen wird als der Voranschlag 2012. Im Finanzplan 2014 wird dann wieder mit einem Mehrertrag von 5.6 Mio. Franken gegenüber dem Finanzplan 2013 gerechnet; im Finanzplan 2015 nochmals mit einem Mehrertrag von 6.6 Mio. Franken gegenüber dem Finanzplan 2014.
- 98 **5500 Vermögenserträge**
420 Vermögenserträge aus Post und Banken
Aufgrund der geplanten Eigenkapitalbezüge sowie der steigenden Nettoinvestitionen nimmt die freie Liquidität bzw. deren Verzinsung kontinuierlich ab.
421 Vermögenserträge aus Guthaben
Die Finanzierungsfehlbeträge in den kommenden Jahren führen trotz leichtem Zinsanstieg zu entsprechend weniger Zinserträgen.
422 Vermögenserträge aus Anlagen des Finanzvermögens
Im Spätsommer 2011 sind die Zinsen nochmals ins Rutschen gekommen. Gleichzeitig werden in den kommenden Jahren vereinzelt Kapitalanlagen zur Rückzahlung fällig.
425 Vermögenserträge aus Darlehen des Verwaltungsvermögens
Ab 1. September 2013 erstmaliger Zinsertrag auf dem Darlehen an die Fachhochschule St.Gallen aus der Übertragung der Liegenschaft «Bahnhof Nord».
- 98 **5501 Passivzinsen**
320 Zins auf laufenden Verpflichtungen
Ab dem Jahr 2014 ist eine Verzinsung der Unterdeckung gegenüber den beiden Versicherungskassen (VKStP, KLVK) in der Finanzplanung enthalten. Die Einzelheiten werden in einer separaten Vorlage zu regeln sein. Diesbezüglich werden derzeit verschiedene Varianten geprüft.
322 Zins auf mittel- und langfristigen Schulden
Die vorliegenden Finanzplanzahlen gehen davon aus, dass spätestens anfangs 2014 die vorhandene Liquidität aufgebraucht ist und dementsprechend neues Fremdkapital beschafft werden muss. Das bis zu diesem Zeitpunkt zur Rückzahlung fällig werdende Fremdkapital muss noch nicht refinanziert werden.

5505 Abschreibungen**331 Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen**

	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
Kantonsstrassenbau	+2'208'000	+25'000'000	+13'000'000
Hochbauten			
– 2003–2012 Polizeistützpunkt Schmerikon, Neubau	–929'400	0	0
– 2004–2013 Gewerbliche Berufsschule St.Gallen, Dreifachturnhalle	–764'300	0	0
– 2005–2014 Universität St.Gallen, Erweiterung WBZ Holzweid	0	–257'400	–887'700
– 2009–2013 Kantonsspital St.Gallen, Haus 57, Sanierung und Umnutzung	0	–1'660'000	0
– 2004–2013 Anstalt Bitzi, Umbau in Mass- nahmenanstalt	–1'448'500	–181'200	0
– 2009–2013 Spital Walenstadt, Erweiterung Notfallstation	0	–980'000	0
– 2010–2014 PHSG, Umbau und Erweite- rung Mensa Gossau	0	0	–870'000
– 2006–2015 Universität St.Gallen, Sanierung und Erweiterung	0	0	–4'200
– 2008–2012 Südostbahn, Technische Verbesserungen	–1'382'500	0	0
– 2008–2012 Kunst(Zeug)Haus Rapperswil- Jona	–840'000	0	0
– 2008–2012 Sonnenhof Ganterschwil, Erweiterung und Sanierung	–1'600'000	0	0
– 2013–2017 Kantonsspital St.Gallen, Sanierung Haus 54 Lernhaus	+800'000	0	0
– 2013–2017 Kantonsspital St.Gallen, Sanierung und Erweiterung Haus 02	+1'000'000	0	0
– 2013–2022 Fischzuchtanlage Bodensee, Neubau	+1'000'000	0	0
– 2013–2022 Kantonsschule Sargans, Ausbau und Sanierung	+5'600'000	0	0
– 2013–2022 Kaufm. BWZ St.Gallen, Unterhaltsmassnahmen	+1'100'000	0	0
– 2014–2018 Kantonsspital St.Gallen, Notstromversorgung	0	+1'400'000	0
– 2014–2023 Klanghaus Toggenburg, Neubau	0	+2'900'000	0
– 2014–2023 Landw. Zentrum Salez, Umbau und Erweiterung	0	+4'000'000	0
– 2014–2023 Regionalgefängnis Altstätten, Erweiterung	0	+3'000'000	0
– 2014–2023 Kantonsspital St.Gallen, Sanierung Energiezentrale	0	+1'400'000	0
– 2014–2023 Spitäler Altstätten, Grabs, Linth und Wattwil, Erneuerung und Erweiterung, 1. Teilkredit	0	+10'000'000	0
– 2015–2019 Polizeiposten Wil, Neubau	0	0	+1'000'000
– 2015–2019 Psych. Klinik Wil, Teilsanierung Haus A01	0	0	+1'200'000
– 2015–2024 Kantonsschule Wattwil, Ausbau und Sanierung	0	0	+6'000'000
– 2015–2024 Davidstrasse 31 St.Gallen, Erwerb	0	0	+2'500'000

5505 Abschreibungen (Fortsetzung)**331 Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen (Fortsetzung)****Hochbauten (Fortsetzung)**

	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
– 2015–2024 Kantonsspital St.Gallen, Sanierung Gebärsaal und Neonatologie Haus 06	0	0	+1'000'000
– 2015–2024 Spitäler Altstätten, Grabs, Linth und Wattwil, Erneuerung und Erweiterung, 2. Teilkredit	0	0	+10'000'000
– 2015–2024 Psych. Klinik Pfäfers, Sanierung Klostergebäude	0	0	+1'600'000
– 2015–2024 Heimstätten Wil, Neubau Werkstattgebäude	0	0	+900'000

Technische Einrichtungen

– 2008–2012 E-Government	–1'308'600	0	0
– 2007–2016 Kantonale Notrufzentrale, Ersatz Einsatzleitsystem	0	0	–420'500
– 2013–2017 E-Government II	+1'200'000	0	0
– 2013–2017 EDUC Sek.II	+820'000	0	0
– 2015–2020 SBI 2015 Strategische Basis- infrastruktur	0	0	+2'500'000

Investitionsbeiträge

– 2001–2012 Stadion St.Gallen-West	–955'700	0	0
– 2008–2012 S-Bahn St.Gallen, Publikums- anlagen SBB	–977'400	0	0
– 2009–2013 Südostbahn, Technische Verbesserungen 2008	–200	–1'404'900	0
– 2005–2014 Polysportives Zentrum Ostschweiz St.Gallen	0	0	–1'200'000
– 2010–2014 Südostbahn, Technische Verbesserungen 2009	0	+100	–1'461'100
– 2011–2015 Südostbahn, Technische Verbesserungen 2010	0	0	–100
– 2013–2017 Bahnhofplatz St.Gallen, Bushof	+1'000'000	0	0
– 2013–2017 Südostbahn, Investitions- vereinbarung 2012	+1'742'600	0	0
– 2013–2017 Naturmuseum St.Gallen, Neubau	+1'400'000	0	0
– 2013–2017 Sprachheilschule St.Gallen . .	+1'286'800	0	0
– 2013–2022 Fachhochschule Rapperswil, Forschungszentrum	+2'300'000	0	0
– 2013–2022 HPV Gossau-Untertoggen- burg-Wil, Neubau Werkstätten und Sanierung Buechenwäldli	+900'000	0	0
– 2013–2022 Hochschule für Technik Buchs, Erneuerungsinvestitionen	+944'500	0	0
– 2014–2018 Appenzellerbahnen, Durchmesserlinie	0	+1'000'000	0
– 2014–2018 Südostbahn, Investitions- vereinbarung 2013	0	+1'331'300	0
– 2014–2018 Verein Landscheide Wald- Schönengrund, Neubau Wohngebäude / Erweiterung Wohnheim	0	+800'000	0

98	5505	Abschreibungen (Fortsetzung)	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
	331	Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen (Fortsetzung)			
		Investitionsbeiträge (Fortsetzung)			
		– 2014–2018 HPV Gossau-Untertoggenburg-Wil, Erweiterung Schule und Neubau Internat	0	+1'200'000	0
		– 2014–2023 Valida St.Gallen	0	+900'000	0
		– 2015–2019 Südostbahn, Investitionsvereinbarung 2014	0	0	+1'055'200
		– 2015–2024 Kunstmuseum St.Gallen, Um- und Neubau	0	0	+1'300'000
		Total	+13'095'300	+48'447'900	+37'211'600

99	5509	Verschiedene Aufwendungen und Erträge	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
	312	Informatik			
		– Informatik-Investitionen	–4'219'000	+5'912'400	+3'118'500
		– Informatik-Betriebskosten	–1'000'000	–500'000	–500'000
		Total	–5'219'000	+5'412'400	+2'618'500

Im vorliegenden Aufgaben- und Finanzplan 2013–2015 sind die einzelnen Informatik-Investitionsvorhaben in den entsprechenden Ämtern, Abteilungen und Anstalten erfasst. Für das Jahr 2013 übersteigt diese Detailplanung den jährlichen Plafonds (rund 10.5 Mio. Franken) für neue Informatikvorhaben um rund 4.2 Mio. Franken. Aus diesem Grund wurde zentral eine entsprechende Pauschalkürzung erfasst. In den Jahren 2014 und 2015 musste im Gegensatz zum Vorjahr eine pauschale Anhebung auf die Höhe des Plafonds von 1.7 Mio. Franken bzw. 4.8 Mio. Franken erfasst werden. Im Bereich der Informatik-Betriebskosten wird davon ausgegangen, dass in Zukunft durch das verwaltungsintern laufende Projekt «Kostenentlastung im Bereich Informatik» die Kosten reduziert werden können. Aus diesen Gründen wurde zentral eine entsprechende Pauschalkürzung von 1 Mio. Franken im 2013, 1.5 Mio. Franken im 2014 sowie 2.0 Mio. Franken im 2015 erfasst.

426 Vermögenserträge aus Beteiligungen des Verwaltungsvermögen

Das Eidg. Finanzdepartement (EFD) und die Schweizerische Nationalbank (SNB) haben eine neue Vereinbarung über die Gewinnausschüttung der SNB unterzeichnet. Diese gilt für die Geschäftsjahre 2011 bis 2015. Unter der Voraussetzung einer positiven Ausschüttungsreserve bezahlt die SNB künftig jährlich 1 Mrd. Franken an Bund und Kantone. Es ist noch ungewiss, wann die nächste Ausschüttung stattfindet. Dies hängt von der weiteren Entwicklung an den Finanzmärkten ab.

440 Anteile an Bundeseinnahmen

Gemäss Schätzung der Eidg. Steuerverwaltung werden die Kantonsanteile an der Verrechnungssteuer sowie der EU-Zinsbesteuerung jährlich leicht ansteigen.

447 Finanz- und Lastenausgleich

– Ressourcenausgleich	+3'645'000	+10'000'000	+10'000'000
Der zukünftige Ertrag im Rahmen des Ressourcenausgleichs (NFA) wird auf Basis der heute zur Verfügung stehenden Grundlagen hochgerechnet. Es wird basierend auf einem leicht rückläufigen Ressourcenpotential mit entsprechenden Mehreinnahmen gerechnet.			

99 **5509 Verschiedene Aufwendungen und Erträge (Fortsetzung)**

488 Entnahme aus Eigenkapital

Auf die Entnahme von freiem Eigenkapital wird im vorliegenden Aufgaben- und Finanzplan 2013–2015 wiederum verzichtet, was gegenüber dem Voranschlag 2012 zu einem Minderertrag von 200 Mio. Franken führt. Die Entnahme aus dem besonderen Eigenkapital wird mit 25.6 Mio. Franken auf dem gleichen Niveau wie im Voranschlag 2012 belassen.

99	5600	Allgemeiner Personalaufwand	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
		308 Pauschale Besoldungskorrekturen			
		– Vollzug der finanzwirksamen Regelungen der neuen Personalgesetzgebung per 01.01.2013	+13'470'000	0	0
		– Teuerungszuschlag von 1 Prozent auf Basis des Voranschlags 2012	0	+9'100'000	0
		– Nettoaufwand von 0.1 Prozent aus Stufenanstieg (0.6%) und Mutationsgewinn (0.5%)	+781'300	+887'900	+921'900
		– Korrektur Beförderungsquote: Zentrale Budgetierung der Beförderungsquote (0.4% kumulativ) auf Basis des Voranschlags 2012	+3'849'700	+3'551'700	+3'687'400
		Total	+18'101'000	+13'539'600	+4'609'300
		309 Anderer Personalaufwand			
		– Personalbefragung findet nur alle drei Jahre statt.	–80'000	0	0
		– Andere Sozialmassnahmen: Rückgang Härtefälle Familienzulage	–20'000	0	0
		– Innovationspreis: Findet nur alle zwei Jahre statt	–45'000	0	0
		– Gesetzesvorhaben: Höhere AG-Beiträge VKStP aufgrund der mutmasslichen Anpassung des Versicherungsmodells an die demografischen Entwicklungen	+11'400'000	0	0
		– Diverses	–2'000	0	0
		Total	+11'253'000	0	0

6 Baudepartement

100	6000	Generalsekretariat BD			
	318	Dienstleistungen und Honorare	2012: Abschluss der Projekte «Begleitung Baugesetz» und «Beschleunigung Baubewilligungsverfahren».		
100	6001	Wohnbauförderung			
	312	Informatik	Ablösung WEG-Applikation Wohnbauförderung: Projektabschluss 2012.		
	360	Staatsbeiträge	Wohnbauförderung, Fondsgelder: Kantonsbeiträge rückgängig (für erste Geschäfte läuft die Subventionszeit im 2015 ab).		
101	6009	Mietwohnungsfonds (SF)			
	482	Entnahme aus Spezialfinanzierungen	2012: Einmalige Fondsauflösung von Fr. 800'000: Nicht benötigte Mittel aufgrund Wegfall subventionierter Liegenschaften und generell höherer Einkommen der Subventionsempfänger.		
101	6050	Amt für Raumentwicklung und Geoinformation			
	301	Besoldungen	Ab 2013: eine zusätzliche Stelle in der Abteilung Geoinformation (GeoGov Bus).		
	309	Anderer Personalaufwand	Zwei zusätzliche Stellen in der Abteilung Geoinformation für die Umsetzung des Geoinformationsgesetzes (siehe Gesetzesvorhaben GeoIG).		
	312	Informatik	2013: Projektfortsetzung GeoGov Bus.		
	318	Dienstleistungen und Honorare	2014: Aktualisierung der Orthofotos des Kantons St.Gallen.		
	360	Staatsbeiträge	Staats- und Bundesbeiträge an die Erneuerung der amtlichen Vermessung, Projekt Periodische Nachführung: Wegen der Verschiebung der Operate war der zugesicherte Bundesbeitrag im Voranschlag 2012 entsprechend höher.		
	460	Beiträge für eigene Rechnung	Bundesbeiträge für Amtliche Vermessung: gemäss Programmvereinbarung 2008–2011 / 2012–2015 bzw. Leistungsvereinbarung 2011 und Folgejahre.		
102	6100	Amtsleitung HBA	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
	301	Besoldungen			
		– 4 Projektleiter Betriebsoptimierung Energie, 5 Projektleiter Baubereiche/ Projektentwicklung	+1'023'800	0	0
		– 2 Projektleiter Betriebsoptimierung Energie	0	+245'800	0
		Total	+1'023'800	+245'800	0
	303	Arbeitgeberbeiträge			
		Siehe Begründung Konto 6100.301			

102	6100	Amtsleitung HBA (Fortsetzung)	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
	318	Dienstleistungen und Honorare			
		– Unterschiedlicher Bedarf an Projektie- rungskrediten für Vorhaben gemäss Investitionsprogramm 2012–2015.	0	–3'000'000	–3'000'000
		– Projektierungskosten: Im Jahr 2012 wurden nur Fr. 1'500'000 Projektierungs- kredit eingestellt. Der Gesamtbedarf 2012 wird durch Kreditumlagerungen im Jahr 2011 von zurückgestellten Projekten beschafft.	+7'500'000	0	0
		– Fernmeldegebühren	+200	0	0
		– Höhere Aufträge an Dritte für die Entwick- lung eines systematischen Immobilien- controllings.	+50'000	–150'000	0
		Total	+7'550'200	–3'150'000	–3'000'000

489 Bevorschussungen

Bevorschussung Projektierungskosten. Siehe Begründung Konto 6100.318.

102	6105	Verwaltung der Staatsliegenschaften	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
	301	Besoldungen			
		Befristete Hauswartstelle bis 2014.			
	316	Mieten, Pachten und Benützungskosten			
		Veränderte Mietbedürfnisse infolge Bezug «Verwaltungszentrum Oberer Graben» Strategie/Verzichtsplanung Massnahme 6.05: Konzept für Verdichtungsmassnahmen.			
	318	Dienstleistungen und Honorare			
		– Grundsteuer/Perimeter	+36'000	0	0
		– Sachversicherung	+50'000	0	0
		– Entsorgungskosten	+3'000	0	0
		– Aufträge an Dritte: Kostenfolge Massnah- me 6.05 der Strategie/Verzichtsplanung. Konzept für Verdichtungsmassnahmen (Mietzinsreduktion).	+200'000	0	–200'000
		– Reinigung durch Dritte: Ersatz für Austritte Personal.	+40'000	0	0
		– Fernmeldegebühren	+2'400	0	0
		Total	+331'400	0	–200'000

423 Liegenschaftserträge des Finanzvermögens

Neue Mieteinnahmen infolge Erwerb «Areal Güterbahnhof St.Gallen».

427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens

		– Nutzungsentschädigungen Psychiatrie- bauten	+2'028'800	+1'435'300	+613'400
		– Nutzungsentschädigungen Laborbauten .	+28'300	+41'900	+17'900
		– Miet-/Pachtzinsen	–37'000	0	0
		– Nutzungsentschädigungen Hochschulen ..	+2'349'300	0	+350'200
		– Nutzungsentschädigungen Fachhochschulen	+344'400	0	+307'500
		– Nutzungsentschädigungen Spitalbauten ..	+4'635'400	+5'174'800	+1'842'500
		Total	+9'349'200	+6'652'000	+3'131'500

Nutzungsentschädigungen allgemein – Veränderungen infolge Zinsschwankungen und angepasste Liegenschaftswerte.

- 103 **6150 Amtsleitung TBA**
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge
 Im Voranschlag 2012 sind Investitionskosten für einen Bus und ein GPS der Vermessungsequipe geplant.
438 Eigenleistungen für Investitionen
 Plafonierung Aufwandüberschuss Amtsleitung gemäss Vorgabe Massnahmenpaket 1997.
- 103 **6152 Gemeindestrassen**
360 Staatsbeiträge
 Die Zusicherungen für die werkgebundenen Beiträge an die Gemeinden steigen in Abstimmung mit dem Programm Agglomerationsverkehr des Bundes. Die nicht werkgebundenen Beiträge an die Gemeinden resultieren aus der Strassenrechnung.
- 103 **6153 Kantonsstrassen**
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge
 Ausserordentliche Sparvorgabe 2012 bei der Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten. Der Finanzplan entspricht der Mehrjahresplanung.
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt
 Zur Sicherstellung des Winterdienstes sind im Voranschlag 2012 zusätzliche Investitionskosten für die Erhöhung der Salzlagerkapazität geplant.
360 Staatsbeiträge
 Die fachliche Unterstützung bei Agglomerationsprogrammen sowie die Umsetzung der Schwachstellenanalyse «Rollender Langsamverkehr» verursachen höhere Kosten.
- 104 **6154 Nationalstrassen**
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt
 Der Aufwand variiert je nach Auftragsvolumen des Bundesamtes für Strassen (ASTRA). Diese Kosten werden vom ASTRA rückerstattet im Konto 6154.450.
450 Rückerstattungen des Bundes
 Die Einnahmen entsprechen dem Auftragsvolumen des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) gemäss Kommentar im Konto 6154.314.
- 104 **6156 Gewässer**
301 Besoldungen
 Aufgrund der Sparvorgaben wurde die im AFP 2012–2014 (2012) geplante Stelle eines zusätzlichen technischen Mitarbeiters für den Vollzug des neuen Wasserbaugesetzes um ein Jahr zurückgestellt.
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt
 Mehrjahresplanung der Projektierungs- und Baukosten für den Ausbau von Kantonsgewässern gemäss neuem Wasserbaugesetz.
318 Dienstleistungen und Honorare
 Minderaufwand für Ingenieur- und Beratungshonorare von Dritten bei den Projekten Naturgefahren und Richtplan 01 Ökomorphologie Fliessgewässer.
360 Staatsbeiträge
 Erhöhung der Staatsbeiträge für Gewässerbauten (neues Wasserbaugesetz). Ab 2014 werden Beiträge an die Unterhaltskosten der Linth gemäss Linthgesetz geplant.
460 Beiträge für eigene Rechnung
 Aufgrund der neuen Projekte für den Ausbau an Kantonsgewässern steigen die diesbezüglichen Bundes- und Gemeindebeiträge.

- 105 **6159 Steinbruch Starckenbach**
- 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge**
Beschaffung von Fahrzeugen, Maschinen und Geräten gemäss Mehrjahresplanung.
- 314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt**
Die Investitionskosten entsprechen der Planung für die Teilautomatisierung von Produktionsanlagen.
- 381 Zuweisung an Rückstellungen**
Ausgleich des Ergebnisses gemäss RRB 2005/254.
- 481 Entnahme aus Rückstellungen**
Ausgleich des Ergebnisses gemäss RRB 2005/254.
- 106 **6200 Amt für Umwelt und Energie**
- 301 Besoldungen**
Auslagerung von Teilen der Energiefachstelle in die Energieagentur St.Gallen per 1. Oktober 2012 (Kürzung 900 Stellenprozente).
Neue Stelle im Bereich Vollzug Altlasten (EG zu eidg. USG) infolge Verzicht im Jahr 2012 auf das Jahr 2013 verschoben.
- 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge**
Der Finanzbedarf an Geräten und Fahrzeugen im Labor, bei Luftemissions- und Luftimmissionsmessungen (OSTLUFT) sowie in der Hydrometrie richtet sich nach dem mehrjährigen Investitionsplan des AFU und nach dem Hydrometriekonzept 2009.
- 312 Informatik**
Die Datenbank «Medat» (Messdaten von Anlagen und Messstationen) hat strategische Bedeutung im AFU und ist seit dem Jahr 2004 in Betrieb. Die geplante Erneuerung in den Jahren 2013–2015 ist dringend notwendig.
- 314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt**
Erneuerung Dorfbadleitung Bad Ragaz.
Die Gemeinde Bad Ragaz hat die im Jahr 2011 geplante Sanierung der 2. Etappe der Badstrasse auf das Jahr 2014 verschoben. Mit der Strassensanierung soll gleichzeitig die Thermalwasserleitung, für deren Unterhalt der Kanton zuständig ist, erneuert werden.
- 318 Dienstleistungen und Honorare**
Mehraufwand in der Deponieplanung für die Standortsuche von Inertstoff- und Reaktor-deponien sowie in der Qualitätssicherung der Grundwassernutzung.
- 342 Ertragsanteile der Gemeinden**
Erhöhung Wasserzins für Wasserkraftanlagen ab 2015.
- 360 Staatsbeiträge**
Für die Jahre 2013–2017 ist ein neues Energieförderungsprogramm geplant. Mit der Inbetriebnahme der Energieagentur St.Gallen erteilt der Kanton Leistungsaufträge an die Energieagentur.
- 412 Konzessionen**
Mehrerträge aus zusätzlichen wasserzinspflichtigen Anlagen und der Erhöhung des Wasserzinses für Wasserkraftanlagen ab 2015.
- 431 Gebühren für Amtshandlungen**
Mindereinnahmen aufgrund Reduktion von Baugesuchen in den Bereichen Industrie und Gewerbe sowie Wasserrechtsverleihungen. Mehreinnahmen durch Verstärkung der Kontrollen von Anlagen im Grundwasser ab 2014.
- 460 Beiträge für eigene Rechnung**
Reduktion der Bundesbeiträge für das neue Energieförderungsprogramm 2013–2017.

7 Sicherheits- und Justizdepartement

- 107 **7000 Generalsekretariat SJD**
- 312 Informatik**
Für 2013 ist ein Projektantrag für die Vorbereitung eines Major-Releases der Geschäftsverwaltung JURIS der Organe der Rechtspflege geplant.
- 319 Anderer Sachaufwand**
Einmaliger Beitrag an die KKJPD für ein nationales E-Government-Projekt aus dem Voranschlag 2012 entfällt.
- 107 **7150 Migrationswesen**
- 312 Informatik**
Für 2013 ist die Anpassung der Applikation Elektronisches Archiv (ELAR) und Workflow (WF) mit Buchhaltungsprozessen geplant.
- 360 Staatsbeiträge**
Mit dem Abschluss der Integrationsvereinbarungen für Deutschkurse wurde im Frühling 2010 begonnen. Die Kurse können bis zwei Jahre dauern. Ab 2013 wird mit 400 Fällen (bisher 240) pro Jahr gerechnet.
- 108 **7151 Asylwesen**
- 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge**
2015 ist der Ersatz dreier Zentrumsbusse notwendig.
- 312 Informatik**
2013 ist die Ablösung der Fachapplikation für die Bewohnerverwaltung durch ELAR und WF des Migrationsamtes geplant.
- 108 **7152 Ausweisstelle**
- 312 Informatik**
2014 werden sechs biometrische Erfassungsstationen für Schweizerpässe und im 2015 zwei für Ausländerausweise ersetzt.
- 109 **7200 Amt für Justizvollzug**
- 301 Besoldungen**
2013: zwei zusätzliche Stellen für die Strategische Massnahme «Risikoorientierter Sanktionenvollzug»; ein gemeinsames Projekt mit dem Kanton Zürich im Rahmen des Ostschweizer Strafvollzugskonkordats. Drei zusätzliche Stellen für die geschlossene Übergangsabteilung in der Strafanstalt Saxerriet sowie zwei zusätzliche Stellen für die Betreuung des Wohn- und Arbeitsexternats im Massnahmenzentrum Bitzi.
- 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge**
Ersatzanschaffungen verschiedener Maschinen, Fahrzeuge und technischer Geräte vor allem in den Landwirtschafts- und Gewerbebetrieben der Anstalten.
- 313 Verbrauchsmaterialien**
Mehraufwand aufgrund der höheren Belegung vor allem in der Strafanstalt Saxerriet und im Massnahmenzentrum Bitzi.
- 318 Dienstleistungen und Honorare**
Einerseits gleiche Begründung wie in Konto 7200.313; andererseits Mehraufwand für die Jahre 2013 und 2014 für eine externe Studie zur Wirksamkeit der Interventionen.
- 432 Spitaltaxen und Kostgelder**
Höhere Auslastung vor allem in der Strafanstalt Saxerriet.
- 435 Verkaufserlöse**
Mehrertrag aufgrund der höheren Auslastung (siehe auch Konto 7200.301).

- 109 **7250 Kantonspolizei**
- 301 Besoldungen**
 Laufende Übernahme der neu ausgebildeten Polizeischüler. Gegenüber dem Bericht «Innere Sicherheit» der Regierung vom 13.01.2009 (40.09.01) erfolgt der Korpsausbau weiterhin mit zehn neuen Stellen pro Jahr (statt 15).
- 303 Arbeitgeberbeiträge**
 Begründung wie in Konto 7250.301.
- 306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen**
 Begründung wie in Konto 7250.301.
- 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge**
 Allgemein: Zusätzliche Maschinen und Fahrzeuge für Ausbau gemäss Bericht Innere Sicherheit sowie Ersatz bestehender Geräte und Fahrzeuge gemäss Fahrzeugkonzept und Altersstruktur. Neu- und Ersatzanschaffungen verschiedener technischer Geräte der Verkehrspolizei zur Erfüllung der Aufgaben.
- 312 Informatik**
 Ersatz der Infrastruktur (insbesondere Hardware-Komponenten) für den Betrieb der polizeilichen Fachapplikationen im 2013 sowie des Einsatzleitsystems (ELIS) im 2014. Ausbau Datenmanagement und Ersatz von Systemen der Digitalen Forensik im 2015.
- 314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt**
 Rückbau des alten Funknetzes nach Betriebsaufnahme POLYCOM aus dem Jahr 2012 fällt weg.
- 315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt**
 Begründung wie in Konto 7250.314 für die Unterhaltskosten.
- 351 Entschädigungen an Kantone**
 Beiträge an die Polizeischule Ostschweiz.
- 352 Entschädigungen an Gemeinden**
 Massnahme Nr. 43 der Verzichtsplannung: Ab 2014 Reduktion der Entschädigung an die Stadt St.Gallen für die Übertragung polizeilicher Aufgaben.
- 437 Bussen**
 Ende 2012 wird die Grossbaustelle auf der Autobahn A13 bei Sargans aufgehoben (Mindereinnahmen).
- 110 **7300 Strassenverkehr**
- 312 Informatik**
 2013: Ersatz der Drucker für Ausweise im Kreditkartenformat. Elektronische Erfassung sämtlicher Motorfahrzeugdaten zur Vereinfachung der Fahrzeugprüfungen und der Berichterfassungen.
 2014: Einführung eines Online-Schalters.
- 314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt**
 Einmalige Sanierung der Lüftungsanlagen der Prüfstellen aus dem Voranschlag 2012 entfällt.
- 431 Gebühren für Amtshandlungen**
 Mehreinnahmen aufgrund der Zunahme der Geschäftsfälle.
- 111 **7301 Schifffahrt**
- 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge**
 Revision des Rettungsbootes in Unterterzen (Walensee) sowie Ersatz des Weidlings für den Linthkanal im 2015.

- 111 **7309 Strassenfonds (SF)**
- 382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen**
Ausgleich des Überschusses des Strassenfonds für das Jahr 2013.
- 406 Besitz- und Aufwandsteuern**
Voraussichtliche Zunahme des Fahrzeugbestandes mit entsprechenden Mehreinnahmen.
- 440 Anteile an Bundeseinnahmen**
Bundesbeiträge an der LSVa gemäss Angaben der Oberzolldirektion.
- 460 Beiträge für eigene Rechnung**
Anteil des Kantons St.Gallen am nicht werkgebundenen Mineralölsteueranteil.
- 482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen**
Ausgleich der Unterdeckung des Strassenfonds für die Jahre 2014 und 2015.
- 112 **7352 Staatsanwaltschaft**
- 309 Anderer Personalaufwand**
2013 vier zusätzliche Stellen und ab 2014 zwei weitere Stellen zur Abdeckung der Mehrarbeit infolge Einführung der Schweizerischen Straf- und Jugendstrafprozessordnung. Der personelle Mehraufwand aufgrund ausgebauter Verfahrensrechte ist schwierig abzuschätzen. In den Jahren 2011 und 2012 werden Erfahrungen gesammelt.
- 312 Informatik**
2013: Die Nutzung der Anwendungen i2-Analysetool und Scanning soll auf zwei weitere Untersuchungsämter ausgedehnt werden (1. Etappe). Bisher war damit nur die Gruppe Wirtschaftsdelikte beim kantonalen Untersuchungsamt ausgerüstet. Der Schriftverkehr zwischen dem Rechnungswesen der Staatsanwaltschaft und den Betreibungs- und Konkursämtern soll analog einem Online-Schalter auf elektronischem Weg erfolgen (1. Etappe).
2014: Einführung eines Online-Schalters für Akteneinsichten bei der Staatsanwaltschaft sowie elektronischer Schriftverkehr mit den Betreibungs- und Konkursämtern (2. Etappe).
2015: Die Nutzung der Anwendungen i2-Analysetool und Scanning soll auf zwei weitere Untersuchungsämter ausgedehnt werden (2. Etappe). Einführung eines Workflow für die Applikation JURIS, welcher die Prozesse unterstützt und soweit möglich automatisiert.
- 318 Dienstleistungen und Honorare**
Deutlich mehr Verfahren und entsprechende Mehrausgaben für Anwaltshonorare aus amtlicher Verteidigung aufgrund der neuen gesetzlichen Regelung nach der Schweiz. Strafprozessordnung (wird teilweise durch Mehrertrag in Konto 7352.436 ausgeglichen); höhere Kosten für den Straf- und Massnahmenvollzug bei Jugendlichen infolge Zunahme der ambulanten sowie der stationären Massnahmen (Unterbringungen) sowie kontinuierlichem Anstieg der Tarife (Stunden- bzw. Tagessätze).
- 330 Abschreibungen auf Finanzvermögen**
Deutlicher Anstieg der in Rechnung gestellten Forderungen aus abgeschlossenen Strafverfahren mit entsprechend anteilmässiger Erhöhung des Abschreibungsaufwandes infolge Uneinbringlichkeit; Zunahme der Rückforderungen aus amtlicher Verteidigung mit entsprechender Erhöhung des Abschreibungsaufwandes; vermehrt Fälle, bei denen die Kosten der amtlichen Verteidigung abgeschrieben werden müssen, da eine Rückforderung aufgrund der finanziellen Verhältnisse der Schuldner meist aussichtslos ist; vermehrt Abschreibungsfälle aufgrund mehrjähriger Freiheitsstrafen, Ausschaffung bzw. ausländischem Wohnsitz.
- 436 Kostenrückerstattungen**
Höhere Rückerstattungen für amtliche Verteidigungen aufgrund des höheren Aufwandes (siehe Konto 7352.318), die allerdings auch einen höheren Abschreibungsaufwand auslösen (siehe Konto 7352.330).

- 112 **7352 Staatsanwaltschaft (Fortsetzung)**
437 Bussen
Weitere Zunahme des Ertrags aus Bussen und Geldstrafen aufgrund des ab 2007 geltenden neuen Allgemeinen Teils des Schweiz. Strafgesetzbuches; Mehrerträge aus Bussen infolge Zunahme der Fälle sowie aus Geldstrafen infolge von vermehrten Widerrufen von bedingt ausgesprochenen Geldstrafen, welche dadurch zur Zahlung fällig werden.
- 112 **7400 Amt für Militär und Zivilschutz**
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge
Neumöblierung des Ausbildungszentrums Bütschwil in den Jahren 2012 bis 2014. Ersatz eines Staplers im 2014.
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren
Reduktion des Umfangs der Dienstleistungen für die Logistikbasis der Armee.

8 Gesundheitsdepartement

		Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015
114	8000 Generalsekretariat GD			
	301 Besoldungen			
	Aufgrund der neuen Spitalfinanzierung muss der Kanton ab Anfang 2012 an jede Behandlung in einem Listenspital – sowohl inner- wie ausserkantonale, öffentlich wie privat – einen festgelegten Vergütungsanteil mitfinanzieren. Vor diesem Hintergrund ist mit einer Vervielfachung der Fälle für ausserkantonale Hospitalisationen zu rechnen (im Moment werden jährlich rund 4'000 Anträge geprüft und davon ca. 2'000 Kostengut-sprachen genehmigt, zukünftig müssen rund 11'500 Anträge geprüft werden). Für die Bewältigung dieser Arbeiten werden zusätzlich insgesamt 200 Stellenprozente benötigt (für die Prüfung der Anträge im kantonsärztlichen Dienst, die rechnerische und tarifari-sche Überprüfung der gestellten Rechnungen bei bewilligten Anträgen sowie die an-schliessende buchhalterische Verarbeitung).			
	312 Informatik			
	Minderaufwand bei den Informatik-Betriebskosten im Bereich Support infolge Auslau-fens des auf drei Jahre beschränkten Projekts «eHealth-Service-Plattform».			
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	– Med. Fremdleistungen	0	+10'000	0
	Zunahme der Anzahl Fälle von fürsorge-rischem Freiheitsentzug (FFE).			
	– Projektkosten (einmalig)	0	+90'000	0
	Projektkosten für die erneute Mitarbeiter-befragung in den Institutionen der stationären Gesundheitsversorgung (die Umfrage wird in einem Intervall von fünf Jahren durchgeführt).			
	Total	0	+100'000	0
114	8009 Suchtbekämpfungsfonds (SF)			
	360 Staatsbeiträge			
	Die Kostenbeteiligungen an den Projekten der Sucht Info Schweiz (Beteiligung an der Sensibilisierungskampagne und am Forschungsauftrag) laufen per Ende Jahr 2012 aus, dem Minderaufwand stehen teilweise Mindererträge im Konto 8009.436 gegen-über.			
	436 Kostenrückerstattungen			
	Siehe Begründung zu Konto 8009.360.			
115	8050 Amt für Gesundheitsvorsorge			
	301 Besoldungen			
	Minderaufwand infolge Auslaufens des Interreg-Projekts «smartconnection», dem Min-dererträge im Konto 8050.436 gegenüberstehen.			
	436 Kostenrückerstattungen			
	Siehe Begründung zu Konto 8050.436.			

- 115 **8120 Lebensmittelkontrolle**
301 Besoldungen
 Seit dem 1. April 2007 ist die Bundesverordnung über die Aus-, Weiter- und Fortbildung der Personen im öffentlichen Veterinärndienst (SR 916.402) in Kraft. Gemäss dieser Verordnung dürfen Funktionen im öffentlichen Veterinärndienst nur noch von Tierärztinnen und Tierärzten ausgeübt werden, die über ein erforderliches Fähigkeitszeugnis verfügen. Insgesamt müssen zur Umsetzung dieser Vorschriften zwei zusätzliche Stellen Amtstierärzte geschaffen werden. Eine Stelle wurde bereits im Rahmen des Voranschlags 2011 realisiert, die zweite Stelle wird ab dem Jahr 2013 beantragt. Ohne zusätzliche Stelle Amtstierarzt können die notwendigen Kontrollen in Bezug auf Fleischhygiene und weitere Bereiche nicht in der notwendigen Häufigkeit durchgeführt werden, womit die Qualität der Kontrolltätigkeit in Frage gestellt wird.
- 116 **8121 Tiergesundheit**
360 Staatsbeiträge
 Minderaufwand infolge Rückgang der Laboruntersuchungen im Bereich BVD (Bovine Virusdiarrhoe).
- 116 **8129 Tierseuchenkasse (SF)**
382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen
 Die Abnahme der Aufwendungen für die Tierseuchenbekämpfung hat bei gleichbleibenden Tierhalterbeiträgen erhöhte Zuweisungen in die Tierseuchenkasse zur Folge.
- 116 **8221 Heimstätten Wil**
301 Besoldungen
 Der infolge der hohen Nachfrage notwendige Aufbau einer «Wohngruppe Pensionärsystem» im Wohnheim für psychisch Behinderte führt neben den Besoldungen auch in anderen Aufwandsbereichen zu Mehraufwendungen, denen jedoch entsprechende Mehrerträge gegenüberstehen. Zudem wird in der Geschützten Werkstätte der bereits begonnene Platzaufbau für eine Tagesstätte fortgeführt, auch in diesem Bereich stehen den Mehraufwendungen in verschiedenen Aufwandskonten entsprechende Mehrerträge gegenüber.
- 303 Arbeitgeberbeiträge**
 Siehe Begründungen zu Konto 8221.301.
- 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge**
 Siehe Begründungen zu Konto 8221.301 (Platzaufbau Pensionärsystem im Wohnheim für psychisch Behinderte und Platzaufbau Tagesstätte in der Geschützten Werkstätte). Zudem wird im Wohnheim für geistig Behinderte für das Jahr 2013 in der externen Wohngruppe Region Wil 2013 eine einmalige Investitionsausgabe notwendig.
- 313 Verbrauchsmaterialien**
 Siehe Begründungen zu Konto 8221.301.
- 316 Mieten, Pachten und Benützungskosten**
 Siehe Begründungen zu Konto 8221.301.
- 432 Spitaltaxen und Kostgelder**
 Siehe Begründung zu Konto 8221.301 (Mehrerträge in Zusammenhang mit dem Platzaufbau für eine Wohngruppe Pensionärsystem im Wohnheim für psychisch Behinderte).
- 460 Beiträge für eigene Rechnung**
 Siehe Begründung zu Konto 8221.301 (Mehrerträge in Zusammenhang mit dem Platzaufbau für eine Wohngruppe Pensionärsystem im Wohnheim für psychisch Behinderte und eine Tagesstätte in den Geschützten Werkstätten).

- 117 **8300 Amtsleitung AfGVE**
318 Dienstleistungen und Honorare
Minderaufwand durch den Wegfall der Finanzierung der Qualitätsmessungen des nationalen Vereins für Qualitätsentwicklung (ANQ), welche ab dem Jahr 2014 Teil der anrechenbaren Kosten der Betriebe in der stationären Gesundheitsversorgung bilden.
- 117 **8301 Individuelle Prämienverbilligung**
319 Anderer Sachaufwand
Mehraufwand in Zusammenhang mit der Einführung einer Liste für säumige Prämienzahlerinnen und -zahler (Betriebskosten von jährlich Fr. 400'000 und einmalige Investitionskosten von Fr. 200'000 im Jahr 2013).
360 Staatsbeiträge
Der Betrag für das ordentliche Volumen im Bereich der individuellen Prämienverbilligung (IPV) richtet sich nach den Hochrechnungen des BAG für die voraussichtliche Höhe des Bundesbeitrages, dieser wird im Jahr 2013 bei rund 133.8 Mio. Franken liegen (siehe Konto 8301.460). Dies entspricht gegenüber dem Voranschlag 2012 einer Zunahme von rund 2.5 Prozent, auch in den Folgejahren wird von einer jährlichen Wachstumsrate von 2.5 Prozent ausgegangen. Dieselben Wachstumsraten werden auch bei der Entwicklung des ordentlichen IPV-Volumens des Kantons zu Grunde gelegt. Unter Berücksichtigung der Massnahme 51 zur Bereinigung des strukturellen Defizits des Staatshaushalts und des in diesem Zusammenhang vom Kantonsrat im Finanzplanzeitraum festgelegten Kostenteilers für stationäre Spitalbehandlungen ergibt sich für den Kanton im Bereich der IPV eine Nettobelastung von 67.7 Mio. Franken (2013), 65.6 Mio. Franken (2014) und 65.1 Mio. Franken (2015).
460 Beiträge für eigene Rechnung
Siehe Begründung zu Konto 8301.360.
- 118 **8303 Innerkantonale Hospitalisation**
360 Staatsbeiträge
Mit der neuen Spitalfinanzierung beteiligt sich der Kanton nach einem festgelegten Kostenteiler an jeder stationären Behandlung in einem Listenspital (sowohl öffentliche wie private Spitäler und Kliniken). Der Kantonsrat hat den Vergütungsanteil des Kantons im Finanzplanzeitraum – ausgehend von 50 Prozent im Voranschlag 2012 – auf 52 Prozent (2013), 54 Prozent (2014) und 55 Prozent ab dem Jahr 2015 festgelegt. Zusätzlich zu dieser Kostensteigerung infolge der Zunahme des Vergütungsanteils ergibt sich ein Mehraufwand durch die mutmassliche Erhöhung der Fallpauschalen, bei der eine jährliche Wachstumsrate von 3 Prozent angenommen wird (kumuliert aus 1 Prozent Preisanstieg, 1 Prozent Zunahme Anzahl Fälle und 1 Prozent Zunahme Fallschweregrad). Eine weitere Erhöhung ergibt sich durch den sukzessiven Anstieg des Investitionskostenzuschlags (ausgehend von 10 Prozent im Jahr 2012 auf 11 Prozent im Jahr 2013 und 12 Prozent im Jahr 2014) gemäss Vorgabe des Eidgenössischen Departements des Innern.
- 118 **8304 Ausserkantonale Hospitalisation**
360 Staatsbeiträge
Vor dem Hintergrund der neuen Spitalfinanzierung ist mit einer jährlichen Zunahme der Fallzahlen an ausserkantonalen Hospitalisationen von 1 Prozent und der entsprechenden Tarife von ebenfalls 1 Prozent auszugehen.

- 118 **8305 Ambulante Versorgung**
360 Staatsbeiträge
Für das Jahr 2014 ist der notwendige Ausbau des teilstationären Angebots in der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung vorgesehen: Neben der Erhöhung der jährlichen Betriebskosten um Fr. 300'000 fallen einmalige Investitionskosten von ebenfalls Fr. 300'000 an.
- 118 **8309 Zentrum für Labormedizin**
460 Beiträge für eigene Rechnung
Der Rückgang in der Ertragsüberschussvorgabe für das Zentrum für Labormedizin ist in erster Linie auf höhere Abschreibungsaufwendungen in Zusammenhang mit der Ablösung der Laborinformatik zurückzuführen.

9 Gerichte

121 9051 **Verwaltungsrekurskommission** 309 **Anderer Personalaufwand**

Das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht bringt eine Mehrbelastung für die Justiz. Allein die Verlagerung der Rechtsprechungsfunktion vom Vormundschaftsdienst auf die Gerichte (unbesehen der Frage, welches Gericht bzw. welche Gerichte als zuständig erklärt werden) führt bei diesen zu jährlich rund 100 zusätzlichen Fällen. Für deren Bearbeitung bedarf es zwingend einer Erhöhung der juristischen Kapazitäten. Der vermehrte Einsatz von Fachrichtern wird auch den Aufwand im Bereich der Taggeldentschädigungen erhöhen.

Beilage

Begründungen und Erläuterungen

Investitionsrechnung

Die Detailzahlen zu den einzelnen Investitionsprojekten können dem Zahlenteil der Investitionsrechnung ab Seite 123 entnommen werden.